



1 | 2013

Informationen zur Stadtentwicklung

Statistik, Berichte, Analysen, Konzepte

EU-Förderprogramm Urban II
Abschlussbericht

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

EU-Förderprogramm Urban II

Abschlussbericht

STADT LUDWIGSHAFEN AM RHEIN
Stadtentwicklung
Postfach 21 12 25
67012 Ludwigshafen

Tel. 06 21/5 04-30 12 und Fax -34 53

E-Mail:

monika.heller@ludwigshafen.de

<http://www.ludwigshafen.de>

Vorbemerkung

Das Programm URBAN II wurde während der Förderperiode 2000-2006 durchgeführt und bis 2008 abgerechnet. 2009 war der Durchführungsbericht 2008 zu erstellen bevor dann nach dessen Genehmigung mit der Erstellung des Abschlussberichts begonnen werden konnte. Der vorliegende Abschlussbericht über das Europäische Förderprogramm Urban II im Fördergebiet Mannheim-Ludwigshafen am Rhein wurde im Juli 2010 der EU-Kommission übermittelt. Der Abschluss der Fördermaßnahmen und deren Abrechnung wurde daraufhin von der Europäischen Kommission mit Schreiben vom 23.6.2011 bestätigt.

Insgesamt wurden im Rahmen von URBAN II in Ludwigshafen Projekte mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 8,2 Mio. Euro finanziert. Dabei wurden 40,2 % aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und 24,9 % aus Stadtbaumitteln des Landes Rheinland-Pfalz bezogen.

URBAN II war das erste europäische Förderprogramm speziell für Städte das in Ludwigshafen umgesetzt wurde. Hier hat Ludwigshafen städtebauliche, soziale, kulturelle und wirtschaftsfördernde Projekte im Rahmen eines integrierten Konzepts zur Stärkung der Innenstadt verwirklicht.

Daher soll mit diesem Heft auch die umfangreiche Arbeit vieler Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung sowie zahlreicher Mitwirkender bei den Projektpartnern dokumentiert und gewürdigt werden.

Das offizielle Dokument ist der gemeinsame Bericht für beide Städte, Mannheim und Ludwigshafen. Die Projektliste im Anhang enthält rein aus Platzgründen jedoch nur die Ludwigshafener Projekte.

Für die Texte waren verantwortlich Herr Teynor und Herr Schumacher vom Fachbereich Städtebau der Stadt Mannheim und Monika Heller vom Bereich Stadtentwicklung der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Das Layout besorgten freundlicherweise die Auszubildenden Curt Riedinger und Michelle Forler in ihrer Zeit beim Bereich Stadtentwicklung.

Bereich Stadtentwicklung, März 2013



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Abschlussbericht

Nach Art. 37 VO (EG 1260/1999 des Rates vom 21.06.1999)

Referenz-Nr. der Kommission: CCI n° 2000.DE.16.0.PC.109

Entscheidung der Kommission vom 18.10.2001 K(2001) 2773, geändert durch die Entscheidung vom 28.09.2004 K(2004) 3670, geändert durch die Entscheidung vom 15.05.2007 K(2007) 2187 zuletzt geändert durch die Entscheidung vom 16.12.2008 K (2008/8304)

Mitgliedsstaat: Deutschland
Operationelles Programm URBAN II
Mannheim / Ludwigshafen am Rhein



Land Baden-Württemberg



Land Rheinland-Pfalz



STADT MANNHEIM

Stadt Mannheim



Stadt Ludwigshafen am
Rhein

Basisinformationen:

Gebietskategorie: Programmgebiet URBAN II
Mannheim / Ludwigshafen am Rhein
Mitgliedsstaat: Deutschland
Regionen: Baden-Württemberg / Rheinland-Pfalz
Programmjahre 2000 – 2008/2009
Referenznummer der Kommission: CCI n° 2000.DE.16.0.PC.109
Gemeinsame Verwaltungsbehörde: Ministerium des Innern und für Sport Rheinland Pfalz, Referat 336, Schillerplatz 3-5, D-55116 Mainz,

Zuständige Stellen

Land Baden-Württemberg: Wirtschaftsministerium, Referat 53, Theodor-Heuss-Straße 4, D-70174 Stuttgart,

Land Rheinland-Pfalz: Ministerium des Innern und für Sport , Referat 336, Schillerplatz 3-5, D-55116 Mainz,

Zahlstelle Landestreuhandbank (ehem Landestreuhandstelle) Rheinland-Pfalz, Ressort der Landesbank Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Straße 6-10, 55098 Mainz

Entscheidung der Kommission Entscheidung der Kommission vom 18.10.2001 K(2001) 2773, geändert durch die Entscheidung vom 28.09.2004 K(2004) 3670, geändert durch die Entscheidung vom 15.05.2007 K(2007) 2187 zuletzt geändert durch die Entscheidung vom 16.12.2008 K(2008) 8304

Programmtitel: Gemeinschaftsinitiative URBAN II Mannheim/ Ludwigshafen am Rhein
Operationelles Programm für 2000 - 2006

Laufzeit: 16.11.2000 – 31.12.2006
(31.12.2008 Endtermin für die Zuschussfähigkeit der Ausgaben bzw. 30.04.2009 für Beihilfen)

Billigung: durch Begleitausschuss am 07.05.2010

Der Bericht beinhaltet den Abschlussbericht für das o.g. Programm. Ein zulässiger Durchführungsbericht für das Jahr 2008 wurde bereits vorgelegt.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Kurzzusammenfassung	2
Operationeller Rahmen	6
1 Für die Durchführung der Intervention relevante Änderungen der Rahmenbedingungen	6
1.1 <i>Ausgangssituation</i>	6
1.2 <i>Signifikante sozioökonomische Entwicklungen</i>	7
1.3 <i>Änderung nationaler, regionaler und sektoraler Politiken</i>	8
1.4 <i>Änderung des politischen Bezugsrahmens für Ziel 3</i>	12
1.5 <i>Programmdurchführung</i>	13
1.5.1 Strategie	13
1.5.2 Datenbasis	13
1.5.3 Anpassungen bei Schwerpunkten und Maßnahmen.....	14
1.5.4 Finanzierungstechniken	15
1.5.5 Beitrag zur Europäischen Beschäftigungsstrategie	15
1.5.5.1 Beschäftigungsfähigkeit:.....	15
1.5.5.2 Unternehmergeist:	16
1.5.5.3 Anpassungsfähigkeit:	16
1.5.5.4 Chancengleichheit / Gender-Mainstreaming:	17
2 Auswirkungen des Operationellen Rahmens auf die Kohärenz zwischen den einzelnen Fonds	18
2.1 <i>Auswirkungen auf die Kohärenz zwischen den Interventionen der Fonds</i>	18
2.2 <i>Auswirkungen auf die Kohärenz zwischen den Interventionen der Fonds und der sonstigen Finanzierungsinstrumente</i>	18
Inhaltliche Ausgestaltung des Programms	19
3 Schwerpunkte und Maßnahmen	19
3.1 <i>Ausgangssituation</i>	19
3.2 <i>Beschreibung der Ergebnisse bezogen auf die jeweiligen spezifischen Ziele der Schwerpunkte und Maßnahmen</i>	21

3.2.1	Schwerpunkt 1: Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze	22
3.2.1.1	Maßnahme 1.1: Sanierung und Revitalisierung von Flächen und mindergenutzten Gebäuden	22
3.2.1.1.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	22
3.2.1.1.2	Spezifische qualitative Ergebnisse	22
3.2.1.1.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	23
3.2.1.1.4	Aufgetretene Probleme	23
3.2.1.2	Maßnahme 1.2: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU	23
3.2.1.2.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	24
3.2.1.2.2	Spezifische qualitative Ergebnisse	26
3.2.1.2.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	27
3.2.1.2.4	Aufgetretene Probleme	28
3.2.1.3	Maßnahme 1.3: Mittelstandsservice und digitale Wirtschaftsdienste	28
3.2.1.3.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	29
3.2.1.3.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	32
3.2.1.3.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	34
3.2.1.3.4	Aufgetretene Probleme	35
3.2.1.4	Maßnahme 1.4: Förderung des Arbeitskräftepotenzials	35
3.2.1.4.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	36
3.2.1.4.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	39
3.2.1.4.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	42
3.2.1.4.4	Aufgetretene Probleme	42
3.2.2	Schwerpunkt 2: städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, umweltverbessernde Maßnahmen, Verkehr	42
3.2.2.1	Maßnahme 2.1: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raums	42
3.2.2.1.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	43
3.2.2.1.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	45
3.2.2.1.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	47
3.2.2.1.4	Aufgetretene Probleme	47
3.2.2.2	Maßnahme 2.2: Renaturierung und Grünvernetzung; Ausbau von Wegebeziehungen	47
3.2.2.2.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	47
3.2.2.2.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	48
3.2.2.2.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	48
3.2.2.2.4	Aufgetretene Probleme	48
3.2.3	Schwerpunkt 3: Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement	49
3.2.3.1	Maßnahme 3.1: Schaffung von Kommunikationszentren	49

3.2.3.1.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	49
3.2.3.1.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	63
3.2.3.1.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	71
3.2.3.1.4	Aufgetretene Probleme	71
3.2.3.2	Maßnahme 3.2: Stärkung des Schulstandortes.....	73
3.2.3.2.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	73
3.2.3.2.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	74
3.2.3.2.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	75
3.2.3.2.4	Aufgetretene Probleme	76
3.2.3.3	Maßnahme 3.3: Kriminalitätsverhütung	76
3.2.3.3.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	77
3.2.3.3.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	78
3.2.3.3.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	79
3.2.3.3.4	Aufgetretene Probleme	79
3.2.4	Schwerpunkt 4: Technische Hilfe, Information und Publizität.....	80
3.2.4.1	Maßnahme 4.1: Organisation und Begleitung	80
3.2.4.1.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	80
3.2.4.1.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	80
3.2.4.1.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	81
3.2.4.1.4	Aufgetretene Probleme	81
3.2.4.2	Maßnahme 4.2: Information und Publizität	81
3.2.4.2.1	Beschreibung der durchgeführten Aktionen	82
3.2.4.2.2	Spezifische qualifizierte Ergebnisse	82
3.2.4.2.3	Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen	83
3.2.4.2.4	Aufgetretene Probleme	84
3.3	Quantifizierung der Indikatoren	84
3.3.1	Schwerpunkt 1: Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze	84
3.3.1.1	Maßnahme 1.1: Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzten Gebäuden.....	86
3.3.1.1.3	Outputindikatoren	86
3.3.1.1.2	Ergebnisindikatoren	86
3.3.1.1.3	Wirkungsindikatoren.....	87
3.3.1.1	Maßnahme 1.2: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU	87
3.3.1.2.1	Zusätzlich erhobene Daten.....	87
3.3.1.2.1.1	Zuschussstatistik KMU-Förderung	87
3.3.1.2.1.2	Zuschussstatistik Gastronomie-Förderung.....	88
3.3.1.2.2	Outputindikatoren	88

3.3.1.2.3	Ergebnisindikatoren	88
3.3.1.2.4	Wirkungsindikatoren.....	89
3.3.1.2	Maßnahme 1.3: Mittelstandsservice und digitale Wirtschaftsdienste	89
3.3.1.3.1	Zusätzlich erhobene Daten.....	89
3.3.1.3.1.1	Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice.....	89
3.3.1.3.2	Outputindikatoren	90
3.3.1.3.3	Ergebnisindikatoren	91
3.3.1.3.4	Wirkungsindikatoren.....	91
3.3.1.4	Maßnahme 1.4: Förderung des Arbeitskräftepotenzials	91
3.3.1.4.1	Zusätzlich erhobene Daten.....	91
3.3.1.4.1.1	Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung	91
3.3.1.4.2	Outputindikatoren	92
3.3.1.4.3	Ergebnisindikatoren	92
3.3.1.4.4	Wirkungsindikatoren.....	93
3.3.2	Schwerpunkt 2: städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, umweltverbessernde Maßnahmen, Verkehr	93
3.3.2.1	Maßnahme 2.1: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raums	94
3.3.2.1.1	Outputindikatoren	94
3.3.2.1.2	Ergebnisindikatoren	94
3.3.2.1.3	Wirkungsindikatoren.....	94
3.3.2.2	Maßnahme 2.2: Renaturierung und Grünvernetzung; Ausbau von Wegebeziehungen	95
3.3.2.2.1	Outputindikatoren	95
3.3.2.2.2	Ergebnisindikatoren	95
3.3.2.2.3	Wirkungsindikatoren.....	95
3.3.3	Schwerpunkt 3: Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement.....	95
3.3.3.1	Maßnahme 3.1: Schaffung von Kommunikationszentren.....	96
3.3.3.1.1	Zusätzlich erhobene Daten.....	96
3.3.3.1.1.1	Internationaler Frauentreff	96
3.3.3.1.1.2	Mama-Projekt	98
3.3.3.1.2	Outputindikatoren	98
3.3.3.1.3	Ergebnisindikatoren	98
3.3.3.1.4	Wirkungsindikatoren.....	99
3.3.3.2	Maßnahme 3.2: Stärkung des Schulstandortes.....	99
3.3.3.2.1	Outputindikatoren	99
3.3.3.2.2	Ergebnisindikatoren	99
3.3.3.2.3	Wirkungsindikatoren.....	99
3.3.3.3	Maßnahme 3.3: Kriminalitätsverhütung	100
3.3.3.3.1	Zusätzlich erhobene Daten.....	100

3.3.3.3.1.1	Argumentationstraining gegen Stammtischparolen	100
3.3.3.3.2	Outputindikatoren	100
3.3.3.3.3	Ergebnisindikatoren	101
3.3.3.3.4	Wirkungsindikatoren.....	101
3.3.4	Schwerpunkt 4: Technische Hilfe, Information und Publizität.....	101
3.3.4.1	Outputindikatoren:	101
3.3.4.2	Ergebnisindikatoren	101
3.3.4.3	Wirkungsindikatoren:.....	102
3.4	<i>Beschreibung des Mehrwerts des Programms für eine nachhaltige Stadtentwicklung.....</i>	<i>102</i>
4	Kontext- und Hauptindikatoren für URBAN II-Programm Mannheim / Ludwigshafen am Rhein	106
4.1	<i>Kontext- und Hauptindikatoren für das URBAN II-Programm Mannheim / Ludwigshafen am Rhein.....</i>	<i>106</i>
4.2	<i>Sozioökonomische Kontextindikatoren für URBAN II-Programm Mannheim / Ludwigshafen am Rhein.....</i>	<i>110</i>
5	Finanzielle Abwicklung.....	113
5.1	<i>Mittelbindung zum 31.12.2008 (kumulativ, Indexierung bereits eingearbeitet)...</i>	<i>113</i>
5.2	<i>Von der Zahlstelle bescheinigte und effektiv getätigte Ausgaben nach Schwerpunkten und Maßnahmen.....</i>	<i>114</i>
5.2.1	Gesamtbetrag der bescheinigten Ausgaben mit Gemeinschaftsbeteiligung.....	114
5.2.2	Fortschritt der Gesamtausgaben in den Jahren.....	114
5.3	<i>Aufstellung der Projekte</i>	<i>115</i>
5.4	<i>Stand der Ausführung des Finanzierungsplans</i>	<i>117</i>
5.5	<i>Abschluss der Vorhaben</i>	<i>118</i>
5.6	<i>Gesamtausgaben nach Interventionsbereichen</i>	<i>118</i>
5.7	<i>Zur Auszahlung beantragte Mittel.....</i>	<i>122</i>
5.7.1	Rückzahlung von Mitteln wegen Überzahlung:.....	124
5.8	<i>Behandlung von Zinsen</i>	<i>124</i>
5.8.1	Darstellung der Zinseinnahmen	124
5.8.2	Darstellung der Projekte die aus den Zinseinnahmen finanziert wurden	124
5.8.3	Übersicht über die Verwendung der Zinsen:	127
5.9	<i>Einnahmeschaffende Investitionen.....</i>	<i>127</i>
6	Aus dem EAGFL finanzierte Maßnahmen.....	128

7	Aus dem FIAF finanzierte Maßnahmen	128
8	Von der Verwaltungsbehörde und dem Begleitausschuss getroffene Vorkehrungen zur Sicherung der Qualität und der Effizienz der Durchführung	128
8.1	<i>Begleit- und Bewertungsmaßnahmen</i>	128
8.1.1	Datenerhebung	128
8.1.2	Aktualisierung der Halbzeitbewertung	128
8.1.3	Begleitausschuss	129
8.1.4	Sonstige Ausschüsse und Arbeitsgruppen	129
8.2	<i>Maßnahmen der Finanzkontrolle</i>	130
8.3	<i>Zusammenfassung der wichtigsten aufgetretenen Probleme</i>	133
8.4	<i>Inanspruchnahme der Technischen Hilfe</i>	133
8.5	<i>Maßnahmen zur Gewährleistung der Publizität der Interventionen</i>	134
9	Zusammenfassung der Ergebnisse der wichtigsten für das Programm durchgeführten Bewertungen	135
9.1	<i>Halbzeitbewertung und Aktualisierung der Halbzeitbewertung</i>	135
9.2	<i>Externe Evaluierung des Kommunikationsprojekts Breite Straße</i>	138
10	Erklärung der Verwaltungsbehörde mit Angabe der aufgetretenen Probleme und der getroffenen Maßnahmen	141
10.1	<i>Maßnahmen die zur Gewährleistung der Vereinbarkeit mit den Gemeinschaftspolitiken sowie zur Gewährleistung der Gesamtkoordinierung getroffen wurden</i>	141
10.1.1	Wettbewerbspolitik	141
10.1.2	Chancengleichheit	141
10.1.3	Öffentliches Auftragswesen	142
10.1.4	Maßnahmen zur Gewährleistung der Umweltverträglichkeit	143
10.2	<i>Maßnahmen zur Koordinierung der gesamten gemeinschaftlichen Strukturpolitik</i>	143
11	Ergebnisse und Finanzierung von Großprojekten und Globalzuschüssen	146
11.1	<i>Großprojekte</i>	146
11.2	<i>Globalzuschüsse</i>	146
12	Projekte, die in die Förderperiode 2007 / 2013 übernommen wurden	147

Verzeichnis über die Abbildungen

Abbildung 1:	Programmgebiet Mannheim / Ludwigshafen am Rhein.....	5
Abbildung 2:	Metropolregion Rhein-Neckar.....	10
Abbildung 3:	Regionalbedeutsame Entwicklungsbereiche und Schwerpunkte in Rheinland-Pfalz.....	11
Abbildung 4:	Fortschritt der Gesamtausgaben in den Jahren 2003-2008.....	115

Verzeichnis über die Übersichten

Übersicht 1:	Wirtschaftsstrukturen und Technologiepotentiale.....	19
Übersicht 2:	Arbeit und Qualifizierung.....	20
Übersicht 3:	Soziales/Chancengleichheit.....	20
Übersicht 4:	Umwelt und Verkehr.....	21
Übersicht 5:	Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzte Gebäude Outputindikatoren.....	87
Übersicht 6:	Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzten Gebäuden Ergebnisindikatoren.....	87
Übersicht 7:	Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzten Gebäuden Wirkungsindikatoren.....	87
Übersicht 8:	Zuschussstatistik KMU-Förderung	88
Übersicht 9:	Zuschussstatistik Gastronomie-Förderung.....	88
Übersicht 10:	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU Output-Indikatoren.....	89
Übersicht 11:	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU Ergebnisindikatoren	89
Übersicht 12:	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU Wirkungsindikatoren...	89
Übersicht 13:	Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice.....	90
Übersicht 14:	Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice Outputindikatoren.....	92
Übersicht 15:	Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice Ergebnisindikatoren....	92
Übersicht 16:	Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice Wirkungsindikatoren...	92
Übersicht 17:	Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung.....	93
Übersicht 18:	Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung Outputindikatoren.....	94
Übersicht 19:	Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung Ergebnisindikatoren...	94
Übersicht 20:	Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes Outputindikatoren.....	95
Übersicht 21:	Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes Ergebnisindikatoren.....	95
Übersicht 22:	Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes Wirkungsindikatoren.....	96
Übersicht 23:	Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes Outputindikatoren.....	96
Übersicht 24:	Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes Ergebnisindikatoren.....	96
Übersicht 25:	Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes Wirkungsindikatoren.....	96
Übersicht 26:	Mama-Projekt: Outputindikatoren.....	99
Übersicht 27:	Mama-Projekt: Ergebnisindikatoren.....	99
Übersicht 28:	Stärkung des Schulstandortes Outputindikatoren.....	100
Übersicht 29:	Stärkung des Schulstandortes Wirkungsindikatoren.....	100
Übersicht 30:	Argumentationstraining gegen Stammtischparolen.....	103

Übersicht 31:	Argumentationstraining gegen Stammtischparolen Outputindikatoren.....	103
Übersicht 32:	Argumentationstraining gegen Stammtischparolen Ergebnisindikatoren.....	103
Übersicht 33:	Technisch Hilfe, Information und Publizität Outputindikatoren.....	104
Übersicht 34:	Technische Hilfe, Information und Publizität Ergebnisindikatoren.....	104
Übersicht 35:	Technische Hilfe, Information und Publizität Wirkungsindikatoren.....	104
Übersicht 36:	Sozioökonomische Kontextindikatoren.....	113
Übersicht 37:	Sozioökonomische Kontextindikatoren Hauptindikatoren.....	114
Übersicht 38:	Mittelbindung zum 31.12.2008 (kumulativ, Indexierung bereits Eingearbeitet).....	116
Übersicht 39:	Aufstellung der Projekte.....	118
Übersicht 40:	Stand der Ausführung des Finanzierungsplans.....	121
Übersicht 41:	Gesamtausgaben nach Investitionsbereichen.....	122
Übersicht 42:	Zur Auszahlung beantragte Mittel.....	126
Übersicht 43:	Übersicht über die Verwendung der Zinsen.....	130

Anlagen

Projektbeschreibungen für das Teilgebiet der Stadt Ludwigshafen

Einleitung

Hiermit legt die gemeinsame Verwaltungsbehörde, vertreten durch das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, die Stadt Mannheim, vertreten durch den Fachbereich Städtebau und die Stadt Ludwigshafen am Rhein, vertreten durch den Bereich Stadtentwicklung, den Abschlussbericht gemäß Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21.06.1999 und der Leitlinien für den Abschluss der Strukturfondsinterventionen [KOM(2006)3424] für das gemeinsame Programmgebiet URBAN II Mannheim / Ludwigshafen am Rhein vor.

Der vorliegende Bericht umfasst den Berichtszeitraum 16.11.2000 bis 30.06.2009 und beinhaltet eine Zusammenführung der Berichte der vergangenen Jahre. Unter Kapitel 12 wird über den Zeitraum 01.01 bis 30.06.2009 berichtet.

Am 16. November 2000 haben die deutschen Behörden einen zulässigen Entwurf des Programms im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II für das städtische Gebiet Mannheim / Ludwigshafen am Rhein vorgelegt, der mit Datum vom 18. Oktober 2001 von der Kommission genehmigt wurde. Gemäß Artikel 52 Absatz 4 der damals gültigen VO (EG) 1260/1999 wurde der Anfangstermin für die Förderfähigkeit der Ausgaben des Programms damit auf den 16. November 2000 gelegt. Im Jahr 2004 erfolgte die erste Änderung des Programms, die hauptsächlich aufgrund der Einbeziehung der Indexierungsmittel erfolgte. Im Zuge der Programmlaufzeit waren weitere Programmänderungen notwendig, Im Verlauf der Abwicklung des Programms waren insgesamt drei Änderungen des Operationellen Programms notwendig. Die aktuelle Genehmigung ist mit Entscheidung der Kommission K(2008) 8304 vom 16.12.2008 erfolgt.

Kurzzusammenfassung

Die Zahl der Einwohner im Programmgebiet hat sich seit Beginn der Durchführung des Programms URBAN II mit leicht steigender Tendenz nur unwesentlich verändert. Lediglich im Jahr 2007 war ein deutlicherer Anstieg zu verzeichnen. Die Zahl der Einwohner lag zum Stand 31.12.2008 bei 41.413. Somit ist im Programmgebiet Mannheim / Ludwigshafen am Rhein in den letzten Jahren stetig eine leichte Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. Positiv ist, dass sich auch der Altersdurchschnitt der Einwohner in großen Teilen des Programmgebiets verringert hat. Ohne die Einleitung der wirtschaftsstrukturellen und stadtstrukturellen Maßnahmen, insbesondere auch im Rahmen des Operationellen Programms URBAN II, wäre ein größerer Bevölkerungsrückgang im Programmgebiet zu verzeichnen gewesen.

Die Bevölkerungsstruktur hat sich im Programmzeitraum ebenfalls nicht wesentlich verändert. Eine Veränderung der Ausgangsdaten, gemessen an den sozioökonomischen Kontextindikatoren, fand seit Programmbeginn zwar statt, diese wirkte sich allerdings nur unwesentlich auf die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Bedingungen im Programmgebiet aus.

Das gemeinsame Programmgebiet wurde in den bestätigten Grenzen seit Programmgenehmigung nicht verändert. Im Teilgebiet Mannheim umfasst das Programmgebiet den Stadtteil Jungbusch, die Westliche Unterstadt sowie Teilbereiche der Neckarstadt-West. Im Teilgebiet Ludwigshafen am Rhein umfasst es den innerstädtischen Citybereich und die Gebiete Westend, das Gebiet um den Hauptbahnhof, Rheinufer Süd, Luitpoldhafen und die übrige Fläche nördlich der Wittelsbachstraße.

Die Europäische Union beteiligt sich an dem Programm mit Strukturfondsmitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Höhe von 10.087.826 €. Aufgrund der Indexierungsmittel wurde die EFRE-Beteiligung im Jahr 2004 von 9.913.000 € um 174.826 € auf 10.087.826 € erhöht. Die Kofinanzierungsmittel sowohl des Landes Rheinland-Pfalz als auch der beiden Städte wurden 2004 entsprechend ebenfalls angepasst. Insgesamt erfolgten drei Änderungen des Operationellen Programms und vier Änderungen der Ergänzung der Programmplanung. Die aktuelle Fassung des Operationellen Programms wurde am 16.12.2008 von der Kommission genehmigt K(2008) 8304.

Trotz der Erfolge im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II kämpft das gemeinsame Programmgebiet Mannheim / Ludwigshafen am Rhein in besonderem Maße mit Problemen, die sich aus der Schwäche der programmgebietsbezogenen städtischen Strukturen sowohl innerhalb der Städte Mannheim / Ludwigshafen am Rhein sowie dem zunehmenden Wett-

bewerb der Regionen als auch im Umfeld der Städte ergeben. Dies zeigt sich unter anderem in einem anhaltenden Beschäftigungsabbau, aber auch in unternehmerischer Zurückhaltung und verhaltener Investitionsbereitschaft sowohl bei vorhandenen Betrieben als auch bei Neuansiedlungen.

Mit den im Rahmen des Programms URBAN II eingeleiteten wirtschaftsfördernden Aktionen, insbesondere durch die Gewährung von Zuschüssen für kleine und mittlere Unternehmen, Existenzgründer und ein spezielles Programm zur Förderung der Gastronomie wurde eine Belebung der wirtschaftlichen Infrastruktur erwartet. Bis Ende 2008 wurden mit diesen Aktionen private Investitionen in Höhe von rund 12,2 Mio. € initiiert. Allerdings wirkt sich die derzeitige allgemein problematische Wirtschaftslage natürlich auch auf das Programmgebiet Mannheim/Ludwigshafen aus.

Ein Problem bei der Erfassung der Daten zur Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger ergab sich bereits für das Programmjahr 2005 durch umfangreiche Novellierungen der Sozialgesetzgebung in Deutschland, den sog. Hartz IV Reformen. So erhalten nun zum Beispiel seit 1.1.2005 alle erwerbsfähigen Sozialhilfebezieher Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II). Durch die unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen für diese Zuwendungen ist ein Vergleich der Daten mit den Vorjahren nicht möglich. Ein weiteres Problem ist, dass durch die zentrale Datenhaltung bei der Bundesagentur für Arbeit eine kleinräumige Auswertung nach Straßenzügen nicht mehr möglich ist. Es ist lediglich eine Darstellung auf die statistischen Bezirke möglich, die aber nicht in vollem Umfang dem URBAN II - Gebiet entsprechen.

Die Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein führten in den Jahren 2000 bis 2008 verschiedenste Projekte zur sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Stärkung des Programmgebiets durch. Diese wurden in partnerschaftlicher Zusammenarbeit der Städte und der Verwaltungsbehörden untereinander sowie mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und der Bevölkerung erarbeitet und durchgeführt. Neben der eigentlichen Projektarbeit erfolgten zahlreiche Maßnahmen zur Information der Bevölkerung und zur Publizität des Programms.

Die im Rahmen der Halbzeitbewertung und deren Aktualisierung durch die Firma Isoplan Consulting empfohlenen Aktivitäten zur weiteren Umsetzung des Programms wurden durch die beiden Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein aufgenommen und im Zuge der Programmanpassung bereits 2004 und auch in den Folgejahren, insbesondere auch nach der Aktualisierung der Halbzeitevaluierung, berücksichtigt. So wurde zum Beispiel die Anregung, umweltverbessernde Maßnahmen verstärkt in das Programm aufzunehmen, aufgegriffen.

Ebenso wurden entsprechend den Anregungen des Evaluators verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, um den neu gestalteten Rheinuferpark in Ludwigshafen im Programmgebiet und darüber hinaus bekannt zu machen und bei der Bevölkerung stärker ins Bewusstsein zu rücken.

Auf einen ausführlichen Jahresbericht für das Jahr 2009 wird verzichtet, da in diesem Jahr keine Aktionen mehr weitergeführt und lediglich noch die finanzielle Restabwicklung des Programms durchgeführt wurde. Der Jahresbericht befindet sich in Kapitel 12.

Die Kurzbeschreibungen der Projekte in Form von „Steckbriefen“ sind dem Bericht beigelegt und bieten in knapper Form Grundinformationen zu den im Rahmen des Programms in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein geförderten Projekten.

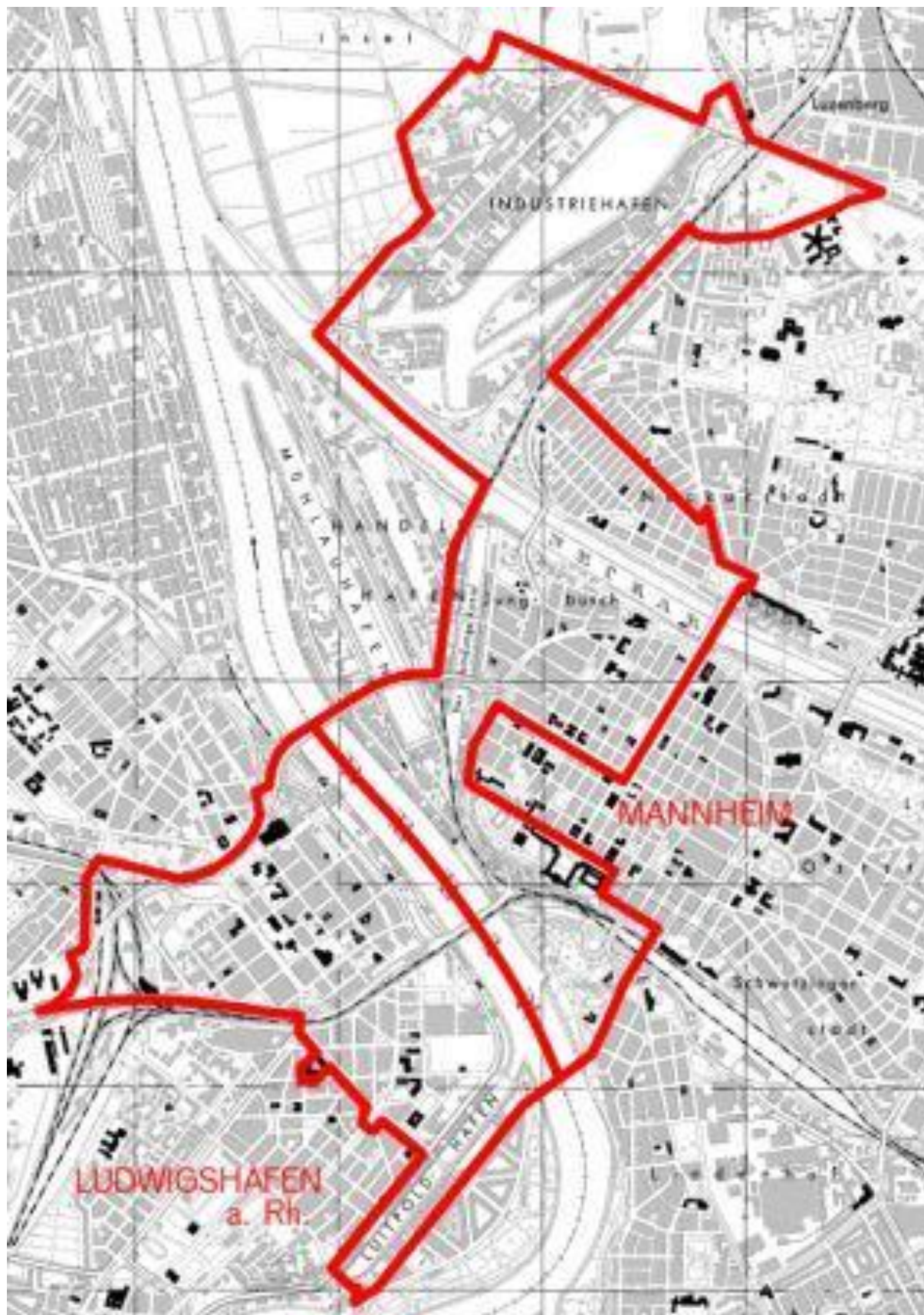


Abbildung 1: Programmgebiet Mannheim / Ludwigshafen am Rhein

Quelle: Stadt Mannheim - Fachbereich Geoinformation und Vermessung

Operationeller Rahmen

1 Für die Durchführung der Intervention relevante Änderungen der Rahmenbedingungen

1.1 Ausgangssituation

Seit Programmbeginn und entsprechend auch im Berichtszeitraum 2000 bis 2008 haben sich die Ausgangssituation und die sozioökonomische Lage im Programmgebiet gegenüber der Beschreibung im Operationellen Programm nicht wesentlich verändert.

Mannheim und Ludwigshafen am Rhein sind traditionelle Industriestandorte mit einem im EU-Vergleich überdurchschnittlichen Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. In Ludwigshafen am Rhein dominiert der Großbetrieb BASF AG die Wirtschaftsstruktur, in Mannheim die Betriebe Daimler-Chrysler, ABB, Roche-Diagnostics und John Deere.

Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entfallen in Ludwigshafen am Rhein noch immer rund 46 % (Stand 30.06.2009) auf das verarbeitende Gewerbe. Die Wirtschaft der Stadt Ludwigshafen am Rhein wird dabei deutlich von der chemischen Industrie dominiert, die Stadt Mannheim wird deutlicher von dem Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau gekennzeichnet. Auffallend an der Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsgruppen ist dabei u. a., dass ein Großteil der Beschäftigten im Handel sich auf die Stadt Mannheim konzentriert, wohingegen Ludwigshafen am Rhein vor allem Produktionsstandort ist. Der Anteil des tertiären Sektors nimmt dabei aber auch hier seit einigen Jahren kontinuierlich zu.

In Folge der seit Beginn der 90er Jahre einsetzenden rezessiven Konjunktorentwicklung hat die Beschäftigung in beiden Städten drastisch abgenommen und befand sich vor allem im Jahre 1997 auf einem Tiefpunkt. Ein Großteil der weggefallenen Arbeitsplätze kam aus dem produzierenden Bereich. Mit dem Wegbrechen der industriellen Basis wurden auch im Dienstleistungssektor, vor allem im Bereich Handel und Verkehr, Arbeitskräfte freigesetzt. Gerade in Anbetracht der Tatsache, dass nach wie vor ein Großteil der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe zu finden ist, müssen sich künftige Anstrengungen stärker auf eine gesunde Diversifizierung der Wirtschaft ausrichten.

Beide Städte weisen eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote auf. Die einseitige berufliche Qualifikation der Arbeitslosen vor allem aus den Sektoren chemische Industrie, pharmazeutische Industrie und Maschinenbau verschlechtert dabei in der Region häufig die Wiedereingliederungschancen in den Arbeitsmarkt und führt zu Pendlerbewegungen über die Gemeindegrenzen hinaus bzw. zu Abwanderungstendenzen der arbeitssuchenden Bevölkerungsteile. Hauptproblem bleiben allerdings die Arbeitslosen ohne jede Berufsausbildung, deren Anteil nach wie vor überdurchschnittlich hoch ist. Auch hier gilt es, mit neuen Lösungen Bildungschancen zu eröffnen.

1.2 Signifikante sozioökonomische Entwicklungen

Die Bevölkerungszahl im gesamten Programmgebiet stieg seit Beginn der Intervention immer leicht an. Im Jahr 2007 konnte erstmals die Marke von 41.000 Einwohnern im Programmgebiet übertroffen werden. Dazu kommt, dass in großen Teilen des Programmgebiets der Altersdurchschnitt der Bevölkerung gesunken ist. So nimmt der Anteil der Bevölkerung unter 16 Jahren zu, der Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre sinkt. Dies macht aber auch deutlich, dass von einer hohen Fluktuation der Wohnbevölkerung auszugehen ist.

Im Zuge der sog. Hartz IV-Reformen gab es 2005 eine Reihe von umfangreichen Änderungen im Bereich der Sozialgesetzgebung. Dies betrifft insbesondere den Personenkreis der bisher Unterstützung von der Arbeitsagentur erhalten hat. Ebenfalls betroffen ist die Gruppe der bisherigen Empfänger von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Daher sind die Zahlen für das Jahr 2005 und folgende nicht mehr mit den Zahlen aus den Vorjahren vergleichbar. Insbesondere aufgrund der Gesetzesänderungen ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen, da ein Teil der bisherigen Sozialleistungsempfänger nun zur Gruppe der Arbeitslosen zählt.

Wie bereits dargelegt sind die Zahlen zur Arbeitslosigkeit und zur Sozialstruktur nur im Bezug auf die statistischen Bezirke zu erheben. Diese entsprechen nicht in vollem Umfang dem URBAN-II-Gebiet. Von daher sind Abweichungen zur tatsächlichen Struktur nicht zu vermeiden. Die Daten geben aber wohl dennoch ein realistisches Bild ab. Die Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zeigen sich auch im Programmgebiet, wobei hier kleinräumig nochmals Differenzierungen auftreten. Nach dem Tiefstand der Arbeitslosenquote im Jahr 2007 mit 20,5 % ist diese im Jahr 2008 wieder deutlich auf 24,7 % gestiegen. Da die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahr 2008 noch um fast 7 Prozentpunkte gesunken ist, wird deutlich, dass diese Zahl sich in den kommenden Jahren auch mit steigender Tendenz entwickeln dürfte. Die Zahl der Empfänger von Leistungen nach SGB II, dem sogenannten Arbeitslosengeld II, ist von 2005 bis 2008 gesunken. Demgegenüber gab es in manchen Teilen des Programmgebiets gerade im Jahr 2008 eine deutlichere Zunahme von Leistungen nach dem SGB XII, der klassischen Sozialhilfe. Parallel dazu ist in anderen Teilen des Programmgebiets die Arbeitslosenquote ebenso wie die Zahl der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) seit 2005 stetig gesunken.

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Quote von Empfängern von Transferleistungen und der Gemeinschaftsinitiative URBAN II kann jedoch nicht nachgewiesen werden; der Arbeitsmarkt ist von vielen lokal nur schwer steuerbaren Faktoren abhängig. Zumindest kann aber belegt werden, dass sich die eingeleiteten Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung im Rahmen des Schwerpunktes 1 positiv auf die Unternehmensentwicklung und die Schaffung neuer sowie die Stabilisierung bestehender Arbeitsplätze aus-

gewirkt haben. Die Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft im Programmgebiet zeigt damit erste zukunftsweisende Ansätze, reicht aber nach wie vor noch nicht aus, eine Umkehr in der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen.

Beispiele für solche positiven Entwicklungen sind in mehreren Teilen des Programmgebiets zu finden. So wurde zum Beispiel über die durch Zuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des URBAN II Programms ausgelösten Investitionen hinaus bereits 2004 am Berliner Platz ein Gebäude für Büro- und Dienstleistungseinrichtungen von einem privaten Investor errichtet, der mittelbar durch die Anordnung des Gebäudes am Durchgang zum Rheinuferpark (Maßnahme 2.2) auch von URBAN II profitiert bzw. zur Investition an dieser Stelle angeregt wurde. In diesem Gebäude haben sich mittlerweile mehrere Dienstleistungseinrichtungen und Gastronomiebetriebe eingerichtet, die ebenfalls von den Zuschüssen im Rahmen der KMU- und Gastronomieförderung profitieren konnten.

Durch die im Rahmen der EU-Ziel-2-Förderung geschaffenen Einrichtungen „Popakademie Baden-Württemberg“ und „Musikpark“ im Stadtteil Jungbusch ist dort eine vermehrte Nachfrage zu verzeichnen. Dieser Stadtteil soll in den kommenden Jahren gezielt als Cluster für die Kreativwirtschaft weiter entwickelt werden. Sowohl für die Studienplätze an der Popakademie als auch für die Mieträume im Musikpark besteht eine Warteliste. Das Gründerinnenzentrum GiG 7, ebenfalls ein Ziel-2-Projekt, im gleichnamigen Quadrat G 7, 22 ist seit Eröffnung vollständig vermietet. Das Gründerinnenzentrum GiG 7 richtet sich speziell an Frauen, der Musikpark richtet sich an die Musikbranche und deren Umfeld. Kleine und mittlere Unternehmen, die sich in diesen Gründerzentren für spezielle Zielgruppen angesiedelt haben, konnten eine Förderung im Rahmen des KMU-Programms in Anspruch nehmen.

Die einheitliche Ermittlung der Kriminalitätsrate für das gesamte Programmgebiet gestaltet sich schwierig, da aufgrund unterschiedlicher Landesvorgaben die räumlichen Bezüge für die Daten variieren. Im Programmgebiet ist die Kriminalitätsrate schon seit Beginn der Intervention deutlich höher als im gesamten Stadtgebiet. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass das URBAN II-Gebiet auch einen Teil Fußgängerzone beinhaltet. In diesen Bereichen ist naturgemäß die Straßenkriminalität höher als in reinen Wohnlagen. Insgesamt sind aber die Fallzahlen, vor allem auch bei der Straßenkriminalität, leicht zurückgegangen.

1.3 Änderung nationaler, regionaler und sektoraler Politiken

Das Programm URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen ist ein länderübergreifendes Programm. Dabei besteht aber auch durch die Zugehörigkeit zur Region Rhein-Neckar (seit 1970 durch Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen geregelt) eine enge Zusammenarbeit und auch ein reger Erfahrungsaustausch.

Am 28. April 2005 wurde die Region Rhein-Neckar einer nachdrücklichen Initiative von Herrn Eggert Voscherau, dem damals stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der BASF,

offiziell zur „Europäischen Metropolregion“ ernannt und mit der Unterzeichnung eines neuen Staatsvertrags durch die drei Ministerpräsidenten Günther Oettinger (Baden-Württemberg), Roland Koch (Hessen) und Kurt Beck (Rheinland Pfalz) am 26. Juli 2005 wurden die Planungs- und Handlungsspielräume der Region deutlich erweitert. Seit August 2006 kann die Region mit der Metropolregion Rhein Neckar GmbH (MRN GmbH), dem Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. (ZMRN e.V.) und dem Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) ein in Deutschland einzigartiges Public-Private-Partnership-Modell vorweisen, das aufgrund seiner schlanken und schlagkräftigen Struktur eine effektive gemeinschaftliche Regionalentwicklung ermöglicht, wobei die Themen Wirtschaftsförderung, Standortmarketing, Landschaftspark, Erholungseinrichtungen, Kongresse, Messen, Kultur- und Sportveranstaltungen und das Tourismusmarketing – jeweils unter dem Aspekt der regionalen Bedeutsamkeit koordiniert werden.

Die Zusammenarbeit innerhalb der Region und somit auch zwischen den beiden Städten hat sich durch die Bildung des VRRN seit dem 01.01.2006 also noch verstärkt. Durch die Anerkennung als Metropolregion bestehen ganz neue Möglichkeiten der Förderung der Region und auch eine größere Gewichtung als Entwicklungsschwerpunkt innerhalb der Länder.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Gebietsabgrenzung der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar.



Abbildung 2: Metropolregion Rhein-Neckar

Quelle: Verband Region Rhein-Neckar

Für Rheinland-Pfalz wurde während der Programmlaufzeit das Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) neu aufgestellt. Das neue LEP IV trat am 25. November 2008 in Kraft und bestimmt die räumliche Entwicklung des Landes für die kommenden zehn Jahre. Das LEP IV nimmt die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Globalisierung auf und bildet einen Gestaltungs- und Ordnungsrahmen für eine nachhaltige Entwicklung aller Teilräume des Landes. Neben Fragen der Sicherung der Daseinsvorsorge und der Entwicklung von Räumen, ist die Siedlungsentwicklung ein inhaltlicher Schwerpunkt, den das LEP IV setzt. Auch das LEP IV bestätigt die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Region Rhein-Neckar als Metropolregion. Dabei sollen sich insbesondere die beiden Oberzentren Ludwigshafen und Mannheim mit ihrem spezifischen Stärken in die wirtschaftliche Sicherung und Weiterentwicklung der Region einbringen.

Die Abbildung 2 zeigt die zentral bedeutsamen Entwicklungsbereiche und Schwerpunkte mit den Metropolregionen, wie sie im Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) von Rheinland-Pfalz festgelegt sind.

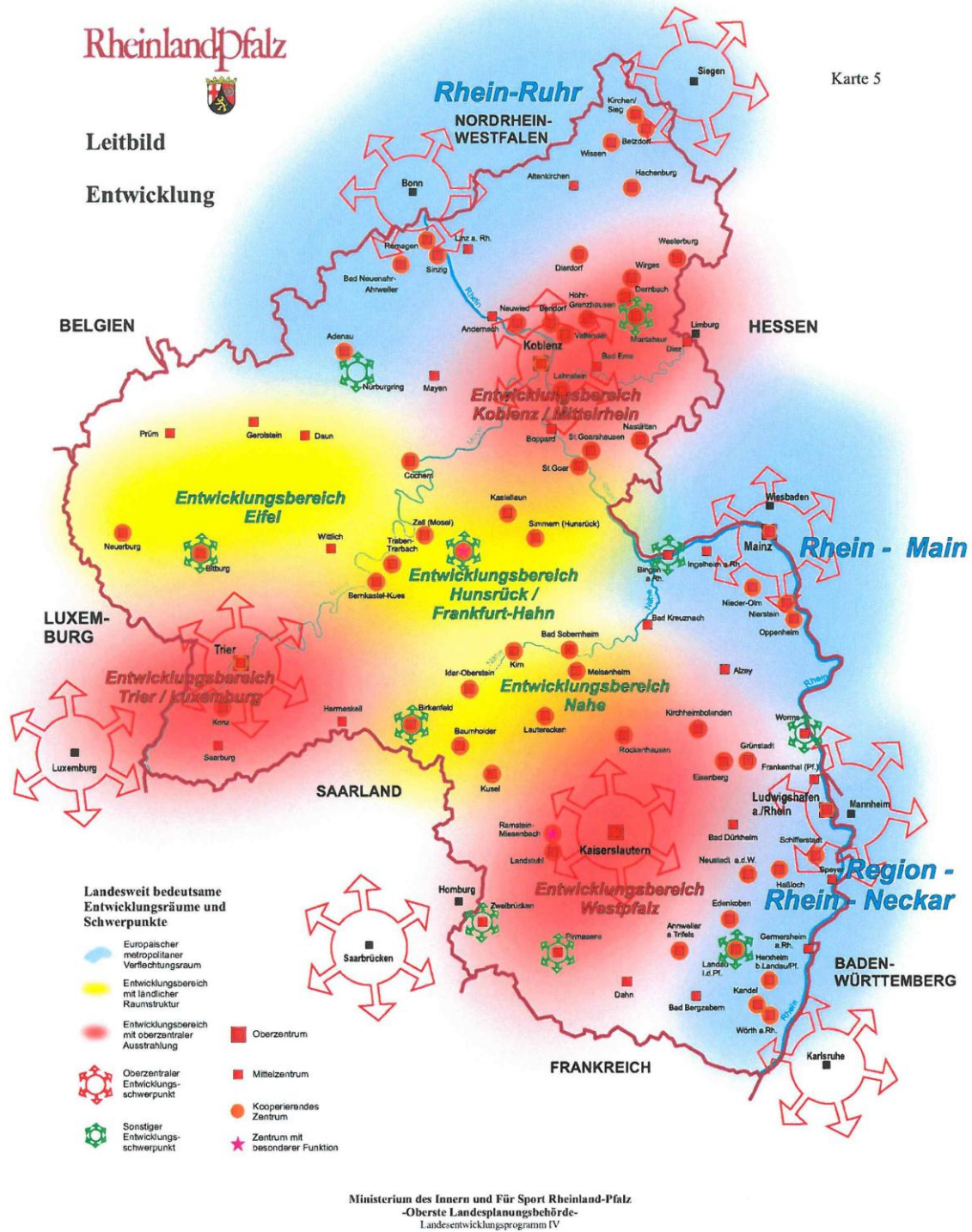


Abbildung 3: Regionalbedeutsame Entwicklungsbereiche und Schwerpunkte in Rheinland-Pfalz

Quelle: Landesentwicklungsprogramm IV Rheinland-Pfalz (LEP IV)

Für Baden-Württemberg wurde der Landesentwicklungsplan (LEP) letztmals 2002 aktualisiert. Der LEP 2002 verbindet wesentliche neue Akzente mit bewährten Zielsetzungen des Landesentwicklungsplans 1983, der für fast 20 Jahre Leitschnur der Raumentwicklung in Baden-Württemberg gewesen ist. Im Vordergrund des neuen Entwicklungskonzepts steht die nachhaltige Sicherung von Lebensqualität und Wohlstand. Einen besonderen Stellenwert hat der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes als Wirtschafts- und Wohnstandort, der Erhalt der Primärfunktionen von Land- und Forstwirtschaft sowie die Offenhaltung angemessener Gestaltungsmöglichkeiten für kommende Generationen.

In Mannheim wurde im April 2009 die Fortschreibung des Zentrenkonzepts nach intensiver Diskussion mit allen Beteiligten verabschiedet. Die Fortschreibung ist im April 2005 beauftragt worden. Das fortgeschriebene Zentrenkonzept liefert eine wertvolle Grundlage für die Ansiedlung von Gewerbe, insbesondere des Einzelhandels, im gesamten Stadtgebiet und somit auch für das Programmgebiet.

Ludwigshafen befindet sich im Aufbruch: Am Rhein wird auf dem ehemaligen Zollhofhafengelände ein neues, urbanes Stadtquartier entstehen, das neben einem attraktiven Einkaufszentrum mit ca. 30.000 Quadratmetern Verkaufsfläche eine Vielfalt an Freizeitaktivitäten und Erholungsmöglichkeiten bietet. Mit diesem wichtigen Projekt der Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik will die Stadt Kaufkraft zurückgewinnen und sich als attraktive Einkaufsstadt in der Region neu profilieren.

Aufgrund dieser Entwicklung wurde in Ludwigshafen nach intensiven Vorbereitungen 2006 der neue strategische Rahmenplan zur Entwicklung der Innenstadt verabschiedet. Dieser Rahmenplan ist Grundlage für die geplante Neustrukturierung der Innenstadt und des Entwicklungskonzepts Innenstadt mit dem Ziel, die Innenstadt in ihren Nutzungen neu zu ordnen und dabei die Stadt näher an den Rhein zu bringen. Hierbei wurden wichtige Aktionen aus URBAN II wie zum Beispiel die Gestaltung des Rheinuferparks als Bausteine mit übernommen.

1.4 Änderung des politischen Bezugsrahmens für Ziel 3

Änderungen des Bezugsrahmens für Ziel 3 sind für die Gemeinschaftsinitiative URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein nicht relevant.

1.5 Programmdurchführung

1.5.1 Strategie

Die Mittelausstattung beträgt für das Operationelle Programm für die Gemeinschaftsinitiative URBAN II Mannheim / Ludwigshafen am Rhein nach der aktuellen (= siebten) Programmänderung vom Dezember 2008 eine Summe von 21.817.064 Mio. €. Aus Gründen der Planbarkeit des Programms war es notwendig, die Mittel intern auf die beiden Länder und damit auf die Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein intern aufzuteilen. Daher entfallen 13.431.100 Mio. € auf das Teilgebiet Mannheim und 8.385.964 Mio. € auf das Teilgebiet Ludwigshafen am Rhein. Die Gemeinschaftsbeteiligung im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung beläuft sich auf 10.087.826 €. Finanzmittel aus anderen Europäischen Fonds kamen im Rahmen der URBAN II Maßnahmen nicht zum Einsatz. Das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich aus Mitteln des Stadtumbauprogramms mit 2,08 Mio. €, das sind rund 24,9 % an den Gesamtkosten des Teilprogramms für die Stadt Ludwigshafen am Rhein. Die gemeinschaftliche Kofinanzierung (EFRE) wurde auf Maßnahmenebene festgelegt. Auf die Bevölkerung im URBAN II Programmgebiet verteilt, beläuft sich der durchschnittliche Betrag pro Einwohner auf ca. 535 € bezogen auf die Finanztabelle.

Abgeleitet aus der Stärken-Schwächen-Analyse und in Übereinstimmung mit den im Operationellen Programm genannten vorrangigen Entwicklungszielen war der Einsatz der EU-Strukturfondsmittel im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II in Mannheim/Ludwigshafen am Rhein seit Programmbeginn darauf gerichtet, die folgenden strategischen Ziele umzusetzen:

- Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Beschäftigung,
- Förderung von Chancengleichheit und sozialer Eingliederung,
- Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur hin zur Nachhaltigkeit und
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Programmgebiets.

Eine konsequente Verfolgung der mit dem Operationellen Programm festgesetzten strategischen Ziele wurde auch in der 2003 erfolgten und 2005 aktualisierten Halbzeitbewertung ausdrücklich hervorgerufen und bestätigt.

1.5.2 Datenbasis

Datengrundlagen für die Jahresberichte sowie für den Abschlussbericht sind die von den Bewilligungsbehörden erteilten Zuwendungsbescheide. Diese wurden auf der Grundlage messbarer Indikatoren getroffen. Daneben erfolgen die Angaben über die finanztechnische Abwicklung des Programms und Angaben über die Publizitäts- und Öffentlichkeitsmaßnah-

men auf Grundlage der Daten der Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein sowie der gemeinsamen Verwaltungsbehörde und der Bewilligungsbehörden.

Die genannten Indikatoren und zusätzlich erhobenen Daten stammen von den Statistikstellen der beiden Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein bzw. sind eigene Erhebungen (z.B. Teilnehmerzahlen bei Kursen).

1.5.3 Anpassungen bei Schwerpunkten und Maßnahmen

Die Schwerpunkte des URBAN II Programms für Mannheim/Ludwigshafen am Rhein wurden seit Programmbeginn ausschließlich hinsichtlich der Mittelausstattung geändert. Es handelte sich um Änderungen innerhalb des Programms, mit denen angesichts des Fortschrittes der Durchführung der Schwerpunkte

- der Finanzmittelbedarf innerhalb der Schwerpunkte entsprechend der aktualisierten Kostenanforderungen einerseits und
- die inhaltliche Zuordnung von Aktionen zu den Programmschwerpunkten andererseits angepasst wurden.

Gegenüber der inhaltlichen Ausrichtung der Schwerpunkte, die in dem Operationellen Programm und der Ergänzung zur Programmplanung der Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein dargestellt wurde, gab es während der Programmlaufzeit keine signifikanten Veränderungen.

Das Programm umfasst außer der Technischen Hilfe die folgenden 3 Schwerpunkte:

- Schwerpunkt 1 – Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten und zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
- Schwerpunkt 2 – Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, umweltverbessernde Maßnahmen, Verkehr.
- Schwerpunkt 3 – Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement.

Die zusätzlichen Indexierungsmittel wurden bereits im Jahr 2004 berücksichtigt und werden im Schwerpunkt 2, Maßnahme 1 sowie in Schwerpunkt 3, Maßnahme 1 verwendet.

Alle durchgeführten Aktionen waren auf eine konsequente Ausrichtung zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der aktuellen best-practice Erfahrungen ausgerichtet. Hierdurch zeigt sich auch die besondere Innovationskraft des Operationellen Programms URBAN II. Durch die spezielle Organisationsform und den auf einem „bottom-up“ Ansatz beruhenden Verfahrensweg bei der Planung und Durchführung der Interventionen wird der Austausch von Know-how und Erfahrungen gewährleistet.

Nach wie vor stellt die Verzahnung der Aktivitäten zwischen den Kommunalverwaltungsstrukturen beider Städte einen besonderen Mehrwert dar. Bereits im Oktober 2006 wurde

die Durchführung der gemeinsamen Arbeit bei der Gemeinschaftsinitiative URBAN II Mannheim / Ludwigshafen am Rhein bei einer Sitzung der Verwaltungsbehörden des URBAN-Netzwerks in Brüssel von den Vertretern der Städte vorgestellt. Ausdrücklich aufgegriffen werden die Querschnittsthemen Chancengleichheit, Informationsgesellschaft und Umweltschutz.

Eine erste Anpassung der Schwerpunkte und Maßnahmen wurde im Berichtszeitraum 2004 vorgenommen (Entscheidung der Kommission vom 28.09.2004 K(2004) 3670. Während der Programmabwicklung waren insgesamt drei Änderungen des Operationellen Programms notwendig, die jeweils nach Billigung durch den Begleitausschuss von der Kommission genehmigt worden sind. Die aktuelle Änderung erfolgte mit Genehmigung durch die Kommission am 16.12.2008 (K(2008) 8304).

1.5.4 Finanzierungstechniken

Im Zuge des Programms wurden direkte Zuschüsse auf der Grundlage der städtischen Richtlinien nach der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag nach der Verordnung (EG) 69/2001 „De-minimis-Beihilfen“ gewährt. Den erteilten Zuwendungsbescheiden wurde die „De-minimis-Bescheinigung“ beigefügt. Die Auszahlung von Zuschüssen an Dritte erfolgte jeweils nach Rechnungsstellung.

Andere Finanzierungstechniken, wie z.B. die Beteiligung an Risikokapital, kamen im Berichtszeitraum nicht zum Tragen und waren im Programm auch nicht vorgesehen.

1.5.5 Beitrag zur Europäischen Beschäftigungsstrategie

Mit der europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS), die im Vertrag von Amsterdam verankert wurde, werden die Mitgliedstaaten angehalten, ihre Beschäftigungspolitik im Rahmen von vier gemeinsamen Handlungsschwerpunkten („Säulen“) mit klar definierten Zielvorgaben zu koordinieren. In Einklang mit den nationalen beschäftigungspolitischen Leitlinien haben die Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein mit dem Operationellen Programm Prämissen festgelegt, mit denen sie einen Beitrag zur Europäischen Beschäftigungsstrategie im Programmgebiet leisten werden.

1.5.5.1 Beschäftigungsfähigkeit:

Es wurde sichergestellt, dass die Menschen im Programmgebiet die Möglichkeit erhalten, geeignete Qualifikationen zu entwickeln, damit sie Arbeitsplatzchancen in einer sich rasch wandelnden Welt nutzen können. Dafür sind geeignete Aktionen in den Maßnahmenebe-

nen 1.4 „Förderung des Arbeitskräftepotentials“ und 3.1 „Schaffung von Kommunikationszentren“ eingeleitet und realisiert worden.

Folgende Aktionen haben in besonderem Maße zur Erreichung der Zeile beigetragen:

Bei den Aktionen M 1.4.2 „Beschäftigungsförderung / Spielplatzsanierung“ (Schwerpunkt 1) und LU 1.6 „Strukturhilfe Grün“ wurden im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen insgesamt 154 Personen (Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger) beschäftigt, welche im Zuge der Gestaltung von Spielplätzen eine fachliche Anleitung sowie eine pädagogische Betreuung erhielten. Die Beschäftigung und begleitende Qualifizierung erfolgte auch an Plätzen, die durch andere URBAN II Aktionen gestaltet wurden, so unter anderem bei der Herstellung des Rheinuferparks oder bei Bepflanzungsmaßnahmen in der Fußgängerzone; beides Aktionen im Rahmen des Schwerpunktes 2.

Die Aktion M 1.4.1 „INQUAJA“ (Schwerpunkt 1) zur Qualifizierung ausländischer Jugendlicher für den regulären Arbeitsmarkt wurde bereits im Jahr 2002 abgeschlossen.

1.5.5.2 Unternehmergeist:

Die Förderung der Unternehmensgründung und -leitung sowie der Anstellung von Mitarbeitern sind während der Programmlaufzeit durch verschiedene Aktionen vorangetrieben worden.

Die Beihilfeprogramme zur Gewährung von Zuschüssen für kleine und mittlere Unternehmen sowie an Existenzgründer und Gastronomiebetriebe trugen wesentlich zur Festigung der Unternehmen am Standort und zur Erweiterung ihrer Geschäftstätigkeit bei.

Über die Förderprogramme für KMU, Existenzgründer und Gastronomiebetriebe und auch die geförderten Betriebe wurde in der lokalen Presse ausführlich berichtet.

1.5.5.3 Anpassungsfähigkeit:

Bei der Umsetzung der Ziele in den Schwerpunkten 1 und 3 wurden auch neue flexible Arbeitsmethoden gefördert. Ziel war, Sicherheit und Flexibilität für die im Programmgebiet ansässigen und noch an Bedeutung gewinnenden Wirtschaftsbereiche Dienstleistungen und Einzelhandel im Umgang mit dem traditionellen Wirtschaftsleben herzustellen und miteinander in Einklang zu bringen. Es wurden vor allem solche Maßnahmen gefördert, die dazu beitragen, ein breites Spektrum der Qualifikation bei den betreffenden Personen aufzubauen oder zu verbessern und ihnen auf diese Weise das nötige Know-how auch für eigene Betriebsgründungen zu vermitteln. Zusätzlich wurde durch die Gewährung von Zuschüssen die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Unternehmen noch gestärkt.

Neben der Anpassungsfähigkeit an wirtschaftliche Erfordernisse wurde im Rahmen der Umsetzung des URBAN II-Programms im Schwerpunkt 3 durch gezielte Projekte in den

Bereichen Bildung und Kultur und mit der Durchführung von Projekten mit integrativem Charakter auch die Anpassungsbereitschaft der Bewohner an das Leben in Deutschland aber auch ein Zusammenleben der Kulturen und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil weiter gefördert.

1.5.5.4 Chancengleichheit / Gender-Mainstreaming:

Auf die Aspekte von Chancengleichheit und Gender Mainstreaming wird im Kapitel 10 noch ausführlich eingegangen. Wie bereits im Endbericht der Aktualisierung der Halbzeitbewertung hervorgehoben wurde, sind im Schwerpunkt 1 „Wirtschaft und Beschäftigung“ im Rahmen der KMU-Förderung jeder zweite geförderte Arbeitsplatz für Frauen zur Verfügung gestellt worden. Im Endbericht der Aktualisierung der Halbzeitbewertung wurden auch die außerordentlichen Erfolge der Aktion „UNA – Unternehmerinnenassistenz und Beschäftigung“ sowie der vielfältigen Aktivitäten mit soziokulturellem Hintergrund positiv hervorgehoben.

Ziel ist die Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen und Männern zu Arbeitsplätzen und die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz. Dazu trugen nicht nur die Aktionen im Zusammenhang mit der Beschäftigungsstrategie bei, sondern auch die Einrichtung neuer Kommunikationszentren. Die Umsetzung des Ziels des Gender-Mainstreaming erfolgte im Rahmen der Programmlaufzeit insbesondere durch:

- Sprachkurse für Migrantinnen
- Förderung von Existenzgründerinnen über die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Operationellen Programms URBAN II
- Internetcafé für Frauen in dem neben PC-Kursen auch Erzähl- und Schreibwerkstätten für Migrantinnen und alle interessierten Frauen stattfinden und
- Integrationsprojekte im Rahmen der Aktion Projekte des Stadtteilmanagements (Initiative www.buschgirls.de, Schreibwerkstatt Neckarstadt-West und Musical für Jugendliche sowie ausgesprochene Integrationsprojekte für Frauen im Rahmen der Kulturprojekte im Jungbusch.

2 Auswirkungen des Operationellen Rahmens auf die Kohärenz zwischen den einzelnen Fonds

Bei der Durchführung der einzelnen Aktionen im Programmgebiet wurde stets ein reger Erfahrungsaustausch mit den Verantwortlichen der Projekte, die aus dem ESF oder nationalen Förderprogrammen finanziert wurden, gepflegt. Die Entwicklung und Durchführung sowohl der Aktionen aus URBAN II als auch der Projekte die über ESF, Ziel 2, Soziale Stadt, L.O.S. oder Stadtumbau gefördert wurden, erfolgte in gegenseitiger Abstimmung, teils bei regelmäßig stattfindenden Arbeits- und Lenkungskreisen. Dabei wurden die Projekte so gewählt, dass sie sich in ihrer Zielrichtung ergänzen und zusammen zu einer gezielten Entwicklung des Programmgebiets beitragen.

Eine Finanzierung eines Projektes aus mehreren EU-Förderprogrammen erfolgte nicht.

In Rheinland-Pfalz erfolgte eine Kofinanzierung der URBAN II-Aktionen aus Städtebauförderungsmitteln des Landes.

2.1 Auswirkungen auf die Kohärenz zwischen den Interventionen der Fonds

Aus den oben ausgeführten Gründen gab es bei der Durchführung des Programms URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein keine Kohärenz zwischen den Interventionen der Fonds.

2.2 Auswirkungen auf die Kohärenz zwischen den Interventionen der Fonds und der sonstigen Finanzierungsinstrumente

In der Region wurden nur Strukturfondsinterventionen aus EFRE und ESF durchgeführt. Andere Gemeinschaftsinitiativen außer URBAN II gab es nicht.

Das Teilgebiet Mannheim lag vollumfänglich im Ziel-2 Gebiet Baden-Württemberg. Daher gab es Interaktionen zwischen diesen Programmen. Diese erfolgten insbesondere im Schwerpunkt 1. Hier wurden die im Rahmen des Programms Ziel-2 erstellten Infrastruktureinrichtungen in Form von Gründerzentren auch den im Rahmen von URBAN II geförderten KMU zur Verfügung gestellt. Es war hier jedoch jederzeit über das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg sichergestellt, dass keine Doppelförderung erfolgen konnte.

Ebenso erfolgen eine Unterstützung der Akzeptanz von Musikpark und Popakademie Baden-Württemberg durch begleitende sozio-kulturelle Aktionen im Schwerpunkt 3 des URBAN II-Programms.

Inhaltliche Ausgestaltung des Programms

3 Schwerpunkte und Maßnahmen

3.1 Ausgangssituation

Vor Beginn des Programms URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein lagen verschiedenste Probleme vor, denen begegnet werden musste, aber auch Chancen die weiter ausgebaut werden sollten um die Städte in ihrer Entwicklung voranzubringen.

Seit Programmbeginn und entsprechend auch im Berichtszeitraum 2000 bis 2008 haben sich die Ausgangssituation und die sozioökonomische Lage im Programmgebiet gegenüber der Beschreibung im Operationellen Programm nicht wesentlich verändert. Die entsprechenden Fakten sind in Kapitel 1.1 ausführlich beschrieben.

Aus den Erkenntnissen der Bestandsanalyse des Programmgebietes lassen sich zusammenfassend folgende Stärken/Schwächen bzw. Chancen/Risiken ableiten:

Übersicht 1: Wirtschaftsstruktur und Technologiepotentiale

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> ↑ Vorhandensein von Gewerbeflächen und Gewerbeimmobilien in Zentrumslage für die Ansiedlung von KMU ↑ Anknüpfungs- und Kooperationschancen im Besatz von Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes und des Handwerks 	<ul style="list-style-type: none"> ↓ Schwache Wirtschaft und insgesamt schwache Wirtschaftstätigkeit ↓ Nicht ausreichende Tertiärisierung der Wirtschaft ↓ Versorgungslücken im Bereich des mittel- und langfristigen Konsums, schwierige Lage des Einzelhandels ↓ Unzureichender Besatz innovativer Unternehmen
Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> ↑ Bereitstellung von preisgünstigen Gewerbeimmobilien für Existenzgründer ↑ Nutzung vorhandener Ansätze und Stärkung durch Unternehmensnetzwerke ↑ Standortvorteile durch räumliche Nähe der Faktoren Wohnen und Arbeiten sowie Zentrumsnähe 	<ul style="list-style-type: none"> ↓ Anhalten der Wachstumsschwäche, keine neuen Ansiedlungen und Gründungen ↓ Stagnation der Entwicklung des tertiären Sektors, Ausweichen auf unternehmensbezogene Dienstleistungsbetriebe in Stadtteile mit besserem Image oder ins Umland

Übersicht 2: Arbeit und Qualifizierung

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> ↑ Institutionen der Qualifizierung im Programmgebiet ↑ Aktive lokale Initiativen 	<ul style="list-style-type: none"> ↓ Überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit ↓ Geringes Qualifizierungsniveau ↓ Geringes Bildungsniveau der Jugendlichen
Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> ↑ Entwicklung von Qualifizierungsprogrammen im Verbund mit lokalen Wirtschaftsunternehmen ↑ Beschäftigungsimpulse im Handwerk durch induzierte Sanierungsvorhaben und Ausstrahlungseffekte ↑ Stärkung der kommunikativen Kompetenz der Bevölkerung im Umgang mit den neuen Medien und den Potenzialen der Kommunikationsgesellschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ↓ Weitere Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte mangels lokaler Arbeitsplätze und anderer Benachteiligungen des Programmgebiets ↓ Unzureichendes Qualifizierungspotenzial und Qualifizierungsniveau der Arbeitnehmer als Argument gegen Neuansiedlungen von Unternehmen ↓ Zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit ↓ Tendenziell zunehmende Armut und ihre Konzentration in Teilen des Programmgebiets

Übersicht 3: Soziales / Chancengleichheit

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> ↑ Starker Bezug der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Stadtteil ↑ Viele Initiativen und Akteursgruppen sind auf Teilgebieten bereits tätig ↑ Soziales Engagement ↑ Berufliche Erfahrungswerte von Frauen 	<ul style="list-style-type: none"> ↓ Hoher Anteil einkommensschwacher Haushalte ↓ Hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern ↓ niedrige, im Vergleich unterdurchschnittliche Wohneigentumsquote ↓ hoher Anteil an Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund ↓ hohe Kriminalitätsrate ↓ unzureichende Chancengleichheit
Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> ↑ Entwicklung eines problemfeldübergreifenden Stadtteilmanagements anhand konkreter Projekte ↑ Stärkung des Ausbildungs- und Qualifizierungsniveaus der arbeitssuchenden Bevölkerung, insbesondere von Frauen ↑ Erlangung entscheidender Technologiekompetenzen von Frauen im wachsenden Sektor der neuen Ökonomie ↑ Entstehung neuer Frauenarbeitsplätze im Dienstleistungssektor und Einzelhandel ↑ Integration ausländischer Bevölkerungsgruppen 	<ul style="list-style-type: none"> ↓ Zunehmende soziale Ausgrenzung durch Armut und Erwerbslosigkeit ↓ Entstehen von räumlich abgegrenzten Wohnbereichen einkommensschwacher Bevölkerungsteile ↓ Tendenziell schwächere Bindung der Bewohnerinnen und Bewohnern an das Programmgebiet und Identitätsverluste ↓ Benachteiligung von Frauen im Beruf aufgrund von Qualifizierungsdefiziten und Stagnation auf dem Dienstleistungssektor

Übersicht 4: Umwelt und Verkehr

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> ↑ Nähe zu Grünanlagen und zum Wasser ↑ Gute Verkehrsanbindung ↑ Potenzial Flächen an Flussufern ↑ Attraktiver Öffentlicher Personennahverkehr 	<ul style="list-style-type: none"> ↓ Umweltbelastungen durch Abgase und Lärm des Straßenverkehrs ↓ Klimaabweichungen im Zentrumsbereich ↓ Mangel an Spiel- und Freizeitflächen ↓ Unzureichende Begrünung vieler Wohnquartiere ↓ Fernverkehrserschließung des Stadtteils ↓ Mangel an Radwegen ↓ Trennungswirkung durch Hauptverkehrsstraßen
Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> ↑ Neunutzung von brachliegenden Gewerbeflächen und Sanierung von Altlasten mit städtebaulich adäquater Nutzung ↑ Erschließung der Uferbereiche zu Freizeit- und Erholungszwecken ↑ Verkehrsentlastung der Einfallsstraßen ↑ Mobilitätssteigerung mittels umweltfreundlicher Verkehrsträger ↑ Bau eines neuen S-Bahn Bahnhofs inmitten des Programmgebiets 	<ul style="list-style-type: none"> ↓ Steigende Problematik der stark frequentierten Einfallsstraßen aufgrund wachsender Motorisierung ↓ Entwicklungshemmnisse durch Lärmbelastung ↓ Stadtbildstörende Brachflächen

3.2 Beschreibung der Ergebnisse bezogen auf die jeweiligen spezifischen Ziele der Schwerpunkte und Maßnahmen

Aufbauend auf die im vorherigen Kapitel beschriebene Problemlage und die Chancen des Programmgebiets wurden die Entwicklungsschwerpunkte und Maßnahmen für das Programmgebiet Mannheim / Ludwigshafen am Rhein erarbeitet.

Im folgenden Kapitel werden nun die einzelnen Maßnahmen nochmals kurz beschrieben bevor im zweiten Teil des Kapitels auf die Ergebnisse und die Zielerreichung eingegangen werden wird. Eine detaillierte Beschreibung aller Aktionen findet sich in den Projektblättern im Anhang. Ebenso wurden alle Aktionen in den jährlichen Durchführungsberichten in ausführlicher Form dargestellt.

3.2.1 Schwerpunkt 1: Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze

3.2.1.1 Maßnahme 1.1: Sanierung und Revitalisierung von Flächen und mindergenutzten Gebäuden

In den Jahren 2003 bis 2007 wurden im Rahmen des Programms URBAN II die Arbeiten zur Vorbereitung von brach gefallenen Industrie- und Gewerbegebieten und Freiflächen für eine städtebaulich sinnvolle und zeitgemäße Nachnutzung durchgeführt. Ziel war, das URBAN II-Gebiet für Bewohner, Neuansiedler und Investoren aber auch für Kunden der ansässigen Läden und Betriebe attraktiver zu machen.

3.2.1.1.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Folgende Aktionen wurden durchgeführt:

Altlastensanierung (Aktion 1.1)

Im Rahmen dieser Aktion wurde die Erfassung der altlastenverdächtigen Flächen im URBAN-Gebiet abgeschlossen und Investitionen zur Beräumung kontaminierter Flächen, zur Schaffung von Grünflächen für Freizeit und Erholung und damit zur Rückführung von Branchen für eine Nachnutzung durchgeführt. Hierbei wurden Flächen am Rheinuferpark und am Rheinufer-Süd ebenso wie kleinere Flächen im URBAN II-Gebiet untersucht und saniert. Auch das Hafengleis inklusive des Schotterbetts entlang des Rheinuferparks wurde entfernt und die ausgebauten Materialien auf die Deponie verbracht.

3.2.1.1.2 Spezifische qualitative Ergebnisse

Inhalt dieser Maßnahme mit der Aktion 1.1 Altlastensanierung war die Sanierung verunreinigten Geländes mit dem Ziel, brachgefallene Gewerbe- und Freiflächen einer städtebaulich adäquaten Nutzung zuzuführen. Hauptsächlich sollte dabei eine große Freifläche am Rheinufer, der neu zu gestaltende Rheinuferpark, einer neuen Nutzung zugeführt werden.

Ursprünglich war bei der Zielvorausschätzung der Altlastensanierung davon ausgegangen worden, dass am Rheinuferpark große Altlastenmengen vorhanden seien. Die Kosten für einen derartigen Abraum wären bei ca. 1 Mio. € gelegen. Da sich herausgestellt hat, dass die Flächen am Rheinuferpark direkt nicht in dem Maße kontaminiert waren, konnten die Sanierungsmaßnahmen auch auf weitere Flächen ausgedehnt werden.

Durch die Beseitigung der bestehenden Nutzungskonflikte bzw. -defizite und die Behebung der ungeklärten Altlastenproblematik wurden die Voraussetzungen für eine zeitgemäße Nutzung auf den problembehafteten Flächen geschaffen. Zugleich wurden damit stadtpla-

nerische Möglichkeiten erweitert und das Angebot an Grün- und Erholungsflächen erweitert. Durch die Identifikation und Behebung von Altlasten im Programmgebiet Ludwigshafen am Rhein wurden Flächen dekontaminiert und damit Umweltbelastungen für Mensch und Natur verringert.

Nach erfolgter Sanierung der belasteten Flächen entlang des Rheinuferes konnte der Rheinuferpark hergestellt und damit eine attraktive Freifläche innerhalb des Programmgebiets gestaltet werden. Diese ist Anziehungspunkt nicht nur für die Bevölkerung des Programmgebiets sondern auch für Besucher der Innenstadt. Eine attraktive Geschäftsumgebung stellt einen weichen Standortfaktor dar, der auch für potenzielle Investoren von Interesse ist.

3.2.1.1.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Es wurden 100 % der insgesamt in der Maßnahmenebene geplanten Mittel durch einen Bewilligungsbescheid/Änderungsbescheid für die Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzten Gebäuden gebunden.

Von den gebundenen 620.000 € sind 610.350,55 €, entsprechend 98 % verausgabt und die entsprechenden Fördermittel abgerufen worden. Die Abweichung bei den Kosten liegt darin begründet, dass ursprünglich bei der Zielvorausschätzung der Altlastensanierung davon ausgegangen worden war, dass am Rheinuferpark große Altlastenmengen vorhanden seien. Mittlerweile hat sich aber herausgestellt, dass die Flächen am Rheinuferpark direkt nicht in dem Maße kontaminiert waren wie ursprünglich angenommen. Deshalb konnten die Sanierungsmaßnahmen auch auf weitere Flächen ausgedehnt werden. Dennoch haben sich dabei aber aufgrund der geringeren Belastungswerte die Kosten minimiert.

Das Hafengleis inklusive des Schotterbetts entlang des Rheinuferparks wurde entfernt und die auszubauenden Materialien, die größtenteils als Z3 eingestuft sind, wurden auf die Deponie verbracht. Die Teile des Gleisschotters, die nicht belastet sind, werden recycelt und fließen wieder in den Materialkreislauf zurück. Auch dadurch konnten Kosten gespart werden.

3.2.1.1.4 Aufgetretene Probleme

Bisher sind von Seiten der Bewilligungsstellen und der Verwaltungsbehörde keine Probleme bei der Durchführung der Maßnahme benannt worden.

3.2.1.2 Maßnahme 1.2: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU

Angesichts der Problematik im Programmgebiet soll durch die Gewährung von einzelbetrieblichen Zuschüssen und finanziellen Anreizen für produktive und nachhaltige Investitio-

nen der Bestand an KMU gesichert und die Neuansiedlungen insbesondere von Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen gefördert werden.

Die Ansiedlung gastronomischer Betriebe und bestimmter Vergnügungsstätten wie z.B. Diskotheken ist aus dem Blickwinkel der Belebung der Innenstadt ebenfalls wünschenswert.

Zur Durchführung dieser Maßnahme gehören auch gezielte Aktionen zur Bekanntmachung der Förderrichtlinien, so zum Beispiel der Besuch überregionaler Messen, die Erstellung von Flyern und sonstige öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen.

Weiterhin sollen zur Begleitung einer großen Umbaumaßnahme in einer Einkaufsstraße Erfahrungen mit einem Kommunikationskonzept gesammelt werden. Unter städtischer Koordination soll gemeinsam mit den Betrieben und Anwohnern ein Konzept entwickelt werden, die Beeinträchtigungen durch den Umbau möglichst gering zu halten und der Bevölkerung die Bedeutung der Bauarbeiten als Investition in die Zukunft zu vermitteln.

3.2.1.2.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Folgende Aktionen wurden durchgeführt:

KMU-Förderung (Aktion 1.2 und 1.2.1)

Ziel der Maßnahme war die Ansiedlung und Bestandssicherung der KMU im URBAN II Gebiet. Dabei wurden einzelbetriebliche Zuschüsse im Rahmen der erlassenen Förderrichtlinie „Richtlinie der einzelbetrieblichen Förderung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU im URBAN II Gebiet Mannheim / Ludwigshafen am Rhein“ ausgezahlt.

Förderfähig waren Sachinvestitionen, insbesondere Erstinvestitionen, Investitionen für eine Verlagerung in den Standort, für eine Erweiterung am Standort, für den Umweltschutz, Modernisierung und Bestandsicherung des Unternehmens sowie die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Die Mittel zur Förderung von KMU konnten nur für Investitionsvorhaben in Betrieben des produzierenden Gewerbes, des Einzelhandels sowie der Dienstleistungen gewährt werden. Die Zuwendung wurde nach Abschluss der Maßnahme gegen Vorlage der Verwendungsnachweise und der Ausbildungs- bzw. Arbeitsverträge gewährt.

Begleitend zum Zuschussprogramm wurde für Teile des Programmgebiets ein Mittelstandsservice (Aktion 1.3.1) eingerichtet.

Die Förderanträge wurden einem Vergabeausschuss, der aus Vertretern der Verwaltung, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer sowie verschiedener Banken bestand, beschlussreif vorgelegt. Dieser fasste die Entscheidungen in regelmäßigen Sitzungen nachdem die Fördervorhaben durch die Antragsteller persönlich vorgestellt wurden. Mit der positiven Entscheidung durch den Vergabeausschuss war für die Antragsteller

neben der Zuschussbewilligung auch der Vorteil verbunden, dass die Vorhaben objektiv auf die Marktfähigkeit geprüft wurden.

Das Programm startete im April 2002 zuerst in Teilbereichen des Programmgebiets. Nach ersten sehr guten Erfahrungen wurde das Geltungsgebiet der Förderrichtlinie zur KMU-Förderung 2004 ausgeweitet.

Gastronomieförderung (Aktion 1. 8)

Ziel dieser Aktion war die Ansiedlung oder Modernisierung von gastronomischen Betrieben wie Restaurants, Cafés oder Tanzlokale in einem Teilgebiet des URBAN-Gebiets (Bismarckstraße und das Gebiet östlich davon bis zum Rhein, Berliner Platz und Walzmühle in Ludwigshafen). Dieses Gebiet wurde aus städtebaulichen Gesichtspunkten begrenzt.

Die Förderrichtlinie wurde analog zur Förderrichtlinie für KMU erstellt, sie unterscheidet sich lediglich hinsichtlich der Adressaten der Förderung und der Grenzen des Gebiets. Auch die Modalitäten für Antragstellung, Bescheid und Abrechnung waren gleich, wobei die Gastronomieförderung von der Wirtschaftsförderung der Stadt Ludwigshafen, der WirtschaftsEntwicklungsGesellschaft Ludwigshafen am Rhein (W.E.G.) betreut wurde.

Das Programm startete im September 2004. Im Gegensatz zu den beiden anderen Förderprogrammen für KMU und Existenzgründer blieb der räumliche Geltungsbereich für die Gaststättenförderung eingeschränkt auf ein Teilgebiet des URBAN-Gebiets.

Kommunikationskonzept Umbau der Breite Straße (Aktion 1.2.2)

Im Rahmen des 400-jährigen Jubiläums der Stadt Mannheim im Jahr 2007 wurde ein Teil der Fußgängerzone, die sog. „Breite Straße“ neu gestaltet. Die Erneuerung umfasste eine breite Palette an Einzelmaßnahmen. Hierzu gehörte die komplette Erneuerung der Bodenbeläge, barrierefreie Straßenbahnhaltestellen, der Aufbau eines neuen, verbesserten Beleuchtungssystems, eine grundlegend neue Straßenmöblierung sowie die Pflanzung einer Baumallee.

Durch diese umfangreichen und zeitintensiven Baumaßnahmen wurden die ansässigen Gewerbetreibenden und die Kunden stark beeinträchtigt. In dem Erneuerungsabschnitt der Breiten Straße sind insgesamt 130 Betriebe, überwiegend Einzelhändler, angesiedelt. Um Umsatzverluste teilweise abzufedern und auch die Akzeptanz für die Bauarbeiten zu erhöhen, wurde ein Kommunikationskonzept eingesetzt. Dabei handelte es sich um eine einheitliche Werbekampagne von Gewerbetreibenden und Stadtverwaltung mit dem Ziel, Verständnis für den Umbau zu wecken, den Bekanntheitsgrad der Einkaufsstraße zu erhöhen und damit auch zur Umsatzsicherung beizutragen. Zusätzlich wurde ein spezieller Bauab-

laufplan erarbeitet, bei dem die Belange der Händler in besonderem Maße berücksichtigt wurden. Durch diesen Plan konnten auch die verschiedenen Kommunikationsinstrumente gezielt eingesetzt werden.

3.2.1.2.2 Spezifische qualitative Ergebnisse

Durch die Gewährung von einzelbetrieblichen Zuschüssen und finanziellen Anreizen für Investitionen sollte der Bestand an KMU gesichert und die Neuansiedlungen insbesondere von Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen sowie in ausgewählten Teilen des Programmgebiets auch von Gastronomiebetrieben gefördert werden.

Das Förderprogramm der einzelbetrieblichen Zuschüsse war speziell auf Klein- und Kleinstunternehmen ausgerichtet, da diese Firmen aufgrund ihrer Größe kaum auf andere Unterstützungsmöglichkeiten zurückgreifen können und oft auch z.B. durch Sprachschwierigkeiten bei Unternehmern mit Migrationshintergrund eine große Hemmschwelle besteht, Zuschüsse direkt zu beantragen. Mit dem Zuschussprogramm und einer Betreuung der Unternehmen vor Ort ist es gelungen, diese Lücke in der Förderlandschaft zu schließen und auf diesem Weg gleichzeitig wichtige Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung im Fördergebiet zu geben.

Die stetige Zunahme der Anträge auf Investitionszuschüsse seit Förderbeginn lässt auf ein wachsendes Interesse in der privaten Wirtschaft schließen. Jedoch gab es bei den Auszahlungen (der Zuschuss an die Betriebe erfolgt erst nach Vorlage der bezahlten Rechnungen) zahlenmäßige Abweichungen zwischen dem bewilligten Betrag je Unternehmen und dem tatsächlich zur Auszahlung kommenden Betrag. Diese lagen hauptsächlich darin begründet, dass die Schätzungen des Investitionsbedarfs zu hoch gegriffen waren. Zudem ließen die wirtschaftliche Lage, insbesondere die Liquidität, den Unternehmen oft nicht den Spielraum die geplanten Investitionen im Durchführungszeitraum zu realisieren. Da das Programm URBAN II zeitlich begrenzt ist, wurden deshalb alle Unternehmen, die ihren Förderrahmen nicht vollständig ausgeschöpft haben, nochmals schriftlich erinnert und ein letztmaliger Termin zur Einreichung von Rechnungen genannt. Mit den so wieder ungebundenen Restmitteln konnten dann noch weitere Betriebe gefördert werden.

In insgesamt fünf Fällen musste die Zuwendung zurückgefordert werden, da die Förderbestimmungen nicht eingehalten wurden. Insgesamt handelte es sich um einen Betrag in Höhe von 9.303,14 €.

Aufgrund der dargestellten Auszahlungsproblematik und des zurückgeflossenen Betrages wurden für Teile des Programmgebiets im Jahr 2005 Mittel in Höhe von 190.000 € für die Aktion „Kommunikationskonzept Breite Straße“ umgeschichtet. Auch diese Aktion kam den KMU zugute.

Mit den gewährten finanziellen Anreizen für produktive und nachhaltige Investitionen im Rahmen von „De-minimis-Beihilfen“ wurde der Bestand ansässiger Unternehmen gesichert und Neuansiedlungen insbesondere von Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen gefördert. Nach ersten sehr guten Erfahrungen mit der Förderung von Unternehmen wurde das Geltungsgebiet der Förderrichtlinie zur KMU-Förderung 2004 auf das gesamte URBAN II – Gebiet ausgeweitet. Die Förderung für Gastronomiebetriebe blieb aus städtebaulichen Gründen auf bestimmte Straßenzüge begrenzt.

Neben URBAN II standen in Teilen des Programmgebiets für kleine und mittlere Unternehmen zudem EU-Fördermittel aus dem Programm Ziel 2 zur Verfügung. Durch das zeitgleiche Angebot der beiden Programme war es möglich eine sehr individuelle einzelbetriebliche Förderung anzubieten. Durch den im Rahmen von Ziel 2 geförderten Bau des Gründerinnenzentrums und des Musikparks und die dort durch URBAN II förderfähigen Erstinvestitionen fanden die Firmen sehr günstige Rahmenbedingungen vor. Eine Doppelförderung von Vorhaben war dabei ausgeschlossen.

Über diese sehr positive Bilanz der Förderrichtlinien für KMU wurde in einem Artikel in der Ludwigshafener Stadtzeitung „Neue LU“ in der Januarausgabe 2007 ausführlich berichtet. Auch bei der Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN – Netzwerks im Oktober 2006 konnten die Ergebnisse der beiden Städte als gemeinsames Programm vorgestellt werden.

Die bei der Programmplanung definierten Ziele, insbesondere die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze, wurden deutlich übertroffen. Durch das Zuschussprogramm wurde eine nachhaltige Aufwertung des Firmenbestandes im Fördergebiet erreicht und damit die Nahversorgung der Einwohner durch wichtige Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen gestärkt.

3.2.1.2.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Die EFRE Mittel sind zu 100 %, durch Bewilligungsbescheide gebunden.

Von den gebundenen 2.558.426 € sind 2.273.998,49 € abgerufen. Dies entspricht 89 % er gebundenen Mittel. Ein weiterer Mittelabruf ist dem abschließenden Auszahlungsantrag beigefügt, so dass insgesamt 94 % der Mittel abgerufen werden können.

Grund dafür, dass nicht alle Mittel abgerufen werden konnten ist, dass es gerade im Bereich Gastronomieförderung aber auch bei den geförderten KMU bei den Auszahlungen zahlenmäßige Abweichungen zwischen dem bewilligten Betrag je Unternehmen und dem tatsächlich zur Auszahlung kommenden Betrag gab. Diese lagen hauptsächlich darin be-

gründet, dass die Schätzungen des Investitionsbedarfs durch die Antragsteller zu hoch gegriffen waren. Zudem ließen die wirtschaftliche Lage, insbesondere die Liquidität, den Unternehmen oft nicht den Spielraum die geplanten Investitionen im Durchführungszeitraum zu realisieren. Es gab auch mehrere Unternehmen, die aufgrund sich verschlechternder Wirtschaftslage ihren Antrag wieder zurückgezogen haben.

Auch das Kommunikationskonzept Umbau Breite Straße konnte um rund 11.000 € günstiger durchgeführt werden als geplant war, ohne dass die Durchführung von Einzelvorhaben dadurch tangiert war.

3.2.1.2.4 Aufgetretene Probleme

Bisher sind von Seiten der Bewilligungsstellen und der Verwaltungsbehörde keine Probleme bei der Durchführung der Maßnahme benannt worden.

Am 29.09.2005 fand zu der Aktion 1.2.1 eine Kontrolle gem. Art 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 25.7.2006 fand zu der Aktion 1.8 eine Kontrolle gem. Art 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 13.09.2007 fand zu der Aktion 1.2.2 eine Kontrolle gem. Art 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 29.11.2006 fand zu der Aktion 1.2 eine Kontrolle gem. Art 10 der VO (EG) 438/2001 statt. Die beanstandeten Rechnungen wurden mit dem Mittelabruf vom November 2007 verrechnet. Eine follow-up Prüfung im Dezember 09 ergab, dass versehentlich eine falsche Summe abgerechnet wurde, die zu viel einbehaltende Summe in Höhe von 406,26 € EF-RE-Anteil wurde zuzüglich der Zinsen bezahlt.

Die Aktion 1.2.1 war im Jahre 2006 und 2008 Gegenstand einer Kontrolle gem. Art 10 der VO (EG) 438/2001. Es ergaben sich jeweils keine Beanstandungen.

3.2.1.3 Maßnahme 1.3: Mittelstandsservice und digitale Wirtschaftsdienste

Um die KMU im Programmgebiet zu stärken und die Information über Förderprogramme und Maßnahmen zur Innovationssteigerung auszubauen, wurde für KMU im Programmgebiet ein Beratungsservice angeboten. Dabei wurde gezielt der Kontakt zu den Unternehmen im Programmgebiet gesucht und durch individuell auf die Zielgruppe ausgerichtete Methoden, die Unternehmer über mögliche Fördermöglichkeiten aufgeklärt. In schwierigen Situationen wurde Einzelfall bezogene Hilfestellung gegeben und fachspezifische Beratungsleistungen vermittelt.

Neben diesem Beratungsservice wurden weitere Projekte gestartet, die direkt oder indirekt der Unterstützung von Unternehmen diesen sollten.

Unter dem Überbegriff „Digitale Stadt“ wurde die Interaktion und Transaktion verschiedenster Akteure durch eine internetbasierte Vernetzung gefördert und damit Synergieeffekte geschaffen. Es wurden sowohl Angebote für Bürgerinnen und Bürger, für Immobilieneigentümer sowie für Unternehmen geschaffen. Auch die Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wurde umgesetzt. Hierzu wurden Aktionen rund um das Thema „Barrierefreies Wohnen und Leben“ initiiert.

Beispielsweise wurden folgende Projekte gestartet:

- Pilothafte Einführung einer internetbasierten Gewerbeimmobiliendatenbank, auf die Anbieter und Immobilieninteressenten gleichermaßen zugreifen können
- Aufbau eines Internetbasierten Stadtführers zum URBAN II-Gebiet über barrierefreie Einrichtungen;
- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema barrierefreier bzw. „barrierearmer“ Umbau von Wohnimmobilien.
- Virtuelles Rathaus mit einer Internetseite für Unternehmen aus dem Bereich IT, Kommunikation und Neue Medien

3.2.1.3.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Folgende Aktionen wurden durchgeführt:

Mittelstandsservice (Aktion 1.3.1)

Um kleine und mittlere Unternehmen in ausgewählten Teilen des Programmgebiets zu stärken wurde ergänzend zur finanziellen Förderung im Rahmen der Aktion 1.2.1 Einzelbetriebliche Zuschüsse ein Mittelstandsservice eingerichtet. Dabei wurde eine externe Beratungsfirma für Existenzgründer sowie zur Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen, die bereits im Programmgebiet niedergelassen sind, beauftragt. Neben allgemeinen Themen (z.B. Standortwahl oder Marktchancen) waren dabei insbesondere Förderperspektiven -primär URBAN II- relevant. Die Hauptaufgabe des Mittelstandsservice bestand folglich in der Betreuung der Firmen während des Antragsverfahrens im Rahmen eines Zuschussprogramms. Zudem wurden die regelmäßigen Sitzungen des über die Zuschussanträge für KMU-Anträge im Rahmen von URBAN II entscheidenden Vergabeausschusses vor- und nachbereitet. Der Mittelstandsservice war für die Vollständigkeit der Anträge, der Erstellung der Entscheidungsvorlagen sowie die Protokollierung der durchgeführten Sitzungen zuständig.

Außerdem beinhaltete der Mittelstandsservice eine Nachbetreuung der bezuschussten Betriebe.

Während der gesamten Laufzeit des Mittelstandsprogramms wurde eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Digitale Wirtschaftsdienste- Pilothafte Einführung des Verfahrens Standortkommunikationssystem (Aktion 1.3.2.1)

Im Rahmen der Aktion wurde eine onlinebasierte Gewerbeimmobilienbörse für Teile des Programmgebiets eingeführt. Die Gewerbeimmobilien im URBAN II-Gebiet sind aufgrund zu geringer Flächen bzw. eines hohen Sanierungsaufwandes schwer zu vermarkten. Um die Vermarktung zu erleichtern wurde erstmals eine allgemein zugängliche Onlineimmobilienbörse geschaffen, die das regionale Gewerbeimmobilienangebot in den ausgewählten Teilen des Programmgebiets abbildet. Das Angebot wurde insbesondere auf die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichtet, die aufgrund des individuellen und zumeist geringeren Flächenbedarfs vorher nicht auf ein zentral gesteuertes lokales Immobilienportal zurückgreifen konnten. Die Börse beinhaltet das verfügbare Angebot an leerstehenden Gewerbeimmobilien (Ladenflächen, Büroräumlichkeiten, Gewerberäume für Handwerksbetriebe usw.) im Urban II-Teilgebiet. Neben der erleichterten Standortsuche war es zudem möglich, die Angebote mit Onlineinformationen über die speziellen Möglichkeiten der KMU-Förderung im URBAN II-Gebiet zu verknüpfen.

Baulückenprojekt (Aktion 1.3)

Ziel dieser Aktion war die Vermittlung von Grundstücken und leer stehenden Gebäuden in bestimmten Teilen des Programmgebiets für eine hochwertige und städtebaulich ansprechende Nachnutzung. Es sollte eine Börse über vermarktbar Grundstücke und Immobilien initiiert und die künftigen Nutzer beratend unterstützt werden. Bereits 2004 wurden alle Eigentümer der Grundstücke angeschrieben und über die neue Fördermöglichkeit informiert, 2005 wurde nochmals Informationsmaterial an die Grundstückseigentümer versandt. Allerdings war das Interesse der Grundstückseigentümer nur minimal, 2005 haben lediglich 2 Eigentümer Interesse gezeigt, ein Eigentümer hat dann einen Antrag auf Fördermittel eingereicht und auch sein Gelände entsprechend überplant und bebaut.

Da auch nach wiederholten Versuchen keine Erfolge zu verbuchen waren, wurde die Aktion beendet.

Barrierefreies Wohnen, Leben und Arbeiten (Aktion 1.3.2.2)

Der demographische Wandel stellt die Kommunen vor neue Aufgaben. Betreutes bzw. seniorenrechtliches Wohnen in Einrichtungen ist derzeit und auch zukünftig im Hinblick auf die eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme begrenzt. Somit wird ein Großteil der Menschen zukünftig darauf angewiesen sein, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu leben.

Im Rahmen von URBAN II wurde deshalb im Mai 2005 die Aktion „Barrierefreies Wohnen, Leben und Arbeiten“ initiiert. Die Aktion wurde in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Barrierefreiheit“, einem Zusammenschluss von 20 Vereinen und Verbänden, durchgeführt. Das Projekt war jedoch nicht nur auf behinderte Menschen oder Senioren ausgerichtet. Von der Aktion profitieren beispielsweise auch Familien mit Kleinkindern, die sich mit Kinderwägen in einer barrierefreien Stadt müheloser bewegen können. Zudem wurde indirekt auch die Wirtschaft gefördert, da durch den Umbaubedarf die Marktmöglichkeiten der Handwerksbranche erweitert wurden.

Die Betroffenen können ein mobiles Leben im Alltag jedoch erst verwirklichen, wenn Sie wissen, welche Wege oder Gebäude sie überhaupt ohne fremde Hilfe erreichen können. Als Kernstück der Aktion wurde deshalb für ausgewählte Teile des Programmgebiets ein internetbasierter Stadtführer entwickelt, der Informationen über den Grad der Barrierefreiheit von sämtlichen öffentlich zugänglichen Gebäuden angibt. Dieses Onlineangebot fungiert darüber hinaus als Informationsplattform zum Thema „Barrierefreiheit“.

Die Aktion wurde von der Stadtverwaltung Mannheim koordiniert. Neben der Erstellung und Einführung des Internetdienstes wurden Wohnungssuchende bzw. Umbauwillige hinsichtlich barrierefreier Objekte und deren Planung, aber auch zu den oft notwendigen ergänzenden Dienstleistungen, wie z.B. Wohngeld oder Zuschussmöglichkeiten (Wohnraumförderung) beraten. Zudem wurde die Zusammenarbeit der Beteiligten Institutionen (z.B. Wohnungswirtschaft, Handwerkskammer, Architektenverbänden, Mieter- und Eigentümervereine, Teile der Verwaltung) gefördert. Durch diese Netzwerkarbeit wurde die Grundlage geschaffen, differenzierte Wohnkonzepte in unterschiedlichen Lebenslagen zu erproben und zu realisieren.

Wichtiger Bestandteil der Aktion bildete zudem eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Dabei wurde unter anderem ein Informationsfilm produziert. Um die Vorteile eines barrierefreien Bauobjektes reell veranschaulichen zu können, wurde der Hauseingang eines Gebäudes im Fördergebiet barrierefrei umgebaut.

Virtuelles Rathaus (Aktion 1.4)

Mit der Einrichtung des „virtuellen Rathauses“ wurde die www.ludwigshafen.de erfolgreich neu gestaltet. Die Homepage der Stadt verzeichnet mittlerweile monatlich über eine Million

Seitenaufrufe. Am 9.3.2005 wurde die neu gestaltete Website der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit verbunden sind neue Möglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger, über das Internet mit der Verwaltung zu kommunizieren und online Dokumente und Vordrucke zu nutzen.

Zusätzlich wurde, ebenfalls für Teile des Programmgebiets, ein neuer virtueller Stadtplan, der auch jeweils aktuelle Informationen zum Geschehen in der Stadt vorhält, initiiert. Damit besteht jetzt die Möglichkeit, zukünftig jeweils aktuelle Daten zum Stadtplan vorzuhalten. Auf dieser Basis wurde auch in Zusammenarbeit mit dem Bereich Tiefbau ein Baustelleninformationssystem im Online-Stadtplan eingeführt. Ziel ist es, ein leistungsfähiges, aktuelles Stadtplanmodul zu schaffen, das von der Stadt, den Töchtern und weiteren Nutzern sinnvoll eingesetzt werden kann und einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger und Gäste der Stadt darstellt.

Als weiteres Modul wurde auch ein neuer verbesserter Veranstaltungskalender eingeführt.

2005 wurde auch eine branchenspezifische Subdomain für Unternehmen aus den Bereichen Information und Kommunikation sowie Neue Medien eingerichtet. Entstanden ist eine Plattform für innovative Unternehmen, die im IT- und Medienbereich aktiv und in ausgewählten Teilen des URBAN II-Gebiet ansässig sind. Berücksichtigt wurden aber auch Bildungseinrichtungen, Verbände und Initiativen aus dem IT- und Medienbereich. Mit dieser einheitlichen Internetplattform www.mit.ludwigshafen.de, haben Unternehmen die Möglichkeit, ihre Produkte und Dienstleistungen zu präsentieren und über das aktuelle Angebot offener Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu informieren. Zusätzlich wurden Links zu Bildungs- und weiteren Einrichtungen aus der Medienbranche eingerichtet. Ziel ist es, speziell diesen Teilbereich des URBAN-Gebiets durch einen gemeinsamen, einheitlichen Onlineauftritt als zukunftsorientierten und modernen Standort von Medien- und IT-Unternehmen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen.

3.2.1.3.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Durch einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit sowohl durch das in Mannheim beauftragte Projekt Firmengründung als auch durch die Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Ludwigshafen im Zusammenhang mit den für das KMU- aber auch das Gastronomie-Förderprogramm notwendigen Antrags- und Verfahrensweisen wurde vermieden, dass die unter Maßnahme 1.2 genannten Zuschüsse entweder nur sehr spät oder gar nicht von den relevanten Unternehmen in Anspruch genommen wurden und damit wichtige Investitionen verzögert anliefen oder ganz vermieden wurden. Die Möglichkeit einer Ansprechperson direkt vor Ort baute Hemmschwellen ab und war gerade für Kleinstunternehmen eine wichtige Hilfe.

Während der gesamten Laufzeit (01.04.2002 bis 31.12.2006) wurde der Mittelstandsservice vom „Projekt Firmengründung Mannheim (ProFiMannheim)“ durchgeführt. ProFiMannheim ist ein Zentrum für Existenzgründung mit Sitz im URBAN II-Gebiet, das sich hin-

sichtlich Beratung und Qualifizierung auf Gründungswillige überwiegend aus dem Small-Business-Bereich spezialisiert hat. Beratungen erfolgten auch in türkischer und italienischer Sprache, was bei Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund dazu beigetragen hat, dass vereinzelt vorhandene Hemmnisse abgebaut wurden. Insbesondere bei dieser Gruppe war der persönliche Kontakt zu den Beratern gewünscht und sehr förderlich.

Gleichzeitig wird durch die Erprobung neuer Formen der Interaktion und Partizipation der Wirtschaft und der Bürger untereinander und mit der Verwaltung die Wettbewerbsfähigkeit der KMU durch den schnellen und unkomplizierten Zugang zu Informationen verbessert. Bei der Einführung des Standortkommunikationssystems wurde eine spezielle Software (SKS) eingesetzt, die sich bereits in der Region Stuttgart bewährt hat. Durch den Einsatz der Software wurde der persönliche Vermittlungsservice der Stadtverwaltung sehr gut und nachhaltig ergänzt.

Im Rahmen der Aktion virtuelles Rathaus wurden nachfrageorientiert Elemente des e-business neu geschaffen und ausgebaut und dadurch den Unternehmen die Möglichkeit zu neuartigen Dienstleistungen eröffnet. Gerade die neue Internetplattform für Unternehmen aus dem Bereich IT, Kommunikation und Neue Medien hat zu einem Informationsaustausch der Unternehmen untereinander geführt und damit Entwicklungsimpulse ausgelöst.

Durch die verschiedenen Angebote und die Verknüpfung der Aktionen der Maßnahmen 1.2 und 1.3 wurde die Investitionstätigkeit der KMU im Programmgebiet positiv beeinflusst und damit das Investitionsklima verbessert.

Durch die Bearbeitung der Thematik „Barrierefreies Wohnen und Leben“ wurden die Belange mobilitätseingeschränkter Menschen aufgegriffen.

Bei allen Projekten zum Thema barrierefreies Leben stand zunächst im Vordergrund, ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. Dies gelang insbesondere durch eine Rollstuhl-Rallye für nichtbehinderte Kinder. Dabei konnte den Kindern verdeutlicht werden, mit welchen Hindernissen ein Rollstuhlfahrer im Alltag konfrontiert ist und welchen Anforderungen er dadurch gerecht werden muss.

Im Verlauf des Projektes hat sich die zunehmende Bedeutung und damit den Bedarf der Barrierefreiheit des Lebensraums gezeigt. Da bei der Durchführung dieser Aktion darauf geachtet wird, im Sinne des Gender-Mainstreaming zu agieren und besonders die Belange von Menschen mit eingeschränkter Mobilität in den Mittelpunkt gestellt werden, trägt sie dazu bei, allen Bewohnerinnen und Bewohnern die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben zu sichern. Durch die Arbeit der Koordinierungsstelle und die vielschichtigen Beratungs- und Informationsmaßnahmen ist es gelungen, ein Netzwerk aufzubauen und daraus entstehende Synergieeffekte zu nutzen.

Für die ausgewählten Teile des Programmgebiets wurde während der Projektlaufzeit – außerhalb der URBAN II-Förderung – zusätzlich ein Zuschussprogramm zur Förderung von barrierefreien Maßnahmen initiiert. Bei entsprechenden positiven Erfahrungen mit dem barrierefreien Stadtführer im ausgewählten Fördergebiet soll dieser zu einem späteren Zeitpunkt im Sinne eines „best-practice“-Aspektes auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden.

3.2.1.3.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Bis zum 31.12.2008 konnten 100 % der Mittel durch Bewilligungsbescheide gebunden werden.

Von den gebundenen 741.150 € sind 402.982,80 €, entsprechend 54 % bei der EU abgerufen worden. Ein weiterer Mittelabruf ist dem abschließenden Auszahlungsantrag beigefügt, so dass insgesamt 86 % abgerufen werden können. Die Minderausgaben begründen sich wie folgt:

Da bei der Aktion Baulückenprojekt auch nach wiederholten Versuchen keine Erfolge zu verbuchen waren und die in der Richtlinie genannte Frist zur Einreichung eines Bauantrages oder entsprechenden Unterlagen die einen Vermarktungswillen erkennen lassen, am 1. März 2006 verstrichen war, konnte davon ausgegangen werden, dass die eingeplanten Mittel nicht abgerufen werden und somit verfallen würden. Deshalb wurde die verbleibende Restsumme 2006 zugunsten von Schwerpunkt 1, Maßnahme 1.2 Aktion 1.2 einzelbetriebliche Zuschüsse umgeschichtet.

Beim Berater für KMU sind rund 6.000 € weniger ausgegeben worden als geplant. Ein Betrag in Höhe von rd. 2.500 € konnte aufgrund einer Mängelhaftungsbürgschaft erst im Jahr 2009 an den Auftragnehmer ausbezahlt werden, so dass dieser Betrag nicht innerhalb des Zeitraums für die Zuschussfähigkeit der Ausgaben geltend gemacht werden konnte. Bei der Aktion „Barrierefreiheit“ wurde seitens der internen Kontrollen ein Betrag in Höhe von rd. 37.500 € EFRE-Anteil als nicht förderfähig eingestuft, da die Umsetzung nicht beantragt war.

Bei der Aktion „Virtuelles Rathaus“ war eine Gesamtsumme in Höhe von 150.000,00 € beantragt. Verausgabt wurden 137.396,77 €. Es war aufgrund geringer Erfahrung für ContentManagementSysteme innerhalb einer Stadtverwaltung schwierig, den genauen Kostenbedarf für die Einrichtung eines solchen Systems vorab zu schätzen, so dass die Anfangskalkulation über den tatsächlich verausgabten Mitteln lag.

Es ist dennoch gelungen, mit der zur Verfügung stehenden Summe sowohl eine virtuelle Medien- und IT-Börse www.mit.ludwigshafen.de zu schaffen als auch den Internetauftritt der Stadt www.ludwigshafen.de unter dem Aspekt des virtuellen Rathauses mit erweiterten Angeboten für die Bürgerinnen und Bürger zu erneuern. Ein Veranstaltungskalender und

ein virtueller Stadtplan, in dem neben verschiedenen Einrichtungen des öffentlichen Lebens, wie Schulen, Kindertagesstätten oder Kultureinrichtungen, alle aktuellen Baustellen abgerufen werden können, wurden installiert. Darüber hinaus wurde das ContentManagementSystem auch für die Internetseiten weiterer im Urban-Gebiet gelegener Einrichtungen, wie der Volkshochschule, des Theaters im Pfalzbau und des Wilhelm-Hack-Museums, umgesetzt. Insgesamt rund 90 Personen haben derzeit Zugriff auf die Inhalte der verschiedenen Internetseiten, darunter nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sondern auch von Firmen und Verbänden. Der weitere Ausbau läuft derzeit.

3.2.1.3.4 Aufgetretene Probleme

Bisher sind von Seiten der Bewilligungsstellen und der Verwaltungsbehörde keine Probleme bei der Durchführung der Maßnahme benannt worden.

Am 14.12.2005 fand zu der Aktion 1.3.1 Mittelstandsservice eine Kontrolle gem. Art. 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Für die Aktion 1.3.1 fand im Jahr 2008 eine Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei wurde ein Überzahlung an den Projektträger in Höhe von 2.521,06 € festgestellt. Die zu viel erhaltenen Mittel wurden zzgl. Zinsen in Höhe von 480,85 € zurückgezahlt.

3.2.1.4 Maßnahme 1.4: Förderung des Arbeitskräftepotenzials

Durch verschiedene Aktionen im Bereich der Qualifizierung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen und im Bereich der Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen wurde im Rahmen dieser Maßnahme dazu beigetragen, die vorhanden Qualifikationen aufzuwerten sowie neue Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln und damit die Menschen in den bestehenden Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen zu halten bzw. neu zu integrieren. Dabei wurden durch arbeitsmarktnahe Aktionen in Kooperation mit Betrieben die Integration auch von am Arbeitsmarkt benachteiligten Arbeitslosen gefördert, so dass durch Einsatz in Aktionen des Programms URBAN II Synergieeffekte zwischen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Strukturpolitik erreicht werden konnten.

Um die Beschäftigungs- und Wiedereingliederungsmöglichkeiten von benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern wurden verschiedene Aktionen durchgeführt, die die Beratung und Vermittlung von Arbeitssuchenden, die Verbesserung der Eingliederungsaussichten, die Förderung der Beschäftigungsaufnahme, die Förderung der Aufnahme von selbstständigen Tätigkeiten und die Förderung der beruflichen Weiterbildung unterstützen.

3.2.1.4.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Vor dem oben skizzierten Hintergrund sind im Programmgebiet folgende Aktionen durchgeführt worden:

INQUAJA (Aktion 1.4.1)

Die "Initiative zur Qualifizierung ausländischer Jugendlicher für den Arbeitsmarkt" wurde als einjähriges Modellprojekt vom 1. März 2001 bis 28. Februar 2002 in den drei Stadtteilen Westliche Unterstadt, Jungbusch und Neckarstadt-West durchgeführt. Die ausgewählten Stadtteile waren gekennzeichnet durch signifikant ungünstige Sozialstrukturdaten, wie zum Beispiel eine hohe Sozialhilfedichte und deutlich unter dem städtischen Durchschnitt liegenden Übergangsquoten von der Grundschule in weiterführende Schulen, was in der Folge eine schlechtere Positionierung der Jugendlichen aus diesen Stadtteilen beim Zugang zur beruflichen Ausbildung bedeutet. Von diesen Schwierigkeiten sind Jugendliche ausländischer Herkunft nochmals stärker betroffen.

Ein vorangegangenes Projekt, das erste Erfolge mit Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Qualifizierung erzielen konnte, hatte gezeigt, dass Hilfsangebote für Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf, die sich auf fachliche Angebote beschränken, nur die Jugendlichen erreichen, die von sich aus die Motivation aufbringen, ihre berufliche Lebensplanung eigenverantwortlich anzugehen und Hemmschwellen zu überwinden, dass aber gerade der andere, weniger antriebsstarke Teil derselben Generation sich solchen Angeboten verschließt und dabei wichtige Chancen zur eigenen Entwicklung und Qualifizierung verpasst. Dagegen haben sich Maßnahmen, die Jugendliche z.B. in die Mitgestaltung des Stadtteils einbeziehen, als förderlich für die Motivation zur beruflichen Qualifizierung erwiesen.

In diesem Zusammenhang wurde auch deutlich, dass die Verfügbarkeit von Unterstützung im gewohnten Umfeld im Stadtteil angeboten werden sollte. Deshalb wurden auch im Projekt INQUAJA die in den Stadtteilen vorhandenen und bereits eingeführten Einrichtungen als Standorte für die Projektarbeit ausgewählt. Alle Angebote verfolgten einen ganzheitlichen Ansatz, d.h. die Fragen der schulischen und beruflichen Entwicklung wurden im Kontext der Gesamtpersönlichkeit des Jugendlichen, seiner Biografie und Migrationsgeschichte sowie seines sozialen Netzwerkes betrachtet.

Grundsätzlich baute INQUAJA auf die durch das vorangegangene Projekt entwickelten Strukturen auf und nutzte neben den infrastrukturellen Ressourcen besonders auch den bereits hergestellten und stabilisierten Kontakt zu den ausländischen Jugendlichen.

Das Projekt wurde vom Projektkoordinator umfangreich dokumentiert; ein Abschlussbericht für diese Aktion liegt vor.

Qualifizierung und Beschäftigungsförderung (Aktion 1.4.2)

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Zeitraum von 2003 bis 2005 insgesamt 10 Spielplätze im URBAN II-Gebiet durch Langzeitarbeitslose und arbeitslose Jugendliche saniert. Gerade aufgrund der im URBAN II-Gebiet vorhandenen sozialen Problemlagen war es notwendig geworden, den pädagogischen Wert der Spielplätze durch die Aufwertungen wieder herzustellen. Entsprechend einem Sanierungskonzept wurden die Spielflächen so umgestaltet, dass sie sich nun durch eine spezifische Charakterisierung unterscheiden. Durch neue Spielgeräte und neu gestaltete Flächen werden jetzt wieder für alle Altersgruppen attraktive Spielmöglichkeiten geboten.

Neben der Sanierung der Spielplätze bestand ein weiteres Ziel der Aktion darin, Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren bzw. arbeitslose, qualifizierte Fachkräfte an Handwerksbetriebe zu vermitteln.

Strukturhilfe Grün (Aktion 1.6)

In anderen Teilen des Programmgebiets wurde bis Herbst 2007 eine Aktion zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt durchgeführt, bei denen jeweils 8 Teilnehmer während der Dauer von jeweils 12 Monaten eine Qualifizierung im grünpflegerischen Bereich erhielten.

Im Rahmen der Aktion „Strukturhilfe Grün“ wurden durch diese Personen verschiedene Grünanlagen und Spielplätze in besonderen Bereichen des Programmgebiets gepflegt und instand gesetzt. Zusätzlich wurden in Zusammenarbeit mit Fachfirmen Grünanlagen und Spielplätze neu angelegt, so zum Beispiel der Außenbereich der Kindertagesstätte Orffstraße.

Zusätzlich zur Ausbildung im handwerklichen Bereich wurde für die Teilnehmer noch eine sozialpädagogische Betreuung angeboten.

Existenzgründerförderung (Aktion 1.5)

Ziel dieser Aktion war die Förderung von Existenzgründungen in einem Teilgebiet des URBAN II-Gebietes.

Mit einer Förderrichtlinie wurde festgelegt, dass ein Investitionsvorhaben gefördert werden konnte, wenn daraus eine Existenzgründung folgte, das Vorhaben ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung einer Existenzgründung darstellte, insbesondere neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Förderfähig waren in diesem Rahmen Beratung/Coaching, und Sachinvestitionen, insbesondere Erstinvestitionen, Investitionen für eine Verlagerung in den Standort, für eine Erweiterung am Standort, für den Umweltschutz, Modernisierung und Bestandsicherung des Unternehmens.

Die Förderung beschränkte sich auf Existenzgründungen bzw. auf Investitionsvorhaben zur Sicherungen von Existenzgründungen bis maximal 3 Jahre nach Gründung, die in den ausgewählten Teilen des URBAN-Gebiets ansässig waren. Die Förderung erfolgte auf Grundlage der VO (EG) 69/2001 der Kommission zu den De-minimis-Beihilfen vom 12.01.01. Die Zuwendung erfolgte durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss von bis zu 50% des förderfähigen Investitionsvolumens. Über die gesamte Förderperiode begrenzt, konnten je Antrag stellendes Unternehmen max. 50.000 € bewilligt werden Die Zuwendung wurde nach Abschluss der Maßnahme gegen Vorlage der Verwendungsnachweise gewährt.

Mit den operativen Tätigkeiten war die Wirtschaftsförderung der Stadt Ludwigshafen, die WirtschaftsEntwicklungsGesellschaft Ludwigshafen am Rhein (W.E.G.) beauftragt. Über die Zuwendungsfähigkeit entschied wie bei den Aktionen KMU-Förderung und Gastronomieförderung ein Vergabeausschuss.

Das Programm startete 2002 zuerst mit Schwerpunkt auf innovativen bzw. technologieorientierten Existenzgründungen. Nach den ersten Erfahrungen wurde diese Zweckbindung allerdings aufgehoben und die Förderrichtlinie zugunsten allgemeiner Existenzgründungen geöffnet.

Beschäftigung für Frauen (Aktion 1.7)

Frauen gründen deutlich seltener als Männer ihre eigenen Unternehmen. Die Gründe sind zunächst in den mangelnden Kenntnissen von Förderungsmöglichkeiten, strategischen Planungen oder Businessplanerstellung zu suchen. Hinzu kommen aber auch eine ganze Reihe von „frauenspezifischen“ Problemen in der Gründungsphase, wie z.B. die Vereinbarkeit mit der Familie, mangelnde Kommunikation mit Frauen in einer ähnlichen Situation und fehlende „Vorbilder“.

Bisher gab es im Programmgebiet und der näheren Umgebung keine Organisation, Verein oder Verband mit einem Angebot, das diesem von Frauen als Defizit empfundenen Bereich entgegenkommt. Auch gab es kein Programm zur Vernetzung der Interessen von Frauen, die bereits erfolgreich als Unternehmerinnen arbeiten oder von Frauen, die eine eigene Existenz aufbauen möchten.

In Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und W.E.G. wurde 2002 ein Konzept erarbeitet, das dieses Defizit abbauen und das Unternehmertum von Frauen fördern wollte.

Das Projekt, das mit dem Namen UNA Ludwigshafen – die Unternehmerinnenassistentz – 2003 mit einer großen Auftaktveranstaltung begann, setzte sich aus mehreren Bausteinen zusammen. So wurden in der Folgezeit UNA-Tische (Treffen einmal im Monat mit einem inhaltlichen Thema), Beratungstage (kostenlose Beratung für Gründerinnen), Seminare (zweitägig), Betriebsbesichtigungen und auch gesellige Abende etc. durchgeführt. Die Teilnahme an Veranstaltungen im Themenbereich Gründung oder Unternehmensstabilisierung

oder auch Präsentation des Projektes an den Existenzgründungstagen in der Metropolregion etc. rundeten das Programm ab.

3.2.1.4.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Durch die im Rahmen der Maßnahme zur Förderung des Arbeitskräftepotenzials durchgeführten Aktionen mit ihren Zielen Qualifizierung und Beschäftigung von Arbeitslosen, Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten im Einzelhandels- und Dienstleistungssektor und integrierte Maßnahmen für Existenzgründungen sowie für Betriebsübernahmen wurde der Zugang zu neuen Arbeitsmöglichkeiten und damit der Ausbau und die Sicherung von Beschäftigung bzw. die Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt verbessert.

Die Aktion INQUAJA mit den Projektstandorten

- Gemeinschaftszentrum Jungbusch
- Begegnungsstätte Westliche Unterstadt
- Interkulturelles Bildungszentrum Projekt Mannheim / Jobcafé Neckarstadt-West

hat als innovatives Projekt mit seinen Zielen Stärkung der Lebenskompetenz und Persönlichkeit, Hilfen zur beruflichen Orientierung und Qualifizierung (zunehmend eigeninitiativ und eigenverantwortlich Fragen der schulisch/beruflichen Lebensplanung angehen), Eröffnen von Wegen in die berufliche Bildung, in Qualifizierungsmaßnahmen und in die Ausbildung sowie Vernetzung und Kooperation einen wichtigen Beitrag zum Zugang von ausländischen Jugendlichen zu Ausbildung und Beruf geleistet. Dabei wurden Wege in die berufliche Bildung, in Qualifizierung und in Ausbildungsmaßnahmen erschlossen.

Als Erfolg und Wirkung der Arbeit kann gewertet werden, dass von 92 Teilnehmern des Projekts im Gemeinschaftszentrum Jungbusch alle bis auf sechs Jugendliche den Hauptschulabschluss erreicht haben oder diesen aktiv anstreben. Dies ist vor allem der niederschweligen Arbeit zuzuschreiben, die es möglich machte, frühzeitige problematische schulische Entwicklungen zu erkennen und entsprechende stützende und stärkende Maßnahmen einzuleiten. Die intensiviertere, auf Prävention zielende Zusammenarbeit mit der Hauptschule ab dem 8. Schuljahr einerseits sowie die alltagsnahe Kontaktaufnahme mit den Jugendlichen andererseits waren dafür wichtige Voraussetzungen. Problematischer bleibt die Situation der über 18-jährigen Jugendlichen, bei denen auch weiterhin ein großer Bedarf an Unterstützung besteht.

Bei dem Projekt in der Begegnungsstätte Westliche Unterstadt wurden 122 Jugendliche in dem Zeitraum des Projektes erreicht. Dabei konnte eine hohe Vermittlungsquote (in die Berufsfachschule oder in Ausbildungsstellen) bei den SchülerInnen dieses Jahrgangs erzielt werden. Sechs Schul- oder AusbildungsabbrecherInnen konnten entweder für eine neue berufliche Orientierung motiviert oder in einer kurzen Zeit wieder vermittelt werden.

Einen ebenso wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele von Maßnahmen 1.4 leistete die Aktion Existenzgründerförderung. Das Programm startete 2002 zuerst mit Schwerpunkt auf innovativen bzw. technologieorientierten Existenzgründungen. Nach den ersten Erfahrungen wurde diese Zweckbindung allerdings aufgehoben und die Förderrichtlinie zugunsten allgemeiner Existenzgründungen geöffnet.

Hierzu wurde die Richtlinie zur Förderung von Existenzgründungen geändert. Die Förder Voraussetzungen wurden neu gefasst, um Existenzgründungen der verschiedensten Bereiche nachhaltig zu unterstützen und so den gewünschten Branchenmix in der Innenstadt anzuregen.

Ziele des Existenzgründungsprogramms waren:

- die Unterstützung und Begleitung von Existenzgründungen
- die Schaffung von Arbeitsplätzen

Diese Ziele konnten erreicht werden. Seit 2002 wurden 27 Anträge positiv beschieden. Die zugesagten Zuschüsse in Höhe von 533.537,75 € (davon abgerufen: 526.953,42 €) lösten 2.090.571,01 € Investitionen aus. Dabei wurden in 5 Handwerksbetrieben, 12 Dienstleistungsunternehmen, 7 Einzelhandelsgeschäften und 3 freiberuflichen Existenzgründungen insgesamt 77 Arbeits- und 8 Ausbildungsplätze geschaffen und 3 Arbeitsplätze gesichert.

Durch die Aktionen im Rahmen der Maßnahme 1.4 wurde neben den genannten Wirkungen auch ein Beitrag geleistet, den Rückgang der Diskriminierung von Frauen und von Arbeitssuchenden mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt zu beschleunigen.

Nicht nur die groß angelegten Aktionen wie das Programm zur Existenzgründerförderung haben hierzu beigetragen. Auch Aktionen mit einem geringen Finanzvolumen wie z.B. die Aktion Beschäftigungsförderung für Frauen haben einen wichtigen Beitrag geleistet, diese Ziele zu erreichen.

Ziele der Aktion Beschäftigungsförderung für Frauen waren:

- Gründerinnen und Unternehmerinnen eine Plattform zu bieten, um Netzwerkmöglichkeiten zu ermöglichen
- Konkrete Unterstützung durch Beratung und Kontakte zu geben
- Die Sensibilisierung von Politik und Allgemeinheit für das Thema Frauen und Gründung

Diese Ziele wurden auch durch die tätige Mithilfe vieler ehrenamtlicher Frauen erreicht. Im Laufe der Zeit fand sich eine stabile Gruppe, die im Jahr 2006 einen gemeinnützigen Verein mit dem gleichen Namen gründete. Seither betreibt die Gruppe eine Website, die auch in einem geschützten Bereich Raum für den offenen Meinungsaustausch hat. Mit einem Infostand und dem erarbeiteten Material wird auf Veranstaltungen geworben. Regelmäßige

Monatstreffen (UNA-Tisch) und Seminare finden ebenso statt. Innerhalb der Metropolregion wird auch lose der Kontakt zu ähnlichen Gruppen gepflegt.

Die Gruppe hat derzeit 11 Vereinsmitglieder und ein Fördermitglied, zum weiteren Umfeld gehören ca. 20 Frauen. Die Planungen für weitere Aktivitäten laufen.

Gerade die im URBAN II-Gebiet gelegenen Stadtteile wiesen seit längerer Zeit vor Programmbeginn einen hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen aus. Gleichzeitig hatten die Stadtteile mit einem schlechten Image zu kämpfen. Hier waren innovative Lösungen notwendig. Ein Beispiel hierfür ist die Kombination der Sanierung der Grünflächen und Spielplätzen mit Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslosen aus dem Stadtteil. Dadurch konnte in den Stadtteilen eine hohe Identifikation mit den Arbeitsergebnissen erreicht werden.

Die Landschaftsbauarbeiten wurden durch freie Träger koordiniert, die den Arbeitslosen im Rahmen von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen eine Anstellung boten. Durch die marktorientierte Beschäftigung und Qualifizierung gelang es, den Kontakt der Langzeitarbeitslosen zur Arbeitswelt wieder herzustellen. Die mit den Trägern kooperierenden Handwerksbetriebe konnten dadurch qualifizierte Arbeitskräfte rekrutieren, was sich positiv auf die Vermittlungsquote auswirkte. Insgesamt wurden bei der Aktion 1.4.2 Qualifizierung und Beschäftigungsförderung 65 Teilnehmer (60 Männer, 5 Frauen) beschäftigt. 30 Personen wurden über die gesamte Dauer eingesetzt, der restliche Personenkreis arbeitete projektbezogen. Von den nach Beendigung der Maßnahmen 52 ausgeschiedenen Teilnehmern konnten insgesamt 25 Personen (48 %) für einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz vermittelt werden.

Die Integrationsquote der Teilnehmer bei der Aktion 1.6 Strukturhilfe Grün, das heißt der Prozentsatz derer, die eine Arbeit aufgenommen oder eine Ausbildung begonnen haben, liegt für die Jahre 2003 bis 2007 zwischen 21,7 und 33,3 %, wobei aufgrund schwieriger Arbeitsmarktlage 2007 der niedrigste Wert erreicht wurde.

Bei beiden genannten Aktionen wurden die Bewohner, die Jugendlichen, Kinder und Eltern von Beginn an in die Planungen zur Umgestaltung der Freiflächen eingebunden. Hierbei konnten neue Konzepte der Partizipation erprobt werden. Initiierte Patenschaften sorgen für Identifikation, Verantwortungsbewusstsein vor Ort. Dadurch wurde die Akzeptanz der Sanierungsmaßnahmen sichergestellt. Insgesamt sind durch die beiden Aktionen gute wirtschaftliche, soziale und ökologische Wirkungen erreicht worden.

3.2.1.4.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Es sind 100 % der Mittel durch Bewilligungsbescheide gebunden.

Von den gebundenen 2.506.410 € sind 2.474.383,60 €, entsprechend 99 % verausgabt und die entsprechenden Fördermittel abgerufen worden.

3.2.1.4.4 Aufgetretene Probleme

Bisher sind von Seiten der Bewilligungsstellen und der Verwaltungsbehörde keine Probleme bei der Durchführung der Maßnahme benannt worden.

Am 02.12.2004 fand für die Aktion 1.4.2 eine Kontrolle gem. Art 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 10.3.2005 fand für die Aktion 1.7 eine Kontrolle gem. Art 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 22.02.2006 fand für die Aktion 1.4.1 eine Kontrolle gem. Art 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Im Jahr 2006 war die Aktion 1.4.1 Gegenstand einer Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) 438/2001 (vgl. Prüfbericht vom 22.03.2006) dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Im Jahr 2007 war die Aktion 1.4.2 Gegenstand einer Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) 438/2001 (vgl. Prüfbericht vom 14.03.2007). Die beanstandeten Rechnungen wurden im nächsten Auszahlungsantrag verrechnet.

3.2.2 Schwerpunkt 2: städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, umweltverbessernde Maßnahmen, Verkehr

3.2.2.1 Maßnahme 2.1: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raums

Im Rahmen dieses Schwerpunktes wurden Maßnahmen umgesetzt, die dazu beitragen, städtebauliche Missstände in der Nutzungsstruktur, dem Wohn- und Geschäftsumfeld und der Verkehrsführung durch bestimmte Sanierungs-, Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten zu beheben und damit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu schaffen. Vor allem vor dem Hintergrund der städtebaulichen Missstände im Erscheinungsbild, der mangelnden Versorgung der Bevölkerung mit Grün- und Erholungsflächen, den unzureichend genutzten Potenzialen der Lage am Wasser und des damit einhergehenden Attraktivitäts- und Imageverlustes sollte die private Initiative ebenso gefördert werden wie die Neuordnung und Umgestaltung mindergenutzter und nicht akzeptierter Aufenthalts- und Kommunikationsräume.

Die Maßnahmen des Schwerpunkts 2 dienen somit der funktionsorientierten Stadtentwicklung, die in ihrer Entwicklung gestörte städtische Räume einer Aufwertung unterzieht. Ziel ist, die Attraktivität und Funktionalität der Stadt für ihre Einwohner sowie für die Gewerbetreibenden und ihre Kunden zu erhöhen. Die Maßnahmen und Aktionen im Schwerpunkt 2 konzentrierten sich deshalb auf Investitionen, die eine gestalterische Aufwertung von Freiräumen für eine öffentliche Nutzung, den öffentlichen Zugang zu den Ufern des Rheins, des Neckars und an Wohnquartiere angrenzender brachliegender Uferbereiche von Hafenbecken sowie das Erlebbarmachen von Uferbereichen zum Beispiel durch das Anlegen von Promenaden zum Ziel haben.

In Mannheim wurde im Rahmen des Schwerpunktes 2 auf Maßnahmen des Konzeptes „Mannheim 2007“ zurück gegriffen. Hierin wurden in unterschiedlichen Arbeitsgruppen unter intensiver Bürgerbeteiligung entwickelte Projekte zur Aufwertung des Standortes Mannheim für das Stadtjubiläum zum vierhundertjährigen Bestehen der Stadt aufgeführt.

Die Maßnahmen grenzen sich deutlich von der Maßnahme 1.1 in Schwerpunkt 1 ab. Bei der Aktion Altlastensanierung handelte es sich nur um vorbereitende Leistungen wie bspw. die Sanierung von Flächen, deren Nachnutzung durch Altlasten gefährdet war. Mit dieser Aktion wurde überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen, weitere planerische Entwicklungsmaßnahmen realisieren zu können.

3.2.2.1.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Entsprechend den oben genannten Zielen sind im Programmgebiet folgende Aktionen durchgeführt worden:

Attraktivierung der Fußgängerzone (Aktion 2.1)

Von Seiten der politischen Gremien sowie der Bürger und dem Einzelhandelsverband wurden Wünsche und Anregungen bezüglich der Attraktivierung der Fußgängerzone in der Ludwigstraße und Bismarckstraße vorgetragen. Die Planungen wurden mit Vertretern des Einzelhandelsverbandes und dem Ortsbeirat „Südliche Innenstadt“ und dem Arbeitskreis „Werkstatt Innenstadt“ abgestimmt. Die vorgesehenen Maßnahmen dienen zur Verbesserung der Gestaltung, Erhöhung der Aufenthaltsqualität und zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens.

Die Aktion „Attraktivierung der Fußgängerzone“ in den genannten Straßen konzentrierte sich auf Baumpflanzungen, den Abbruch visuell unattraktiver Gestaltungselemente, die Neuordnung und Gestaltung der Beleuchtung in bestimmten Straßenabschnitten und die künstlerische Aufwertung der Freiräume. Des Weiteren wurden Beratungen zum Thema „Kunst im öffentlichen Raum“ eingeholt. In Verbindung mit dem Abbruch der Schirmdächer

und dem Austausch der Beleuchtung erhielt die Fußgängerzone so ein neues, helles und aufgeweitetes Erscheinungsbild.

Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raums- Mannheim 2007 **(Aktion 2.2.1)**

Anlässlich des 400-jährigen Jubiläums der Stadt Mannheim im Jahr 2007 wurden zur Attraktivierung des URBAN II-Gebietes folgende städtebauliche Projekte durchgeführt:

- Umbau der Hafenstraße
- Herstellung einer Promenade am Verbindungskanal im Stadtteil Jungbusch
- Umgestaltung des Alten Meßplatzes im Stadtteil Neckarstadt-West

Mit diesen Projekten wurden in besonderen Entwicklungsbereichen in den Stadtteilen Jungbusch und Neckarstadt-West die städtebaulichen Schwerpunkte zum Stadtjubiläum gesetzt.

Beschreibung der Einzelmaßnahmen

Ausbau der Hafenstraße (Juli 2004 bis Juli 2007)

Die Hafenstraße bildet die Nahtstelle zwischen dem Entwicklungstreifen am Verbindungskanal und dem Wohnquartier Jungbusch. Die Umbaumaßnahmen umfassten eine neue Aufteilung der Fahrbahn incl. neuer Fahrbahndecke, die Schaffung von Gehwegen, Parkstreifen und Baumpflanzungen.

Eine Besonderheit stellen teppichartige, eingefärbte Wechsel an drei Stellen im Straßenasphalt dar, die verschiedene, künstlerisch gestaltete Prägemuster aufweisen. Diese Straßenabschnitte verbinden die Hafenstraße mit der parallel verlaufenden Promenade am Verbindungskanal an markanten Durchgängen. Diese Durchgänge erfüllen ihren Zweck als Freiräume und Plätze zwischen der Straße und der Promenade. Als Mittelpunkt der Verbindung wurde ein Quartiersplatz neu gestaltet, der nun als Aufenthalts- und Veranstaltungsfläche dient. Einen wichtigen Teil der Umgestaltung bilden die neuen Beleuchtungselemente. Ebenso war es erforderlich, die vorhandenen Bushaltestellen zeitgemäß und damit barrierefrei auszubauen.

Herstellung einer Promenade am Verbindungskanal (Juli 2005 bis Juli 2007)

Der durch die Hafenstraße mit dem Jungbusch verbundene Verbindungskanal zwischen Rhein und Neckar bzw. das dortige Hafenumfeld bieten ein spezielles Ambiente. Um dieses Potenzial zu nutzen wurde die bisherige Industriebrache entlang des inneren Uferstreifens vollständig zu einer Aufenthalts- und Verbindungsfläche und entlang des Kanals zu einer Promenade für Fußgänger und Radfahrer umfunktioniert. Die oben beschriebenen Verbindungen zur neu gestalteten Hafenstraße bzw. der Quartiersplatz erweitern die Aufenthaltsfläche und öffnen das Quartier zum Wasser hin. Das individuelle Beleuchtungssystem hebt die neue Gestaltung besonders hervor. Großzügige Grünflächen an einem dort gelegenen Studentenwohnheim bieten den Studierenden und Bewohnern eine gemeinsam nutzbare Freizeitanlage.

Umgestaltung des Alten Meißplatzes (Juni 2004 bis Dezember 2006)

Die Platzfläche des Alten Meißplatzes war vor der Umgestaltung ein reiner Verkehrsbe-
reich. Um diesen Platz für die Öffentlichkeit erlebbar zu machen, wurde er neu überplant und in seiner Gestaltung aufgewertet.

Die zentrale Platzfläche wurde mit einem durchgehenden Plattenbelag versehen sowie seitlich von mehrreihigen, großkronigen Baumpaketen flankiert. Unter den Bäumen wurde eine wassergebundene Decke angelegt. Im Kontrast zu den vielfältig und flexibel nutzba-
ren Platzflächen wurden auf befestigten Flächen Bodensprudler installiert. Diese sog. „Wassergärten“, umgeben von Bänken, laden Kinder zum Spielen und Erwachsene zum Verweilen ein. Im nördlichen Bereich entstand ein sog. „Platzhaus“, das mit einem gastro-
nomischen Angebot den Platz für alle Nutzergruppen attraktiviert und den Platz zudem mit der notwendigen Infrastruktur- incl. einer Markthalle- ausstattet. Neue Beleuchtungsele-
mente sowie der behindertengerechte Umbau sämtlicher Gehwegübergänge und ÖPNV-
Haltestellen waren weitere zeitgemäße Erfordernisse.

3.2.2.1.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Durch die Aktionen zur Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raums wurden wichtige Impulse zur Stärkung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Ludwigshafen am Rhein und Mannheim, eine Erhöhung der Freizeit- und Aufenthaltsqualität an Rhein und Neckar und an Wohnquartiere angrenzender brachliegender Uferbereiche von Hafen-
becken sowie eine spürbare Aufwertung des Wohn- und Geschäftsumfelds erwartet und auch erzielt.

Dabei wurden z.B. durch das Anpflanzen von Bäumen auch direkt positive Auswirkungen auf die Umweltsituation erreicht.

Die Fußgängerzone in der Bismarckstraße und Ludwigstraße erhielt so ein neues, helles und aufgeweitetes Erscheinungsbild, das von Kunden und Geschäftsinhabern positiv aufgenommen wurde.

Die Aufwertung des vom Strukturwandel geprägten Stadtteils Jungbusch mit großer kultureller und ethnischer Vielfalt und der Funktion als Bindeglied zwischen Hafengebiet und Innenstadt bietet großes Potential für die gesamte innerstädtische Entwicklung. Mit der bereits erfolgten Ansiedlung der Popakademie und des Gründerzentrums Musikpark wurden die ersten wichtigen Impulse für ein attraktives Investitions- und Arbeitsumfeld geschaffen. Getragen von einem großen Engagement der Stadtteilakteure konnte diese Entwicklung durch den im Rahmen von URBAN II geförderten Umbau der Hafenstraße und der Herstellung einer Promenade am Verbindungskanal mit einer Stabilisierung und Aufwertung des Wohnumfeldes kombiniert, und damit neuer Raum für Investitionen geschaffen werden.

Als einer der größten Plätze Mannheims war der Alte Meßplatz traditionell der zentrale Ort im Stadtteil Neckarstadt-West. Für die Bewohner des Stadtteils war er seit Generationen ein Platz der Begegnung und Identifikation. Durch die Umgestaltung der Platzfläche und insbesondere die damit verbundene Verlegung des Verkehrs an die Außenbereiche der Platzfläche, wird er dieser Funktion wieder gerecht. Damit wurde eine Basis geschaffen, die ökonomischen, kulturellen und sozialen Potenziale des Stadtteils besser zu entfalten. Der neue Platz trägt dadurch auch wesentlich zur Innenstadtentwicklung bei.

Beim Umbau der Hafenstraße wurde eine Gesamtfläche von ca. 7.700 m² neu gestaltet. Durch die Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Zuge des Umbaus ist es gelungen, den Schwerlastverkehr umzuleiten und damit vom Quartier fernzuhalten.

Durch die durchgeführten Erneuerungsmaßnahmen präsentiert sich die Hafenstraße als lebendige und sicherere Geschäftsstraße, die sich von der bisherigen Randlage gelöst, und in den Stadtteil integriert hat.

Bei der Herstellung einer Promenade am Verbindungskanal wurden durch Möblierungselemente, Anpflanzungen sowie eine verbesserte Beleuchtung neue und vielfältige Aufenthaltsqualitäten geschaffen. Die Gesamtumbaufläche der Promenade und des Umfeldes beläuft sich auf ca. 21.000 m².

Die Platzfläche des Alten Meßplatzes war vor der Umgestaltung durch diagonal verlaufende Stadtbahngleise durchtrennt und wurde mit dieser Bauweise ausschließlich verkehrstechnischen Belangen gerecht. Durch die Verlegung der Gleise an die nördlichen und östlichen Ränder des Platzes und den Bau weiterer Stadtbahntrassen im Umfeld des Alten Meßplatzes wurde es möglich, die Platz- und Verkehrsfläche mit ca. 3.500 m², bzw. das gesamte, 12.600 m² große Areal, neu zu gestalten. Es gelang zudem, den gestalterischen Zugang zum Neckar herzustellen.

Eine Änderung der Verkehrsführung führte dazu, dass der Verkehr in Richtung Innenstadt nicht mehr um den Alten Meßplatz geleitet wird. Dies bringt erhebliche Verkehrsentslastung und eine Verringerung der Belastung mit Lärm und Abgasen im gesamten Umfeld des Alten Meßplatzes mit sich.

Durch die Umgestaltung nimmt der Alte Meßplatz wieder seine traditionelle Funktion wahr. Er bereichert den Stadtteil und die gesamte Innenstadt um eine zentrale Aufenthalts- und Veranstaltungsfläche.

3.2.2.1.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Es sind alle zur Verfügung stehenden Mittel durch Bewilligungsbescheid gebunden worden. Die Mittel für diese Maßnahme wurden komplett abgerechnet.

Von den gebundenen 6.277.366 € sind 6.212.635,80 €, entsprechend 99 % verausgabt und die entsprechenden Fördermittel abgerufen worden.

3.2.2.1.4 Aufgetretene Probleme

Ein Problem hat sich dadurch ergeben, dass im Zuge der letzten Änderung des Operationellen Programms (Entscheidung der Kommission K(2008) 8304 vom 16.12.2008) Mittel in Höhe von 56.382 € (entsprechend 28.191 € EFRE-Anteil) zusätzlich zur Verfügung gestellt worden sind, die formelle Genehmigung der EU aber erst im Januar 2009 der Verwaltungsbehörde zugegangen ist. Da im Jahre 2009 keine Mittelbindung mehr erfolgen konnte, konnten diese Mittel nicht mehr abgerufen werden.

3.2.2.2 Maßnahme 2.2: Renaturierung und Grünvernetzung; Ausbau von Wegebeziehungen

Um ein gesundes und attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld und eine intakte Umwelt im Programmgebiet zu gewährleisten, wurden im Rahmen dieser Maßnahme Defizite in der Ausstattung an öffentlichem Grün durch die Herstellung des Rheinuferparks und die Umgestaltung vorhandener Grünflächen am Rhein behoben und Potenziale für die Freizeitgestaltung erschlossen.

3.2.2.2.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Im Rahmen dieser Maßnahme wurde nur eine Aktion durchgeführt.

Rheinuferpark (Aktion 2.2)

2003 begannen die Arbeiten zur Neugestaltung des „Rheinuferparks“ auf der westlichen Seite des Rheinufers. Im Vorfeld dazu erfolgten Abstimmungen mit den potenziellen Beteiligten und Anliegern.

Zunächst wurde das Areal zwischen der Lichtenbergerstraße und der Rheinuferstraße in eine Grünanlage umgestaltet, so entstanden hier auf 7.000 Quadratmetern neue Wege und Rasenflächen, in denen ein 1.600 Quadratmeter großer Spielplatz für Kinder, eine Streetballanlage für Jugendliche und ein Beachvolleyballfeld eingebettet wurden. Des Weiteren wurde die Promenade am Lichtenbergerufer neu gestaltet und ein mit Leuchten versehener Gehweg angelegt. Eine 150 Meter lange Kaimauer lädt seit 2005 mit Quadern und Sitzstufen, die direkt zum Wasser führen, zum Verweilen ein. Eine neue Ampelanlage ermöglicht nun eine gefahrlose Querung der viel befahrenen Rheinuferstraße. Ergänzend wurden im Rahmen der Aktion „Altlastensanierung“ ab Spätjahr 2007 die Reste der alten Hafengleise inklusive dem Schotterbett entfernt. Mit Abschluss dieser Arbeiten ist der Rheinuferpark hergestellt.

3.2.2.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Vor allem durch die Revitalisierung der brach gefallenen Freizeit- und Erholungsflächen am Rhein wurden direkt positive Auswirkungen auf die Umweltsituation erzielt.

Gleichzeitig wurden in diesem Zusammenhang wichtige Impulse zur Stärkung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes, eine Erhöhung der Freizeit- und Aufenthaltsqualität an Rhein sowie eine spürbare Aufwertung des Wohn- und Arbeitsumfelds erreicht. Durch die funktionale Ausdehnung des gebietsbezogenen innerstädtischen Freibereiches und der Berücksichtigung von Potenzialen, die sich auf Grund der Nähe des Gebietes zum Wasser ergeben wurden die Möglichkeiten von sportlicher Aktivität, kulturellen Veranstaltungen und stiller Erholung in Verbindung mit dem Wasser wieder belebt.

Mit der Herstellung des Rheinuferparks ist das Ziel, die Stadt besser an den Rhein zu bringen und als „Stadt am Fluss“ erlebbar zu machen, einen großen Schritt näher gekommen.

3.2.2.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Die Mittel in dieser Maßnahmenebene sind zu 100 % durch Bewilligungsbescheide gebunden, verausgabt und die entsprechenden Fördermittel in voller Höhe abgerufen worden.

3.2.2.4 Aufgetretene Probleme

Bisher sind von Seiten der Bewilligungsstellen und der Verwaltungsbehörde keine Probleme bei der Durchführung der Maßnahme benannt worden.

Am 6.9.2005 fand eine Kontrolle gem. Art 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 13.6.2007 fand eine Kontrolle gem. Art 10 der VO (EG) 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

3.2.3 Schwerpunkt 3: Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement

3.2.3.1 Maßnahme 3.1: Schaffung von Kommunikationszentren

Bei der Maßnahme „Schaffung von Kommunikationszentren“ wurde im Laufe des Programms eine Vielzahl von Aktionen durchgeführt. Allen Projekten gemeinsam war das Ziel, die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnquartier sowie ihre Integration zu fördern, sie für bestehende Entwicklungschancen zu sensibilisieren sowie ihr Engagement für Selbsthilfemaßnahmen zu wecken. Um diese zu erreichen wurden gezielt kommunikationsfördernde Maßnahmen eingeleitet. So wurde durch die Bereitstellung von Einrichtungen für Kultur und Freizeitgestaltung bzw. durch die Aufwertung bestehender kultureller Einrichtungen die Kommunikation und der Austausch der Bürger untereinander gefördert und Ansatzpunkte für eine Mitarbeit am Entwicklungsprozess geschaffen.

Das URBAN II-Gebiet ist gekennzeichnet von einem geringen Anteil von Grünflächen. Aufgrund dessen wurde in Schwerpunkt 3 bei den Aktionen zur sozioökonomischen Aufwertung ein ökologischer Ansatz ergänzt. Damit wurde der Hinweis der Halbzeitbewertung aufgegriffen, Umweltprojekte zu fördern.

3.2.3.1.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Folgende Aktionen wurden durchgeführt:

Jugendförderung (Aktion 3.1)

Seit Januar 2004 bis Dezember 2006 wurde im Jugendtreff Westend die Aktion Jugendförderung aus Mitteln von URBAN II unterstützt.

Dabei wurden verschiedene Projekte zur Unterstützung der Jugendlichen aus dem Quartier gefördert. Neben der regelmäßig durchgeführten Hausaufgabenhilfe gab es begleitend Deutschunterricht durch eine als Honorarkraft bezuschusste Pädagogin. Außerdem wurde gemeinsam mit den Jugendlichen gekocht und ein warmes Mittagsessen eingenommen. Neben der Hausaufgabenbetreuung wurden weitere Aktivitäten der sinnvollen Freizeitnutzung, von gemeinsamen Brett- und Kartenspielen über Ausflüge in die Umgebung oder gemeinsames musizieren angeboten.

Internetcafé für Senioren (Aktion 3.2)

Ein Internet-Café speziell für Senioren wurde 2002 in einem Seniorenwohnheim in Ludwigshafen eingerichtet. Die Einrichtung bietet für Menschen ab 50 unter anderem Kurse für den Umgang mit Personalcomputern und dem Internet an. Im Internet-Café kann auch das freie Surfen im Netz geübt werden. Aus Mitteln des Programms URBAN II wurde hauptsächlich die Einrichtung des Internetcafés mit Hard- und Software sowie die Gestaltung der Räumlichkeiten finanziert.

Sanierung Bürgermeister-Reichert-Haus (Aktion 3.3)

Die Sanierung des „Bürgermeister-Reichert-Hauses“ diente dazu, den Kommunikations- und Kunsttreff neu zu beleben. Die Sanierung des Bürgermeister-Reichert-Hauses umfasste Maßnahmen zum Brandschutz, Neuverglasung der Kuppel, Fenstersanierung und teilweise Fenstererneuerung, Dachsanierung, Elektroarbeiten, neue Klimatechnik für den Ausstellungsraum und Einbau einer Verdunkelungsanlage in der Ausstellungshalle sowie die Sanierung der Toiletten.

Mit diesen Leistungen wurden die Voraussetzungen für die Wiedernutzung des Gebäudes geschaffen. Dabei hat sich der Kunstverein im Rahmen eines public-private-partnership auch finanziell beteiligt und einen Seitentrakt des Gebäudes erworben, der auf eigene Kosten saniert wurde.

Programmmanagement (Aktion 3.4)

Im Rahmen des internen Programmmanagements wurden seit Programmbeginn mehrere Projekte mit dem Ziel, die Innenstadt attraktiver zu machen und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil zu stärken sowie das Programm URBAN II bekannter zu machen, durchgeführt.

Zum Zweck einer besseren Vor-Ort-Information der Bevölkerung zum URBAN II Programm und zu weiteren städtischen Entwicklungen wurde im Jahr 2002 ein URBAN-Büro eingerichtet, das sich in der Amtsstraße in den Räumen der Ehrenamtsbörse befand. In Zusammenarbeit zwischen der Leitung des Büros und der Projektleitung URBAN wurden verschiedene Informationsveranstaltungen und sonstige Events durchgeführt, kleinere Projekte zur Aufwertung des Images des Stadtteils initiiert sowie Publikationen zu URBAN II verfasst. Das Büro war bis Ende 2006 aktiv, danach wurde die Arbeit von der Projektleitung URBAN aus dem Rathaus weitergeführt.

Folgende Projekte dienten besonders der Identifikation der Bürger mit ihrem Stadtteil und der Bekanntmachung des Programms URBAN II:

- zum Stadtjubiläum Ludwigshafens wurden auf den Wasserbecken des Rathauses schwimmende Logos installiert, dies diente als Aufhänger, um durch Presseberichte die Bevölkerung über URBAN II zu informieren
- Hanging baskets verschönern in einer public-private-partnership-Aktion den Ludwigsplatz
- als Beitrag zur Europawoche wurde ein Hochbeet vor dem Rathaus in den europäischen Farben blau/gelb bepflanzt
- in Zusammenhang mit der Veranstaltung „Metamorphosen, Aufbruch und Wandel“ wurde das Programm URBAN II im Rahmen einer Ausstellung im Foyer des Theaters bekannt gemacht. Die beiden Städte veranstalteten während dieses Projekts ein „URBAN-Quiz“ an dem mehr als 250 Personen teilgenommen haben.
- im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung mit dem Bereich Senioren und der VHS fand der Aktionstag „Demographie“ statt.

Internet-Café Mona Lisa im Internationalen Frauentreff (Aktion 3.5)

Mit der Eröffnung des Internet-Cafés Mona Lisa in den Räumen des Internationalen Frauentreff in der Westendstraße im Jahr 2003 wurden Frauen mit Migrationshintergrund sowie auch deutschen Frauen die Kommunikationsmöglichkeiten und die beruflichen Chancen durch die Nutzung von Computer und Internet erschlossen.

Es wurde ein speziell auf die Bedürfnisse und Voraussetzungen von Migrantinnen ausgerichtetes Lernprogramm angeboten. Das Angebot richtete sich hauptsächlich an Migrantinnen, die neu nach Deutschland eingewandert sind, Frauen mit Migrationshintergrund, die zwar schon länger hier leben, aber noch Informations- und Integrationsbedarf haben, Frauen mit geringen Zugangsmöglichkeiten zu Computer- und Internetnutzung, geringen Arbeitsmarktchancen oder geringem Haushaltseinkommen. Mit diesem Weiterbildungsangebot sollte die Teilhabe der jungen Frauen an den neuen Medien und deren Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen und zum regulären Arbeitsmarkt verbessert werden.

Mit Mitteln aus URBAN II wurde die erstmalige Einrichtung des Internetcafés finanziert. Dazu wurde die gesamte Ausstattung für 8 Computer-Arbeitsplätze (Computertische, Bürostühle, Regale und Büroschränke) sowie die dazu gehörige Hard- und Software angeschafft.

Die Weiterbildungsangebote reduzierten sich nicht nur auf Computer- und Internetkurse. Aufbaukurse für das Erlernen von Textverarbeitungsprogrammen oder Graphikprogrammen, sowie Kurse mit beruflicher Orientierung (Briefe, Lebensläufe oder Bewerbungen schreiben) wurden genauso in das Lernprogramm aufgenommen, wie spezielle Sprachlernprogramm für die Integrationskurse oder Sprachlernspiele für Kinder und Mütter am Computer.

Zu den etablierten Kursangeboten zählen

- Internetkurse
- Einführungs- und Schnupperkurse Computer und Internet
- Kurse für Textverarbeitungsprogramme
- Kurse für Bildbearbeitungsprogramm (Malen und Gestalten mit Paint- und Wordart)
- Kurse für Internet und Beruf
- Deutschkurse

Mama-Projekt (Aktion 3.6)

Die Integration ausländischer Mütter und ihrer Kinder war das Ziel des seit Sommersemester 2002 laufenden „MAMA-Projekts“, ein Modellprojekt zur Förderung der sprachlichen und sozialen Kompetenz von jungen Migrantinnen bei denen die Mütter in Kindergärten die deutsche Sprache lernen, während ihre Kinder dort betreut und durch das Lernen der Mütter ebenfalls zum Deutsch-Lernen motiviert werden sollen. Das Projekt fand in 3 Kindergärten im URBAN-Gebiet statt, es wurden jeweils 3 Kurse im Sommer- und Wintersemester angeboten.

Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Passage am Corso-Kino (Aktion 3.9)

Während des Umbaus des Theaters im Pfalzbau ab 2007 sollte der Spielbetrieb in der Innenstadt aufrecht erhalten bleiben. Deshalb wurde das Theater in das Corso-Kino verlagert, welches teils mit Eigenmitteln des Vermieters, teils mit städtischen Mitteln saniert und im Bühnenbereich umgestaltet werden sollte. Durch die Zusammenlegung sollte ein kulturelles Zentrum entstehen.

Seitlich zum Corso-Kino befindet sich eine Passage, die als öffentliche Straße gewidmet ist. Diese Passage verbindet die Wredestraße mit dem Hof des Bürgermeister-Reichert-Hauses (siehe Aktion 3.3). Die Notausgänge sowohl des Corso-Kinos als auch des Theatersaals im Bgm-Reichert-Haus münden in diese Passage.

Aus Mitteln von URBAN II wurden als Unterstützung für die Schaffung des neuen Kulturhauses Maßnahmen ergriffen, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Passanten und der Besucher des Theaters im Reicherthaus und des Corso-Kinos in der Passage zu verbessern. Dabei wurde die Passage mit einem neuen Anstrich versehen und neue Beleuchtung installiert.

Buschgirls (Aktion 3.1.1.2)

Bei dem Projekt „Buschgirls“ handelt es sich um eine als Qualifizierungsmaßnahme angelegte Internet-Initiative für Jugendliche im Stadtteil Jungbusch. Der Stadtteil ist geprägt von einem hohen Migrantenanteil sowie einer hohen Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosendichte. Dies erschwert insbesondere für die im Jungbusch lebenden Jugendlichen den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Hauptzweck des Internetforums www.buschgirls.de ist es, Jugendlichen zwischen dem 12. und 22. Lebensjahr die Fähigkeit zu vermitteln, mit dem Computer sowie dem Internet umzugehen. Die Homepage wurde im Jahr 2003 von einer fachlich versierten, ehrenamtlich tätigen Privatperson als Informations- und Kommunikationsportal für Jugendliche aus dem Stadtteil initiiert. Im Rahmen der URBAN II-Förderung konnte die Basisausstattung bestehend aus drei Computern mit Monitoren, sowie Softwarelizenzen finanziert werden. Als Redaktionsraum wird ein Bürocontainer genutzt. Dieser dient an festen Öffnungszeiten als offene Anlaufstelle. Die Jugendlichen haben dort unter fachlicher Anleitung die Möglichkeit, die zur Verfügung stehenden Computer kostenlos zu nutzen. Die Seiteninhalte werden von den Jugendlichen selbst gestaltet und auch programmiert. Damit verbunden ist der handlungsorientierte Erwerb von Fertigkeiten wie z.B. die digitale Bildbearbeitung, Textverarbeitung, Präsentationen usw.

Kulturprojekte in der Neckarstadt-West (Aktion 3.1.1.4)

Im Rahmen der Aktion wurde von Dezember 2003 bis März 2004 in Kooperation mit YEPP (Youth Empowerment Partnership Programme) mit jungen Erwachsenen aus dem Stadtteil Neckarstadt-West die Stückvorlage für das Musical „Neckarstadt-West-(Side)Stories“ erarbeitet. Das aus der „Schreibwerkstatt“ entwickelte Musical konnte ebenfalls im Rahmen von URBAN II (Aktion 3.1.1.6) gefördert werden.

Im Rahmen der Schreibwerkstatt wurden zunächst unter Anleitung von einer Regisseurin und einer Sozialpädagogin lebensweltnahe Geschichten von Jugendlichen gesammelt sowie Figuren und Handlungen entworfen. Entsprechend der Zielgruppe war thematisch ein sehr großer Bezug zur Migration vorhanden. Alle Geschichten ergaben die Grundlage für das Musical „Neckarstadt-West(Side)Stories“. Die Ergebnisse der Schreibwerkstatt wurden bei einer öffentlichen Abschlussveranstaltung präsentiert.

Historischer Hof Jungbuschstraße 22 (Aktion 3.1.1.5)

Inhalt der Aktion war die künstlerische Gestaltung eines Historischen Innenhofes im Stadtteil Jungbusch. Eine mittlerweile als Kindergartenhof genutzte Fläche diente vom 1889 bis 1901 als Stallung der Mannheimer Pferdebahn. Dieser traditionsreiche Hof ist von einer Mauer umgeben, die auf Initiative des dort angesiedelten kommunalen Kindergartens von Kindern und Jugendlichen unter fachkundiger Anleitung künstlerisch gestaltet wurde. Die

Bemalungen sollten vor allem an die ehemalige Nutzung als Stallung erinnern. Die Aktion fand von 22.04.2004 bis 30.08.2007 statt.

Der gestaltete Hinterhof wurde im Oktober 2004 anlässlich der Veranstaltung „Nachtwandel“ erstmals der breiten Öffentlichkeit präsentiert. Die Aktion „Nachtwandel“ wird in diesem Kapitel noch gesondert beschrieben. Nach Fertigstellung dient der Hof primär als Spielfläche für den im Vorderhaus befindlichen Kindergarten und zudem als Anlaufpunkt für spezielle Führungen.

Neckarstadt-West-(Side)Stories (Aktion 3.1.1.6)

Die Aktion beinhaltete die Inszenierung eines Musicals „Neckarstadt-West(Side)Stories“ durch Jugendliche aus dem im URBAN II-Gebiet gelegenen Stadtteil Neckarstadt-West. Das Projekt wurde unter Trägerschaft des Interkulturellen Bildungszentrums (IKUBIZ) und dem „Youth Empowerment Partnership Programme“ (YEPP) durchgeführt. Bei dem Musical konnten Jugendliche unter Anleitung von professionellen und renommierten Fachkräften als Darsteller, aber auch als Mitverantwortliche für Produktionsabläufe (Kostüme, Bühne, Technik, Ton, Licht) mitwirken. Die Teilnehmer stammten überwiegend aus dem Stadtteil Neckarstadt-West, der durch einen hohen Migrantenanteil geprägt ist. Jugendliche insbesondere aus diesem Stadtteil finden nur sehr schwer Zugang zum Ausbildungs-, bzw. Arbeitsmarkt.

Die Musicalvorlage wurde im Projekt „Schreibwerkstatt“ (Aktion 3.1.1.4) entwickelt. Während die Jugendlichen bei der Erstellung der Stückvorlage von einer Regisseurin und einer Sozialpädagogin angeleitet wurden, wurden für die Inszenierungsphase ein Komponist, ein Choreograph, ein Dramaturg sowie eine Regieassistentin engagiert. Zudem wurde eine Dokumentarfilmerin beauftragt, die den Prozess filmisch festgehalten hat.

Begrünungsförderung (Aktion 3.1.1.9)

Mit der von 01.03.2005 bis 31.12.2006 angebotenen Begrünungsaktion war beabsichtigt, die Bewohner in ausgewählten Teilen des URBAN II-Gebiets für eine Durchgrünung Ihrer ökologisch benachteiligten Stadtteile zu sensibilisieren und zu aktivieren, um damit die Wohn- und Aufenthaltsqualität zu erhöhen, sowie Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Das Projekt bestand aus den beiden Bausteinen Begrünungsförderung und Begrünungswettbewerb. Die Grundzüge des Projekts wurden während der Vorstellung der Ergebnisse der Halbzeitevaluierung beim Begleitausschuss konzipiert.

Als Schwerpunkt der Begrünungsförderung wurde ein Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünungen angeboten. In Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) war angedacht, auf Grundlage einer Förderrichtlinie die Kosten für Begrünungsmaßnahmen von Hauseigentümer und Mieter mit bis zu 20 % der för-

derfähigen Kosten durch einen Zuschuss zu fördern. Trotz hohen Engagements und auch intensiver Öffentlichkeitsarbeit des BUND musste das Zuschussprogramm allerdings aufgrund geringer Nachfrage vorzeitig (zum 01.09.2006) beendet werden. Dadurch war es möglich, die für die Zuschüsse eingeplanten Mittel zeitnah für neue umweltorientierte Aktionen zu verwenden.

Eine parallel zum Zuschussprogramm angebotene Bewohnerberatung durch Umweltexperten des BUND wurde indessen stärker nachgefragt. Hierbei wurden die Bewohner, Schulen und Kindergärten betreut, sowie Vor-Ort-Beratungen und Veranstaltungen durchgeführt. Inhaltlich wurde z.B. bezüglich der Auswahl geeigneter Pflanzen, Pflege und Unterhalt und auch rechtlicher Aspekte beraten. Zudem wurde mehrsprachiges Informationsmaterial (Merkblätter, Flyer) ausgegeben.

Der zweite Teil der Aktion bestand aus einem Begrünungswettbewerb. Dabei sollten besonders engagierte und nachahmenswerte Begrünungsprojekte prämiert werden.

Während der gesamten Projektlaufzeit wurden verschiedene Marketingaktionen durchgeführt. Neben einem Pressegespräch zum Auftakt der Aktion wurden Eröffnungsveranstaltungen in den ausgewählten drei Stadtteilen des URBAN II-Gebietes durchgeführt, um auf die Begrünungsförderung und den Wettbewerb aufmerksam zu machen. Ebenso war der BUND durch eine Vielzahl von Veranstaltungen, Infoständen, sowie Vorträgen kontinuierlich präsent. Zudem fanden mehrere spezielle Mitmachaktionen für Kinder statt.

Herstellung nachhaltiger intergenerativer Identifikation mit dem Lebensraum Neckarstadt durch geschichtliche Auseinandersetzung am Beispiel des Alten Meßplatzes (Aktion 3.1.1.11)

Bei dem Projekt handelt es sich um die Begleitung einer investiven Aktion aus dem Schwerpunkt 2, dem Umbau des Alten Meßplatzes.

Der Alte Meßplatz ist seit Generationen der zentrale Platz in der Neckarstadt. Dies zeigen viele geschichtliche Ereignisse. Mit der Umgestaltung der Platzfläche im Rahmen des 400 jährigen Stadtjubiläums wurde dieser Platz wieder als zentraler Ort im Stadtteil erkennbar gemacht. Im so genannten Platzprojekt war Ziel, dass sich Menschen aller Generationen und verschiedener Ethnien mit der Geschichte des Platzes und seiner Bedeutung für den Stadtteil aber auch für die gesamte Stadt auseinandersetzen. Entsprechende Veranstaltungen wurden 2006 und 2007 auf dem Alten Meßplatz durchgeführt. Die Ergebnisse wurden auf dem Stadtteilstadtteilfest 2007 einer breiten Öffentlichkeit präsentiert.

Umbau der Bernhard-Kahn-Bücherei in der Neckarstadt-West zu einem multifunktionalen Ort als Bibliothek, Treffpunkt und Kommunikationsraum (Aktion 3.1.1.13)

Die Bücherei, eine der ältesten Zweigstellen der Stadtbücherei Mannheim, befindet sich im Stadtteil Neckarstadt-West, der in den vergangenen Jahrzehnten bedingt durch den starken Zustrom von Migranten von einem sozialen Wandel geprägt ist.

Zwar haben die Besucher- und Entleihungszahlen gerade bei Kindern und Jugendlichen überproportional zugenommen, andererseits belegen aber die Ergebnisse von Sprachtests bei Schuleingangsuntersuchungen, dass die Sprachkompetenz gerade bei Kindern in den vergangenen Jahren stark abgenommen hat. Aufgrund dieser Entwicklungen wurde die Zielsetzung für die Bücherei stärker auf den Kinder- und Jugendbereich akzentuiert. Für diese Neuausrichtung waren Umbaumaßnahmen unumgänglich. Die damit verbundene Einschränkung des Erwachsenenangebotes konnte kompensiert werden, da in erreichbarer Nähe andere Bibliotheken vorhanden sind.

Hauptteil des Umbaus war die Neugliederung des Innenbereichs. Es wurde ein eigener Bereich mit kindgerechter Einrichtung gestaltet. Den Kindern wurde damit der Zugang zu den Büchern erleichtert. Durch ein aus Einzelmodulen bestehendes Möbelsystem bieten sich nun vielfältige Nutzungsvarianten an. Für die jugendlichen Besucher wurde die Multimediaecke aufgewertet. Ein flexibles Raumkonzept durch rollbare Regale und Stellflächen ermöglicht, dass die Bücherei zukünftig auch als Veranstaltungsort bzw. Kommunikationssort genutzt werden kann.

Sprachförderung an Grundschulen (Aktion 3.1.1.14)

Ziel des Projektes, das an drei Grundschulen im URBAN II-Gebiet durchgeführt wurde, war es, Kinder möglichst früh, d.h. in der ersten Grundschulklasse mit einer zusätzlichen Sprach- und Wissensförderung beim Spracherwerb zu unterstützen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf eine systematische Schulung im Bereich des Alltags- und Sachwissens gelegt. Dabei sollten schwerpunktmäßig die Eltern gefördert werden.

Für das Projekt konnte das Institut für Deutsche Sprache gewonnen werden, das die Sprachförderung im Zeitraum März bis Dezember 2007 angeboten hat.

Spiel(t)räume – Erweiterung der Kreativwerkstatt der Begegnungsstätte Westliche Unterstadt (Aktion 3.1.1.15)

Bei dem Projekt handelt es sich um die Erweiterung der Kreativwerkstatt in der Begegnungsstätte westliche Unterstadt. Hier war ein zusätzlicher Raumbedarf entstanden, um den Anforderungen an die pädagogisch vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen von Kindern aus sozial schwachen Familien mit und ohne Migrationshintergrund nachzukommen.

Die Kreativwerkstatt ist eine offene Einrichtung, die Kinder unterschiedlichster Herkunft und sozialen Milieus ein breites Spektrum an handwerklicher und künstlerischer Entfaltung bietet. Mit der Ausweitung kreativer Fertigkeiten soll das Selbstwertgefühl und auch die Chancen zur Integration gefördert werden.

Elternschule in der Neckarstadt-West (Aktion 3.1.1.16)

Ziel der Aktion war es, bildungsferne Familien mit Migrationshintergrund aus dem Stadtteil Neckarstadt-West in Erziehungs- und Bildungsfragen zu fördern. Eltern - insbesondere die Mütter - sollten vor allem an die vorhandenen Bildungsangebote vor Ort herangeführt werden. Das Projekt wurde unter Federführung des in sozialen und integrativen Projekten erfahrenen Trägers „YEPP-Neckarstadt-West“ (Youth Empowerment Partnership Programm) durchgeführt. Das Angebot bestand aus Exkursionen in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen innerhalb und außerhalb des Stadtteils, wie z.B. in Büchereien, Bürgerhaus, Kindertheater, Nationaltheater, Parks oder auch in die Oper. Zudem wurde zu Hilfeeinrichtungen wie Pro Familia oder die Psychologische Beratungsstelle Kontakt hergestellt und für die entsprechenden Angebote geworben. Dadurch wurde insbesondere beabsichtigt, die Mütter zur selbständigen Nutzung der Angebote zu animieren. Ein weiterer Baustein bildete eine Seminarreihe zu praktischen Erziehungsfragen durch eine Familientherapeutin. Thematisiert wurde z.B. Entwicklungspsychologie, Pflege, Gesundheit und Ernährung, der pädagogische Umgang mit Medien sowie Kommunikations- und Konfliktkompetenz. Eine Schiffsfahrt in die Region außerhalb Mannheims diente der Erweiterung des Aktionsradius der Mütter. In den Räumlichkeiten des Leseladens sollten Treffen zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch entwickelt werden.

Umweltprojekte (Aktion 3.1.1.20)

Die Erfahrungen aus der Aktion Begrünungsförderung haben gezeigt, dass seitens der Kindergärten und Schulen aus dem URBAN II-Gebiet großes Interesse besteht, naturpädagogische Projekte durchzuführen. Aufgrund dessen und wegen der Hinweise der Halbeizeitevaluierung wurden in ausgewählten Bereichen des Programmgebiets gezielt Projekte mit Umweltcharakter initiiert. Die Aktion Umweltprojekte hatte zum Ziel, Kinder aus den ökolo-

gisch benachteiligten Stadtteilen des URBAN II-Gebietes für Umweltbelange zu sensibilisieren und für die Beschäftigung mit der Natur zu interessieren.

In Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Gemeinschaftszentrum Jungbusch wurden die Einzelprojekte:

- Erlebter Neckar-Frühling für Vorschulkinder und Schüler in den Stadtteilen Jungbusch, Westliche Unterstadt und Neckarstadt-West (Projektträger: BUND)
- Umwelterziehung und Begrünung im Stadtteil Jungbusch

durchgeführt.

Baumpflanzaktion zur Aufwertung des Neckarvorlands (Aktion 3.1.1.22)

Als Ergänzung zu den durchgeführten naturpädagogischen Projekten wurde eine weitere Aktion zur Verbesserung der Umwelt durchgeführt. Hauptbestandteil der Aktion war die Ergänzung einer bestehenden Baumreihe im innenstadtnah gelegenen Neckarvorland. Für diesen als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Bereich des URBAN II-Gebietes besteht das Leitbild, innerstädtischen Naherholungs- und Erlebnisraum zu schaffen. Damit sollten ökologische Defizite des angrenzenden bevölkerungsreichen Stadtteils Neckarstadt-West, der selbst nicht ausreichend mit Grünflächen versorgt ist, ausgeglichen, sowie das landschaftsökologische Potenzial dieses Gebietes ausgeschöpft werden. Im Rahmen von URBAN II wurden unter Federführung des Projektträgers BIOTOPIA Arbeitsförderungsbetriebe Mannheim GmbH insgesamt 8 neue Bäume gepflanzt. Zur Erhöhung der Baumartenvielfalt wurden hochwasserverträgliche Baumarten verwendet, die bisher dort nicht vorhanden waren.

Entsprechend den Erfahrungen aus den durchgeführten umweltfördernden Projekten wurde auch diese Aktion durch eine naturpädagogische Komponente ergänzt. Unter Anleitung einer Sozialpädagogin konnten 19 Kinder aus einem nahe gelegenen Kindergarten im Rahmen eines Aktionstages (06.12.2007) erleben und begreifen, wie ein Baum gepflanzt wird. Die einzelnen Arbeitsschritte wurden erklärt sowie Fragen kindgerecht beantwortet.

Folgende Projekte wurden zwar durchgeführt, aufgrund verschiedener Gründe wurde jedoch von einer Abrechnung der Projekte abgesehen. (siehe Kapitel 3.2.3.1.4) Diese Projekte wurden vollständig mit nationalen Mitteln finanziert.

Begleitprojekte im Jungbusch:

Mit den kulturellen Begleitprojekten sollten die stadtplanerischen bzw. baulichen Aktivitäten vorbereitet und die Bewohnerinnen und Bewohner stärker in die Quartiersentwicklung einbezogen werden.

Folgendes wurde umgesetzt:

- Planung und Errichtung einer Lichtinstallation an einer markanten weithin sichtbaren Stelle des Stadtteils. Mit der Illumination sollten die Stadtteilentwicklungsmaßnahmen und der gesamte Stadtteil gegenüber der Öffentlichkeit sozusagen „ins Rampenlicht gerückt werden“.
- Entwicklung und Durchführung eines Kunstprojekts mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils durch die Gruppe „Spacewalk“.

Die Gruppe „Spacewalk“ verfolgt den Ansatz, Kunst bzw. kulturelles Arbeiten als einen Weg der Bürgerbeteiligung, als Instrument in Stadtteilentwicklungsprozessen einzusetzen. Spacewalk arbeitet mit künstlerischen Projekten v.a. in sozialen Brennpunkten. Dabei wird nach Darstellung der Gruppe „der Ansatz verfolgt, die vielen Projekte nicht einfach frontal anzugehen, sondern zusammen mit den Beteiligten ein „gemeinsames Drittes“ – ein Kulturprojekt zu entwerfen“. Damit sollen Prozesse wie Bürgerbeteiligung, Netzwerkbildung, Imagewandel, etc. beschleunigt werden.

Kulturprojekte im Jungbusch:

Die Stadtteilentwicklung im Jungbusch und am dortigen Verbindungskanal war eines der maßgeblichen Projekte im Rahmen von Mannheim 2007. Die baulichen Aktivitäten hierzu sind als Maßnahme 1 im Schwerpunkt 2 umgesetzt worden.

Mit den Kulturprojekten sollten die bereits vorhandenen Aktivitäten unter dem Schlagwort „Kunst und Kultur als bewegende Kräfte für einen lebendigen Jungbusch“ weiter getragen werden. Die Konzept- und Projektvorschläge sollten Eigenkräfte wecken und die Gemeinschaft stärken

Umgesetzt wurden folgende Einzelprojekte:

- Werkstatt für eine kreative Jugendkultur („Creative Factory“), die Stadtteil bezogene interkulturelle Jugendarbeit bietet.

- Der Zusammenschluss „Künstler für einen lebendigen Jungbusch“ ist eine Initiative, die über Ausstellungen, Musikveranstaltungen, Literaturlesungen etc. auf die Lebendigkeit des Stadtteils hinweisen will.
- Mit dem Internationalen Frauentreff wurde ein Treffpunkt für Frauen aus unterschiedlichen Kulturkreisen geschaffen der als Impulsgeber für den interkulturellen Dialog dienen soll.
- In dem Projekt „Heart Gallery“ wurde über eine an Ballons aufgehängte Kamera ein Spaziergang durch das Gebiet gefilmt. Die Kamera „über den Köpfen“ sollte neue Perspektiven und Einsichten des städtischen Raums liefern. Neben der Aufnahme war auch die Präsentation der Videosequenz Teil des Projekts.

Nachtwandel im Jungbusch:

Am 29./30.10.2004 bildete die Veranstaltung „Nachtwandel“ den Auftakt für eine Reihe von Kulturprojekten im Jungbusch. Der Nachtwandel wurde als gemeinsame Aktion von Quartiermanagement, Kunstschaffenden sowie Gewerbetreibenden konzipiert. Ziel war die multikulturelle Vielfalt und Urbanität des Stadtteils positiv ins Licht zu rücken. Hierzu wurde an verschiedenen Orten an einem gemeinsamen Termin eine Vielzahl an Veranstaltungen angeboten. Mit diesen Projekten sollten zum Einen die Außendarstellung des Stadtteils verbessert und zum Anderen der integrative Ansatz, der bereits mit durchgeführten Veranstaltungen verfolgt wurde, weiter voran gebracht werden. Einige dieser Projekte wurden durch die Stadt Mannheim aus nationalen Mitteln gefördert.

Die Künstler und Projektverantwortlichen stammen alle entweder selbst aus dem Jungbusch oder sind in der Initiative laboratorio 17 aktiv, die bereits im Jahr 2003 ein ähnliches Programm erfolgreich gestalten konnte.

Im Einzelnen wurden die folgenden Projekte gefördert:

- Sinneswandel: Integrationsprojekt für Frauen
- Trommelwirbel: Kulturprojekt zur Integration von Jugendlichen mit ökologischem Aspekt
- Tapetenwerkstatt – Kulturprojekt zur Integration von Jugendlichen und deren sozialem Empowerment
- Bauchladen: Kulturprojekt
- Reisegärten: Kulturprojekt mit ökologischem Ansatz
- Manege des Lebens: Kulturprojekt
- In unseren Augen 2: Kulturprojekt mit integrativem Ansatz und der Möglichkeit des Kennenlernens neuer Medien.

Aktion Quartiermanagement:

Im Zeitraum 01.03.2005 bis 28.02.2007 wurde das Quartiermanagement Jungbusch aus nationalen Mitteln gefördert. Diese Förderung hatte zum Ziel, die Bewohnerschaft zu befähigen, sich aktiv am Entwicklungsprozess zu beteiligen. Dabei sollten durch eine nachhaltige Stärkung der Selbstverantwortung der Quartiersbevölkerung sich selbst tragende Strukturen im Stadtteil erreicht und durch zusätzliche Anreize auf ein wesentlich stärkeres und nachhaltiges Niveau gebracht werden. Weitere Aufgabe war die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts einschließlich entsprechender Indikatoren, das auch für andere Quartiere verwendet werden kann.

Aktion Kunstladen in der Neckarstadt-West

Im April 2004 wurde der Kunstladen als Pilotprojekt im Rahmen von „Kultur in der Neckarstadt West“ eröffnet. Ziel war, den Kulturladen in der Neckarstadt-West als lebendigen Treffpunkt und Forum für Kultur und Kunst in der Neckarstadt-West zu etablieren. Ein Trägerverein, ein Zusammenschluss von ca. 25 engagierten Bewohnerinnen und Bewohnern, soll den Kunstladen ehrenamtlich führen und fachlich begleiten.

Kulturprojekte Jungbusch 2005

Auch 2005 sind im Stadtteil Jungbusch eine Reihe von Kulturprojekten im Jungbusch durchgeführt worden. Mit diesen Projekten sollte zum Einen die Außendarstellung des Stadtteils verbessert und zum Anderen der Integrative Ansatz, der bereits mit durchgeführten Veranstaltungen verfolgt wurde, weiter voran gebracht werden. Ergänzt werden sollte das kulturelle Angebot durch ein spezielles Angebot für Frauen.

Die Künstler und Projektverantwortlichen stammen alle entweder selbst aus dem Jungbusch oder sind in der Initiative laboratorio 17 aktiv. Im Einzelnen wurden die folgenden Projekte umgesetzt:

- Kinder-Erzähl-Werkstatt mit Clown Phantasie
- Installation der Rituale – ein künstlerisches Installationsprojekt
- Mythzell – Öffentlicher Raum als Literatur
- Kreativwerkstatt für Frauen im Quartier – Integratives Kunstprojekt

Die einzelnen Projekte mit unterschiedlichen Laufzeiten wurden in der Zeit von April bis Dezember 2005 durchgeführt. Sie wurden durch das Gemeinschaftszentrum Jungbusch koordiniert.

Aktion Kultur macht Schule

Die Aktion „Kultur macht Schule“ sollte sich an Eltern aus bildungsfernen Familien aus der Neckarstadt-West richten. Dabei wurde 2007 der Unterricht durch die Musikschule im Bereich Sprachförderung durch Musik an der Neckarschule gefördert. Der Unterricht fand einmal wöchentlich für die Dauer einer Schulstunde (45 Minuten) statt. Er wurde abgehalten im Teamteaching einer Lehrkraft der Schule zusammen mit einer Lehrkraft der Musikschule. Dadurch sollte gewährleistet werden, dass die gelernten Elemente aus der Sprachförderung im Laufe der Woche im regulären Schulunterricht immer wieder wiederholt werden konnten.

Aktion Lichtmeile 2005 und 2006

Die Lichtinstallation in der Neckarstadt ist eine von den Stadtteileinrichtungen gemeinschaftlich geplante einwöchige Lichtinstallation, welche im Zeitraum vom 10. – 16.11.2005 durchgeführt wurde. Im Rahmen der Lichtinstallation wurden zehn ausgewählte Häuserfassaden in der Mittelstraße während der Zeit von 18 – 21 Uhr kunstvoll ausgeleuchtet.

Begleitet wurde die Lichtinstallation von einer Vielzahl von sich ergänzenden Rahmenveranstaltungen. Diese spiegeln die Vielfalt der Neckarstadt-West in Form von bürgerschaftlichem Engagement wider. Insbesondere das ansässige Gewerbe erhoffte sich eine Aufwertung der Außendarstellung. Dies ist aber nur schwer messbar.

Die Lichtmeile war Auftakt für eine quartiersgetragene Aufwertung der Mittelstraße. Die Veranstalter zielten darauf ab, dass in Folge der „Lichtmeile“ ähnlich konzipierte kleinere Folgeveranstaltungen anschließen, die im Idealfall in Eigenfinanzierung durchgeführt werden.

Im Rahmen der Lichtmeile wurden folgende Aktionen durchgeführt:

- Beleuchtungsinstallation von acht gut erhaltenen Häusern (18-21 Uhr)
- Gesonderte Schaufenster-Beleuchtungen (Teelichter, Lichterketten, usw.) in den Mittelstraße-Geschäften
- Kulturveranstaltungen aller Genres (Kunst, Ausstellungen, Lesungen, Diskussionsforen, Live-Musik) an verschiedenen Orten Selbstdarstellung und Präsentation der Kultur- und Stadtteilarbeit in ausgewählten Programmteilen
- Leistungsschau/Tag der offenen Tür von jungen Existenzgründern im ProFi Lease Office (koordiniert über ProFi Mannheim Projekt Firmengründung)
- Gemeinsamer Laternen/Martinsumzug der Kindergärten und Grundschulen des Quartiers

Auch im Jahre 2006 wurde die Lichtmeile wieder durchgeführt. Das Konzept wurde entsprechend verfeinert. Seither wird die Lichtmeile jährlich durchgeführt. Wie bei Kulturveranstaltungen nicht anders möglich, ist die Veranstaltungsreihe auf die Unterstützung von Sponsoren angewiesen.

3.2.3.1.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Ziel der Maßnahme war, durch die Verstärkung sozialer, integrativer und kultureller Angebote im Gebiet bisher ungenügend integrierte Mitglieder der Bevölkerung an ein aktives Leben in der Gemeinschaft heranzuführen. Dabei sollte die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnquartier sowie ihre Integration gefördert, sie für bestehende Entwicklungschancen sensibilisiert sowie ihr Engagement für Selbsthilfemaßnahmen geweckt werden. Um dies zu erreichen wurde eine Vielzahl kommunikationsfördernder Projekte eingeleitet. Insbesondere wurde hier Wert darauf gelegt, dass einzelne Vorhaben auch direkt von den Bewohnern bzw. Bewohnergruppen initiiert und umgesetzt werden konnten. Durch die Bereitstellung von Einrichtungen für Kultur und Freizeitgestaltung bzw. durch die Aufwertung bestehender kultureller Einrichtungen wurde die Kommunikation der Bürger untereinander gefördert und Ansatzpunkte für eine Mitarbeit am Entwicklungsprozess geschaffen.

Neben rein kommunikativen Projekten wurden auch Projekte initiiert, die unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ der Bildung in all ihren Aspekten dienen. So gab es Angebote von der Sprachförderung in Grundschulen bis zum Internetcafé für Senioren.

Zusätzlich wurde bei den Aktionen zur sozioökonomischen Aufwertung ein ökologischer Ansatz ergänzt. Damit wurde der Hinweis der Halbzeitbewertung aufgegriffen, Umweltprojekte zu fördern. Allerdings wurden hier nur solche Projekte umgesetzt, die den ökologischen Aspekt mit dem sozialen verknüpfen und aus der Bewohnerschaft entwickelt wurden. Positiv ist hier zu erwähnen, dass die Vorschläge zu den Projekten jeweils direkt aus der Bewohnerschaft des Gebiets gekommen sind.

Die durchgeführten Aktionen verfolgen alle nicht nur eines der genannten Ziele sondern bedingen gerade durch ein Zusammenwirken von unterschiedlichen Ziel- und Handlungsansätzen nachhaltige Ergebnisse.

Die im Folgenden aufgeführten Ergebnisse belegen das Erreichen der Ziele:

Die Projekte mit sowohl kommunikativem als auch lernbezogenem Anlass sollten möglichst gezielt Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Programmgebiet erreichen und sie in ihrer persönlichen Entwicklung, auch in Bezug auf die Erhöhung ihrer Chancen am Arbeitsmarkt voranbringen.

- Bei der Aktion Jugendförderung wurden Kinder und Jugendliche aus Stadtteil Westend unterstützt. Dabei wurden verschiedene Aktivitäten angeboten. Bis zu 15 Kinder und Jugendliche nahmen das Angebot der Hausaufgabenhilfe mit gleichzeitiger Sprachförderung wahr, sie kommen aus mehr als 10 verschiedenen Ländern, von Brasilien über Nordafrika bis Polen. Viele von ihnen besuchen die Wittelsbachschule, aber auch Realschüler und Gymnasiasten waren dabei. Für viele Kinder führten vor Projektbeginn die mangelnden Sprachkenntnisse zu frustrierenden Erfahrungen im Schulbereich. Durch diese mangelnden Grundfertigkeiten in mündlichem und schriftlichem Ausdruck wird die

erfolgreiche Teilnahme am Unterrichtsverlauf eingeschränkt. Durch den guten persönlichen Kontakt der Kinder und Jugendlichen zu den Mitarbeitern des Westendtreffs und das gemeinsame Arbeiten zusammen mit Schülern, die ähnliche Probleme haben wird Lernen im außerschulischen Bereich als weniger frustrierend erlebt. Sehr positiv wurde auch das Angebot, gemeinsam mit ehrenamtlich tätigen Müttern zu kochen und ein warmes Mittagessen einzunehmen, aufgenommen. Regelmäßig nehmen täglich etwa 8 Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren das Essen gemeinsam ein. Das war dann auch eine willkommene und wichtige Gelegenheit, über Schule, Familie, Erfolge und Misserfolge des Tages zu sprechen und diese gemeinsam aufzuarbeiten.

- Das Internetcafé für Senioren „Café Click“ , angesiedelt in dem Seniorenwohnheim Henry-Roos in der Benckiserstraße, hat seit seiner Eröffnung 2002 regen Zuspruch gefunden. Die zahlreichen themenbezogenen Angebote, wie zum Beispiel der Umgang mit Microsoft Office - Programmen, Bild- und Textverarbeitung sowie die Möglichkeiten der Nutzung des Internets, stoßen nach wie vor auf großes Interesse. Daneben gibt es weiterhin noch die Möglichkeit, in regelmäßig arbeitenden Gruppen, wie zum Beispiel der Fotogruppe mitzuwirken. Mittlerweile gibt es Wartelisten für die Teilnahme an den Fortbildungsmöglichkeiten. Die Kurse und Vorträge werden zu einem großen Teil von ehrenamtlichen Helfern gehalten, so dass das Café Klick mittlerweile seit mehreren Jahren auch ohne weitere finanzielle Unterstützung aus URBAN zu einem Selbstläufer geworden ist.
- Das Internet-Café Mona Lisa hat seit seiner Eröffnung am 26.3.2003 sehr regen Zuspruch von Besucherinnen des Frauentreffs, Teilnehmerinnen von Deutschkursen, deutschen und ausländischen Frauen erhalten. Im ersten Jahr nahmen ca. 30 Frauen an den angebotenen Kursen teil. In den Folgejahren nahmen immer mehr Frauen die Kursangebote wahr und nutzen das Angebot zum freien bzw. betreuten surfen.

Das Internet-Café sowie die Lernangebote wurden auf der Grundlage der Bedürfnisse, Anfragen und Anregungen der Frauen von hauptamtlichen Mitarbeitern konzipiert und verwaltet und von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Honorarkräften betreut und gestaltet. Die Kinderbetreuung war in diesem Rahmen eine wichtige Grundlage in der Gesamtprojektgestaltung, da gerade den jungen Migrantinnen mit Kleinkindern auf diese Weise ermöglicht wurde, Weiterbildungsangebote wahrzunehmen.

- Bei dem Projekt „Buschgirls“ handelte es sich um eine als Qualifizierungsmaßnahme angelegte Internet-Initiative für Jugendliche im Stadtteil Jungbusch. Diese wird ehrenamtlich von einer Bewohnerin des Jungbuschs angeboten. Die Homepage www.buschgirls.de wurde zu einem vielfältigen, thematisch durch die Lebenswelt der Jugendlichen geprägten Stadtteilportal aus verschiedenen Artikel, Reportagen, Interviews, Veranstaltungshinweisen sowie community-Funktionen.

Durch die Beschäftigung mit frei gewählten Themen ist es gelungen, dass die als Schlüsselqualifikationen für den heutigen Arbeitsmarkt geltenden Computerkenntnisse und auch der Umgang mit der modernen Kommunikationstechnologie erfolgreich vermittelt werden konnten.

Neben den Computerkenntnissen wurden weitere wichtige soziale Kompetenzen gefördert. So unterstützt das selbständige Verfassen von Texten auch Sprachkompetenz, Konzentrationsfähigkeit, Sorgfalt sowie Verantwortungsbewusstsein. Die Durchführung von Reportagen und Interviews bewirkten eine Verbesserung der Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit. Durch die regelmäßigen Treffen entstand unter den Jugendlichen ein Gemeinschaftsgefühl, wodurch gegenseitige Wertschätzung, Hilfsbereitschaft und auch Identifikation mit dem Stadtteil aufgebaut wurde. Damit hat das Projekt auch integrationsfördernden Charakter.

Aufgrund dieser positiven Effekte konnten einige Teilnehmer/Innen ihre schulischen Leistungen verbessern und damit die Zugangschancen zum Ausbildungsmarkt erhöhen. Auch das konkrete Interesse an IT- und Medienberufen konnte geweckt werden.

- Im Programmgebiet wohnen überdurchschnittlich viele Kinder mit Migrationshintergrund. Sprache ist dabei die Schlüsselkompetenz zum Erwerb von Wissen und damit auch Integration. Mangelhafte Sprachkenntnisse führen daher nicht nur im Fach „Deutsch“ zu negativen Folgen. Deshalb wurde mit dem Projekt Sprachförderung gezielt dieses Problem angegangen. In Mannheim wurde - außerhalb der Förderung durch URBAN II - in einem vergleichbaren Zeitraum auch noch ein anderer Ansatz der Sprachförderung erprobt. Das Projekt der so genannten „Elternbegleiterinnen“ wurde von der Heinrich-Vetter-Stiftung gefördert und an anderen Schulen angeboten. Die positiven Erfahrungen der beiden Sprachförderangebote werden aktuell verstetigt. Dabei wird zurzeit diskutiert, wie die Projekte in den regulären Schulalltag übernommen werden können.
- Recht schnell konnten die Lehrkräfte bei der Aktion Kultur macht Schule die positiven Wirkungen des Programms erkennen. Im Schuljahr 2006/2007 wurde das Projekt mit Hilfe des „Marburger Sprachverständnistests für Kinder“ evaluiert. Dabei handelt es sich um einen standardisierten und anerkannten Test, der den passiven Wortschatz, die Wortbedeutung, das Satzverständnis, das Instruktionsverständnis, die personenbezogene und die instruktionsbezogene Sprachzuordnung überprüft. Durch einen Vergleich des Eingangstests zu Beginn mit dem Endtest am Ende des Schuljahres war ein Ergebnis direkt ablesbar. Der Test wurde auch mit Vergleichsklassen durchgeführt, die den Unterricht zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekommen hatten. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die Kinder, die an der „Sprachförderung durch Musik“ teilgenommen haben, gegenüber den Vergleichsklassen mindestens einen doppelten Zuwachs an Wertepunkten erreichten.

Die Projekte mit hauptsächlich kulturellem und kommunikativem Bezug dienen vorrangig dazu, das Image des Programmgebiets zu verbessern und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Gebiet zu stärken.

- Als attraktiver Magnet des kulturellen Lebens im URBAN II-Gebiet konnte das Bürgermeister-Ludwig-Reichert-Haus nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im Februar 2004 wieder eröffnet werden. Es enthält jetzt insbesondere eine kleine Kunsthalle für Ausstellungen, Events und Gesprächsforen. Diese Kunsthalle wird hauptsächlich vom Kunstverein Ludwigshafen für Ausstellungen genutzt. Die Aktivitäten des Kunstvereins bestehen in der Präsentation und Vermittlung junger zeitgenössischer Kunst. Raumbegleitende Installationen in der 500 qm großen Ausstellungshalle im Bürgermeister-Reichert-Haus sind ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Programms, das mit regionalen, überregionalen und internationalen Künstlerinnen und Künstlern ein breites Spektrum künstlerischer Positionen umfasst.
- Neben der Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens von Passanten diene die Aktion der Neugestaltung der Passage am Corso-Kino hauptsächlich der Aufwertung des kulturellen Lebens im URBAN II -Gebiet. Durch die Umgestaltung der Passage und die Herstellung eines angstfreien Zugangs wird das Corso-Kino, das auch nach der zeitweisen Nutzung durch das Theater als kulturelles Zentrum erhalten bleibt, unterstützt. Gerade eine Nutzung, wie sie die Räumlichkeiten des Corso-Kinos für Kleinkunst, Kabarett, Schauspiel und Filme ermöglichen, fehlt sonst in diesem Teil des URBAN II -Gebiets. Zu einem funktionierenden kulturellen Zentrum gehört aber unerlässlich auch ein entsprechendes Umfeld.

Zusätzlich wird auch der zweite Zugang bzw. der Notausgang des Bürgermeister-Reichert-Hauses verbessert.

- Hauptteil des Umbaus der Bernhard-Kahn-Bücherei war die Neugliederung des Innenbereichs zu einem jugend- und kindgerechten flexiblen Raumsystem. Dadurch wurde ermöglicht, dass die Bücherei zukünftig auch als Veranstaltungsort bzw. Kommunikationsort genutzt werden kann.

Durch die erweiterten Nutzungsmöglichkeiten der Bernhard-Kahn-Bücherei war es daneben auch möglich, dass sich die Bücherei an der Kooperationsreihe „Kultur macht Schule“ beteiligt, die teilweise auch im Rahmen von URBAN II gefördert wurde. Im Zuge der Umgestaltung der Bücherei wurden zusätzlich 4.500 € Eigenmittel der Stadtbibliothek zur Anschaffung von neuen Büchern und Medien investiert.

- Im April 2004 wurde der Kunstladen als Pilotprojekt im Rahmen von „Kultur in der Neckarstadt: West“ eröffnet. Ziel war, den Kunstladen in der Neckarstadt-West als lebendigen Treffpunkt und Forum für Kultur in der Neckarstadt-West zu etablieren. Die Programmstruktur des Kunstladens sah zum einen eine Galerie vor. Diese bietet ein ni-

veauvolles interdisziplinäres Kunstangebot, das im weitesten Sinn Bezug auf den Stadtteil hat. Die Auswahl der Künstler wird durch eine Jury aus Mitgliedern des Trägervereins getroffen. Neben Ausstellungen wurden auch Workshops und Projekte durchgeführt. Hiermit wurde die ästhetische Bildung gefördert und Anstöße zu eigener kreativer Umsetzung gegeben. Dieses Angebot griff vor allem die Bedürfnisse von Jugendlichen und Bewohnern mit Migrantenhintergrund auf.

Daneben dient der Kunstladen durch seine Architektur als ehemaliges Ladengeschäft auch als ein Ort der Begegnung und des Austausches, da Passanten durch die breite Fensterfront ohne Aufwand am Geschehen teilhaben können. Der Kunstladen wird damit zum integralen Bestandteil der Neckarstadt-West.

Ein Trägerverein, ein Zusammenschluss von ca. 25 engagierten Bewohnerinnen und Bewohnern, soll den Kunstladen ehrenamtlich führen und fachlich begleiten.

Zusätzlich beteiligen sich noch die Freudenberg Stiftung und das Kulturamt der Stadt Mannheim. Der Betrieb des Kulturladens wurde auch nach Ende der Programmlaufzeit weiter geführt.

Die soziokulturellen Projekte und die Beteiligungsprojekte hatten neben den Zielen der Verbesserung der Integration und Anreizen zu Maßnahmen der Selbsthilfe auch das Ziel, die Identifikation der Bewohner mit ihrem Gebiet zu stärken, sie in die Programmgestaltung aktiv einzubinden und durch Begleitprojekte die Akzeptanz von Aktionen anderer Schwerpunkte zu erhöhen.

- Während der mehrmonatigen Arbeit an der Schreibwerkstatt als Vorbereitung des Projekts Neckarstadt-West(Side)Stories konnten sich die Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen Wertesystemen auseinander setzen. Es entstand ein sehr bedürfnis- und situationsorientiertes Musical. Die Stückvorlage ist damit als „Sprachrohr“ der Jugendlichen anzusehen. Durch die Aktion konnte die Identitätsbildung und –stärkung sowie die sozialen Kompetenzen der Jugendlichen sehr gezielt und individuell gefördert werden.

An der Schreibwerkstatt waren zwischen 12-20 Jugendliche beteiligt. Entsprechend der unterschiedlichen altersspezifischen Bedürfnisse wurden unterschiedliche Gruppen (12-13jährige sowie 15-17jährige) gebildet.

Insgesamt haben ca. 50 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 19 Jahren und mehrheitlich nichtdeutscher Herkunft an dem Projekt Neckarstadt-West(Side)Stories teilgenommen. Im Mittelpunkt der Handlung standen die von positiven und negativen Erfahrungen geprägten authentischen Lebensgeschichten aus dem Stadtteil. Dabei spielten kulturelle Akzeptanz, Rivalitäten und Konflikte eine große Rolle. Da die Handlung des Musicals die jugendliche Alltagskultur widerspiegelte, ist es gelungen, sowohl die künstlerischen, als auch die sozialen Kompetenzen zu fördern. Durch die Einbindung der Ju-

gendlichen z.B. auch in technische und organisatorische Bereiche konnten unterschiedlichste Fähigkeiten und Neigungen angesprochen und gefördert werden, die damit mittelbar auch zur beruflichen Orientierung beigetragen haben. Die größte Wirkung bezüglich des Aufbaus von Kompetenzen wurde durch den Projektprozess erreicht. Gerade vor dem Bildungshintergrund der Jugendlichen kann die kontinuierliche und disziplinierte Arbeit an einem Freizeitprojekt, das über mehrere Monate andauerte, als großer Erfolg betrachtet werden.

Das Musical wurde im Sommer 2005 mehrmals unter großer Resonanz des Publikums in einem renommierten Kinder- und Jugendtheater aufgeführt und hat damit auch zur Verbesserung des Images des Stadtteils beigetragen.

- Die Westliche Unterstadt ist der bevölkerungs- und kinderreichste statistische Bezirk in der Innenstadt Mannheim. Zugleich ist der Anteil an Kindern mit nicht-deutscher Herkunft mit 61 % sehr hoch. Allerdings ist das Angebot an Freizeitmöglichkeiten im Bezirk recht gering. Deshalb sollte mit der Erweiterung der Kreativwerkstatt in der Begegnungsstätte dieses Angebot ergänzt werden.

Die Kreativwerkstatt wird auch nach Ende des URBAN II-Projekts weiter unter diesem Konzept fortgeführt. Erwähnenswert ist die enge Vernetzung zur Johannes-Kepler-Schule und zum ebenfalls im Rahmen von URBAN II geförderten Spielplatz in der westlichen Unterstadt.

- Zu einem wichtigen Bestandteil der Aktion Elternschule entwickelten sich die Vormittagstreffen in den Räumlichkeiten des „Leseladens“ zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch. Der „Leseladen“ ist eine etablierte Bildungseinrichtung mit hohem Bekanntheitsgrad im Stadtteil. Dadurch konnte an die bestehenden Netzwerke im Stadtteil angeknüpft werden. Die Treffen wurden auch für verschiedene Aktivitäten, unter anderem für einen Vortrag einer türkischsprachigen Rechtsanwältin zu Rechtsfragen wie z. B. dem Zuwanderungsgesetz, genutzt. Insgesamt fanden 37 Aktivitäten mit durchschnittlich ca. 15 Teilnehmerinnen statt.

Durch diese gemeinsamen Aktivitäten sowie Reflexionen der Veranstaltungen gelang es, Bildungsbedürfnisse zu wecken. Die Mütter haben dadurch vor allem Mut gefasst, Neues und Unbekanntes zu wagen und auch positiv zu erleben. Sie wurden dadurch in ihrer Persönlichkeit und Erziehungskompetenz gestärkt, wovon auch die Kinder im Bildungsalltag in Kindergarten und Schule profitieren.

- Die nachhaltige Zielrichtung der Aktion Quartiermanagement war, den Stadtteil so zu stärken, dass künftig ein städtisch finanziertes Quartiermanagement nicht mehr notwendig sein wird. Die im Stadtteil Jungbusch gewonnenen Erfahrungen sollten Grundlage für die Quartiermanagements in anderen Stadtteilen werden. Zusätzlich sollte die Entwicklung des Stadtteils über ein geeignetes Indikatorenset abgebildet werden.

Das Indikatorenset wurde inzwischen entwickelt und dient jetzt auch als Grundlage für ein beispielhaftes „Integriertes Handlungskonzept“, welches auch auf andere Stadtteile übertragbar sein wird. Das Integrierte Handlungskonzept wurde im Jahr 2008 fertig gestellt und dem Gemeinderat vorgelegt.

Allerdings hat sich herausgestellt, dass trotz aller Anstrengungen die Entwicklung des Quartiers noch nicht so weit vorangeschritten ist, dass auf eine öffentliche Finanzierung komplett verzichtet werden kann. Daher wird das Quartiermanagement derzeit weiter aus städtischen Mitteln finanziert.

- Die Lichtmeile war Auftakt für eine quartiersgetragene Aufwertung der Mittelstraße. Die Veranstalter zielten darauf ab, dass in Folge der „Lichtmeile“ ähnlich konzipierte kleinere Folgeveranstaltungen anschließen, die im Idealfall in Eigenfinanzierung durchgeführt werden.

Auch im Jahre 2006 wurde die Lichtmeile wieder durchgeführt. Das Konzept wurde entsprechend verfeinert. Seither wird die Lichtmeile jährlich durchgeführt. Wie bei Kulturveranstaltungen nicht anders möglich, ist die Veranstaltungsreihe auf die Unterstützung von Sponsoren angewiesen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Projekte, die parallel zu investiven Stadterneuerungsmaßnahmen (vgl. Schwerpunkt 2) durchgeführt wurden, sich als besonders geeignet herausgestellt haben, um die Bewohner zu beteiligen. Durch den jeweiligen begleitenden und integrativen Charakter der Projekte wurden die Quartiere, welche durch Segregation betroffen sind, weiter entwickelt. Das besondere Engagement der Bewohner in diesen Projekten zeigt, dass es sinnvoll ist, Umbaumaßnahmen in einem Stadtquartier jeweils durch entsprechende Begleitmaßnahmen zu unterstützen.

- Die Themen und Motive der Gestaltung Historischer Hof Jungbuschstraße wurden bei verschiedenen Malkursen bzw. Malprojekten und Wettbewerben entworfen und dadurch sukzessive erweitert. Durch das Projekt wurden unterschiedliche Fähigkeiten der beteiligten Kinder angesprochen. So konnten sich die Kinder neben den malerischen und sozialen Fähigkeiten durch Recherchen in Archiven und Museen auch mit dem geschichtlichen Hintergrund des Projektes auseinandersetzen. Die Anfertigung eines Reliefs unterstützte zudem die motorischen Fähigkeiten. Auch die Eltern wurden aktiv an der Gestaltung beteiligt.
- Der Alte Meßplatz wurde im Rahmen der Aktion 2.2.1 Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raums - Mannheim 2007 in Schwerpunkt 2 umgestaltet. Im so genannten Platzprojekt war Ziel, dass sich Menschen aller Generationen und verschiedener Ethnien mit der Geschichte des Alten Meßplatzes und seiner Bedeutung für den Stadtteil aber auch für die gesamte Stadt auseinandersetzen.

Die Neckarstadt-Revue wurde 2006 und 2007 auf dem Platz aufgeführt und beinhaltet auch die Gesamtgeschichte der Neckarstadt. Die Darbietungen wurden tänzerisch, schauspielerisch und musikalisch begleitet. Insgesamt waren hieran rund 120 Menschen im Alter von 2 bis 75 Jahren beteiligt.

Bei dem im Rahmen des Projekts ausgelobten Geschichtswettbewerbs gingen 9 Arbeiten ein, die beim Stadtteiffest präsentiert wurden. An alle beteiligten Gruppen wurden Preise vergeben.

Aus der Arbeit des Wettbewerbs hat sich der Festivalumzug der Kulturen entwickelt. Dieser wurde 2006 und 2007 durchgeführt. Hieran nahmen im Jahr 2007 z.B. 18 Gruppen, davon 14 Gruppen mit Migrationshintergrund teil. Die hohe Beteiligung von rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigt, dass ein großes Potenzial an Engagement freigesetzt werden konnte.

Das Ziel, die Identifikation der Bewohner mit dem Platz und auch dem Stadtteil zu erhöhen, konnte erreicht werden. Laut Bericht der Tageszeitung „Mannheimer Morgen“ hat ein großer Teil der Befragten die Umgestaltung als gelungen eingeschätzt. Um das Projekt hat sich eine Vielzahl weiterer Projekte entwickelt, die teilweise auch noch in den Folgejahren existieren. Auch das Projekt Neckarstädter Nächte ist aus dieser Idee und aus dem ebenfalls im Rahmen von URBAN II entwickelten Projekt Lichtmeile entstanden.

Gemäß dem Hinweis der Halbzeitbewertung wurden Projekte zu Schutz und Aufwertung der Umwelt in das Programm aufgenommen. Auch bei diesen Projekten in Schwerpunkt 3 wurde allerdings nicht allein der ökologische Aspekt in den Vordergrund gestellt, sondern es wurden solche Aktionen initiiert, bei denen eine Verknüpfung mit sozialen Aspekten möglich war. Die Projekte sind aus Anregungen der Bewohnerschaft entwickelt worden

- Trotz hohen Engagements und auch intensiver Öffentlichkeitsarbeit des BUND musste das Zuschussprogramm Begrünungsförderung allerdings aufgrund geringer Nachfrage vorzeitig (zum 01.09.2006) beendet werden. Dadurch war es möglich, die für die Zuschüsse eingeplanten Mittel zeitnah für neue umweltorientierte Aktionen zu verwenden. Eine parallel zum Zuschussprogramm angebotene Bewohnerberatung durch Umweltexperten des BUND wurde indessen stärker nachgefragt.

Mit dem Begrünungswettbewerb gelang es, dass insbesondere Kindergärten, Schulen und Vereine im Programmgebiet zu Begrünungsaktionen animiert wurden. Bei diesen Einrichtungen stieß das Angebot auf sehr großes Interesse. Mit Unterstützung der BUND-Berater wurden von Kindern, Lehrern, Erzieherinnen und Eltern Pflanzungen durchgeführt, Mauern begrünt, Taststraßen oder Hochbeete angelegt. Bei diesen gemeinsamen Aktionen ist es gelungen nachhaltige Naturlernorte im alltäglichen Umfeld

der Kinder zu schaffen. Damit wurden wichtige naturpädagogische Ziele erreicht. Insgesamt wurden sieben Wettbewerbsbeiträge eingereicht und mit Sachpreisen prämiert. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen wurden im Rahmen von URABN II weitere naturpädagogische Projekte gefördert.

- Im Mittelpunkt des Projekts Erlebter Neckar-Frühling für Vorschulkinder und Schüler in den Stadtteilen Jungbusch, Westliche Unterstadt und Neckarstadt-West (Projektträger: BUND) stand die Wahrnehmung des stadtnahen Naturraums am Neckar. Unter Leitung der Mitarbeiter des BUND wurden mit Kindergartengruppen und Schulklassen Exkursionen an den Neckar durchgeführt. Bei den eigens entwickelten Aktionsformen „Neckarforscher“ und „Neckarausflug“ wurde authentischer Biologieunterricht im Freien durchgeführt. Bei insgesamt 18 Aktionen haben insgesamt 407 Kinder aus Schulen und Kindergärten aus dem URBAN II-Gebiet teilgenommen.

Bei dem Projekt Umwelterziehung und Begrünung im Stadtteil Jungbusch wurde durch verschiedene Methoden Wissen über Umwelt und Natur vermittelt. In Kooperation mit der Grundschule und des Schülerhortes wurde theoretischer Unterricht mit praktischen Pflanzaktionen, z.B. die Anlage eines Schülergarten kombiniert oder auch ein Wertstoffhof besucht. Weiterhin wurden Aktivitäten auf Spielplätzen betreut und dadurch auch bei den Eltern das Umweltbewusstsein gefördert. Bei einem Ideenwettbewerb wurde Kindern die Möglichkeit gegeben, Ihre Wünsche und Vorstellungen zur Begrünung Ihres Stadtteils zu artikulieren. Die Beiträge wurden prämiert und ausgestellt.

Beide Aktionen wurden von den Kindern mit großem Interesse und regem Engagement aufgenommen. Es hat sich gezeigt, dass die sich die Naturerlebnisse sehr gut auf die Entwicklung der in städtischem Umfeld aufwachsenden Kinder ausgewirkt hat. Durch die Beschäftigung mit der Natur in Ihrer alltäglichen Umgebung wurde zudem die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund gefördert.

3.2.3.1.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Es sind 100 % der Mittel durch Bewilligungsbescheide gebunden. Von den gebundenen Mitteln in Höhe von 1.930.314 € sind 1.481.716,96 €, das entspricht 77 % der Mittel bereits abgerufen. Weitere Mittel werden mit dem abschließenden Auszahlungsantrag abgerufen.

3.2.3.1.4 Aufgetretene Probleme

Die Maßnahmenebene umfasst insgesamt 28 Aktionen. Eine Aktion (Beteiligung am European Neighbours' Day) wurde mangels Interesse aus dem Programmgebiet nicht weiter verfolgt. Mittel hierfür wurden nicht verausgabt.

Einige der Aktionen konnten nicht abgerechnet werden. Teils standen die für die Kofinanzierung notwendigen Unterlagen nicht mehr zur Verfügung, teils wurde bei internen Kontrollen nachträglich festgestellt, dass die zur Verfügung stehenden Nachweise der Kosten nicht aussagekräftig genug waren. Alle Projekte wurden jedoch antragsgemäß durchgeführt. Die Finanzierung dieser Aktionen erfolgte vollständig durch kommunale Eigenmittel.

Bei anderen Aktionen wurden nicht alle Kosten zur Förderung eingereicht oder es gab größere Einsparungen.

- Für das Projekt Sprachförderung an Grundschulen konnte das Institut für Deutsche Sprache gewonnen werden, das die Sprachförderung im Zeitraum März bis Dezember 2007 angeboten hat. Ursprünglich war angedacht, dass das Institut für Deutsche Sprache das Projekt gemeinsam mit der Forschungs- und Kontaktstelle Mehrsprachigkeit der Universität durchführt. Es war jedoch möglich, dass das Institut für Deutsche Sprache das Projekt alleine durchgeführt hat. Dies hatte keinerlei Einfluss auf die inhaltliche Durchführung des Projekts; dieses konnte wie beantragt durchgeführt werden. Es konnten jedoch Mittel, die für die Forschungs- und Kontaktstelle Mehrsprachigkeit vorgesehen waren, eingespart werden.

Bei diesem Projekt gab es eine Abweichung hinsichtlich der Kosten, weil zum Einen ein vorgesehener Projektpartner sich dann nicht am Projekt beteiligt hat, zum Anderen insgesamt geringere Kosten angefallen sind. Inhaltlich konnte das Projekt aber so umgesetzt werden, wie es beantragt war.

- Die Arbeiten zum Umbau der Kreativwerkstatt wurden von einem Architekturbüro koordiniert und teilweise in Eigenleistung ergänzt. Diese Arbeiten wurden genauso wie zusätzliche finanzielle Mittel verschiedener Stiftungen nicht im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsinitiative URBAN II gefördert.

Die eigenen Kontrollen haben bei der Abrechnung ergeben, dass nicht alle vorliegenden Rechnungen die Anforderungen an die Förderfähigkeit erfüllen. Diese Rechnungen wurden nicht zur Förderung angemeldet. Die Kosten wurden aus nationalen Mitteln getragen.

Am 22.2.2006 fand zur Aktion 3.1.1.2 www.buschgirls.de eine Kontrolle gem. Art. 4 der VO (EG) Nr. 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 13.3.2008 fand zur Aktion 3.1.1.13 Umbau der Bernhard-Kahn-Bücherei eine Kontrolle gem. Art. 4 der VO (EG) Nr. 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 17.7.2008 fand zur Aktion 3.1.1.9 Begründungsförderung eine Kontrolle gem. Art. 4 der VO (EG) Nr. 438/2001 statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 17.9.08 fand zur Aktion 3.5 Internetcafé Mona Lisa im internationalen Frauentreff eine Kontrolle gem. Art. 4 der VO (EG) Nr. 438/2001 in den Räumen des Internationalen Frauentreffs statt. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen mit finanziellen Auswirkungen, die Prüfungshinweise wurde umgehend umgesetzt.

Am 3.11.2005 fand zur Aktion 3.3 Sanierung Bürgermeister-Reichert-Haus eine Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) Nr. 438/2001 für die Aktion statt. Die entsprechenden Prüfungsanmerkungen wurden zeitnah umgesetzt.

Am 25.11.08 fand eine Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) 438/2001 bei der Aktion 4.2 „Information und Publizität“ statt. Dabei wurde festgestellt, dass eine Rechnung aus dieser Aktion umgeschichtet und in die Aktion 3.3 Sanierung Bürgermeister-Reichert-Haus aufzunehmen ist. Diesem Hinweis wurde nachgekommen.

Mit Prüfbericht vom 16.6.2009 wurde die Kontrolle gemäß Art. 10 der VO (EG) 438/2001 zur Aktion 3.1.1.20 Umweltprojekte abgeschlossen. Dabei ergaben sich keine Beanstandungen.

3.2.3.2 Maßnahme 3.2: Stärkung des Schulstandortes

Es war vorgesehen, bestimmte, besonders betroffene Schulen innerhalb des Programmgebiets zu sanieren und zu modernisieren und ggf. zu erweitern, um dadurch die Aufenthaltsqualität und Akzeptanz bei den Schülerinnen und Schülern zu fördern und eine zeitgemäße Schulbildung zu ermöglichen. Dadurch sollte das Programmgebiet auch als Wohnstandort für junge Familien mit Kindern attraktiviert werden.

3.2.3.2.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden zwei Schulen im Programmgebiet gezielt aufgewertet:

Schulsanierung Carl-Bosch-Gymnasium (Aktion 3.7)

Im Rahmen der Sanierung des Carl-Bosch-Gymnasiums wurden dringende Brandschutzarbeiten wie zum Beispiel Brandschutztüren zu den Treppenhäusern und der Bau einer Außentreppe als zweiter baulicher Rettungsweg ausgeführt, sowie eine Sanierung der Fenster vorgenommen. Die alten Holzfenster mit Einfachverglasung ohne Sonnenschutz wurden ersetzt durch wärme gedämmte Alufenster mit außen liegendem Sonnenschutz. Außerdem wurde der Haupteingang erneuert.

Der Austausch der Flurfenster sowie die Sanierung der Toiletten erfolgten aus städtischen Mitteln. Weitere bauliche Maßnahmen, zum Beispiel der Bau einer Mensa, da die Schule als Ganztagschule geführt werden soll, werden aus anderen Mitteln finanziert. Die Neu-

gestaltung des Schulhofs und der Außenanlagen sollen aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ bezuschusst werden. Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen.

Johannes-Kepler-Hauptschule (Aktion 3.2.1)

Im Zeitraum 2001 bis 2005 wurde das in der Westlichen Unterstadt gelegene Schulgebäude zur Ganztagschule umgebaut. Bis Mitte 2008 erfolgten noch eine Umgestaltung des Außenbereichs sowie eine Optimierung der neu geschaffenen Aula. Die Bauarbeiten haben sich zeitlich hinausgezögert, weil es unter anderem Probleme mit dem Baugrund und im Dachgeschoss einen Schwammbefall gegeben hatte. Das Projekt wurde aber innerhalb des Bewilligungszeitraums abgeschlossen.

Zweck der baulichen Maßnahmen war die Nutzung der Schule als Ganztagschule, die auch den Anforderungen der Barrierefreiheit entspricht.

Hierzu wurden Unterrichtsräume renoviert bzw. umgebaut sowie eine Schulmensa mit eigener Küche eingebaut. Es erfolgten der Einbau von zwei behindertengerechten Aufzügen sowie eine entsprechende Toilettensanierung. Um zusätzlichen Raum zu schaffen, erfolgte der Ausbau des Dachgeschosses mit Einrichtung einer Aula und weiterer Räume. Zur Sanierung der Haustechnik wurde ein moderner Brandschutzstandard hergestellt und es erfolgte der Einbau einer neuen Heizung.

Die Schulausstattung wird ergänzt um ein Schülercafé, ein Discozimmer, ein Spielzimmer, einen Computerraum, eine Schulbücherei und die neu gestalteten und vergrößerten Schulhofflächen.

Die Umgestaltung erfolgte in mehreren Abschnitten auch unter Miteinbeziehung der Schülerinnen und Schüler.

3.2.3.2.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Durch eine ansprechende Umgebung und ein attraktives Angebot der Schulen sollte hohen Schulabbrecherquoten, aufkeimender Gewaltbereitschaft und anderen negativen Kräften frühzeitig entgegengewirkt und der Standort Schule als gemeinsamen Ort der Begegnung für die Kinder und Jugendlichen im Programmgebiet gestärkt werden. Durch eine grundlegende Umstrukturierung und damit verbundene Erweiterung des schulischen Angebotes wurde erwartet, dass sich gleichzeitig auch für Eltern und Kindern die Attraktivität des Programmgebiets als Wohngebiet erhöht.

Die energetische Sanierung der Schulen sollte zu einer Verminderung der CO₂-Emissionen führen. Die angestrebte Verminderung der CO₂-Emissionen konnte erreicht werden. In beiden Schulen wurde eine energetische Sanierung durchgeführt.

Im Carl-Bosch-Gymnasium wurden die alten Holzfenster mit Einfachverglasung ohne Sonnenschutz ersetzt durch wärmegeämmte Alufenster mit außen liegendem Sonnenschutz. Außerdem wurde der Haupteingang erneuert. Dadurch wurde ein großer Beitrag zur Energieeinsparung geleistet. Auch wird durch diese Maßnahme das Raumklima erheblich verbessert, was sich positiv auf die Konzentrationsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler auswirkt. Die Schule war im Hochsommer kaum noch nutzbar, überdurchschnittlich oft konnte auf Grund der Temperaturen kein Unterricht stattfinden. Dies wirkte sich auch negativ auf den Lehrplan und das bewältigte Pensum aus.

Die Erneuerung der straßenseitigen Fenster bringt zusätzlich noch einen Lärm dämpfenden Effekt, auch dies ein Beitrag zur Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit beim Lernen.

Die umfangreichen Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten bei der Johannes-Kepler-Hauptschule beinhalteten auch den Einbau einer neuen Heizung. Dies führte zu einer erheblichen Verringerung des CO₂-Ausstosses.

Neben den Arbeiten am Gebäude der Johannes-Kepler-Hauptschule wurde der Schulhof neu gestaltet und ein kombinierter Hausmeistergeräte- / Fahrradabstellraum geschaffen. Durch die straßenrechtliche Einziehung der Straße zwischen K 4 und K 5 konnte die Schulhoffläche vergrößert werden und die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler erhöht werden.

Der Zweck der Umbaumaßnahmen, nämlich die Einführung des Ganztagsbetriebes wurde erreicht. Zusätzlich zu den baulichen Maßnahmen wurden auch – außerhalb der Förderung durch das Programm URBAN II - vielfältige pädagogische Maßnahmen umgesetzt. So wurde nach dem Umbau ein verlässliches Betreuungsprogramm im Zeitraum von 7.45 – 16.00 Uhr geschaffen. Die Tagesstruktur gliedert sich in Fach- und Projektunterricht der in verschiedenen Sozialformen angeboten wird. Die Hausaufgaben sind in den Tagesablauf integriert. Angebote des Erweiterten Bildungsangebots und Freizeit- und Spielangebote runden den Tagesablauf ab. In der Anfangszeit wurden auch Schulsozialarbeiter eingesetzt.

3.2.3.2.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Es sind 100 % der Mittel durch Bewilligungsbescheide gebunden. Von den gebundenen Mitteln in Höhe von 4.408.650 € sind 4.130.412,46 €, das entspricht 94 % der Mittel, verausgabt und bereits abgerufen. Ein weiterer Mittelabruf erfolgt noch mit dem abschließenden Auszahlungsantrag. Es werden jedoch nicht alle Mittel abgerufen, da es im Vergleich zur ursprünglichen Kostenschätzung Einsparungen gegeben hat.

Während der Programmlaufzeit erfolgten vier Mal Mittelumschichtungen zu Gunsten der Maßnahme „Umbau der Johannes-Kepler-Schule“. So wurden zunächst Mittel umgeschichtet, weil man damals davon ausgegangen war, dass die städtischen Planungs- und Bauleitungskosten zur Förderung angemeldet werden könnten. Da erst im Nachhinein festgestellt wurde, dass die Nachweise nicht für die Förderung der städtischen Planungs- und Bauleitungskosten ausreichen, wurde auf die Geltendmachung verzichtet. Die städtischen Planungs- und Bauleitungskosten wurden im Auszahlungsantrag Nr. 5 wieder abgesetzt.

Weitere Änderungen erfolgten im Jahr 2006 und 2008. Im Jahr 2008 wurden nicht verbrauchte Mittel aus der Maßnahme 3.1 dazu verwendet, den Außenbereich ansprechender zu gestalten. Im Laufe der Arbeiten konnte eine straßenrechtliche Einziehung der bisherigen Straße zwischen K 4 und K 5 erreicht werden. Daher konnte der Schulhof erweitert werden und zugleich die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler erhöht werden. Der Weg zwischen dem Schulhof und der Turnhalle führt nicht mehr über eine befahrene Trasse.

3.2.3.2.4 Aufgetretene Probleme

Bisher sind von Seiten der Bewilligungsstellen und der Verwaltungsbehörde keine Probleme bei der Durchführung der Maßnahme benannt worden.

Im Jahr 2007 fand zur Aktion 3.2.1 Umbau- und Sanierung der Johannes-Kepler-Schule eine Kontrolle gem. Art. 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Am 4. April 2005 fand zur Aktion 3.7 Sanierung Carl-Bosch-Gymnasium eine Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) 438/2001 statt. Die dabei beanstandeten Rechnungen wurden beim folgenden Mittelabruf mit dem noch ausstehenden Restzuschuss verrechnet.

Im Jahr 2008 fand zur Aktion 3.2.1 Umbau- und Sanierung der Johannes-Kepler-Schule eine Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) 438/2001 statt (vgl. Prüfbericht vom 16.06.2009). Es ergaben sich keine Beanstandungen.

3.2.3.3 Maßnahme 3.3: Kriminalitätsverhütung

Es war vorgesehen, dass die entsprechenden Vertreter der Städte sich gemeinsam über die angepasste Vorgehensweise bei der Kriminalitätsprävention informieren und abstimmen. In diesem Zusammenhang waren einzelne öffentlichkeitswirksame Aktionen geplant.

3.2.3.3.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Während der Programmlaufzeit wurden verschiedene Projekte zur Kriminalitätsverhütung durchgeführt, diese wurden im Rahmen einer Aktion abgerechnet.

Kriminalitätsverhütung (Aktion 3.8)

Die Aktion 3.8 mit ihren unterschiedlichen Projekten wurde vom Rat für Kriminalitätsverhütung initiiert.

Zweck und Ziel des Rates für Kriminalitätsverhütung ist es, durch Unterstützung staatlicher, kommunaler und privater Maßnahmen die Kriminalität zurückzudrängen. Der Tätigkeit des Rates liegt dabei die Überlegung zugrunde, dass Kriminalitätsverhütung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Rat für Kriminalitätsverhütung erörtert und analysiert die Entwicklung der Kriminalität und ihrer Bedingungen; er berät in kriminalpolitischen Fragen. Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen sollen in entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden. Der Rat für Kriminalitätsverhütung setzt sich aus Persönlichkeiten zusammen, die entweder über besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Kriminalpolitik und Kriminalprävention verfügen oder die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeiten zur Kriminalprävention beitragen können.

Im Zuge der oben beschriebenen Aufgabenstellung wurden verschiedene Projekte durchgeführt.

- 2003 fand eine Ausstellung „Tatort Stadion“ mit zugehörigen Aktionen wie Lesungen und Podiumsdiskussionen statt. Zielgruppe waren sportinteressierte Menschen, SportlerInnen, Polizeibedienstete und Schulklassen.
- Gewalt in Sportstadien ist ein Problemfeld, das seit vielen Jahren immer wieder zu negativen Schlagzeilen führt. Verbale und körperliche Attacken treffen nahezu alle Bevölkerungsgruppen: Frauen, ausländische oder ausländisch wirkende Sportler, Behinderte, Homosexuelle, Angehörige von ethnischen Minderheiten, etc.
- Die Ausstellung fand in Kooperation des Rates für Kriminalitätsverhütung Ludwigshafen mit dem Stadtjugendring Mannheim statt. Dabei wurde durch gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit für die Ausstellung geworben.
- Bei dem Projekt Argumentationstraining gegen Stammtischparolen wurden Methoden und Argumente gegen Stammtischparolen sowie gegen Gewalt verherrlichende und fremdenfeindliche Parolen durch ausgebildete Multiplikatoren vermittelt. Die erste Qualifizierungsmaßnahme für Multiplikatoren fand 2003 mit 19 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Berufsgruppen statt. Das Programm wird seitdem kontinuierlich fortgeführt. Die Teilnehmer wurden selbst zu Trainern ausgebildet und mit aktuellen Lehrmaterialien ausgestattet, die sie in die Lage versetzen, das erworbene Wissen und die

angeeigneten Kenntnisse an interessierte Einrichtungen und Institutionen weiterzugeben.

- Im Zeitraum von 2004 bis 2005 wurde die Untersuchung zum Thema „Schuleschwänzen“ in den Schulen des URBAN II-Gebiets durchgeführt. Die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss im Programmgebiet ist auf einem hohen Niveau. Das Projektplanungsteam des Rates für Kriminalitätsverhütung hat deshalb beschlossen, sich mit einer eigens dafür eingesetzten Arbeitsgruppe dem Thema zu widmen.

Zu dieser Untersuchung gehörte eine Befragung durch das Medien Institut Ludwigshafen, daran nahmen 14 Schulen aller Schulformen teil. Zu den befragten Schulen gehörten sowohl Schulen aus dem URBAN II-Gebiet sowie zum besseren Vergleich der Ergebnisse eine Realschule, eine Berufsbildende Schule und zwei Hauptschulen aus anderen Stadtteilen. Um die Ergebnisse der Untersuchung zu präsentieren und zu diskutieren, fand am 13.7.05 eine Fachtagung statt, an der 75 Personen teilnahmen. Zu dieser Fachtagung wurde eine Dokumentation erarbeitet, die auch die Ergebnisse der Studie vorstellt.

Aus der Untersuchung, der Fachtagung und den Beiträgen der Arbeitsgruppe entstand ein „Leitfaden Schule schwänzen“ der seit Herbst 2007 in gedruckter Form vorliegt. Dieses Handbuch für die Praxis steht Schulen, Lehrern und Institutionen zur Verfügung. Es beinhaltet auch eine CD mit Beispielen für Elternbriefe zum Thema in sieben Sprachen.

3.2.3.3.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Durch ein abgestimmtes Informationsmanagement, das Erarbeiten gemeinsamer Lösungswege und ein gemeinsames Handeln bei der Kriminalitätsverhütung und der Kriminalitätsbekämpfung wurde eine Verhütung von strafrelevanten Delikten erwartet. Daneben sollte durch gezielte Aktionen auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung im Programmgebiet gestärkt werden.

Die durchgeführten Projekte stießen sowohl beim Fachpublikum als auch in der breiten Öffentlichkeit auf großes Interesse. Die Ausstellung „Tatort Stadion“ mit ihren zugehörigen Aktionen wie Lesungen und Podiumsdiskussionen wurde von rund 1.200 Besuchern aufgesucht. Zu dieser Ausstellung, die im Rathauscenter gezeigt wurde, wurden 36 Gruppenführungen durchgeführt, an denen weitere 180 Besucher teilnahmen. Ziel der Ausstellung war, der Entstehung von Kriminalität vorzubeugen, Bewusstseinsprozesse in der Bevölkerung zu aktivieren und durch die hohe Öffentlichkeitswirkung das Sicherheitsempfinden zu stärken.

Das Argumentationstraining gegen Stammtischparolen mit den ausgebildeten Multiplikatoren hat sich verstetigt und wird kontinuierlich fortgeführt.

Die erste Qualifizierungsmaßnahme für Multiplikatoren fand 2003 mit 19 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Berufsgruppen statt. 2005 wurden mit dem Argumentationstraining rund 240 Personen in 7 Ausbildungseinheiten fortgebildet. Es nahmen Lehrerinnen und Lehrer, Schüler, Mitarbeiter/innen des freiwilligen sozialen Jahres aber auch städtische Mitarbeiter/innen aus unterschiedlichen Bereichen am Argumentationstraining teil. Darüber hinaus wurde zur Qualitätssicherung im September 2005 für die Mitglieder der Projektarbeitsgruppe „Argumentationstraining“ eine zweitägige Fortbildungsveranstaltung durchgeführt. Im Juli 2006 wurde an der Körperbehinderten-Schule ein Aktionstag durchgeführt. Im September 2006 wurde eine Schulung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialdezernats der Stadt Ludwigshafen am Rhein durchgeführt. Zwei Informationsveranstaltungen fanden in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung statt.

Bemerkenswert ist, dass durch die zunehmende Sensibilisierung für die Thematik die Aktion eine Wegbereiterfunktion hat. Es kommen regelmäßig Anfragen aus anderen Kommunen und anderen Bundesländern sowie aus dem deutschsprachigen Ausland, so dass ein vermehrter Austausch praktiziert werden kann. Gespräche zur Umsetzung des Konzeptes auf Landesebene laufen derzeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz und dem Ministerium des Innern und für Sport, „Leitstelle Kriminalprävention“ in Mainz.

An der Fachtagung zum Thema Schulschwänzen am 13.7.05 nahmen 75 Personen teil. Aus der Untersuchung, der Fachtagung und den Beiträgen der Arbeitsgruppe entstand ein „Leitfaden Schule schwänzen“ der seit Herbst 2007 in gedruckter Form vorliegt. Dieses Handbuch für die Praxis steht Schulen, Lehrern und Institutionen zur Verfügung. Es beinhaltet auch eine CD mit Beispielen für Elternbriefe zum Thema in sieben Sprachen.

Der Leitfaden wurde am 11. Februar 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die erste Auflage des Leitfadens war mit 750 Exemplaren sehr schnell vergriffen, so dass eine zweite Auflage gedruckt wurde. Bestellungen für diese Publikation gehen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem deutschsprachigen Ausland ein. Somit ist dieses Projekt zu einem Leuchtturmprojekt über die Region hinaus geworden, das als best-practice-Beispiel viel Anerkennung findet.

3.2.3.3.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Bisher wurden 100 % der Mittel durch Bewilligungsbescheide gebunden. Die gebundenen Mittel in Höhe von 50.000 € wurden bereits in voller Höhe abgerufen.

3.2.3.3.4 Aufgetretene Probleme

Bisher sind von Seiten der Bewilligungsstellen und der Verwaltungsbehörde keine Probleme bei der Durchführung der Maßnahme benannt worden.

3.2.4 Schwerpunkt 4: Technische Hilfe, Information und Publizität

3.2.4.1 Maßnahme 4.1: Organisation und Begleitung

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden die Aufgaben des Programmmanagements wahrgenommen.

3.2.4.1.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Während der Programmlaufzeit wurden innerhalb der Maßnahme Organisation und Begleitung verschiedene Projekte durchgeführt, diese wurden im Rahmen einer Aktion abgerechnet.

Organisation und Begleitung (Aktion 4.1)

Zu den Aufgaben des Programmmanagements, die im Rahmen dieser Aktion wahrgenommen werden, gehört zum Beispiel die Erstellung von Durchführungsberichten ebenso wie die Begleitung und Abrechnung der einzelnen Aktionen. Dabei wurde von 2005 bis 2008 ein zusätzlicher Mitarbeiter speziell für Aufgaben im Rahmen von URBAN II abgeordnet.

Neben den Kosten für die Durchführung des Programmmanagements werden die sonstigen Sachkosten, die im Zusammenhang mit URBAN II entstehen und nicht direkt einer Aktion zugeordnet werden können, so zum Beispiel der Druck der Durchführungsberichte sowie die Halbzeitevaluierung und deren Aktualisierung, über die Maßnahme „Organisation und Begleitung“ abgewickelt.

3.2.4.1.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Im Rahmen dieser Maßnahme wurde bis Dezember 2004 von Mannheim und Ludwigshafen am Rhein gemeinsam ein externes Projektmanagement, welches bei beiden Städten die verwaltungsinterne Projektleitung ergänzt hat, beauftragt. Da Anfang 2005 die Firma Insolvenz angemeldet hat, nehmen die Städte seitdem die Aufgaben des externen Programmmanagements selbst wahr. Zu diesem Zweck wurde von 2005 bis 2008 ein zusätzlicher Mitarbeiter speziell für Aufgaben im Rahmen von URBAN II abgeordnet.

Wichtiger Bestandteil der Maßnahme war auch die Teilnahme der beiden Städte am Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerk.

Bereits im Jahr 2001 gab es in Mannheim eine Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks. Diese fand jedoch vor der offiziellen Genehmigung des Programms statt

und die Ausrichtung der Tagung wurde deshalb nicht zur Förderung eingereicht. Hauptthema der damaligen Tagung war die Definition verschiedener Indikatoren zur Begleitung und Bewertung des URBAN-II-Programms.

Die 39. Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks wurde in Mannheim und Ludwigshafen am 19. und 20. April 2007 durchgeführt. Thema der Tagung war die Förderung von Migration und Integration in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Insgesamt nahmen an der 39.Tagung 91 Personen aus 14 Städten und aus verschiedenen Bundes- und Landesministerien sowie Vertreter der EU-Kommission teil.

3.2.4.1.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Bei der Aktion Organisation und Begleitung wurden nicht alle Mittel vollständig benötigt und somit konnten Kosten im Vergleich zur ursprünglichen Planung reduziert werden. Gründe für die geringeren Ausgaben sind hauptsächlich darin begründet dass die beiden Städte ab 2005 das Programmmanagement selbständig durchführten und keine weitere Beauftragung einer externen Firma mehr erfolgte.

Durch die Zusammenarbeit der beiden Städte mit Neustadt an der Weinstraße für die Netzwerktagung konnten Kosten eingespart werden, so dass der kalkulierte Betrag nicht in vollem Umfang benötigt wurde.

3.2.4.1.4 Aufgetretene Probleme

Bisher sind von Seiten der Bewilligungsstellen und der Verwaltungsbehörde keine Probleme bei der Durchführung der Maßnahme benannt worden.

Im Jahr 2007 gab es für die Maßnahme 4.1 eine Kontrolle gem. Art 10 der VO (EG) 438/2001 (Prüfbericht vom 14.03.2007). Es wurden keine Beanstandungen festgestellt

3.2.4.2 Maßnahme 4.2: Information und Publizität

Ziel und Zweck dieser Maßnahme war eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit, um bei allen Zielgruppen der einzelnen Aktionen des URBAN II-Programms eine hohe Akzeptanz der durchgeführten Maßnahmen zu erreichen, eine möglichst hohe Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem URBAN II-Gebiet herbei zu führen sowie die Integration zu fördern und Engagement zu wecken.

3.2.4.2.1 Beschreibung der durchgeführten Aktionen

Während der Programmlaufzeit wurden innerhalb der Maßnahme Information und Publizität verschiedene Projekte durchgeführt, diese wurden im Rahmen einer Aktion abgerechnet.

Information und Publizität (Aktion 4.2)

Von Programmbeginn an wurde eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt, um Akteure und Entscheidungsträger umfassend zu informieren, eine hohe Akzeptanz der durchgeführten Maßnahmen zu erreichen sowie eine möglichst hohe Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Programmgebiet herbei zu führen und somit die Integration zu fördern. Ziel war auch, durch die Darstellung von Aktionen das Engagement potenzieller Akteure zu wecken.

Eine wichtige Informationsmaßnahme war zum Beispiel die gemeinsam erstellte und herausgegebene Broschüre von Mannheim und Ludwigshafen am Rhein, in der das URBAN II - Programm mit seinen Schwerpunkten und seiner Organisation dargestellt wird. Diese Broschüre wurde anlässlich der URBACT – URBAN Konferenz in Berlin am 4.-6.11.2007 überarbeitet und bei der Konferenz verteilt. Für das Gesamtprogramm URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein gab es eigene allgemeine Informationsflyer. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl von Flyern, die jeweils zu den einzelnen Aktionen erstellt worden sind (z.B. Begrünungsförderung, KMU-Förderung, Existenzgründertag, Internetcafe für Frauen - Mona Lisa).

Daneben wurde eine Vielzahl anderer Aktivitäten durchgeführt, um das Programm URBAN II und die einzelnen Aktionen bekannt zu machen.

Ebenso gab es zur Information über die EU-Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II Mannheim / Ludwigshafen am Rhein einen eigenen Informationsstand beim Neujahrsempfang der Stadt Mannheim am 06.01.2006. Um insbesondere die städtebaulichen Projekte nach ihrer Fertigstellung zeigen zu können, wurde der Film, der für den Stand am Neujahrsempfang produziert worden ist, für das Jahr 2007 noch einmal aktualisiert. Der Film wird seither sehr erfolgreich für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt.

3.2.4.2.2 Spezifische qualifizierte Ergebnisse

Das Ziel, eine Vielzahl von Akteuren, seien es Bewohner des Programmgebiets, interessiertes Fachpublikum, potenzielle Investoren oder Vertreter von Ministerien umfassend zu informieren stand im Vordergrund dieser Aktion. Dazu wurden umfangreiche Aktivitäten gestartet. Durch intensive Einbindung der Presse in das Programmgeschehen erschien eine Vielzahl von Presseberichten über die einzelnen Aktionen.

Daneben wurde eine Vielzahl anderer Aktivitäten durchgeführt, um das Programm URBAN II und die einzelnen Aktionen bekannt zu machen. Hierzu gehören unter anderem:

- Informationsveranstaltungen mit Einwohnern des Programmgebietes und Vertretern der Wirtschafts- und Sozialpartner,
- der Internetauftritt
- Pressekonferenzen
- Einweihungsfeste
- Teilnahme an Stadtteilstesten
- Aktionstage, z.B. Aktionstag „Europa wird 50“ im Bürgermeister-Reichert-Haus am 25.03.2007
- Teilnahme an Messen und Informationsveranstaltungen für KMU
- Herausgabe von Informationsschriften, wie z.B. die schon im Jahre 2003 eingeführte URBAN II-Beilage in der städtischen Zeitung „Neue Lu“
- Führungen von interessierten Gruppen durch das URBAN II-Gebiet
- Von beiden Städten wurde gemeinsam das URBAN-Programm und die einzelnen Aktionen beim Neujahrsempfang der Stadt Mannheim am 06.01.2006 vorgestellt
- Es wurde ein Film über URBAN II mit dem Stand Januar 2007 erstellt.
- Auf Nachfrage des Euroinstituts in Kehl war die URBAN-Projektleitung als Referent beim Fachseminar „Die Soziale Stadtentwicklung in Deutschland und Frankreich“ am 21. und 22.09.2006 an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung eingeladen.
- Vortrag über KMU-Förderung im Rahmen von URBAN II im Arbeitskreis Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung des Marketingvereins Ludwigshafen am 14.05.2007
- Aktive Teilnahme am Erfahrungsaustausch im Rahmen des deutsch-österreichischen URBAN II-Netzwerkes

Erfreulich war, dass die Städte zunehmend Anfragen von Studierenden erreichten, die das Thema URBAN II im Rahmen einer Studienarbeit behandelt haben. Gerade die Besonderheit, dass zwei Städte sich gemeinsam mit einem Programm beteiligen, stößt hier auf großes Interesse.

Auch der erstellte Film kann intensiv für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden. Gerade der Mehrwert der Gemeinschaftsinitiative URBAN II lässt sich hieran exemplarisch sehr gut zeigen.

3.2.4.2.3 Ergebnisse im Verhältnis zu den zeitlichen und finanziellen Ressourcen

Die für diese Maßnahme geplanten Fördermittel sind in vollem Umfang durch Bewilligungen gebunden. Von den gebundenen Mitteln in Höhe von 774.748 € sind 332.175,77 €, das entspricht 43 % der Mittel verausgabt und bereits abgerufen. Ein weiterer Mittelabruf ist dem abschließenden Auszahlungsantrag beigelegt.

Bei der Maßnahme Information und Publizität wurden nicht alle Mittel vollständig benötigt und somit konnten Kosten im Vergleich zur ursprünglichen Planung reduziert werden.

Durch sparsames Handeln zum Beispiel bei der Beauftragung von Informationsmaterial konnten Kosten eingespart werden.

3.2.4.2.4 Aufgetretene Probleme

Probleme bei der Durchführung dieser Maßnahme sind während der Programmlaufzeit weder von den Bewilligungsstellen noch von den Verwaltungsbehörden genannt worden.

Am 28.09.2006 fand für die Aktion 4.2 eine Kontrolle gem. Art. 4 der VO (EG) 438/2001 statt. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Im Jahr 2007 fand für die Aktion 4.2 in Mannheim eine Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) 438/2001 statt (vgl. Prüfbericht vom 14.03.2007). Es ergaben sich keine Beanstandungen

Am 25.11.2008 fand für die Aktion 4.2 in Ludwigshafen eine Kontrolle gem. Art. 10 der VO (EG) 438/2001 statt (vgl. Prüfbericht vom 12.12.2008). Es ergaben sich keine Beanstandungen

3.3 Quantifizierung der Indikatoren

Die strategischen Programmziele für Mannheim und Ludwigshafen am Rhein

- Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung
- Förderung von Chancengleichheit und sozialer Eingliederung sowie der Bildung und Qualifizierung
- Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur, Erschließung von ungenutzten Potenzialen
- Stärkung der Bürgerbeteiligung und Verbesserung des Images des Programmgebiets, Integration ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen

wurden im Rahmen der Ergänzung zur Programmplanung genauer definiert.

Die bis einschließlich des Jahres 2008 erreichten Ergebnisse der Maßnahmen bezogen auf die jeweiligen spezifischen Ziele werden im Folgenden ausführlich dargestellt.

3.3.1 Schwerpunkt 1: Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze

Ziel des Schwerpunktes 1 war die Belebung der lokalen Wirtschaft.

Das im Operationellen Programm festgelegte Zielbündel mit Sollwerten wurde dabei in den tatsächlichen Ergebnissen weit überschritten: Gerade von den KMU in Programmgebiet geht derzeit ein besonderes Wachstum aus. Hinzu kamen die mit den Zuschüssen

ausgelösten weiteren privaten Investitionen, die gerade dem Programmgebiet zugute gekommen sind.

- Belebung der lokalen Wirtschaft mit dem Ziel der Unterstützung und Stabilisierung von Existenzgründungen

Quantifizierung Soll: Hilfestellung für bis zu 30 Existenzgründungen, Schaffung und Sicherung von bis zu 45 Arbeitsplätzen im Programmgebiet

Erreichtes Ergebnis: Hilfestellung für 27 Existenzgründungen allein im Teilgebiet Ludwigshafen am Rhein (die Existenzgründer in Mannheim wurden bei der KMU-Statistik mit gezählt), Schaffung von 77 Arbeitsplätzen im Teilgebiet Ludwigshafen am Rhein

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen, einschließlich des lokalen Einzelhandels, um die Chancen zur Steigerung der Umsätze zu begünstigen

Quantifizierung Soll: Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu neuen Medien für ca. 30 Unternehmen

Erreichtes Ergebnis: Zugangsmöglichkeiten zu neuen Medien für 14 Unternehmen, dabei wurden allerdings bei der Seite www.mit.ludwigshafen.de in 2008 allein 142.569 Seitenaufrufe gezählt, was auf einen großen Bekanntheitsgrad der Seite und ein großes Interesse bei den Unternehmen schließen lässt

- Schaffung von Investitionsanreizen für ca. 30 kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen von Zuschüssen in Höhe bis 50.000 €

Quantifizierung Soll: Sicherung von mindestens 180 und Neuschaffung von etwa 20 - 30 Arbeitsplätzen im zentrumsnahen Bereich

Erreichtes Ergebnis: Sicherung von 488 und Neuschaffung von 294 Arbeitsplätzen im zentrumsnahen Bereich durch das KMU- und Gastronomieförderprogramm

- Wiedereingliederung von Erwerbslosen in den 1. Arbeitsmarkt im Ergebnis von Schulungen und Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen

Quantifizierung Soll: Erhöhung der Chancen zum Wiedereinstieg ins Berufsleben für 45 Personen und Stabilisierung von Unternehmen und Existenzgründungen

Erreichtes Ergebnis: Erhöhung der Chancen zum Wiedereinstieg ins Berufsleben für 335 Personen

- Stärkung der Partnerschaften innerhalb und mit der Wirtschaft durch die Gewinnung der Banken und Sparkassen für die Stabilisierung der Gründer und zur Initiierung zusätzlicher Investitionen, lokale Gesprächs- und Arbeitskreise wie bspw. im Rahmen des AK

City in Ludwigshafen am Rhein, eine Verbesserung der Partnerschaft von Wirtschaft und Stadtverwaltung

Quantifizierung Soll: Auslösung zusätzlicher privater Investitionen im Zentrumsbereich zur Attraktivitätssteigerung, insbesondere im Zusammenhang mit den Zuschüssen in Höhe von mindestens 3 Mio. €

Erreichtes Ergebnis: Auslösung zusätzlicher privater Investitionen im Zentrumsbereich zur Attraktivitätssteigerung, insbesondere im Zusammenhang mit den Zuschüssen in Höhe von 10,65 Mio.€

3.3.1.1 Maßnahme 1.1: Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzten Gebäuden

3.3.1.1.3 Outputindikatoren

Übersicht 5: Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzten Gebäuden - Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	bis 2008
1	Erfassung von altlastenverdächtigter Fläche	m ²	10.000	17.500
2	Abraum kontaminierter Fläche	m ³	2.500	
	Geänderter Indikator ! (Einheit von m ³ auf Tonnen)	Tonnen		16.503,59

3.3.1.1.2 Ergebnisindikatoren

Übersicht 6: Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzten Gebäuden - Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	bis 2008
1	Sanierte bzw. neu geschaffene Grünfläche	m ²	10.000	Ca. 11.000

3.3.1.1.3 Wirkungsindikatoren

Übersicht 7: Sanierung und Revitalisierung von Flächen und minder genutzten Gebäuden - Wirkungsindikatoren

NR	Wirkung	Einheit	Ziel	bis 2008
1	Rückführung von Brachen	m ²	10.000	ca. 7.000 plus ca. 4.000 m ² Umgestaltung Spielfläche

3.3.1.1 Maßnahme 1.2: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU

3.3.1.2.1 Zusätzlich erhobene Daten

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Aktionen KMU-Förderung und Gastronomieförderung wurden neben den Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren noch Daten zu anderen Fakten erhoben, so zum Beispiel Anzahl aller gestellten Anträge, ethnische Herkunft der Antragsteller, geplante Investitionen, bewilligter und tatsächlich ausgezahlter Zuschuss, Art der neuen und gesicherten Arbeitsplätze.

Eine Auswahl der wichtigsten zusätzlichen Indikatoren ist im Folgenden dargestellt.

3.3.1.2.1.1 Zuschussstatistik KMU-Förderung

Übersicht 8: Zuschussstatistik KMU-Förderung

	Bew. Anträge	Gepl. Investition	Bew. Zuschuss	Ausgez. Zuschuss	Arbeitsplätze			Neue Ausb. plätze
					Neu	Davon Frauen	Gesichert	
2002	18	1.484.371,00	292.700,20	141.487,60	30	22	57	11
2003	27	1.207.832,27	411.583,26	335.177,86	41	20	132	11
2004	24	2.229.246,60	397.914,35	330.425,94	60	40	31	9
2005	40	2.279.632,79	693.551,36	292.431,91	65	55	97	28
2006	28	1.118.257,50	315.066,19	491.522,92	44	25	135	8
2007	16	1.160.824,19	246.257,99	292.027,98	25	16	22	3

noch Übersicht 8: Zuschussstatistik KMU-Förderung

2008	2	97.100,00	33.650,00	129.456,96	1	1	5	2
Ges.	155	9.577.264,35	2.390.723,35	2.012.531,17	266	179	479	72

3.3.1.2.1.2 Zuschussstatistik Gastronomie-Förderung

Übersicht 9: Zuschussstatistik Gastronomie-Förderung

	Bew. Anträge	Gepl. Investition	Bew. Zuschuss	Ausgez. Zuschuss	Arbeitsplätze			Neue Ausb. plätze
					Neu	Davon Frauen	Gesichert	
2004	1	21.255,16	42.500,00	5.123,33	2	2	0	3
2005	4	289.555,60	86.823,50	81743,34	13	9	5	1
2006	3	415.829,00	109.501,00	114.607,27	9	4	4	1
2007	0	0	0	1.817,30	0	0	0	0
2008	1	344.325,00	50.000	50.000,00	4	3	0	4
Ges.	9	1.070.964,76	288.824,50	253.291,24	28	18	9	6

3.3.1.2.2 Outputindikatoren

Übersicht 10: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU - Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	bis 2008
1	Anträge	Anzahl	70	229
2	geförderte KMU	Anzahl	60	167

3.3.1.2.3 Ergebnisindikatoren

Übersicht 11: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU - Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	bis 2008
1	Höhe der gebundenen Zuschüsse	€	2.045.167	2.317.904,42 €
2	Damit zusammenhängendes Investitionsvolumen	€	6.000.000	10,65 Mio. €

3.3.1.2.4 Wirkungsindikatoren

Übersicht 12: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU - Wirkungsindikatoren

NR	Wirkung	Einheit	Ziel	bis 2008
1	Erhalt und Sicherung von Arbeitsplätzen im Programmgebiet	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	205	Arbeitsplätze neu: 294 Arbeitsplätze gesichert: 488 Ausbildungsplätze neu: 72
2	Neuansiedlung von Unternehmen		3	22
3	Verringerung der Leerstandsquote	%	10	Indikator nicht mit vertretbarem Aufwand zu erheben.

3.3.1.2 Maßnahme 1.3: Mittelstandsservice und digitale Wirtschaftsdienste

3.3.1.3.1 Zusätzlich erhobene Daten

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der inhaltlich verknüpften Aktionen Mittelstandsservice und KMU-Förderung wurden neben den Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren noch Daten zu anderen Fakten erhoben.

3.3.1.3.1.1 Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice

Im Rahmen der Aktion Mittelstandsservice hat ProFiMannheim bei den von 01.04.2002 bis 31.12.2006 bewilligten 111 Fördervorhaben intensive Beratungsleistungen erbracht. Darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum zusätzlich 648 Firmenberatungen durchgeführt, die nicht in Förderanträge mündeten.

Der Erfolg der Maßnahme zeigt, dass die gezielte Kontaktsuche und Beratung in Kombination zur Förderung durch einzelbetriebliche Zuschüsse ein sehr effektives Förderinstrument ergibt.

Übersicht 13: Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice

	Beratungen ohne Zuschussantrag			Zuschussbewilligungen	Summe aller Beratungen
	Deutsche	Migranten	Gesamt		
2002					
Männlich	6	2	8		
Weiblich	4	1	5		

noch Übersicht 13: Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice

Gesamt	10	3	13	16	29
2003					
Männlich	42	28	70		
Weiblich	20	16	36		
Gesamt	62	44	106	18	124
2004					
Männlich	61	30	91		
Weiblich	44	31	75		
Gesamt	105	61	166	23	189
2005					
Männlich	43	53	96		
Weiblich	25	33	58		
Gesamt	68	86	154	30	184
2006					
Männlich	78	57	135		
Weiblich	49	25	74		
Gesamt	127	82	209	24	233
Summe	372	276	648	111	759

3.3.1.3.2 Outputindikatoren

Übersicht 14: Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice - Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der vernetzten Einrichtungen	-	20	108
2	Zahl der beratenen KMU	-	100	681
3	Schaffung eines Zugangs zu neuen Medien für KMU	-	30	14

3.3.1.3.3 Ergebnisindikatoren

Übersicht 15: Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice - Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der Zugriffe auf die Netzwerke	Zugriffe / Jahr	2.000	414.620.235 Zugriffe auf die www.ludwigshafen.de 142.569 Seitenaufrufe www.mit.ludwigshafen.de in 2008

Wirkungsindikatoren

Übersicht 16: Beratungsstatistik für den Mittelstandsservice - Wirkungsindikatoren

NR	Wirkung	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Erhalt und Sicherung von Arbeitsplätzen im Programmgebiet	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	40	Der Indikator kann nicht für diese Maßnahme erhoben werden, da die Zahl der Arbeitsplätze nicht direkt durch die Maßnahme beeinflusst wird
2	Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Verringerung der Leerstände im gewerblichen Bereich	%	20	Der Indikator könnte nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand erhoben werden. Daher wird auf die Ausweisung verzichtet.

3.3.1.4 Maßnahme 1.4: Förderung des Arbeitskräftepotenzials

3.3.1.4.1 Zusätzlich erhobene Daten

Neben den Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren war es sinnvoll, noch Daten zu anderen Fakten zu erheben, um die Wirksamkeit der Maßnahme festzustellen.

3.3.1.4.1.1 Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Aktion Existenzgründerförderung wurden wie auch bei den Aktionen Mittelstandsservice, KMU-Förderung und Gastronomieförderung ergänzende Indikatoren erhoben, so zum Beispiel Anzahl aller gestellten Anträge, ethnische Herkunft der Antragsteller, geplante Investitionen, bewilligter und tatsächlich ausgezahlter Zuschuss, Art der neuen und gesicherten Arbeitsplätze.

Eine Auswahl der wichtigsten zusätzlichen Indikatoren ist im Folgenden dargestellt.

Übersicht 17: Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung

	Bew. Anträge	Gepl. Investition	Bew. Zuschuss	Ausgez. Zuschuss	Arbeitsplätze		Neue Ausb. plätze
					Neu	Davon Frauen	
2003	2	405.000,00	100.000,00	91.650,75	13	10	0
2004	7	657.312,00	131.258,80	96.311,42	17	10	0
2005	6	339.749,00	105.067,08	104.423,98	19	13	3
2006	6	532.364,01	142.553,87	134.373,59	18	10	4
2007	6	156.146,00	54.658,00	58.824,06	10	1	1
2008	0	0	0	41.369,60	0	0	0
Ges.	27	2.090.571,01	533.537,75	526.953,42	77	44	8

3.3.1.4.2 Outputindikatoren

Übersicht 18: Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung - Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der Existenzgründungen Neuansiedlungen	-	25	27
2	Anzahl von Beratungen (Berufsberatung, Existenzgründungsberatung)	-	50	114
3	Anzahl der Teilnehmer an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen	-	90	335

3.3.1.4.3 Ergebnisindikatoren

Übersicht 19: Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung - Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der neu geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze durch die Gründungen	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	45	77

noch Übersicht 19: Zuschussstatistik Existenzgründer-Förderung - Ergebnisindikatoren

2	Anzahl der vermittelten Personen in den ersten Arbeitsmarkt (Vermittlungsquote)	%	7,5	48
3	Privatinvestitionen in Unternehmen, die finanziell unterstützt wurden	€	750.000	2,09 Mio.

3.3.1.4.4 Wirkungsindikatoren

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden keine Wirkungsindikatoren erhoben.

3.3.2 Schwerpunkt 2: städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, umweltverbessernde Maßnahmen, Verkehr

Ziel waren Schutz und Erhaltung von Gebäuden und Freiflächen und Entwicklung von identitätsstiftenden Bebauungsstrukturen zum Teil in Verbindung mit Beschäftigungsmöglichkeiten. Gerade die Projekte Jungbusch, Alter Meßplatz und Rheinuferpark haben das Programmgebiet in hohem Maße aufgewertet.

Das im Operationellen Programm festgelegte Zielbündel mit Sollwerten wurde dabei in den tatsächlichen Ergebnissen weit überschritten:

- Schutz und Erhaltung von Gebäuden und Freiflächen und Entwicklung von identitätsstiftenden Bebauungsstrukturen zum Teil in Verbindung mit Beschäftigungsmöglichkeiten

Quantifizierung Soll: Schaffung begünstigter Rahmenbedingungen zur Erhaltung von 10 Objekten und Freiräumen teilweise unter Einsatz von Arbeitskräften aus dem Beschäftigungsprogramm

Erreichtes Ergebnis: Schaffung begünstigter Rahmenbedingungen zur Erhaltung von mehr als 30 Objekten und Freiräumen unter Einsatz von Arbeitskräften aus dem Beschäftigungsprogramm

- Urbane Aufwertung des Programmgebietes durch Neuschaffung und Umgestaltung öffentlicher Aufenthalts- und Freizeittflächen

Quantifizierung Soll: Umgestaltung von 6.000 m² hochwertiger Fläche zur Erhöhung der Qualität der Quartiere

Erreichtes Ergebnis: Umgestaltung von 31.800 m² hochwertiger Fläche zur Erhöhung der Qualität der Quartiere

3.3.2.1 Maßnahme 2.1: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes

3.3.2.1.1 Outputindikatoren

Übersicht 20: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes - Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Gestaltete Frei-/Grünfläche	m ²	3.000	31.800
2	Fläche geschaffener bzw. aufgewerteter öffentlicher Gebäude	m ²	1.500	0

3.3.2.1.2 Ergebnisindikatoren

Übersicht 21: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes - Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Erhöhung des Anteils an öffentlichem Grün/Einwohner im Programmgebiet	%	1	Der Indikator könnte nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand erhoben werden. Daher wird auf eine Ausweisung verzichtet.

3.3.2.1.3 Wirkungsindikatoren

Übersicht 22: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes - Wirkungsindikatoren

NR	Wirkung	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Erhöhung der Nutzungsfrequenz auf gestalteten Flächen	%	1	Der Indikator könnte nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand erhoben werden, so dass auf die Ausweisung verzichtet wird.

3.3.2.2 Maßnahme 2.2: Renaturierung und Grünvernetzung; Ausbau von Wegebeziehungen

3.3.2.2.1 Outputindikatoren

Übersicht 23: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes - Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Gestaltete Fläche	m ²	5.000	8.000

3.3.2.2.2 Ergebnisindikatoren

Übersicht 24: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes - Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Erhöhung des Anteils an öffentlichem Grün/Einwohner im Programmgebiet	%	1,5	1,5
2	Erweiterung des Netzes der Fahrradwege	km	6	3

3.3.2.2.3 Wirkungsindikatoren

Übersicht 25: Wohnumfeldgestaltung und Neuordnung des öffentlichen Raumes - Wirkungsindikatoren

NR	Wirkung	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Bestandserhaltung der Wohnbevölkerung im Programmgebiet	gemeldete Einwohner (in Tsd.)	40	41 (Bevölkerungsanstieg)

3.3.3 Schwerpunkt 3: Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement

Ziel war die Stärkung der endogenen Potenziale und der lokalen Akteure. Nach einer gewissen Anlaufzeit, um das Programm zu etablieren, zeigten sich die großen Potenziale des Programmgebiets. Dies kommt besonders bei den sozio-kulturellen Projekten zum Ausdruck.

Das im Operationellen Programm festgelegte Zielbündel mit Sollwerten wurde dabei in den tatsächlichen Ergebnissen weit überschritten:

- Stärkung der endogenen Potenziale und der lokalen Akteure

Quantifizierung Soll: Initiierung von mindestens 15 - 20 Aktionen zur Stärkung des Zusammenhalts der Einwohner und zur Verbesserung des Wohn- und Arbeitsumfeldes

Erreichtes Ergebnis: Initiierung von 210 Projekten zur Stärkung des Zusammenhalts der Einwohner und zur Verbesserung des Wohn- und Arbeitsumfeldes

3.3.3.1 Maßnahme 3.1: Schaffung von Kommunikationszentren

3.3.3.1.1 Zusätzlich erhobene Daten

Gerade bei der Vielzahl der Aktionen im Bereich der soziokulturellen Aktivitäten war es notwendig, die Daten für einzelne Aktionen detailliert zu erheben, so zum Beispiel die Anzahl und ethnische Herkunft von Teilnehmern an Fortbildungsmaßnahmen. Damit konnte man ein genaueres Bild über die Wirksamkeit der Projekte und die Bedürfnisse der Teilnehmer erhalten.

3.3.3.1.1.1 Internationaler Frauentreff

Im Internationalen Frauentreff wurden eine Vielzahl von Kursen und Projekten angeboten, teils mit nur eintägiger, teils mit mehrwöchiger Laufzeit. Neben regelmäßig stattfindenden Kursangeboten gab es auch Projekte, die nur einmalig angeboten wurden. Hierzu zählen Aktionstage ebenso wie zum Beispiel das Projekt Erzählwerkstatt, das über einen längeren Zeitraum durchgeführt wurde.

Ein Großteil der Teilnehmerinnen hat einen Migrationshintergrund.

Berichtszeitraum 2003 - 2008

Kursangebote 2003

Regelmäßige Kursangebote

Teilnehmerinnen

66

Kursangebote 2004

Regelmäßige Kursangebote

Aktionstag Internet-Café

Erzählwerkstatt

Schreibwerkstatt

Offener Internet-Treff

Deutsch lernen am PC

Teilnehmerinnen

60

70

65

8

60

26

Kursangebote 2005

Regelmäßige Kursangebote

Offener Internet-Treff

Kurs Computerkids

Deutsch lernen am PC

Quizaktion im Westend

Erzählwerkstatt

Teilnehmerinnen

50

340

16

48

30

12

Kursangebote 2006

Regelmäßige Kursangebote

Offener Internet-Treff

Deutsch lernen am PC

Erzählwerkstatt

Schreibwerkstatt

Teilnehmerinnen

82

ca. 300

36

60

12

Kursangebote 2007

Keine Kursangebote mit Finanzierung aus URBAN II

Kursangebote 2008

Regelmäßige Kursangebote

Kurs „Zeitung lesen“

Offener Internet-Treff

Internationaler Frauentag

Insgesamt

Teilnehmerinnen

17

10

50

60

1478

3.3.3.1.1.2 Mama-Projekt

Beim Mama-Projekt hatten ausländische Mütter die Gelegenheit, die deutsche Sprache zu erlernen, während gleichzeitig eine Kinderbetreuung angeboten wurde.

Teilnehmerinnen:

2002	42 Mütter
2003	45 Mütter
2004	80 Mütter
2005	24 Mütter aus 10 Ländern, 18 Kinder wurden betreut
2006	27 Mütter aus 6 Ländern, 22 Kinder wurden betreut
2007	22 Mütter aus 9 Ländern, 12 Kinder wurden betreut

Ab dem 1. Januar 2005 hat sich die Rechtslage geändert (neues Zuwanderungsgesetz) und Neuankömmlinge wurden verpflichtet, in Integrationskursen vom BAMF Deutsch zu lernen. Das reduzierte die Zahl der potentiellen Mama Kurs Teilnehmerinnen auf diejenigen, die schon vor diesem Termin nach Deutschland gekommen waren.

3.3.3.1.2 Outputindikatoren

Übersicht 26: Mama-Projekt: Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Fläche geschaffener oder aufgewerteter öffentlicher Räume und Gebäude	m ²	300	500
2	Initiierte Projekte	Kurse, Vorträge etc.	15	210

3.3.3.1.3 Ergebnisindikatoren

Übersicht 27: Mama-Projekt: Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der neu geschaffenen Einrichtungen	-	2	5
2	Anzahl der modernisierten Einrichtungen	-	1	3

3.3.3.1.4 Wirkungsindikatoren

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden keine Wirkungsindikatoren erhoben.

3.3.3.2 Maßnahme 3.2: Stärkung des Schulstandortes

3.3.3.2.1 Outputindikatoren

Übersicht 28: Stärkung des Schulstandortes Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der sanierten Schulen	-	2	2
2	Fläche geschaffener oder aufgewerteter öffentlicher Gebäude	m ²	6.000	5.000 plus Fenstersanierungen und Brandschutzmaßnahmen
3	Fläche anderer aufgewerteter oder geschaffener öffentlicher Räume	m ²	8.000	4.000

3.3.3.2.2 Ergebnisindikatoren

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden keine Ergebnisindikatoren erhoben.

3.3.3.2.3 Wirkungsindikatoren

Übersicht 29: Stärkung des Schulstandortes Wirkungsindikatoren

NR	Wirkung	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Verbesserung des Anteils der Schüler, welche von der Hauptschule in die Realschule bzw. das Gymnasium wechseln	%	5 - 10	Der Indikator könnte nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand erhoben werden, so dass auf die Ausweisung verzichtet wird
2	Reduzierung der Schulabbrecherquote im Jahr	%	2,5	Johannes-Kepler-Schule Schuljahr 2007/2008: 3 Schüler s. Anmerkung
3	Erweiterung der Betreuung der Schüler	Stunden / Woche	196	160
4	Verminderung der CO ₂ -Emission	Tonnen / Jahr	50	30

Hinsichtlich des Indikators Schulabbrecherquote ist anzumerken, dass die zur Verfügung stehende Zahl nicht aussagefähig ist. Die Zahl, die als Schulabbrecherquote ermittelt wird, gibt nur wieder, wie viele Schülerinnen und Schüler zunächst die Schule vor dem Ab-

schluss verlassen. Nicht erfasst wird, ob diese im Anschluss wieder an eine andere Schule wechseln. Ebenso können individuelle Gründe nicht berücksichtigt werden.

3.3.3.3 Maßnahme 3.3: Kriminalitätsverhütung

3.3.3.3.1 Zusätzlich erhobene Daten

Um die Wirksamkeit der Projekte überprüfen zu können, war es notwendig, die Daten detaillierter zu erheben, so zum Beispiel die Anzahl von Teilnehmern an Fortbildungsmaßnahmen.

3.3.3.3.1.1 Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Zusammenfassung 2002 bis 2008 (Stand: 02.12.2008)

Übersicht 30: Argumentationstraining Stammtischparolen

Jahr	Anzahl Maßnahmen	Anzahl Teilnehmer/innen	Anzahl der Trainings
2002	1	2	1
2003	1	75	1
2004	7	168	7
2005	7	248	7
2006	3	60	3
2007	12	267	12
2008	9	210	9
Summe	40	1040	40

3.3.3.3.2 Outputindikatoren

Übersicht 31: Argumentationstraining Stammtischparolen - Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der Projekte	Anzahl	5	20

3.3.3.3 Ergebnisindikatoren

Übersicht 32: Argumentationstraining Stammtischparolen - Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	Ist 2008
1	Rückgang der Straftaten	Delikte /10.000 Einwohner	10	Rückgang der Delikte

Dieser Indikator wird nicht zahlenmäßig erfasst. Die einheitliche Ermittlung der Kriminalitätsrate gestaltet sich schwierig, da aufgrund unterschiedlicher Landesvorgaben die räumlichen Bezüge für die Daten variieren. Trotzdem ist zu vermerken, dass im Programmgebiet die Zahl der Delikte rückläufig ist.

3.3.3.4 Wirkungsindikatoren

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden keine Wirkungsindikatoren erhoben.

3.3.4 Schwerpunkt 4: Technische Hilfe, Information und Publizität

Im Operationellen Programm wurden für Schwerpunkt 4 keine Zielbündel festgelegt.

Bei der technischen Hilfe wurden die Indikatoren im EPPD auf Ebene des Schwerpunktes ausgewiesen. Daher erfolgt keine Darstellung auf Maßnahmenebene.

3.3.4.1 Outputindikatoren:

Übersicht 33: Technische Hilfe, Information und Publizität - Outputindikatoren

NR	Output	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der Pressekonferenzen		6	38
2	Anzahl der URBAN II spezifischen Publikationen		3	6
3	Anzahl der URBAN II Internetpräsentationen		1	3

3.3.4.2 Ergebnisindikatoren

Übersicht 34: Technische Hilfe, Information und Publizität - Ergebnisindikatoren

NR	Ergebnis	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Anzahl der Presseberichte		25	151
2	Anzahl der Zugriffe auf die Internetpräsentation	Zugriffe / Monat	500	Siehe Anmerkung

Auf die Ausweisung der Zugriffszahlen wird verzichtet, da die Berichterstattung über die Gemeinschaftsinitiative URBAN II jeweils auf den Homepages der beiden Städte erfolgt.

Da hier auch die Zugriffe mitgezählt würden, die nicht urbanspezifisch sind, würde dies das Ergebnis verfälschen.

3.3.4.3 Wirkungsindikatoren:

Übersicht 35: Technische Hilfe, Information und Publizität - Wirkungsindikatoren

NR	Wirkung	Einheit	Ziel	Bis 2008
1	Verbesserung des Bekanntheitsgrades der URBAN II Initiative in Ludwigshafen am Rhein / Mannheim			

Der Wirkungsgrad ist nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand zu ermitteln, weshalb auf die Ausweisung genauer Ergebnisse verzichtet wird. In beiden Städten ist die Gemeinschaftsinitiative URBAN II zu einem festen Begriff in der Bevölkerung geworden, der für eine funktionierende EU-Förderung steht.

3.4 Beschreibung des Mehrwerts des Programms für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Die Aufteilung der einzelnen Mittel auf die Maßnahmen und Aktionen sowie die Entscheidung über die Durchführung der Aktionen erfolgte in enger Abstimmung zwischen den beiden Städten sowie den Vertretern der zuständigen Landesbehörden. Dabei wurden mittelverwaltende Stellen ebenso wie Verwaltungsbehörde und Mittelbehörden der Länder frühzeitig in den Entscheidungsprozess mit eingebunden und regelmäßig über den Projektstand informiert.

Bei der Programmaufstellung waren frühzeitig auch Wirtschafts- und Sozialpartner eingebunden. Diese waren auch bei den regelmäßigen Sitzungen des Begleitausschusses in den Programmablauf involviert und haben dabei die Gelegenheit genutzt, sich in den Entscheidungsablauf einzubringen.

Durch die Möglichkeit, ausgehend von einem integrierten Ansatz die Mittel innerhalb eines begrenzten Gebiets, gezielt auf verschiedene Schwerpunkte und verteilt auf soziale, investive und wirtschaftsfördernde Projekte einzusetzen, erhöhten sich die Erfolgchancen für eine Aufwertung des Gebiets.

Die Festlegung der drei Schwerpunkte wurde daher auch durch die Ergebnisse der Halbezeitevaluation als sinnvoll bestätigt.

Folgende Tatsachen haben besonders zum Gelingen des Programms beigetragen:

URBAN II ermöglichte den Einsatz von Mitteln aus einer Hand

Im Rahmen des Programms waren sowohl investive als auch nichtinvestive Maßnahmen, wie z.B. Honorarkosten, förderfähig. Dies ermöglichte die Durchführung von Aktionen aus einer Hand, wobei Ressourcen gebündelt und Synergieeffekte erzielt werden konnten.

Beispiel

- Bei der Einrichtung des Internetcafés im Internationalen Frauentreff wurden sowohl die Gestaltung der Räume, die Anschaffung von Möbeln und Computern sowie Honorare für Lehrkräfte und Kinderbetreuung gezahlt. Das erleichterte die Planung und Abrechnung des Budgets. Die Projektlaufzeit über mehrere Jahre führte zu mehr Planungssicherheit, so konnten zum Beispiel Kurse auch über einen längeren Zeitraum angeboten oder Aufbaukurse initiiert werden. Dies wiederum führte zu mehr Nachhaltigkeit der Aktion insgesamt.

Das Programm folgt einem maßnahmeübergreifenden Ansatz

Viele der durchgeführten Projekte folgten gleichzeitig mehreren unterschiedlichen Zielen, wodurch ihre Wirkung vervielfacht wurde. Zugleich war es auch möglich, dass mehrere Projekte dieselbe Zielebene ansprechen sollten, um eine höhere Nachhaltigkeit zu erreichen.

Beispiele

- Die Gestaltung des Rheinuferparks diene der städtebaulichen Aufwertung des Gebiets, erhöhte die Attraktivität des Gebietes nicht nur für Bewohnerinnen und Bewohner sondern auch für die benachbarten Geschäftslagen und diene somit indirekt auch der Wirtschaftsförderung. Zusätzlich erhielt das Programmgebiet hier auch eine ökologische Aufwertung durch die Sanierung der Altlasten und die Neunutzung der Brachfläche als Grünfläche.
- Parallel zu den finanziell bedeutenden Investitionsvorhaben wie Alter Meßplatz oder Jungbusch wurden Projekte mit partizipatorischem Ansatz initiiert. Mit dem Projekt zur Geschichte des Alten Meßplatzes wurde das Interesse der Menschen an der Neugestaltung geweckt und zugleich die Befürchtungen vor negativen Auswirkungen im Quartier genommen. Die Vorhaben Alter Meßplatz, Jungbusch-Hafenstraße und Jungbusch-Verbindungskanal bedienen gleichzeitig auch mehrere Ziele. So ist neben der städtebaulichen Aufwertung auch eine bessere Anbindung an den Neckar gelungen oder wie z.B. beim Alten Meßplatz, die Wiederherstellung der Platzfläche. Vor der Umgestaltung war die Platzfläche durch die ÖPNV-Bereiche nicht mehr zu erkennen.

Partizipatorische Elemente sind eine Chance für die Akzeptanz der Aktionen und geben neue Entwicklungsimpulse

Die Entwicklung von Maßnahmen zur Aufwertung eines Gebietes und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen kann nicht nur von oben herab diktiert werden. Um die Akzeptanz der Aktionen zu erhöhen ist es unumgänglich, alle Beteiligten frühzeitig einzubinden. Dabei finden sich oft auch neue Ansätze und andere Sichtweisen, die zu neuen Lösungen führen.

Beispiele

- Die Richtlinie zur KMU-Förderung wurde in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftspartnern erstellt. Hierdurch konnte gezielt eine Ausrichtung der Förderung auf die Bedürfnisse der KMU innerhalb des Gebietes erfolgen. Die spätere Entscheidung über die Vergabe von Fördermitteln erfolgte innerhalb eines Ausschusses, dem ebenfalls verschiedene Wirtschaftspartner, z.B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und Banken, angehörten. Durch deren berufliche Erfahrungen flossen auch andere Aspekte in die Beurteilung der Anträge ein.
- Eine Reihe von Projekten sollte bewusst von den Bewohnern aus dem Gebiet initiiert werden. Trotz anfänglicher Bedenken hat sich dieser Ansatz sehr bewährt, zeigten doch die Bewohner ein großes Maß an Kreativität.
- Beispiele für Projekte, die direkt von den Bewohnern initiiert wurden sind z.B. der Umbau der Bernhard-Kahn-Bücherei, das Projekt Spielräume, die Schreibwerkstatt in der Neckarstadt-West. Hierzu ist zu erwähnen, dass dieses Projekt die Beteiligten so fasziniert hat, dass aus der ursprünglich geplanten Schreibwerkstatt sogar ein vollständiges Jugendmusical wurde, das mehrfach erfolgreich aufgeführt worden ist.

Innovative Projekte

Im Rahmen von URBAN II war es möglich, Vorhaben umzusetzen, die über andere Förderprogramme gar nicht hätten realisiert werden können. Diese Projekte haben sich als sehr erfolgreich herausgestellt.

Beispiel:

- Mit dem Kommunikationskonzept Breite Straße war es möglich, den Umbau eines Teiles der Fußgängerzone in Mannheim zu begleiten. Entgegen den Erfahrungen bei vergleichbaren Bauprojekten waren die Beschwerden aller Beteiligten über die Beeinträchtigungen durch die Bauarbeiten sehr gering. Weiteres Beispiel ist das Projekt Barrierefreies Wohnen, Leben und Arbeiten in Mannheim. Hier wurde ein internetbasierter Stadtführer erstellt, der die wichtigsten Gebäude im URBAN-Gebiet mit dem Grad ihrer Barrierefreiheit darstellt.

Verwaltungsinterner Austausch von Know-how

Die Zusammenarbeit der beiden Städte Ludwigshafen am Rhein und Mannheim untereinander, aber auch der direkte Austausch mit den zuständigen Landesbehörden führte zu einer effektiven und durchgängigen Gestaltung des Programms. Aktionen konnten untereinander abgestimmt werden, um so für beide Städte und beide Teile des Programmsgebiets das bestmögliche Ergebnis zu erzielen und negative Effekte zu vermeiden.

Eine frühzeitige Abstimmung der Verwaltungsverfahren ermöglichte ein einheitliches Vorgehen und half, Zeitverzögerungen z.B. bei der Entscheidung über die Förderfähigkeit von Ausgaben zu vermeiden.

Beispiele

- Die Checkliste der beiden städtischen Stellen für Rechnungsprüfungen zur internen Vorabprüfung aller Rechnungen die zur Förderung eingereicht werden sollten, wurden gemeinsam mit den Rechnungsprüfungsstellen aber auch den mittelverwaltenden Stellen und den Prüfbehörden der Länder erarbeitet. Dabei konnte auf vorhandene Checklisten aus der Ziel 2- Förderung beispielhaft zurückgegriffen werden. Dies führte zu einer schematisierten Prüfung und später zu weniger Nachfragen bei den Verwendungsnachweisen.

Austausch von Know-how mit anderen Städten und Institutionen

Ein wesentliches, flankierendes Element der Initiative URBAN war das gegenseitige Lernen und der Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Städten. So wurde bereits 1996 das URBAN-Netzwerk Deutschland durch den Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. mit Unterstützung durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ins Leben gerufen. Erweitert um die österreichischen Städte Graz und Wien stellte das Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk seit 2001 das erste grenzüberschreitende URBAN-Netzwerk dar.

Ziel der Netzwerkarbeit ist es, die Städte bei der Umsetzung ihrer Konzepte zur Aufwertung und Revitalisierung ihrer Programmgebiete zu unterstützen. Schwerpunkt bildet die Organisation eines intensiven Erfahrungsaustauschs sowie die Information über stadterneuerungsrelevante Aktivitäten auf EU-, Bundes- und Länderebene. In diesem Zusammenhang werden insbesondere optimierte Lösungsansätze für gleichgelagerte Problemfelder gemeinsam entwickelt.

Die Teilnahme am deutsch-österreichischen URBAN-Netzwerk zeigte neue Wege und neue Inhalte für Projekte auf. Gerade der Austausch mit anderen Städten und die Vorstellung von best-practice Beispielen waren zielführend bei der Ausgestaltung der Programmschwerpunkte in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein.

4 Kontext- und Hauptindikatoren für URBAN II-Programm Mannheim / Ludwigshafen am Rhein

4.1 Kontext- und Hauptindikatoren für das URBAN II-Programm Mannheim / Ludwigshafen am Rhein

Diese Indikatoren beschreiben eine Reihe von Basisinformationen, um einen Überblick über die Ausgangslage im Programmgebiet und Aussagen zur Entwicklung des Gebiets im Verlauf des Programms treffen zu können. Im Hinblick auf die kleinräumige Datenverfügbarkeit wurden im Wesentlichen städtische Datenquellen herangezogen bzw. die Daten anderer Quellen von den Statistikstellen der beiden Städte aufbereitet.

Nicht alle relevanten Entwicklungen sind mittels quantitativer Indikatoren zu beschreiben. Eine qualitative Beschreibung als textliche Ergänzung zu den Kontext- und Hauptindikatoren ebenso wie zu den Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren ist daher zur Erläuterung nützlich (siehe Kapitel 3.2).

Bei verschiedenen der anzugebenden Haupt- und Kontextindikatoren gab es Probleme, diese (mit vertretbarem Aufwand) zu erheben. Teilweise waren Daten auch nur in einer von beiden Städten vorhanden oder zu erhalten. Dies begründet sich unter anderem auch mit den unterschiedlichen Strukturen der Verwaltungen und Organisationen in den beiden Bundesländern.

Zu manchen Indikatoren wurden keine Aussagen gemacht, da hier durch die im Rahmen von URBAN geförderten Aktionen keine Änderungen vorgesehen waren. Hierzu gehört zum Beispiel der Indikator „Streckenlänge im Nahverkehr“ sowie „Plätze in Kindergärten und Krippen“ und „Mittlere Wohnfläche in Quadratmetern“

Bei folgenden Indikatoren traten in einer bzw. bei beiden Städten Probleme auf:

1. Arbeitslosigkeit :

Probleme bei der Erfassung und Vergleichbarkeit ergeben sich durch umfangreiche Novellierungen der Sozialgesetzgebung, den so genannten Hartz IV-Reformen. Eine Vergleichbarkeit der Daten ab dem Jahr 2005 mit den Vorjahren ist nicht mehr möglich. Hinzu kommt, dass die Daten nicht mehr gebietsgenau erhoben werden können, sondern nur noch nach den statistischen Bezirken darstellbar sind.

2. Zahl der Unternehmen je 1000 Einwohner/ Anzahl bestehender Unternehmen:

In beiden Städten lag zu Beginn der Förderperiode für das URBAN-Gebiet keine Zählung aller Unternehmen im Gebiet vor. Teilweise existierten Daten nur zu Einzelhandel; mögliche freiberuflich Tätige mit Unternehmenssitz im Gebiet waren nicht erfasst. Diese Daten sind auch nur durch aufwendige und zeitintensive Vor-Ort-Begehungen zu erheben. In Teilgebieten des Programmgebiets wurde eine solche Begehung zu Beginn von URBAN II durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass eine Zählung nur möglich ist, sofern entsprechende Türschilder auf den Gewerbebetrieb hinweisen.

3. Prozentsatz der vom Sozialtransfer abhängigen Bevölkerung

Ein Problem bei der Erfassung der Daten zur Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger ergab sich bereits für das Programmjahr 2005 durch umfangreiche Novellierungen der Sozialgesetzgebung in Deutschland, den sog. Hartz IV Reformen. So erhalten nun zum Beispiel seit 1.1.2005 alle erwerbsfähigen Sozialhilfebezieher Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II). Durch die unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen für diese Zuwendungen ist ein Vergleich der Daten mit den Vorjahren nicht möglich. Ein weiteres Problem ist, dass durch die zentrale Datenhaltung bei der Bundesagentur für Arbeit eine kleinräumige Auswertung nach Straßenzügen nicht mehr möglich ist. Es ist lediglich eine Darstellung auf die statistischen Bezirke möglich, die aber nicht in vollem Umfang dem URBAN II - Gebiet entsprechen

4. Schulabbrecherquote / Verbesserung des Anteils der Schüler, welche in die Realschule bzw. ins Gymnasium wechseln:

Die Schulabbrecherquote ist in Rheinland-Pfalz kleinräumig nur bis auf die Ebene der Hauptschulbezirke abbildbar. Da die in Betracht zu ziehenden Hauptschulbezirke weit über das Urban-Gebiet hinausreichen, wurde auf die Darstellung dieses Indikators verzichtet.

Hinsichtlich des Indikators Schulabbrecherquote ist anzumerken, dass die zur Verfügung stehende Zahl nicht aussagefähig ist. Die Zahl, die als Schulabbrecherquote ermittelt wird, gibt nur wieder, wie viele Schülerinnen und Schüler zunächst die Schule vor dem Abschluss verlassen. Nicht erfasst wird, ob diese im Anschluss wieder an eine andere Schule wechseln. Ebenso können individuelle Gründe nicht berücksichtigt werden.

5..Anteil der Grünflächen an der Gesamtfläche / Grünflächen in m²:

Auch wenn durch den Ausbau des Rheinuferparks eine größere Brachfläche revitalisiert wurde, so fällt diese prozentual beim Anteil der Grünfläche an der Gesamtfläche nicht ins Gewicht. Zu Beginn der Förderperiode lagen zum prozentualen Anteil der Grünfläche sowie zur absoluten Quadratmeterzahl aller Grünflächen in der Stadt auch lediglich Schätzungen vor, eine genaue Kartierung aller öffentlichen und privaten Grünflächen wäre auch nur unter erheblichem logistischem Aufwand möglich.

6. Anzahl bestehender Arbeitsplätze:

Hier war nicht nur nach den gemeldeten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen gefragt, sondern auch nach möglichen offenen Stellen, die aber zur Zeit auch nicht besetzt werden sollen sowie nach nicht versicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätzen. Dieser Indikator wäre nur durch eine Befragung aller Unternehmen im URBAN-Gebiet zu erheben. Dieser zeit- und kostenintensive Aufwand konnte nicht geleistet werden.

7. Wettbewerbsfähigkeit / Begünstigung der Chancen zur Umsatzsteigerung des Einzelhandels / Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Verringerung der Leerstände im gewerblichen Bereich:

Diese Indikatoren wären nur durch Befragungen von Einzelhändlern und Kunden sowie Passantenzählungen zu erheben. Damit verbunden wäre ein hoher finanzieller Aufwand sowie intensive Vorbereitungsarbeiten.

8..Fläche im Jahr 2000 in m²:/ Netzlänge Fahrradwege in km

Zu Beginn der Förderperiode lagen zur absoluten Quadratmeterzahl aller öffentlicher Räume und Gebäude sowie zur Länge des Fahrradwegenetzes im Programmgebiet lediglich Schätzungen vor, eine genaue Kartierung aller öffentlichen und privaten Grünflächen wäre auch nur unter erheblichem logistischem Aufwand möglich.

Neben den Indikatoren, die nicht oder nur mit großem Aufwand erhoben werden konnten, sind bei manchen Indikatoren größere Unterschiede zwischen den vorgegebenen Zielen (die auf Abschätzungen beruhten) und den Ergebnissen aufgetreten.

Hierzu lassen sich folgende Ursachen feststellen:

9. Zielabweichungen im Bereich der Anzahl der Langzeitarbeitslosen und der vom Sozialtransfer abhängigen Bevölkerung

Ein Problem bei der Erfassung der Daten zur Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger ergab sich bereits für das Programmjahr 2005 durch umfangreiche Novellierungen der Sozialgesetzgebung in Deutschland, den sog. Hartz IV Reformen. So erhalten nun zum Beispiel seit 1.1.2005 alle erwerbsfähigen Sozialhilfebezieher Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II). Durch die unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen für diese Zuwendungen ist ein Vergleich der Daten mit den Vorjahren nicht möglich. Ein weiteres Problem ist, dass durch die zentrale Datenhaltung bei der Bundesagentur für Arbeit eine kleinräumige Auswertung nach Straßenzügen nicht mehr möglich ist. Es ist lediglich eine Darstellung auf die statistischen Bezirke möglich, die aber nicht in vollem Umfang dem URBAN II - Gebiet entsprechen.

10. Zielabweichungen bei der Förderung von Unternehmen

In positivem Sinn wurde von den Zielen der Förderung von KMU und Existenzgründern sowie bei den damit verbundenen Auslösungen privater Investitionen von den Zielen abgewichen. Hier wurden die zu Programmbeginn geschätzten Zahlen weit übertroffen.

Dies hat verschiedene Ursachen.

Zum einen war das Interesse der Betriebe an Förderung durch Beratungsleistungen und Finanzzuweisungen erheblich höher als ursprünglich angenommen. Dies ist auch durch die Rezession bedingt, die bewirkt, dass Unternehmen auch verstärkt finanzielle Hilfen in Anspruch nehmen müssen. Auch nahmen viele Menschen, die sich aus der Arbeitslosigkeit selbständig gemacht haben, Beratungsleistungen in Anspruch.

Zum anderen wurden aufgrund des regen Interesses an den Förderprogrammen und aufgrund städtebaulicher Gründe die Förderprogramme für KMU und Existenzgründer in ihrer Gebietskulisse ausgeweitet. Dadurch haben auch mehr Unternehmen als ursprünglich vorgesehen die Möglichkeit wahrnehmen können, Unterstützung zu erhalten.

11. Zielabweichungen bei der Zahl der Teilnehmer an Bildungs-/ Qualifizierungsmaßnahmen

Bei der Zahl der Teilnehmer an Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen war bei der ursprünglichen Zielfindung davon ausgegangen worden, dass lediglich eine geringe Zahl von Menschen – hauptsächlich Langzeitarbeitslose – das Angebot annehmen werden. Im Laufe der Programmzeit wurden weitere Projekte entwickelt, die Qualifizierungs- und Bildungsangebote auf breiter Basis beinhalten, so zum Beispiel die Computerkurse im Internationalen Frauentreff. Dadurch hat sich auch die Zahl der erreichten Personen vervielfacht.

4.2 Sozioökonomische Kontextindikatoren für URBAN II-Programm Mannheim / Ludwigshafen am Rhein

Als Datenquellen wurden im Wesentlichen städtische Datenquellen herangezogen bzw. die Daten anderer Quellen (statistische Landesämter Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie Bundesagentur für Arbeit) von den Statistikstellen der beiden Städte aufbereitet.

Übersicht 36: Sozioökonomische Kontextindikatoren

Nr.	Kontextindikator	2000	2002	2005	2006	2007	2008	Ziel 2008
1	Zahl der Einwohner im Programmgebiet (in Tausend)	40	40,74	40,48	40,77	41,41	41,65	40 + x
2	Betreffende Fläche (km ²)	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1
3	Arbeitslosigkeit Siehe vorstehende Anmerkung 1							
	-Arbeitslosenquote gesamt = Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung 15-65 Jahre (in %)	20,4	19,8	22,8	20,1	16,8	19,5	20,4 - x
	-Anteil in Prozent der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen (die starke Abweichung in MA 2006 dürfte administrative Gründe haben)	33,6	31,2	27,0	51,4	43,2	38,1	33,6 - x
4	Zahl der Unternehmen (je 1.000 Einwohner) Siehe vorstehende Anmerkung 2							
5	Prozentsatz der von Sozialtransfers (Sozialhilfe) abhängigen Bevölkerung (ab 2006: Zahl der SGB II Empfänger). Siehe vorstehende Anmerkung 3	11,0	12,0	Nur LU 17,3-	16,44	15,43	LU 18,0 %, MA: 6.230 Empfänger	11,0 - x
6	Prozentsatz der Zuwanderer, ethnischen Minderheiten und Flüchtlingen an der Gesamtbevölkerung (Ausländeranteil). Der Rückgang dürfte auf die Zahl von Einbürgerungen zurückzuführen sein	33,9	-	27,0	MA: 51,0	27,47	MA 56,7	-
7	Bildung / Erziehung							
	-Schulabbrecherquote (Anteil in Prozent der Schulabgänger insgesamt UND orientiert an der Johannes-Kepler-Hauptschule Mannheim)	33,8 ¹⁾	33,8 - x	22,4	10,7	Siehe vorstehende Anmerkung 4		33,8 - x
	-Plätze in Kindergärten / Krippen per 1.000 Einwohner (ohne Hortplätze)	36,3 ¹⁾	36,3 + x	MA: 33,5	MA: 33,5	MA: 33,5	MA 33,5	36,3 + x
8	Kriminalität/Sicherheit (Delikte pro 1.000 Einwohner)	594 ¹⁾	594 - x	141,79	MA: 210	MA: 168,39	MA 166,74	594 - x

noch Übersicht 36: Sozioökonomische Kontextindikatoren

9	Demographische Situation							
	-Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren	ca. 17%		15,38	MA: 14,3	15,21	15,89	17 % + x
	-Anteil der Bevölkerung über 60 Jahren	ca. 18%		16,78 %	MA: 16,9	16,93	16,48	18 % - x
10 a)	Mittlere Wohnfläche (m2 pro Einwohner) in Ludwigshafen Hierzu wurden keine Aussagen gemacht, da hier durch die im Rahmen von URBAN geförderten Aktionen keine Änderungen vorgesehen waren.							
10 b)	Anteil der 1 und 2-Raum-Wohnungen in Mannheim	21,2		21,1	21,1	21,1	21,0	21-x
11	Umwelt / öffentlicher Nahverkehr							
	- Anteil der Grünflächen an der Gesamtfläche Siehe vorstehende Anmerkung 5							
	- Streckenlänge Nahverkehr Hierzu wurden keine Aussagen gemacht, da hier durch die im Rahmen von URBAN geförderten Aktionen keine Änderungen vorgesehen waren.							

Hauptindikatoren („core indicators“)

Als Datenquellen wurden im Wesentlichen städtische Datenquellen herangezogen bzw. die Daten anderer Quellen (statistische Landesämter Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie Bundesagentur für Arbeit) von den Statistikstellen der beiden Städte aufbereitet.

Übersicht 37: Sozioökonomische Kontextindikatoren Hauptindikatoren

Nr.	Indikator	2000	2005	2006	2007	2008	Ziel
1	Zahl geschaffener / Gesicherter Arbeitsplätze (Frauen und Männer) inkl. Ausbildungsplätze	-	637	395 / 483	409 / 506	443/565	+ 290
	Anzahl bestehender Arbeitsplätze im Jahr 2000 Siehe vorstehende Anmerkung 5						
2	Zahl der Existenzgründungen / Neuansiedlungen		62		82	88	+ 25
	Anzahl bestehender Unternehmen im Jahr 2000 Siehe vorstehende Anmerkung 2						
3	Anzahl unterstützter KMU	-	107	917	1.012	1.015	+ 120
4	Zahl der Teilnehmer an Bildungs-/ Qualifizierungsmaßnahmen	-	305	335	335	335	+ 45

noch Übersicht 37: Sozioökonomische Kontextindikatoren Hauptindikatoren

5	Geschaffene oder aufgewertete Grünflächen (m ²)	-	11.000	50.263	50.236	50.236	
	Fläche im Jahr 2000 Siehe vorstehende Anmerkung 5						
6	Fläche anderer geschaffener oder aufgewerteter öffentlicher Räume	-	8.000	12.500	12.500	12.500	+ 13.300
	Fläche im Jahr 2000 Siehe vorstehende Anmerkung 8						
7	Fläche geschaffener oder aufgewerteter öffentlicher Gebäude	-		10.500	10.500	10.500	+ 7.500
	Fläche im Jahr 2000 Siehe vorstehende Anmerkung 8						
8	Geschaffene Plätze in Kindergärten oder Krippen	-					
	Anzahl der Plätze im Jahr 2000 Hierzu wurden keine Aussagen gemacht, da hier durch die im Rahmen von URBAN geförderten Aktionen keine Änderungen vorgesehen waren.						

Nr.	Indikator	2000	2005	2006	2007	2008	Ziel
9	Erweiterung des Netzes des öffentlichen Nahverkehrs	-					
	Streckenlänge im Jahr 2000 Hierzu wurden keine Aussagen gemacht, da hier durch die im Rahmen von URBAN geförderten Aktionen keine Änderungen vorgesehen waren						
10	Erweiterung des Netzes der Fahrradwege (in km)	6		3			
	Netzlänge im Jahr 2000 Siehe vorstehende Anmerkung 8						

	Zusätzliche Indikatoren	2000	2005	2006	2007	2008	Ziel
11	Wettbewerbsfähigkeit						
	Begünstigung der Chancen zur Umsatzsteigerung des Einzelhandels in Prozent Siehe vorstehende Anmerkung 7						
12	Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Verringerung der Leerstände im gewerblichen Bereich in Prozent Siehe vorstehende Anmerkung 7						
13	Auslösung zusätzlicher privater Investitionen im Zentrumsbereich zur Attraktivitätssteigerung (Mio. €)	-	8,8	8,86	10,13	10,65	3,07
14	Rückführung von Brachen für eine Gewerbliche Nachnutzung (m ²)	-	11.000	11.000	11.000	11.000	+ 10.000

noch Übersicht 37: Sozioökonomische Kontextindikatoren Hauptindikatoren

15.	Schulabbrecherquote	33,8	22,4	10,7	Siehe vorstehende Anmerkung 4	33,8 - x	
16.	Verbesserung des Anteils der Schüler, welche in die Realschule bzw. ins Gymnasium wechseln in Prozent Siehe vorstehende Anmerkung 4						
17.	Erweiterung der Betreuung der Schüler in Stunden		196	196	196	160	196

5 Finanzielle Abwicklung

5.1 Mittelbindung zum 31.12.2008 (kumulativ, Indexierung bereits eingearbeitet)

Mit Stand 31.12.2008 wurden durch die mittelbewilligenden Behörden, das Regierungspräsidium Karlsruhe und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Neustadt, 100 % der insgesamt zuschussfähigen Ausgaben bewilligt und gebunden. Die zurückgeflossenen n+2-Mittel konnten nicht mehr gebunden werden. Die Einzelheiten sind bei der Beschreibung der Maßnahme 2.1 entsprechend dargestellt.

Bis 31.12.2009 wurden Zinsen auf den Vorschuss der EU in Höhe von 96.395,83 € erwirtschaftet. Die inhaltliche Verwendung der Zinsen wird im Kapitel 3.9 ausführlich dargestellt.

Die folgende Tabelle stellt den abschließenden Stand der Mittelbindung nach letzten Änderung der Finanztabelle (Entscheidung der Kommission vom 18.10.2001 K(2001) 2773, geändert durch die Entscheidung vom 28.09.2004 K(2004) 3670, geändert durch die Entscheidung vom 15.05.2007 K(2007) 2187 zuletzt geändert durch die Entscheidung vom 16.12.2008 K(2008) 8304) in den Schwerpunkten und Maßnahmen dar:

Übersicht 39: Mittelbindung zum 31.12.2008

Schwerpunkte/Maßnahme	Mittelbindung Gesamt (kumulativ)	Mittelbindung Anteil EFRE (kumulativ)	Mittelbindung Anteil am OP- Schwerpunkt
	€	€	%
Schwerpunkt 1	6.425.986	2.845.301	100
Maßnahme 1.1	620.000	251.177	100
Maßnahme 1.2	2.558.426	1.137.868	100
Maßnahme 1.3	741.150	355.612	100
Maßnahme 1.4	2.506.410	1.100.644	100
Schwerpunkt 2	8.227.366	4.113.683	100
Maßnahme 2.1	6.277.366	3.138.683	100
Maßnahme 2.2	1.950.000	783.900	100

noch Übersicht 39: Mittelbindung zum 31.12.2008

Schwerpunkt 3	6.039.246	2.851.240	100
Maßnahme 3.1	1.930.314	822.417	100
Maßnahme 3.2	4.408.650	2.141.653	100
Maßnahme 3.3	50.000	19.978	100
Technische Hilfe	774.748	360.651	100
Insgesamt	21.817.064	10.908.532	100
Zinsen	96.395,83	entfällt	

5.2 Von der Zahlstelle bescheinigte und effektiv getätigte Ausgaben nach Schwerpunkten und Maßnahmen**5.2.1 Gesamtbetrag der bescheinigten Ausgaben mit Gemeinschaftsbeteiligung**

Im Programmzeitraum wurden getätigte zuschussfähige Ausgaben in Höhe von 20.951.928,31 € von der Zahlstelle bescheinigt. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Mitteln des EFRE in Höhe von 9.665.113,96 € und nationalen Mitteln in Höhe von 11.286.814,35 €. Bei den Mitteln des EFRE sind die Mittel des abschließenden Zahlungsantrags berücksichtigt. Die nationalen Mittel teilen sich in Landesmittel in Höhe von 2.059.541,39 € und kommunale Mittel in Höhe von 9.232.272,96 €. Private Mittel waren weder eingeplant noch wurden private Mittel verwendet.

Bezogen auf die geplanten Gesamtkosten in Höhe von 21.817.064 € konnten 96 % zur Auszahlung kommen. Diese wurden vollständig durch öffentliche Ausgaben finanziert. Der Anteil des EFRE an den öffentlichen Ausgaben ist auf Maßnahmenebene festgelegt und variiert daher zwischen 39,96 % (Maßnahme 3.3) und 49,61 % (Maßnahme 2,1). Von den zur Verfügung gestellten EFRE-Mitteln in Höhe von 10.087.826 € konnten an die Endbegünstigten Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein knapp über 96 % ausbezahlt werden. Die Gründe für die Wenigerausgaben sind im Kapitel 3 erläutert.

5.2.2 Fortschritt der Gesamtausgaben in den Jahren

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgaben nach Jahren.

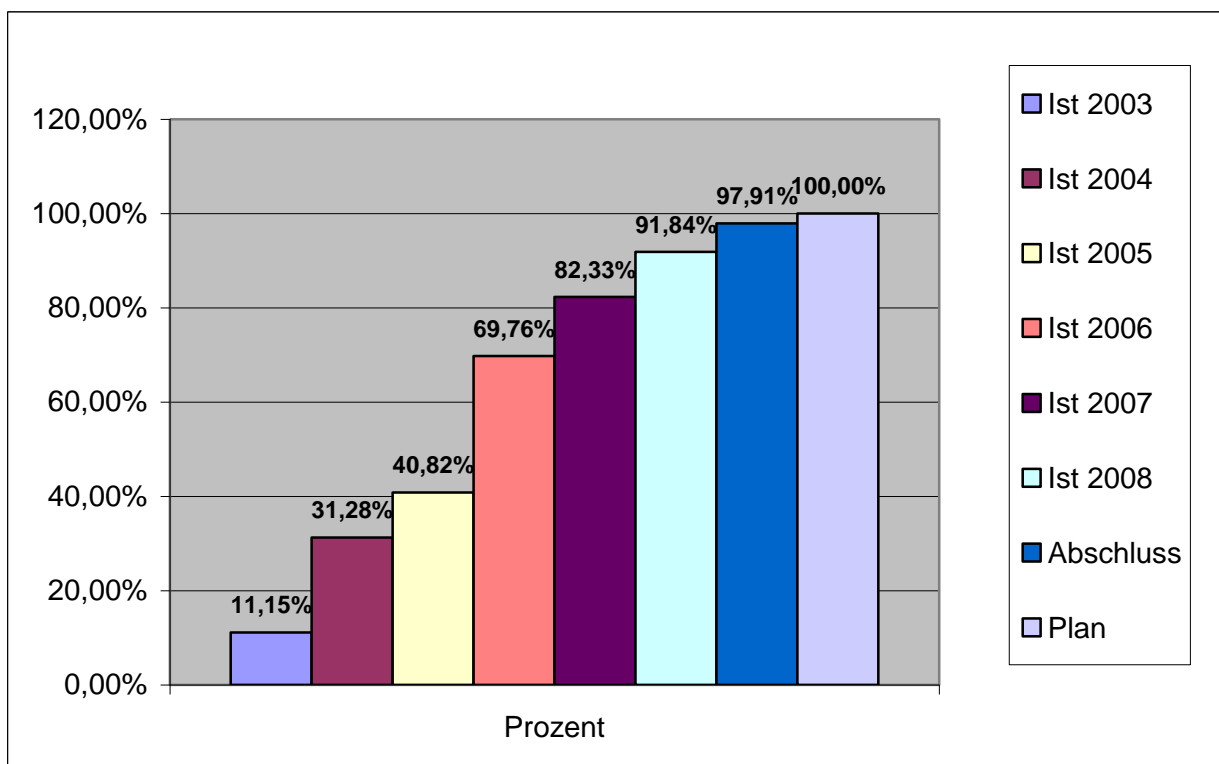


Abbildung 4: Fortschritt der Gesamtausgaben in den Jahren 2003-2008

5.3 Aufstellung der Projekte

In der folgenden Tabelle sind die einzelnen Projekte mit ihren Gesamtkosten und ihrer Gemeinschaftsbeteiligung dargestellt. Die Beschreibung der Projekte findet sich in den Projektsteckbriefen im Anhang.

Übersicht 39: Aufstellung der Projekte

Schwerpunkt; Maßnahme	Projektnr.	Projektkurzbezeichnung	Gesamtkosten in €	Gemeinschaftsbeteiligung (EFRE) in €
1; 1.1	1.1	Altlastensanierung	610.350,55	245.360,92
1; 1.2	1.2	Einzelbetriebliche Zuschüsse	2.027.235,59	892.420,59
1; 1.2	1.2.2	Kommunikationskonzept Breite Straße	179.002,00	89.501,00
1; 1.2	1.8	Gastronomieförderung	253.431,25	101.879,36
1; 1.3	1.3	Baulückenprojekt	2.280,72	916,85
1; 1.3	1.3.1	Mittelstandsservice	275.226,19	137.372,66
1.; 1.3	1.3.2.1	Standortkommunikationssystem	7.413,80	3.706,90
1; 1.3.	1.3.2.2	Barrierefreies Wohnen	212.884,28	106.442,14
1; 1.3	1.4	Virtuelles Rathaus	137.296,77	55.193,30

noch Übersicht 39: Aufstellung der Projekte

1; 1.4	1.4.1	INQUAJA	266.421,04	133.210,52
1; 1.4	1.4.2	Qualifizierung / Beschäftigungsförderung	776.139,22	388.069,61
1; 1.4	1.5	Existenzgründungsförderung	552.113,95	221.949,81
1; 1.4	1.6	Strukturhilfe Grün	854.178,30	343.379,68
1; 1.4	1.7	Beschäftigung für Frauen	49.478,27	19.890,26
2; 2.1	2.1	Attraktivierung Fußgängerzone	241.651,81	97.144,03
2; 2.1	2.1.1	Mannheim 2007	5.970.984,00	2.985.491,99
2; 2.2	2.2	Rheinuferpark	1.950.000,00	783.900,00
3; 3.1	3.1	Jugendförderung	20.000,00	8.040,00
3; 3.1	3.1.1.1	Begleitprojekte Jungbusch		
3; 3.1	3.1.1.2	Initiative www.buschgirls.de	4.952,30	2.476,15
3; 3.1	3.1.1.3	Kulturprojekte Jungbusch		
3; 3.1	3.1.1.4	Schreibwerkstatt in der Neckarstadt-West	6.910,82	3.455,41
3; 3.1	3.1.1.5	Historischer Hof	6.208,83	3.104,41
3; 3.1	3.1.1.6	Neckarstadt-West-(Side-)Story	9.800,00	4.900,00
3; 3.1	3.1.1.7	Nachtwandel im Jungbusch		
3; 3.1	3.1.1.8	Quartiermanagement im Jungbusch		
3; 3.1	3.1.1.9	Begrünungsförderung	20.904,00	10.452,00
3; 3.1	3.1.1.10	Kunstladen Neckarstadt		
3; 3.1	3.1.1.11	Platzprojekt Alter Meßplatz	19.250,00	9.625,00
3; 3.1	3.1.1.12	Kulturprojekte Jungbusch 2005		
3; 3.1	3.1.1.13	Bernhard-Kahn-Bücherei	25.819,69	12.909,84
3; 3.1	3.1.1.14	Sprachförderung an Grundschulen	42.280,00	21.140,00
3; 3.1	3.1.1.15	Spiel(t-)räume – Westliche Unterstadt	28.434,10	14.217,05

noch Übersicht 39: Aufstellung der Projekte

3; 3.1	3.1.1.16	Elternschule	9.733,63	4.866,81
3; 3.1	3.1.1.17	Kultur macht Schule		
3; 3.1	3.1.1.18	Lichtmeile 2005		
3; 3.1	3.1.1.19	Lichtmeile 2006		
3; 3.1	3.1..1.20	Umweltprojekte	14.088,85	7.044,00
3; 3.1	3.1.1.21	Baumpflanzaktion	3.497,05	1.748,52
3; 3.1	3.2	Internet Café für Senioren	20.248,01	8.139,70
3; 3.1	3.3	Sanierung Bgm.-Reichert-Haus	1.044.661,50	419.953,92
3; 3.1	3.4	Stadtteilmanagement	149.094,76	59.936,09
3; 3.1	3.5	Internetcafé im Internationalen Frauentreff	91.000,00	36.582,00
3; 3.1	3.6	Mama Projekt	111.917,00	44.990,63
3; 3.1	3.9	Passage am Corso-Kino	9.961,72	4.004,61
3; 3.2	3.2.1 und 3.7	Schulsanierung- und Umstrukturierung	4.232.632,25	2.053.694,12
3; 3.3	3.8	Kriminalitätsverhütung	50.000,00	20.100,00
4; 4.1	4.1	Organisation und Begleitung	347.830,68	159.427,49
4; 4.1	4.1.1	Internes Projektmanagement	142.840,00	71.420,00
4; 4.2	4.2	Information und Publizität	173.775,38	77.056,59

Alle Vorhaben wurden durchgeführt und abgeschlossen. Kein Vorhaben wurde ausgesetzt oder bedarf im nächsten Programmplanungszeitraum einer Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln. Hinsichtlich der Projekte die ohne Betrag ausgewiesen wurden, wird auf die Erläuterungen im Kapitel 3.2.3.14 verwiesen

5.4 Stand der Ausführung des Finanzierungsplans

Die folgende Tabelle stellt den Finanzierungsplan gemäß Entscheidung der Kommission vom 18.10.2001 K(2001) 2773, geändert durch die Entscheidung vom 28.09.2004 K(2004) 3670, geändert durch die Entscheidung vom 15.05.2007 K(2007) 2187 zuletzt geändert durch die Entscheidung vom 16.12.2008 K(2008) 8304 dar.

Übersicht 40: Stand der Ausführung des Finanzierungsplans

Schwerpunkt / Maßnahme	Plan in €	IST Ausgaben in €	IST öffentliche Ausgaben in €	IST EFRE in €	IST EFRE in %
Schwerpunkt 1	6.425.986	6.203.451,93	3.464.158,33	2.739.293,60	
Maßnahme 1.1	620.000	610.350,55	364.989,63	245.360,92	40,51
Maßnahme 1.2	2.558.426	2.459.668,84	1.375.867,89	1.083.800,95	44,48
Maßnahme 1.3	741.150	635.101,76	331.469,91	303.631,85	47,98
Maßnahme 1.4	2.506.410	2.498.330,78	1.391.830,90	1.106.499,88	43,91
Schwerpunkt 2	8.227.366	8.162.635,81	4.296.099,79	3.866.536,02	
Maßnahme 2.1	6.277.366	6.212.635,81	3.129.999,79	3.082.636,02	49,61
Maßnahme 2.2	1.950.000	1.950.000,00	1.166.100,00	783.900,00	40,19
Schwerpunkt 3	6.388.964	5.921.394,51	3.170.014,25	2.751.380,26	
Maßnahme 3.1	1.930.314	1.638.762,26	961.176,12	677.586,14	42,61
Maßnahme 3.2	4.408.650	4.232.632,25	2.178.938,13	2.053.694,12	48,58
Maßnahme 3.3	50.000	50.000,00	29.900,00	20.100,00	39,96
Technische Hilfe	774.748	664.446,06	356.541,98	307.904,08	
Maßnahme 4.1	520.000	490.670,68	259.823,19	230.847,49	46,98
Maßnahme 4.2	254.748	173.775,38	96.718,79	77.056,59	45,68
Insgesamt	21.817.064	20.951.928,31	11.286.814,35	9.665.113,96	

In der Spalte IST-EFRE sind die Mittel des abschließenden Auszahlungsantrags bereits berücksichtigt.

5.5 Abschluss der Vorhaben

Alle Vorhaben wurden durchgeführt und abgeschlossen. Kein Vorhaben wurde ausgesetzt oder bedarf im nächsten Programmplanungszeitraum einer Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln. Hinsichtlich der Projekte die ohne Betrag ausgewiesen wurden, wird auf die Erläuterungen im Kapitel 3.2.3.14 verwiesen

Projekte, die aufgrund eines noch anhängigen Verwaltungsverfahrens als noch nicht abgeschlossen gelten würden, gibt es keine.

5.6 Gesamtausgaben nach Interventionsbereichen

Die Operationen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II Mannheim / Ludwigshafen am Rhein wurden gemäß Verordnung (EG) Nr. 438/2001 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) 1260/1999 Interventionsbereiche zugeordnet. Die folgende Tabelle stellt die Angaben zum geplanten Einsatz den tatsächlichen IST-Werten gegenüber (Entscheidung der Kommission vom 18.10.2001 K(2001) 2773, geändert durch die Entscheidung vom 28.09.2004 K(2004) 3670, geändert durch die Entscheidung vom

15.05.2007 K(2007) 2187 zuletzt geändert durch die Entscheidung vom 16.12.2008 K(2008) 8304)

Nähere Erläuterungen und qualitative Ergebnisse zu den nachstehenden Maßnahmen finden sich in Kapitel 3.2.

Übersicht 41: Gesamtausgaben nach Investitionsbereichen

Interven- tionscode	Bezeichnung	Maßn. 1.1		Maßn. 1.2		Maßn. 1.3		Maßn. 1.4	
		Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
161	Sachinvestitionen (Einrichtungen und Ausstattungen, Beteiligung an staatlichen Beihilfen)			100 %	100 %				
163	Unternehmensberatung (Information, Unternehmensplanung, Beratungsdienste, Marketing, Management, Design, Internationalisierung, Export, Umweltmanagement, , Technologierwerb)					40 %	40 %		
22	Soziale Integration							50 %	40 %
23	Ausbau der allgemeinen und der elementaren beruflichen Bildung (Einzelpersonen, Unternehmen)								
24	Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte, Unternehmensgeist und Innovationsfähigkeit, Informations- und Kommunikationstechnologien (Einzelpersonen, Unternehmen)							50 %	60 %
323	Dienste und Anwendungen für den Bürger (Gesundheit, Verwaltung, Bildung ...)					10 %	10 %		
324	Dienste und Anwendungen für KMU (elektronischer Geschäftsverkehr, Vernetzung, Aus-/Weiterbildung)					50 %	50 %		
333	Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiekontrolle)								
352	Sanierung städtischer Bereiche	80 %	80 %						
411	Planung, Umsetzung, Follow-up								
413	Untersuchungen	20 %	20 %						

noch Übersicht 41: Gesamtausgaben nach Investitionsbereichen

414	Innovative Maßnahmen								
415	Information für Bürger								
	Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Interven- tionscode	Bezeichnung	Maßn. 2.1		Maßn. 2.2	
		Soll	Ist	Soll	Ist
161	Sachinvestitionen (Einrichtungen und Ausstattungen, Beteiligung an staatlichen Beihilfen)				
163	Unternehmensberatung (Information, Unternehmensplanung, Beratungsdienste, Marketing, Management, Design, Internationalisierung, Export, Umweltmanagement, , Technologierwerb)				
22	Dienste und Anwendungen für KMU (elektronischer Geschäftsverkehr, Vernetzung, Aus-/Weiterbildung)				
23	Ausbau der allgemeinen und der elementaren beruflichen Bildung (Einzelpersonen, Unternehmen)				
24	Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte, Unternehmensgeist und Innovationsfähigkeit, Informations- und Kommunikationstechnologien (Einzelpersonen, Unternehmen)				
323	Dienste und Anwendungen für den Bürger (Gesundheit, Verwaltung, Bildung ...)				
324	Dienste und Anwendungen für KMU (elektronischer Geschäftsverkehr, Vernetzung, Aus-/Weiterbildung)				
333	Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiekontrolle)			50 %	20 %
352	Sanierung städtischer Bereiche	100 %	100 %	50 %	80 %
411	Planung, Umsetzung, Follow-up				
413	Untersuchungen				
414	Innovative Maßnahmen				
415	Information für Bürger				
	Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %

noch Übersicht 41: Gesamtausgaben nach Investitionsbereichen

Interven- tionscode	Bezeichnung	Maßn. 3.1		Maßn. 3.2		Maßn. 3.3	
		Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
161	Sachinvestitionen (Einrichtungen und Ausstattungen, Beteiligung an staatlichen Beihilfen)						
163	Unternehmensberatung (Information, Unternehmensplanung, Beratungsdienste, Marketing, Management, Design, Internationalisierung, Export, Umweltmanagement, , Technologierwerb)						
22	Dienste und Anwendungen für KMU (elektronischer Geschäftsverkehr, Vernetzung, Aus-/Weiterbildung)						
23	Ausbau der allgemeinen und der elementaren beruflichen Bildung (Einzelpersonen, Unternehmen)			10 %	10 %		
24	Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte, Unternehmensgeist und Innovationsfähigkeit, Informations- und Kommunikationstechnologien (Einzelpersonen, Unternehmen)						
323	Dienste und Anwendungen für den Bürger (Gesundheit, Verwaltung, Bildung ...)	40 %	50 %			80 %	70 %
324	Dienste und Anwendungen für KMU (elektronischer Geschäftsverkehr, Vernetzung, Aus-/Weiterbildung)						
333	Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiekontrolle)						
352	Sanierung städtischer Bereiche	40 %	45 %	90 %	90 %		
411	Planung, Umsetzung, Follow-up						
413	Untersuchungen	10 %	5 %				
414	Innovative Maßnahmen						
415	Information für Bürger					20 %	30 %
	Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Interven- tionscode	Bezeichnung	Maßn. 4.1		Maßn. 4.2			
		Soll	Ist	Soll	Ist		
161	Sachinvestitionen (Einrichtungen und Ausstattungen, Beteiligung an staatlichen Beihilfen)						

noch Übersicht 41: Gesamtausgaben nach Investitionsbereichen

163	Unternehmensberatung (Information, Unternehmensplanung, Beratungsdienste, Marketing, Management, Design, Internationalisierung, Export, Umweltmanagement, , Technologierwerb)				
22	Soziale Integration				
23	Ausbau der allgemeinen und der elementaren beruflichen Bildung (Einzelpersonen, Unternehmen)				
24	Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte, Unternehmensgeist und Innovationsfähigkeit, Informations- und Kommunikationstechnologien (Einzelpersonen, Unternehmen)				
323	Dienste und Anwendungen für den Bürger (Gesundheit, Verwaltung, Bildung ...)				
324	Dienste und Anwendungen für KMU (elektronischer Geschäftsverkehr, Vernetzung, Aus-/Weiterbildung)				
333	Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiekontrolle)				
352	Sanierung städtischer Bereiche				
411	Planung, Umsetzung, Follow-up	90 %	95 %	70 %	80 %
413	Untersuchungen				
414	Innovative Maßnahmen	10 %	5 %	30 %	20 %
415	Information für Bürger				
	Gesamt	100%	100%	100%	100%

5.7 Zur Auszahlung beantragte Mittel

Innerhalb der Programmlaufzeit wurden 21 Zahlungsanträge gestellt. Damit sind bisher 95 % der im Programm zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel bei der Zahlstelle eingegangen. Mit dem Abschlussbericht wird der abschließende Auszahlungsantrag in Höhe von 400.738,62 € gestellt. Der Vorschuss in Höhe von 693.910,00 € ist im Jahr 2002 auf dem Konto der Zahlstelle eingegangen.

Die folgende Tabelle zeigt die zur Auszahlung bei der Kommission beantragten Mittel und die ausbezahlte EFRE-Beteiligung. (Entscheidung der Kommission vom 18.10.2001 K(2001) 2773, geändert durch die Entscheidung vom 28.09.2004 K(2004) 3670, geändert durch die Entscheidung vom 15.05.2007 K(2007) 2187 zuletzt geändert durch die Entscheidung vom 16.12.2008 K(2008) 8304)

Übersicht 42: zur Auszahlung beantragte Mittel

Zahlungsantrag	Datum des Zahlungsantrags	Beantragter Betrag in €	Auf dem Konto der Landestreuhandbank eingegangen in €
Vorauszahlung			693.910,00
1. Zahlungsantrag	31.01.2003	7.528,64	7.528,64
2. Zahlungsantrag	30.04.2003	330.815,52	316.968,45
3. Zahlungsantrag	25.07.2003	304.649,79	293.474,19
4. Zahlungsantrag	31.10.2003	155.061,12	155.061,12
5. Zahlungsantrag	01.12.2003	326.781,49	311.064,51
6. Zahlungsantrag	25.10.2004	740.761,32	740.761,32
7. Zahlungsantrag	29.11.2004	1.289.530,40	1.280.831,11
8. Zahlungsantrag	15.07.2005	460.170,21	467.863,46
9. Zahlungsantrag	31.10.2005	502.600,69	487.969,87
10. Zahlungsantrag	08.03.2006	275.413,05	291.828,01
11. Zahlungsantrag	11.10.2006	2.130.410,77	2.118.238,53
12. Zahlungsantrag	24.11.2006	513.634,80	528.245,70
13. Zahlungsantrag	30.07.2007	100.096,73	105.167,38
14. Zahlungsantrag	20.08.2007	97.950,98	97.950,98
15. Zahlungsantrag	20.09.2007	219.125,28	217.724,97
16. Zahlungsantrag	05.12.2007	317.259,69	339.425,14
17. Zahlungsantrag	10.12.2007	533.377,66	524.182,33
18. Zahlungsantrag	28.02.2008	255.513,75	254.676,58
19. Zahlungsantrag	15.10.2008	228.411,69	237.743,89
20. Zahlungsantrag	17.11.2008	309.088,50	112.818,52
21. Zahlungsantrag	15.12.2008	166.195,54	0
Abschließender Zahlungsantrag		400.738,62	

Unter Berücksichtigung des von der Kommission gezahlten Vorschusses können somit noch 81.679,26 € EFRE-Mittel zur Auszahlung kommen.

5.7.1 Rückzahlung von Mitteln wegen Überzahlung:

Im Rahmen von Kontrollen nach Art. 10 der VO (EG) 438/2001 wurden bei der Aktion 1.2 und bei der Aktion 1.3.1 Überzahlungen festgestellt. Im Einzelnen wurde bei der Aktion 1.2 eine Überzahlung in Höhe von 406,26 € EFRE-Anteil und bei der Aktion 1.3.1 eine Überzahlung in Höhe von 2.521,06 € EFRE-Anteil festgestellt. Die Mittel wurden von den Städten zuzüglich entsprechender Zinsen an die Zahlstelle zurückerstattet. Die obigen Darstellungen berücksichtigen die Überzahlungen einschließlich der Zinsen bereits.

5.8 Behandlung von Zinsen

5.8.1 Darstellung der Zinseinnahmen

Die Einnahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II Mannheim / Ludwigshafen am Rhein werden auf einem eigens eingerichteten Konto bei der Zahlstelle verbucht. Die Ausgaben werden von den beiden Städten Mannheim und Ludwigshafen am Rhein direkt auf Haushaltsstellen verbucht.

Auf den Vorschuss der Kommission in Höhe von 693.910,00 sind während der Programmlaufzeit Zinsen angefallen. Die Höhe dieser Zinsen beläuft sich bis zum Stichtag 31.12.2009 auf insgesamt 96.395,83 €. Diese wurden hauptsächlich für öffentlichkeitswirksame Projekte verwendet:

5.8.2 Darstellung der Projekte die aus den Zinseinnahmen finanziert wurden

Gemäß den Anregungen des Halbzeitevaluators in der Halbzeitevaluierung bzw. der Aktualisierung der Halbzeitevaluierung wurden Veranstaltungen zur Bekanntmachung des mit URBAN II-Geldern neu gestalteten Rheinuferparks durchgeführt und insbesondere verstärkt darauf hingewiesen welche Förderung durch die EU in der Förderperiode zugunsten von Mannheim erfolgt. Im Einzelnen wurden folgende Projekte durchgeführt:

Sozio-kulturelles Theaterprojekt im Zollhof

Kosten: 3.000,00 €

In diesem Projekt wurden 2006 zusammen mit Menschen aus dem Hochhausgebäude "Z4" ein Stück Stadtgeschichte - nämlich die persönlichen und kollektiven Geschichten der MieterInnen - erarbeitet und szenisch dargestellt.

Deutsche Jetbootmeisterschaften zusammen mit einem Europäischen Musikfestival

Kosten (Musikfestival): 9.033,09 €

Am 27. und 28. Mai 2006 fand der 1. TWL- Lauf der deutschen Jetbootmeisterschaften statt.

Hierbei handelt es sich um eine Veranstaltung im Luitpoldhafen, zu der - auch aufgrund der erheblichen Werbemaßnahmen - (Radiowerbung, Fernsehvorberichterstattung bei RNF, ausgedehnte Plakatierung im Stadtgebiet, Artikel Neue LU, Artikel GAG- Zeitung etc.) zwischen 2.500 bis 3.000 Besucher erschienen sind.

Das Europäische Musikfestival begann samstags nach Abschluss der Rennen um 18.00 Uhr.

Neben einer Band, ergänzt durch eine Sängerin der Popakademie traten Volkstanzgruppen aus dem europäischen Ausland und dem Urban II Gebiet auf.

Sinn und Zweck der Verknüpfung mit einer sportlichen Veranstaltung war es, ein möglichst großes Publikum für die Einzelbeiträge sowohl der Gruppen aus dem Fördergebiet, wie auch der europäischen Gruppen vor Ort zu begeistern.

KinderspektakuLUm

Kosten: 11.588,71 €

2008 wurde im Rahmen des Stadtfests das Kinderspektakulum durchgeführt. Der Veranstaltungsteil „KinderspektakuLUm“ ist eingebettet in das dreitägige Stadtfest, das jährlich mehrere zehntausend Besucher in die Innenstadt führt. Erhebliche Werbemaßnahmen (Radiowerbung, Fernsehvorberichterstattung bei RNF, ausgedehnte Plakatierung im Stadtgebiet, Artikel Neue LU, Flyer) sorgen für eine wirksame Bekanntmachung des Ereignisses.

Das Programm im Rheinuferpark wie auch auf dem Berliner Platz sollte Familien mit Kindern und Jugendliche ansprechen. Die Angebotspalette umfasste die Themen Zirkus, Sport und Tanz.

Im Rheinuferpark wurde ein großes Zirkuszelt aufgestellt, in dem Kinder unter Anleitung in die Welt des Zirkus eingeführt wurden. Kamele sowie Spezialworkshops Jonglieren, Trommeln, Ropeskipping und Hip-Hop ergänzten das Angebot.

Jugendliche konnten sich durch einen mit KMU-Mitteln geförderten Frisör „stylen lassen“, der Fernsehstar Detlef D! Soost hielt auf der Bühne einen Hip-Hop-Workshop ab, Tanz, Sport- und Zirkusdarbietungen sorgten für Abwechslung beim Bühnenprogramm.

Informationsstand beim Neujahrsempfang

Kosten: 16.731,71 €

In der Halbzeitbewertung und in der Aktualisierung der Halbzeitbewertung hat der Evaluator darauf hingewiesen, dass die Förderung der EU und auch die Gemeinschaftsinitiative URBAN II bei der Bevölkerung nicht so, wie es wünschenswert sei, bekannt ist. Um diesem Eindruck entgegenzuwirken wurde ein Film in Auftrag gegeben. Zielgruppe war die interessierte Öffentlichkeit. Daher war als Spielzeit eine Dauer von rund 10 Minuten für den Film festgelegt. Als weiterer Schritt der Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit wurde festgelegt, die Gemeinschaftsinitiative URBAN II beim Neujahrsempfang der Stadt Mannheim im Januar 2006 vorzustellen.

Der Film verdeutlicht inhaltlich sehr anschaulich die Verknüpfung der drei Programmschwerpunkte, um das Programmgebiet insgesamt zu stärken. Zusätzlich zur Unterstützung durch die Europäische Union geht der Film auch auf die begleitenden Maßnahmen im URBAN II-Gebiet über andere Förderprogramme, hier insbesondere die nationale Städtebauförderung ein. Auch die flankierenden städtischen Maßnahmen im Programmgebiet aber auch in dessen direktem Umfeld werden dargestellt. Der Film zeigt deutlich die Interaktionen der baulichen Maßnahmen mit den sozio-kulturellen Maßnahmen in URBAN II und auch deren Verknüpfung mit den Maßnahmen zum 400 jährigen Stadtjubiläum im Jahr 2007.

Der Film wurde erstmals beim Neujahrsempfang am 06.01.2006 der Öffentlichkeit vorgestellt. Er lief direkt vor der Rede des Oberbürgermeisters, so dass er von einer großen Zahl von Menschen gesehen worden ist. Der Film lief dann am URBAN II-Info-Stand und wird seither für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt.

Um die Bauprojekte auch im fertigen Zustand zeigen zu können, wurde der Film im Jahr 2006 aktualisiert und für den Neujahrsempfang 2007 pünktlich zum Stadtjubiläum fertig gestellt. Diese Fassung wurde über die technische Hilfe von URBAN II finanziert.

Beim Neujahrsempfang der Stadt Mannheim im Jahr 2006 wurde zur Darstellung der Gemeinschaftsinitiative URBAN II ein Info-Stand vorgehalten. An diesem Stand gab es allgemeine Informationen zu URBAN II. Durch die unmittelbare Nähe zum Stand des Stadtjubiläums konnten sich auch hierüber die Menschen informieren. Die Besucher des Neujahr-

empfangs wurden mit einem kleinen Preisrätsel dazu animiert, sich intensiver mit der Gemeinschaftsinitiative URBAN II zu beschäftigen. Die Zahl der Teilnehmer an dem Preisrätsel (358 ausgefüllte Gewinnkarten) zeigt das Interesse.

Ersatz des nationalen Eigenanteils

Kosten: 28.876,43 €

Der Teil der Zinsen, die nicht für die o.g speziellen Vorhaben verwendet worden ist, trat entsprechend der Leitlinien zum Abschluss der Strukturfondsinterventionen (KOM(2006) 3424) anstelle der nationalen Eigenmittel. Bei der Maßnahme 4.1 wurden 26.876,49 € und bei der Maßnahme 4.2 wurden Mittel in Höhe von 29.165,89 € anstelle der nationalen Kofinanzierung eingesetzt.

5.8.3 Übersicht über die Verwendung der Zinsen:

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick, wie die erwirtschafteten Zinsen verwendet worden sind.

Übersicht 43: Übersicht über die Verwendung der Zinsen

Verwendung	Betrag in €
Soziokulturelles Theaterprojekt im Zollhof	3.000,00
Deutsche Jetbootmeisterschaft	9.033,09
KinderspektakuLUM	11.588,71
Stand beim Neujahrsempfang	16.731,71
Ersatz Eigenanteil bei Maßnahme 4.1	26.876,43
Ersatz Eigenanteil bei Maßnahme 4.2	29.165,89
Gesamtbetrag	96.395,83

5.9 Einnahmeschaffende Investitionen

Es wurden keine Einnahmeschaffenden Investitionen durchgeführt. Bei allen Projekten bei denen geringfügige Einnahmen angefallen sind (z.B. Kursgebühren oder Mieteinnahmen) überstiegen die Betriebskosten der Projekte die Einnahmen deutlich. Daher handelt es sich nicht um Einnahmeschaffende Einrichtungen im Sinne der VO (EU) 1299/1999 sondern die Einnahmen wurden nach Regel 2 VO (EU) 1685/2000 von den Ausgaben abgezogen und mit den jeweiligen Mittelabrufen verrechnet.

6 Aus dem EAGFL finanzierte Maßnahmen

Im Rahmen des Programms URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein wurden keine Vorhaben aus dem EAGFL kofinanziert.

7 Aus dem FIAF finanzierte Maßnahmen

Im Rahmen des Programms URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein wurden keine Vorhaben aus dem FIAF kofinanziert.

8 Von der Verwaltungsbehörde und dem Begleitausschuss getroffene Vorkehrungen zur Sicherung der Qualität und der Effizienz der Durchführung

8.1 Begleit- und Bewertungsmaßnahmen

8.1.1 Datenerhebung

Die zuständigen Verwaltungsbehörden haben gemäß der in der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 (2355/2002) genannten Vorgaben die während des Programmablaufs seit 2001 etablierten eingesetzten Instrumente und aufgebauten Strukturen gefestigt, um die Begleitung und Bewertung des Programms auf der Grundlage materieller und finanzieller Indikatoren gewährleisten zu können. Hierbei sind insbesondere zu nennen:

- Berücksichtigung der Ergebnisse der Halbzeitevaluierung und deren Fortschreibung,
- interne Kontrolle und Erhebung der Daten für den Mittelfluss durch die zuständigen Bewilligungsstellen und
- interne Kontrolle und Erhebung der Daten zum materiellen Ablauf durch die zuständigen Bewilligungsstellen.

Von der Einführung einer Software zur Datenerhebung und dem Datenaustausch, wie sie mit dem Verfahren efReporter vorgesehen war, wurde abgesehen. Die Datenerfassung in Mannheim / Ludwigshafen am Rhein basiert daher auf den vorhandenen Systemen.

Die Projektdaten werden bei den Städten Mannheim / Ludwigshafen am Rhein und den Ländern gespeichert.

8.1.2 Aktualisierung der Halbzeitbewertung

Die Aktualisierung der Halbzeitbewertung wurde ab Februar 2005 durch die Fa. Isoplan Consult – Sozioökonomische Forschung und Beratung Zwick und Schmidt-Fink GbR er-

stellt. Die Ergebnisse der Aktualisierung wurden am 17.11.2005 vom Begleitausschuss positiv zur Kenntnis genommen.

Die Empfehlungen aus der Aktualisierung der Halbzeitbewertung wurden in der Programmförderung berücksichtigt. Die Ergebnisse der Halbzeitbewertung und deren Umsetzung während der Programmlaufzeit sind im Kapitel 9 ausführlich dargestellt.

8.1.3 Begleitausschuss

Der gemeinsame Begleitausschuss URBAN II Mannheim/Ludwigshafen am Rhein der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz tagte während der gesamten Programmlaufzeit zweimal jährlich. Bei den Sitzungen des Begleitausschusses wurden insbesondere folgende Themen der Umsetzung des OP URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein behandelt:

- Sachstandsberichte zur Umsetzung der Maßnahmen und Aktionen des OP,
- finanzielle Abwicklung, Stand der Mittelbindung, des Mittelabrufs und der Auszahlungen durch die Zahlstelle,
- Vorstellung und Billigung von Mittelverschiebungen,
- Durchführungsberichte,
- europäischer Erfahrungsaustausch im Rahmen des deutsch-österreichischen URBAN II – Netzwerkes,
- Ausblick auf die Förderperiode 2007-2013.

8.1.4 Sonstige Ausschüsse und Arbeitsgruppen

Die für das interne Programmmanagement der Städte Mannheim / Ludwigshafen am Rhein eingerichteten Arbeitsgruppen tagten regelmäßig.

Themen der Sitzungen der Arbeitsgruppen waren unter anderem:

- Indikatoren,
- Publizität und Öffentlichkeitsarbeit,
- Antrags- und Bewilligungsverfahren,
- Beschlüsse der Stadt- bzw. Gemeinderatssitzungen der Städte Mannheim / Ludwigshafen am Rhein,
- Finanzaufteilung und Mittelbindung.

Die Interministerielle Koordinierungsgruppe (IKG) führte jährlich 6 Sitzungen durch, sie tagte im 2-Monats-Rhythmus. In den Sitzungen wurden die Anträge der Städte auf Durch-

führung einzelner Aktionen ebenso wie die Mittelverschiebungen zwischen einzelnen Aktionen, Maßnahmen oder Schwerpunkten vorgestellt, diskutiert und genehmigt sowie Themen zur allgemeinen Durchführung des OP, zur Finanzabwicklung und zur Verwaltung der Durchführung des Programms besprochen.

8.2 Maßnahmen der Finanzkontrolle

Nachdem ab dem Jahr 2004 die Checklisten zu den Bereichen:

- grundsätzliche Förderfähigkeit von Aktionen,
- Prüfungen durch die Rechnungsprüfungsämter,
- Mittelabruf und
- Kontrollen gem. Art. 4 der VO (EG) Nr. 438/2001

eingeführt bzw. an die Gegebenheiten angepasst wurden, folgten 2005 bis 2008 entsprechende Finanzkontrollen.

Kontrollen gem. Art. 4 der VO (EG) Nr. 438/2001 wurden für folgende Aktionen durchgeführt:

- Prüfung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe:
 - Aktion 3.5 Internetcafé im Internationalen Frauentreff am 17.09.2008
 - Aktion 4.1 Organisation und Begleitung am 17.01.2008
 - Aktion 1.6 Strukturhilfe Grün am 18.07.2007
 - Aktion 1.4 Virtuelles Rathaus am 16.03.2006
 - Aktion 1.8 Gastronomieförderung am 25.07.2006
 - Aktion 1.7 Beschäftigung für Frauen am 10.3.2005
 - Aktion 2.2 Rheinuferpark am 06.09.2005
 - Aktion 3.2 Internetcafé für Senioren am 05.08.2004
- Prüfung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Neustadt:
 - Aktion 3.1.1.13 Umbau der Bernhard-Kahn-Bücherei am 13.03.2008
 - Aktion 3.1.1.9 Begrünungsförderung am 17.07.2008
 - Aktion 3.2.1 Umbau und Sanierung der Johannes-Kepler-Schule am 18.01., 15.03. und 27.03.2007
 - Aktion 1.2.2 Erstellung eines Kommunikationskonzepts zum Umbau der Breiten Straße am 13.09.2007

- Aktion 3.1.1.2 www.buschgirls.de am 22.02.2006
 - Aktion 4.2 Information und Publizität am 28.09.2006
 - Aktion 1.4.1 Initiative zur Qualifizierung ausländischer Jugendlicher für den Arbeitsmarkt (INQUAJA) am 22.02.2006
 - Aktion 1.2.1 KMU-Förderung am 29.09.2005
 - Aktion 1.3.1 Mittelstandservice am 14.12.2005
 - Aktion 1.4.2 Qualifizierung und Beschäftigungsförderung - Spielplatzsanierung am 02.12.2004
- Prüfung durch den Leiter der Zahlstelle Rheinland Pfalz:
 - Aktion 3.6 Mama-Projekt am 15.07.2008

Kontrollen gem. Art. 10 der VO (EG) Nr. 438/2001 wurden für folgende Aktionen durchgeführt:

- Prüfung durch die EU-Prüfbehörde Rheinland-Pfalz:
 - Aktion 4.2 Information und Publizität am 25.11.2008 / Bericht vom 12.12.2008
 - Aktion 2.2 Rheinuferpark am 13.6.2007 / Bericht vom 31.10.2007
 - Aktion 1.2 einzelbetriebliche Förderung am 29.11.2006 / Bericht vom 28.09.2007
 - Aktion 3.7 Sanierung Carl-Bosch-Gymnasium am 04.04.2005 / Bericht vom 24.05.2005
 - Aktion 3.3 Sanierung Bürgermeister-Ludwig-Reichert-Haus am 03.11.2005 / Bericht vom 11.08.2006
- Prüfung durch die EU-Finanzkontrolle - EFK Baden-Württemberg (angegeben ist jeweils das Datum der Übersendung des Berichts):

Prüfbericht vom 22.03.2006 für:

 - Aktion 1.2.1 „Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen
 - Aktion 1.4.1 Initiative zur Qualifizierung ausländischer Jugendlicher für den Arbeitsmarkt (INQUAJA)
 - Aktion 2.1.1 Mannheim 2007 – Teilbereich Promenade am Verbindungskanal

Prüfbericht vom 14.03.2007 für

 - Aktion 1.4.2 Qualifizierung / Beschäftigungsförderung
 - Aktion 4.1 Organisation, Durchführung und Begleitung

- Aktion 4.2 Information und Publizität

Prüfbericht vom 30.09.2008 für

- Aktion 1.2.1 Einzelbetriebliche Zuschüsse an Kleine und Mittlere Unternehmen
- Aktion 1.3.1 Mittelstandsservice
- Aktion 2.1.1 Mannheim 2007 - Teilbereich Umgestaltung der Hafestraße

Prüfbericht vom 16.06.2009 für

- Aktion 3.1.1.20 Umweltprojekte
- Aktion 3.2.1 Johannes-Kepler-Schule

Zu den jeweiligen Kontrollen liegen die Berichte entsprechend vor.

Prüfung durch die Unabhängigen Stellen:

Die Unabhängige und Bescheinigende Stelle für EU-Maßnahmen im Finanzministerium Baden-Württemberg (UBS), die zum 01.01.2010 in EU-Finanzkontrolle (EFK) umbenannt wurde, führt für das gemeinsame URBAN II – Programm der Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein die Stichprobenkontrollen nach Art 10 der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 für die Projekte der Stadt Mannheim durch. Außerdem ist sie beauftragt, den gemäß Artikel 38 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 vorgesehenen Vermerk für die Projekte der Stadt Mannheim zu erstellen.

Für die Stadt Ludwigshafen werden die Kontrollen gem. Art 10 der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 von der EU-Prüfbehörde im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz durchgeführt.

Gegenstand der Prüfungstätigkeit war die Prüfung von Förderfällen auf der Basis einer repräsentativen Stichprobenauswahl und in diesem Zusammenhang auch die Beurteilung des Verwaltungs- und Kontrollsystems. Es sollte damit eine hinreichende Beurteilung darüber erfolgen, ob die bisherigen Ausgabeerklärungen korrekt sind und die Vorgänge bei den beteiligten Stellen rechtmäßig und ordnungsgemäß im Sinne nationaler und der Gemeinschaftsregeln bearbeitet werden. Die Förderfälle wurden durch die UBS und EU-Prüfbehörde auch einer Vor-Ort-Kontrolle unterzogen.

Die Dokumentation der Kontrollen erfolgte jeweils anhand der vorgesehenen Checklisten.

In diesem Zusammenhang wird auf den in Art. 13 der VO (EG) Nr. 438/2001 vorgesehenen Bericht über die Verwaltungs- und Kontrollsysteme verwiesen.

Für alle Auszahlungsanträge und Schlussverwendungsnachweise, die für jede abgerechnete Aktion anhand eines standardisierten Musters zu erstellen waren, fanden Prüfungen durch die Rechnungsprüfungsämter der Städte, der zwischengeschalteten Stellen und teilweise der Unabhängigen Stellen statt. Die Prüfungen sind anhand einheitlicher Checklisten dokumentiert.

8.3 Zusammenfassung der wichtigsten aufgetretenen Probleme

Es sind keine wichtigen Probleme bei der Umsetzung von einzelnen Maßnahmen aufgetreten.

8.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe

Die Mittel der Technischen Hilfe wurden in Schwerpunkt 4 mit den Maßnahmen

- Organisation und Begleitung
- Information und Publizität

verausgibt.

Die Maßnahmen innerhalb dieses Schwerpunktes dienen der Bildung eines informativen Verbunds für das Programmgebiet, zielen auf die Integration der verschiedenen Akteure und Betroffenen in die Programmgestaltung sowie auf die Integration von Bevölkerungsteilen in die Bewohnerschaft ab und sind in Bezug auf die notwendige Identitätsfindung für das Programm URBAN II in Mannheim und Ludwigshafen am Rhein unverzichtbar.

Mit Hilfe einer internen Organisationsstruktur und eines zielgerichteten Programmmanagements wurde die Durchführung des Operationellen Programms sichergestellt.

Im Rahmen der Maßnahme sind hinsichtlich der Organisation, Durchführung und Begleitung sowie der zugehörigen Information und Publizität die mittlerweile bestehenden Organisationsstrukturen gefestigt und die entsprechenden Aktivitäten umgesetzt worden, insbesondere betreffend:

- die interne Programmkoordination bei den Städten
- die Sitzungen des gemeinsamen Begleitausschusses
- die Sitzungen der Interministeriellen Koordinierungsgruppe
- Im Rahmen der Technischen Hilfe sind seitens der Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein vielfältige Aktionen durchgeführt worden, hierzu zählen insbesondere
- die Vorbereitung von Aktionen und Projekten sowie die zugehörigen Abschlussarbeiten zu den Aktionen,
- die Organisation, Durchführung und Begleitung des Programms sowie
- die Halbzeitbewertung und deren Aktualisierung
- die Information und Publizität,
- der Erfahrungsaustausch untereinander,

- der Erfahrungsaustausch mit anderen Städten und die Netzwerkarbeit, so zum Beispiel die Durchführung der 39. Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks in Mannheim und Ludwigshafen am 19. und 20. April 2007.

Eine ausführliche Beschreibung der durchgeführten Projekte und deren Ergebnisse findet sich in Kapitel 3.2.4

8.5 Maßnahmen zur Gewährleistung der Publizität der Interventionen

Wie bereits ausgeführt wurden im Rahmen der Durchführung des Programms Maßnahmen zur Publizität und Öffentlichkeitsarbeit entsprechend der Verordnung (EG) 1159/2000 durchgeführt. Dies schließt insbesondere mit ein, dass die Städte Mannheim / Ludwigshafen am Rhein im Rahmen des Zuwendungsbescheides über die Beteiligung der Europäischen Union informiert wurden. In den von den Städten Mannheim / Ludwigshafen am Rhein in Gang gesetzten Erfahrungs- und Informationsaustausch über die URBAN II Förderung wurden auch die in den beiden Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und in den Städten Mannheim / Ludwigshafen am Rhein eingebundenen Wirtschafts- und Sozialpartner einbezogen, so zum Beispiel durch deren Mitgliedschaft in den Lenkungsausschüssen der beiden Städte. Die Öffentlichkeit wurde über die Presse, das Internet, den aktuellen Film zu den städtebaulichen Projekten und bei Veranstaltungen zur URBAN II Programmplanung informiert. Die Information der Fachöffentlichkeit (Akteure, Wirtschafts- und Sozialpartner) erfolgte darüber hinaus mit Hilfe von Informationsveranstaltungen.

9 Zusammenfassung der Ergebnisse der wichtigsten für das Programm durchgeführten Bewertungen

9.1 Halbzeitbewertung und Aktualisierung der Halbzeitbewertung

Die Halbzeitbewertung wurde im Jahr 2003 durch die Firma Isoplan Consult erstellt und am 04.12.2003 vom Begleitausschuss gebilligt.

Die Aktualisierung der Halbzeitbewertung wurde seit Februar 2005 durch die Fa. Isoplan Consult – Sozioökonomische Forschung und Beratung Zwick und Schmidt-Fink GbR erstellt. Die Ergebnisse der Aktualisierung wurden am 17.11.2005 vom Begleitausschuss positiv zur Kenntnis genommen.

Der Evaluator ist dabei zu folgendem zusammenfassenden Feststellungen gekommen:

„ **Schlussfolgerungen und Perspektiven**

In diesem letzten Kapitel wird das Ergebnis der aktualisierten Halbzeitbewertung in einem Resümee zusammengefasst und daraus einige Schlussfolgerungen über die Erfolgsaussichten und die Wirksamkeit des Programms URBAN II Mannheim/Ludwigshafen gezogen. Für die restliche Programmlaufzeit bis 2006 (bzw. 2008) wird in einigen Bereichen ein (allerdings geringer) Korrektur- und Nachsteuerungsbedarf festgestellt, und es werden einige Aktionsfelder benannt, in denen möglicherweise ein verstärkter Mitteleinsatz erfolgen könnte. Abschließend werden im Hinblick auf die neue EU-Förderperiode 2007 - 2013 einige Schwerpunkte benannt, die im Sinne einer möglichst großen Kontinuität fortgesetzt oder verstärkt werden sollten.

Resümee der aktualisierten Halbzeitbewertung

Die Aktualisierung führt zu dem Ergebnis, dass das URBAN II-Programm Mannheim/ Ludwigshafen insgesamt auf einem guten Wege ist.

Durch die eingeleiteten Maßnahmen und zum Teil bereits abgeschlossenen Aktionen wurden bereits deutlich erkennbare Wirkungen erzielt, die zum Erreichen der strategischen Ziele des Programms beitragen. Im Schwerpunkt 1 Wirtschaft und Beschäftigung sind in erster Linie die beachtlichen Arbeitsplatzeffekte zu nennen, die Stärkung der mittelständischen Unternehmen durch Finanzhilfen und Beratung, die dadurch ausgelösten Investitionen, die Existenzgründungen und die Qualifizierung von Arbeitslosen.

Mit diesen Maßnahmen wird gleichzeitig eine Aufwertung der städtischen Umwelt an verschiedenen Stellen bewirkt: Die Revitalisierung ehemals belasteter Flächen, die Anlage von öffentlichem Grün und von Spielplätzen sowie von Parkflächen am Rheinufer, damit insgesamt eine Verbesserung der Wohnqualität in der Stadt. Erwünschte soziale Effekte im

Sinne der Chancengleichheit sind die stärkere Berücksichtigung von Frauen in der Wirtschaft (Existenzgründerinnen) sowie die Integration von ausländischen Kleinunternehmern durch fremdsprachige Beratungsangebote. Der Schwerpunkt 2 Städtebau, Umwelt, Verkehr wird vor allem durch die großen städtebaulichen Umgestaltungen - Alter Messplatz, Hafenstraße und Verbindungskanal in Mannheim, Rheinuferpark in Ludwigshafen - geprägt. Hier sind die Wirkungen noch nicht bzw. allenfalls erst in Umrissen erkennbar, eine Bewertung wäre insoweit verfrüht. Die strategische Relevanz dieser Maßnahmen steht aber außer Frage, und man kann davon ausgehen, dass die Projekte nach Fertigstellung zu einer Aufwertung der betreffenden Stadtteile führen werden.

In den Bereichen Rheinuferpark und Verbindungskanal (Promenade) könnten zusätzliche flankierende Maßnahmen notwendig werden, um das Publikum an die bisher unattraktiven und kaum frequentierten Stellen heranzuführen bzw. um den Zugang dorthin zu ebnen. Erkennbare Wirkungen sind infolge der vielfältigen Handlungsansätze im Schwerpunkt 3 Soziokulturelle Aktivitäten und Integrationsmanagement zu konstatieren. Ohne sie an dieser Stelle im Einzelnen zu wiederholen, kann festgestellt werden, dass die verschiedenen Aktionen - seien sie künstlerischer Art, seien sie im Bereich der Kultur und der Qualifizierung angesiedelt - einen hohen Integrationswert für die Quartiersbevölkerung haben. Auch die neu geschaffenen bzw. hergerichteten Kommunikationsstätten und Treffpunkte tragen zur Belebung und zur Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil bei.

Umsetzung der Empfehlungen aus der Halbzeitbewertung 2003

Im Schlusskapitel des Berichts zur Halbzeitbewertung von 2003 wurden einige Empfehlungen formuliert, die bei der Fortsetzung des URBAN II-Programms beachtet werden sollten. Die Überprüfung dieser Punkte führt durch die Untersuchung zur Aktualisierung zu folgendem Ergebnis:

Im Schwerpunkt 1 Wirtschaft und Beschäftigung sollte nach Möglichkeit stärker auf die Beschäftigungspotenziale von Frauen geachtet werden. Zwar wurden die speziell für die Zielgruppe Frauen konzipierten Projekte und Aktionen positiv bewertet, relativ gering aber waren die bis dahin erkennbaren Qualifizierungs- und Beschäftigungseffekte. Dies hat sich in der Zwischenzeit deutlich gebessert: jeder zweite der 361 bis Ende 2004 im Rahmen von URBAN II geschaffene oder gesicherte Arbeitsplatz wird von einer Frau besetzt, und auch in den Qualifizierungsprojekten des SP3 sind Frauen ausschließlich oder zu einem erheblichen Anteil vertreten (z.B. Projekte UNA, MAMA, Mona Lisa etc.)

Im Schwerpunkt 2 Städtebau, Umwelt, Verkehr lautete die Empfehlung, die Einbindung von Bewohnern und Gewerbetreibenden in die Planungsprozesse zu verstärken. Dies ist auf unterschiedliche Weise geschehen. Zum Teil durch die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von URBAN, zum Teil durch die direkte Ansprache von Gewerbetreibenden (z.B. in der Aktion „Kommunikationskonzept Breite Straße“) oder Begleitaktionen zum Umbau des Alten Messplatzes. Die Projekte des Stadtteilmanagements sind geradezu darauf ausgerichtet,

die Beteiligung der Bürger an den Veränderungsprozessen im Programmgebiet zu stärken. Gleichwohl kann die Empfehlung aufrechterhalten werden, an diesem Ziel nach wie vor festzuhalten.

Der Empfehlung zur Verbesserung der Publikationswirkung des URBAN II-Programms im Internet wurde bislang nur teilweise entsprochen, z.B. durch die Aufnahme der Medien- und IT-Börse im Virtuellen Rathaus der Stadt Ludwigshafen, dennoch kann die Präsentation (und das Auffinden) des URBAN II-Programms im Netz noch erheblich verbessert werden.

Empfehlungen für die restliche Programmlaufzeit

An der Einschätzung der Halbzeitbewertung, dass die Gesamtstrategie des URBAN II-Programms Mannheim Ludwigshafen in sich konsistent und die Schwerpunkte und Maßnahmen relevant im Hinblick auf die gesetzten Ziele sind, hat sich durch die Aktualisierung nichts geändert.

Notwendige Programmanpassungen in Form von Mittelum-schichtungen wurden im Zeitraum 2003/2004 vollzogen; sie sind aufgrund veränderter Rahmenbedingungen nachvollziehbar. Für die restliche Programmlaufzeit bis Ende 2006 (einschließlich der n + 2-Regel bis Ende 2008) zeichnet sich kein größerer Anpassungsbedarf ab.

Falls sich jedoch aufgrund unerwarteter Veränderungen im Bedarf bzw. in der Nachfrage nach bestimmten Förderleistungen Probleme beim „Mittelabfluss“ ergeben sollten, gibt es aus Gutachtersicht einige Maßnahmen bzw. Aktionsbereiche, die durch weitere Mittelum-schichtung stärker gefördert werden könnten:

- Die Fußgängerzone in Ludwigshafen „verträgt“ durchaus stärkere Eingriffe, als sie bisher geplant sind (derzeitiges Budget: 250.000 €);
- Die Projekte Rheinuferpark in Ludwigshafen und Promenade am Verbindungskanal in Mannheim sollten genau daraufhin überprüft werden, ob die Erreichbarkeit für Fußgänger - sowohl in den Wegebeziehungen als auch im Hinblick auf die mentale Akzeptanz - in ausreichendem Maß gegeben ist. Aus Gutachtersicht könnte es hier Defizite geben, die - wenn sie sich bewahrheiten - durch zusätzliche flankierende Maßnahmen aufgehoben werden müssten.
- Die Integration von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern bzw. die Vermeidung der sozialen Exklusion dieser Personengruppen und die Integration von Migrantenfamilien in die städtische Gesellschaft ist eine permanente Aufgabe von eher wachsender Bedeutung. Von daher sollten die Bemühungen, diese Gruppen durch Aktionen zu aktivieren und sich an Qualifizierungsangeboten und kulturellen Aktivitäten zu beteiligen, fortgesetzt und verstärkt werden.

- *Die Unterstützung kultureller und integrationsfördernder Veranstaltungen und Aktionen durch das Stadtteilmanagement, die unmittelbar der Quartiersbevölkerung zu Gute kommen, ist grundsätzlich zu begrüßen und könnte insoweit noch verstärkt werden.*
- *Die Situation des zeitweise nicht besetzten Ludwigshafener URBAN Büros (als ursprünglicher Standort des Stadtteilmanagements) wurde zwischenzeitlich geklärt: nämlich mit der ausschließlichen Nutzung durch die Energieeffizienzagentur, die hier ihre Beratungsstelle hat.“*

Die Empfehlungen aus der Aktualisierung der Halbzeitbewertung wurden in der Programmförderung bei folgenden Projekten berücksichtigt:

- Attraktivierung der Fußgängerzone
- Rheinuferpark
- Promenade am Verbindungskanal
- Maßnahmen zur Integration und kultureller Unterstützung

Die einzelnen Projekte sind in der Darstellung der Schwerpunkte und Maßnahmen detailliert beschrieben.

9.2 Externe Evaluierung des Kommunikationsprojekts Breite Straße

Der Umbau der Breiten Straße wurde im Jahr 2005 begonnen und termingerecht vor Beginn des Weihnachtsgeschäftes 2006 abgeschlossen.

Die Aktion „Kommunikationsprojekt Breite Straße“ wurde extern evaluiert, die Ergebnisse der externen Evaluierung liegen vor. Daraus ergibt sich eine gute Beurteilung der Maßnahme „Kommunikationskonzept“. Durch das Kommunikationskonzept ist es gelungen, dass sich der Kundenstrom während der langen Bauphase kaum vermindert hat. Geschäftsschließungen aufgrund der Umsatzreduzierungen konnten vermieden werden. Positiv war zudem, dass aufgrund der intensiven Werbung bereits während der Bauphase zunächst keine Neubewerbung der Breiten Straße nach Abschluss der Maßnahmen erforderlich war.

So führt der Evaluator zusammenfassend aus:

„Die relativ stabile Standortsituation wird allerdings vom anhaltenden Trading-Down-Prozess, insbesondere im hinteren Teil der Straße, immer wieder in Frage gestellt. Der traditionelle Einzelhandel läuft dabei Gefahr, durch den ambulanten bzw. qualitativ minderwertigen Handel nicht mehr komplementiert, sondern substituiert zu werden.“

Dieser drohende bzw. bereits eingetretene Austausch im Geschäftsbesatz stellt auch nach Ansicht der befragten Einzelhändler eine der drei bedeutsamen Schwächen des Standortes dar. Weitere Mängel sind das soziale Umfeld und ein relativ hoher Verschmutzungsgrad.

Angesichts dieser Probleme wurden die Umbaumaßnahmen von den meisten Unternehmen mit einiger Euphorie begrüßt. Allerdings waren die Erwartungen hinsichtlich eines rasch zunehmenden Kundenaufkommens und damit steigender Umsätze doch etwas unrealistisch. Zumindest in der kurzen Zeitspanne, wenige Monate nach den Umbaumaßnahmen, hatte sich diesbezüglich wenig verändert.

Zur insgesamt recht guten Akzeptanz der baulichen Eingriffe hatte auch die intensive Informationskampagne beigetragen, mit der es gelungen war, große Teile der Unternehmen in das Projekt einzubinden und auf die erforderlichen Einschränkungen vorzubereiten. Allerdings fühlten sich überraschend viele Betriebsinhaber zumindest in der ersten Befragung immer noch nicht hinreichend informiert. Informationen wurden vor allem von den öffentlichen Institutionen und den Medien, vorrangig den Printmedien bezogen; als weniger effektiv erwiesen sich das Infocenter und das Internet, die kaum genutzt wurden.

Die Wahrnehmung und Bewertung der Umbaumaßnahmen durch die Unternehmen in der Breiten Straße fällt größtenteils positiv aus. Der Standort wird als angenehmer wahrgenommen, die einzelnen Maßnahmen fast alle gut geheißen. Das Erscheinungsbild wird jetzt deutlich positiver bewertet, die Straße wird als schöner und gepflegter wahrgenommen. Der recht schlechte Meridian der Beurteilungen verbesserte sich insgesamt von 4 auf 3.

Allerdings kommt es auch zu kritischen Äußerungen, die vor allem den neuen, bereits wieder verschmutzten Boden und die zu nah an den Gleisen der Straßenbahn angebrachten Sitzbänke betreffen. Das Zusammenspiel von empfindlichem Bodenbelag und dem Fehlen ausreichender Mülleimer mündet in der anhaltenden Wahrnehmung einer schmutzigen Straße. Insgesamt erscheint die Breite Straße den Händlern allerdings weniger grau und etwas bunter, auch schöner und gepflegter sowie noch sicherer.

In Bezug auf die Erwartungshaltung vor den Umbaumaßnahmen im Jahr 2006 und die abschließende Bewertung 2007 zeigt sich eine gewisse Ernüchterung. Die Firmen hatten sich einen deutlichen Kundenzuwachs mit entsprechenden Ertragszunahmen erhofft, die aber in der erwarteten Form zumindest bisher noch nicht eingetreten sind.

Nach wie vor wird 2007 von den Unternehmen ein potentieller Standort in den Planken als deutlich wünschenswerter und besser gesehen; mit den Gedanken an eine Unternehmensverlagerung tragen sich nunmehr etwas weniger als im Jahr 2006. Insgesamt ist der zeitliche Abstand zu den Umbaumaßnahmen wohl noch zu gering, als dass hier stabile und langfristige Aussagen möglich wären.

Die Unternehmen sehen sich in beiden Jahren nur zu einem geringen Teil ermutigt, aufgrund der Baumaßnahme eigene Investitionen zu tätigen. Diese Aussage muss aber vor

dem Hintergrund einer relativ geringen Entscheidungskompetenz von Filialen und einer allgemeinen Strategieplanung von Geschäften gesehen werden, die Großteils unabhängig von lokalen (Bau-) Ereignissen sind.“

Hier ist deutlich darauf hinzuweisen, dass das im Rahmen von URBAN II geförderte Kommunikationskonzept zur Begleitung der Maßnahme sehr positiv bewertet wird. Die Kritik der Geschäftsinhaber bezieht sich überwiegend auf die Ergebnisse der Umbaumaßnahme. Diese wurden außerhalb von URBAN II mit rein nationalen Mitteln durchgeführt.

10 Erklärung der Verwaltungsbehörde mit Angabe der aufgetretenen Probleme und der getroffenen Maßnahmen

Die Verwaltungsbehörde hat die Vorbereitung des Berichtes in mehreren Beratungsgesprächen mit den beiden Städten Mannheim und Ludwigshafen im Rahmen der Arbeit der Interministeriellen Koordinierungsgruppe inhaltlich begleitet

Der Bericht entspricht im Aufbau der Gliederung den Anforderungen der Leitlinien der Kommission für den Abschluss. Die Ausführungen zur materiellen und finanziellen Abwicklung sind getrennt und übersichtlich aufbereitet. Das Abrechnungsjahr 2009 ist gesondert am Schluss des Berichtes dargestellt.

10.1 Maßnahmen die zur Gewährleistung der Vereinbarkeit mit den Gemeinschaftspolitiken sowie zur Gewährleistung der Gesamtkoordinierung getroffen wurden

10.1.1 Wettbewerbspolitik

Während der gesamten Programmlaufzeit wurden keine neuen, beihilferechtlich relevanten Förderrichtlinien bei der Kommission beantragt bzw. genehmigt. Die im Rahmen der kommunalen Richtlinien bewilligten Zuschüsse werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis-Beihilfen“ gewährt.

10.1.2 Chancengleichheit

Im Rahmen des Programms wurden verschiedene Aktionen durchgeführt, die der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen und Männern zu Arbeitsplätzen und der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz dienen sollen. Hierzu zählen unter anderem die in Kapitel 3.2.1 und 3.2.3 beschriebenen Aktionen im Zusammenhang mit der Beschäftigungsstrategie aber auch integrative Projekte wie die Einrichtung neuer Kommunikationszentren. Die Umsetzung des Ziels des Gender-Mainstreaming erfolgte insbesondere durch:

- Sprachkurse für Migrantinnen und für Eltern im Rahmen des Projekts Sprachförderung an Grundschulen,
- Förderung von Existenzgründerinnen über die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Operationellen Programms URBAN II in beiden Städten,
- die Initiierung und Verselbständigung von „UNA“ die Unternehmerinnen-Assistenz,; hier wurde auf das zurückhaltende Gründungsverhalten von Frauen im Programmgebiet Einfluss genommen,

- Internetcafé für Frauen in dem neben PC- und Internet-Kursen auch Erzähl- und Schreibwerkstätten für Migrantinnen und alle interessierten Frauen stattfinden und
- Integrationsprojekte und niederschwellige Bildungsangebote im Rahmen der Aktion Projekte des Stadtteilmanagements.
- Das Projekt barrierefreies Wohnen, Leben und Arbeiten zielt in Besonderem auf die Chancengleichheit ab.

Im Rahmen der Maßnahme 3.1 wurde für ausgewählte Teile des Programmgebiets das Modellprojekt zur Förderung der sprachlichen und sozialen Kompetenz von jungen Migrantinnen, das so genannte „MAMA - Projekt“ fortgeführt, an dem in mehreren Kursen Frauen aus unterschiedlichen Ländern teilgenommen haben. Hierbei erhalten junge Migrantinnen Unterricht in deutscher Sprache und Hilfestellung beim Bewältigen von Alltagssituationen. Während der Dauer des Kurses findet Kinderbetreuung statt.

Aus dem bereits genannten Treff junger Unternehmerinnen „UNA“ wurde am 13.07.2006 der Verein „una e.V.“ gegründet. Die Mitglieder dieses Vereins treffen sich regelmäßig und bieten für interessierte Frauen Informationen an.

Bei dem im Rahmen des Programms URBAN II im internationalen Frauentreff in der Westendstraße eingerichtete Internetcafé „Mona Lisa“ (Maßnahme 3.1) nutzen trotz Wechsels bei der Leitung des Treffs auch weiterhin viele Frauen die Kurse zur Verbesserung ihrer beruflichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Nach Ende der Förderperiode findet weiterhin Unterricht mit den angeschafften PCs und der Lernsoftware statt. Auch der offene Internet-Treff wird weitergeführt.

Seit Programmbeginn 2001 wurden im Zuge der Gewährung von Zuschüssen für kleine und mittlere Unternehmen 56 Inhaberinnen gefördert.

10.1.3 Öffentliches Auftragswesen

Im Rahmen der Durchführung des Programms URBAN II sind die Städte Mannheim / Ludwigshafen am Rhein zur Einhaltung der EG-Richtlinien zum öffentlichen Auftragswesen angewiesen, insb. der VO (EG) 1159/2000. Sie wurden ausführlich informiert über die Inhalte der Richtlinien und die Rückforderung der Fördermittel bei Verletzung dieser Bestimmungen.

Vorhaben, sofern sie den Richtlinien über das öffentliche Auftragswesen in Europa unterliegen, wurden EU-weit ausgeschrieben. Der Nachweis darüber wird durch Dokumentation des entsprechenden Auszugs aus dem Supplement des EU-Amtsblattes erbracht. Die geltenden Schwellenwerte zur Veröffentlichungspflicht im Supplement des EU-Amtsblatts wurden beachtet.

10.1.4 Maßnahmen zur Gewährleistung der Umweltverträglichkeit

Die Grundsätze und Ziele einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung wurden bei allen relevanten Aktionen speziell bei Bau- und Begrünungsmaßnahmen beachtet. Dabei kommen auch die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für den Umweltschutz zum Tragen. Insbesondere gelten die Vorschriften der deutschen Baugesetzgebung und der Naturschutzgesetze. Entsprechend erforderliche Genehmigungen und Erlaubnisse wurden bei Bedarf eingeholt.

Die Umsetzung des Querschnittsziels Umwelt erfolgte insbesondere in folgenden Aktionen:

- Altlastensanierung am Rheinuferpark und auf sonstigen Freiflächen des Gebietes
- Spielplatzsanierung und Projekte im Rahmen der Aktion Strukturhilfe Grün
- Mannheim 2007, Baumreihen am Alten Meßplatz, Herstellung der Promenade am Verbindungskanal sowie Verkehrsberuhigung in der Hafenstraße
- Herstellung des Rheinuferparks
- Begrünungsförderung
- Umweltprojekte
- Baumpflanzaktion

Einzelheiten zu den Projekten sind in Kapitel 3.2.1, 3.2.2 und 3.2.3 beschrieben.

10.2 Maßnahmen zur Koordinierung der gesamten gemeinschaftlichen Strukturpolitik

Die für die Gemeinschaftsinitiative URBAN II zuständige Verwaltungsbehörde wird aus einem Referat beim Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz und einem Referat des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg gebildet.

Die für die Gemeinschaftsinitiative URBAN II Ludwigshafen am Rhein zuständige Verwaltungsbehörde des Landes Rheinland-Pfalz ist bis einschließlich heute beim Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz in dem Referat 336 - Städtebauliche Entwicklung und Konversion angesiedelt. Damit verbunden ist - im Wechsel mit der Verwaltungsbehörde Baden-Württemberg - der Vorsitz in den Begleitausschuss für die Gemeinschaftsinitiative URBAN II.

Auf der Basis der in dem Referat gebündelten Zuständigkeit erfolgt die Koordinierung der Kohärenz zwischen den URBAN II-Programm sowie der gesamten gemeinschaftlichen Strukturpolitik.

Die Verwaltung für das Ziel 2-Programm in Rheinland-Pfalz lag in der Förderperiode 2000 – 2006 beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau. In Baden-Württemberg lag diese beim Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz. Der Teilbereich der Ziel 2-Förderung, der Mannheim betroffen hat, war dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg übertragen. Die Stadt Ludwigshafen am Rhein lag nicht im Ziel 2-Gebiet in Rheinland-Pfalz.

Das im Land Baden-Württemberg als Verwaltungsbehörde der Gemeinschaftsinitiative URBAN II Mannheim bis heute zuständige Referat ist das im Wirtschaftsministerium, Abteilung 5 angesiedelte Referat 53 - Städtebauliche Erneuerung. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Abteilung 2, war in der Förderperiode 2000-2006 auch für den in Mannheim eingesetzten Teilbereich des Ziel-2 Programms zuständig. Im guten Zusammenwirken der beiden selbständigen Abteilungen konnte das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg die Kohärenz der Fonds und den damit koordinierten übrigen Mitteleinsatz für die städtebauliche Entwicklung sicherstellen.

Hinweis: Besondere Transparenz

- Vor dem Hintergrund des gemeinsamen und einheitlichen Handelns der Vertreter der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde eine länderübergreifende „Interministeriellen Koordinierungsgruppe URBAN II“ (IKG) eingerichtet.

Die länderübergreifende „Interministerielle Koordinierungsgruppe URBAN II“ ist ein Arbeitsgremium auf Landesebene, das die Arbeit des nationalen Begleitausschusses ergänzt und eng mit den Lenkungsausschüssen der Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein zusammenarbeitet. Die IKG unterstützt die Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein durch Beratung und bei der Antragsvorprüfung unter dem Aspekt des gemeinsamen einheitlichen Handelns. Die IKG setzt sich zusammen aus Vertretern:

- des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg
 - des Ministeriums des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz
 - des Regierungspräsidiums Karlsruhe als Bewilligungsbehörde des Landes Baden-Württemberg
 - der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion - Arbeitssitz Neustadt/Weinstr. - als Bewilligungsbehörde des Landes Rheinland-Pfalz
 - der Städte Mannheim und Ludwigshafen am Rhein
- An den IKG-Sitzungen nimmt ein Beobachter der Landestreuhandstelle (jetzt Landestreuhandbank) teil.

Das Antragsberatungs- und Entscheidungsverfahren des Ländergrenzen überschreitenden URBAN II - Projekts Mannheim/Ludwigshafen am Rhein ist weiterhin durch besondere Transparenz gekennzeichnet.

Die Einrichtung gemeinsamer, von zwei Behörden der beiden Länder (jeweils das zuständige Ministerium und die Bewilligungsstelle) sowie Vertretern der beiden beteiligten Städten besetzten Gremien gewährleistet einerseits die notwendige partnerschaftliche Zusammenarbeit, aber auch eine immanente gegenseitige Kontrolle in allen Verfahrensstadien.

Die Besonderheiten des "Zweiländer-/Zweistädte-Projekts" führen dazu, dass keine Auszahlungsanweisung veranlasst werden kann, ohne dass die Projektanträge gemeinsam vorgeprüft und entschieden werden, wobei die zahlungsausführende Landestreuhandstelle Rheinland-Pfalz bei den Sitzungen der IKG als Beobachter beteiligt ist.

Letztlich führt diese besondere Konstellation der Antrags- und Entscheidungsverfahren dazu, dass zu jeder Zeit ein Länder- und Stadtgrenzen überschreitendes Kollegialorgan das Bewilligungsverfahren steuert und die Mittelverwendung gegenseitig kontrolliert, wobei zusätzlich die beiden Städte kommunalinterne Vorprüfungsstellen (Fachbereiche Revision) und den jeweiligen Lenkungsausschuss eingeschaltet haben.

Als ein wichtiges Instrument für die Programmbegleitung der Gemeinschaftsinitiative URBAN II wird das Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk angesehen. Hier konnten im Erfahrungsaustausch mit der KOM, dem Bund und allen URBAN-Akteuren alle wichtigen Fragen der Programmumsetzung rechtzeitig besprochen und Lösungswege aufgezeigt und verallgemeinert werden.

11 Ergebnisse und Finanzierung von Großprojekten und Globalzuschüssen

11.1 Großprojekte

Im Rahmen des Programms URBAN II Mannheim / Ludwigshafen am Rhein wurden keine Großprojekte durchgeführt.

11.2 Globalzuschüsse

Im Rahmen des Programms URBAN II Mannheim / Ludwigshafen am Rhein wurden keine ausgereicht.

12 Projekte, die in die Förderperiode 2007 / 2013 übernommen wurden

Bereits in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Stadtentwicklungsbeirats der Stadt Ludwigshafen am 21.02.2005 wurde die Verwaltung beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um den Erhalt weiterer Fördermittel aus dem Europäischen Strukturfonds (EFRE) für Ludwigshafen in den Jahren 2007-2013 zu sichern. Damals ist auch beschlossen worden, dass wieder – ähnlich wie bei URBAN II – eine enge Zusammenarbeit mit Mannheim erfolgen soll. Diese Zusammenarbeit ist leider aufgrund der diesmaligen Vergabe der Fördermittel über die Bundesländer aufgrund der unterschiedlichen Finanz- und Förderstrukturen der Länder nicht möglich. Trotzdem erfolgt aber nach wie vor eine Zusammenarbeit der beiden Städte über die gemeinsame Teilnahme am deutsch-österreichischen Städtenetzwerk, dem beide Städte auch in der neuen Förderperiode angehören.

Aufgrund der guten Erfahrungen, die mit manchen Projekten gemacht wurden, sind verschiedene neue Projekte aufbauend auf bereits geförderte Aktionen in der neuen Förderperiode initiiert worden. Hierzu gehört

- die Fortführung der Arbeit des Internationalen Frauentreffs und der dort angebotenen Kurse unter neuer Leitung und mit neuen Kursangeboten, angepasst an die bereits mit URBAN entwickelten Kenntnisse
- ein Angebot an Deutschkursen für ausländische Mütter, sogenannte „Mama-Kurse“ aufbauend auf die über URBAN II geförderten Kurse, nun auch mit Unterrichtseinheiten, die den Weg in den Beruf ebnen sollen
- die Fortführung des KMU-Förderprogramms mit angepasster Zielrichtung der zu fördernden Unternehmen (Cluster Kultur- und Kreativwirtschaft, internationale Dienstleistungen, sowie Cluster Facheinzelhandel und Gastronomie)
- die Weiterführung des Rheinuferparks Richtung Süden.

Die EU-Förderung in Mannheim richtet sich in der Förderperiode 2007-2013 stärker der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen entsprechend der Lissabon- und Göteborg-Kriterien. Wichtige Aufgabe danach ist die nachhaltige Stadt- und Kommunalentwicklung. Ziel ist, die standortbezogenen Rahmenbedingungen im infrastrukturellen Bereich als Voraussetzung für die Ansiedlung bzw. Weiterentwicklung wettbewerbsfähiger Unternehmen zu verbessern. Damit soll direkt und indirekt die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt werden. Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) werden nach wie vor unterstützt, jedoch nicht mehr in Form nicht rückzahlungspflichtiger Zuschüsse, sondern durch zinsverbilligte Kredite.

Einige Projekte, die sich in URBAN II bewährt haben, werden nach Auslaufen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II in beiden Städten eigenständig fortgeführt, teilweise durch nationale Förderprogramme.



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Fonds
für regionale Entwicklung



Anlage Projektbeschreibungen zum Abschlussbericht

Nach Art. 37 VO (EG 1260/1999 des Rates vom 21.06.1999)

Referenz-Nr. der Kommission: CCI n° 2000.DE.16.0.PC.109

Entscheidung der Kommission vom 18.10.2001 K(2001) 2773, geändert durch die Entscheidung vom 28.09.2004 K(2004) 3670, geändert durch die Entscheidung vom 15.05.2007 K(2007) 2187 zuletzt geändert durch die Entscheidung vom 16.12.2008 K(2008/8304)

Mitgliedsstaat: Deutschland
Operationelles Programm URBAN II
Mannheim / Ludwigshafen am Rhein



Land Baden-Württemberg



Land Rheinland-Pfalz



Stadt Ludwigshafen am Rhein

Anmerkung: Hier sind nur die Projekte aus Teilgebiet der Stadt Ludwigshafen aufgeführt.

Sanierung und Revitalisierung von mindergenutzten Flächen und Gebäuden

Nr. 1.1



Einordnung	Schwerpunkt 1: Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
Inhalt	Vor dem Hintergrund einer angestrebten Diversifizierung der Branchenstruktur, einer problemorientierten Bestandspflege wie auch der gewünschten Verstärkung von Neuansiedlungen, sollte die Neunutzung und Neuentwicklung von brachgefallenen Industrie- und Gewerbegebieten und Freiflächen, wie auch die Sanierung von verunreinigtem Gelände unterstützt werden. Aufbauend auf das Konzept "Ludwigshafen an den Rhein" war es im Rahmen dieser Aktion vorgesehen, Teile des Planungsgebietes der Stadt Ludwigshafen städtebaulich so zu entwickeln und umzustrukturieren, dass damit die derzeit bestehenden Nutzungskonflikte nachhaltig behoben werden können. Hauptsächlich sollten die Flächen am Rheinufer sowie kleinere Freiflächen innerhalb des Programmgebiets saniert und in ihrer Nutzung aufgewertet werden.
Ziele	Sanierung von altlastenverunreinigtem Gelände Schaffung von Möglichkeiten zur Neunutzung von Flächen und damit Attraktivierung des Gebiets
Zielgruppe	Gewerbetreibende und Bewohnerinnen und Bewohner des Programmgebiets
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	624.876,00 Euro
Durchführungszeitraum	Oktober 2002 bis Dez 2008
Ergebnisse/Wirkungen	Ursprünglich war bei der Zielvorausschätzung der Altlastensanierung davon ausgegangen worden, dass am Rheinuferpark große Altlastenmengen vorhanden seien. Da sich herausgestellt hat, dass die Flächen am Rheinuferpark direkt nicht in dem Maße kontaminiert waren, konnten die Sanierungsmaßnahmen auch auf weitere Flächen ausgedehnt werden. Die sanierten Flächen wurden renaturiert und der Öffentlichkeit als Frei- und Erholungsfläche zugänglich gemacht.

Einzelbetriebliche Zuschüsse für KMU

Nr. 1.2 und Nr. 1.2.1



Einordnung	Schwerpunkt 1- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
Inhalt	<p>Zur Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung innerhalb des Programmgebiets sollten KMU durch finanzielle Zuwendungen für Investitionsvorhaben sowie durch die Unterstützung der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gestärkt werden. Ziel war die Erhöhung der wohn- und bürgernahen Dienstleistungen und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen durch die Schaffung von Investitionsanreizen.</p> <p>Förderfähig waren in diesem Rahmen insbesondere Investitionen für eine Verlagerung in den Standort, für den Umweltschutz, Erstinvestitionen, Modernisierung und Bestandssicherung des Unternehmens. Die Mittel sollten kleinen und mittleren Unternehmen des produzierenden Gewerbes, des Einzelhandels sowie der Dienstleistungen gewährt werden.</p>
Ziele	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Begünstigung der Chancen zur Umsatzsteigerung; Schaffung von Investitionsanreizen, Verringerung von Leerständen, Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen
Zielgruppe	KMU, Gründer, Geschäftsleute der Innenstadt, Potentielle Investoren im Urban-Gebiet
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	2.068.425,33 €
Durchführungszeitraum	April 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Das Förderprogramm war speziell auf Klein- und Kleinstunternehmen ausgerichtet, da diese Firmen aufgrund ihrer Größe kaum auf andere Unterstützungsmöglichkeiten zurückgreifen können und oft auch z.B. durch Sprachschwierigkeiten bei Unternehmern mit Migrationshintergrund eine große Hemmschwelle besteht, Zuschüsse direkt zu beantragen. Mit dem Zuschussprogramm und einer Betreuung der Unternehmen vor Ort ist es gelungen, diese Lücke in der Förderlandschaft zu schließen und auf diesem Weg gleichzeitig wichtige Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung im Fördergebiet zu geben.</p> <p>Mit den gewährten finanziellen Anreizen wurde der Bestand ansässiger Unternehmen gesichert und Neuansiedlungen insbesondere von Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen gefördert.</p>

Baulücken- und Leerstandsborse

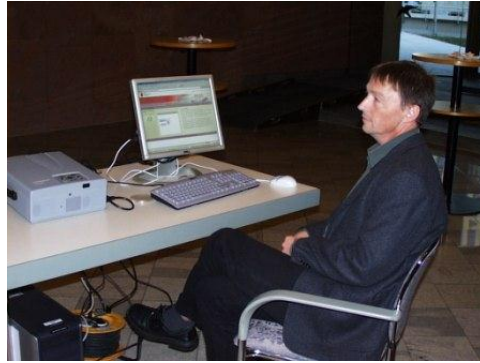
Nr. 1.3



Einordnung	Schwerpunkt 1- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
Inhalt	<p>Im Innenstadtbereich des Programmgebiets Urban II sind zahlreiche ungenutzte bzw. schlecht genutzte Baulücken zu finden. Zu Aktionsbeginn wurde von ca. 30 vermarktbaren Immobilien bzw. Flächen ausgegangen</p> <p>Ziel dieser Aktion war die Vermittlung von Grundstücken und leer stehenden Gebäuden in bestimmten Teilen des Programmgebiets für eine hochwertige und städtebaulich ansprechende Nachnutzung. Die künftigen Nutzer sollten beratend unterstützt werden. Dabei sollten möglichst alle Eigentümer der Grundstücke angeschrieben und über die neue Fördermöglichkeit informiert werden.</p>
Ziele	Schließung von Baulücken, Neunutzung mindergenutzter Flächen, Schaffung von Investitionsanreizen
Zielgruppe	Grundstückseigentümer, potenzielle Investoren im Urban-Gebiet
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	2.280,72 €
Durchführungszeitraum	September 2003 bis Dezember 2006
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Trotz intensiver Informationsmaßnahmen und direkter Ansprache der Grundstückseigentümer war das Interesse der Grundstückseigentümer an einer Vermarktung oder Neunutzung ihrer Immobilie nur minimal, lediglich 2 Eigentümer haben Interesse gezeigt, ein Eigentümer hat dann einen Antrag auf Fördermittel eingereicht und auch sein Gelände entsprechend überplant und bebaut.</p> <p>Aus diesem Grund wurde die Aktion beendet und die Restmittel zugunsten der Aktion KMU-Förderung umgeschichtet.</p>

Virtuelles Rathaus

Nr. 1.4



Einordnung	Schwerpunkt 1 - Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
Inhalt	<p>Ziel war, den Internet-Auftritt der Stadtverwaltung Ludwigshafen zu verbessern. Dabei sollten die Verbindungen zwischen Bürgern, Institutionen und Verwaltung unter Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie erleichtert und zeitunabhängig Serviceleistungen für die Bürger garantiert werden.</p> <p>Neben der Verbesserung der städtischen Internetseite sollte auch ein Angebot speziell für innerhalb des Programmgebiets ansässige Firmen aus dem IT- und Medienbereich geschaffen werden. Die neue Internetplattform sollte einen gemeinsamen, einheitlichen Auftritt in der Öffentlichkeit schaffen und den Medienstandort Ludwigshafen bekannter machen. Firmen aus dem Programmgebiet sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte und Dienstleistungen vorzustellen. Darüber hinaus sollten auf der zu gestaltenden Medienbörse der www.mit.ludwigshafen.de Veranstaltungen und aktuelle Themen aus dem Medien- und IT-Bereich präsentiert und Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten vorgestellt werden.</p>
Ziele	Stärkung der Partnerschaft zwischen Verwaltung und Wirtschaft, Verbänden, Vereinen..., Darstellung von Aktivitäten im Urban-Gebiet, Vereinfachung des Informationszugangs für Bürgerinnen und Bürger
Zielgruppe	Unternehmen, Verbände, öffentliche Einrichtungen, Vereine und Interessengruppen, Bürgerinnen und Bürger
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	150.000,00 €
Durchführungszeitraum	August 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Am 9.3.2005 wurde das „virtuelles Rathaus“ eingerichtet und die neu gestaltete www.ludwigshafen.de der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Homepage der Stadt verzeichnet mittlerweile monatlich über eine Million Seitenaufrufe. Damit verbunden sind neue Möglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger, über das Internet mit der Verwaltung zu kommunizieren, sich über Aktuelles zu informieren und online Dokumente und Vordrucke zu nutzen.</p> <p>2005 wurde auch eine branchenspezifische Subdomain für Unternehmen aus den Bereichen Information und Kommunikation sowie Neue Medien eingerichtet. Nunmehr nehmen 19 Firmen aktiv an der Gestaltung und Pflege der neuen Homepage teil und nutzen die damit verbundenen Angebote.</p>

Förderung von Existenzgründungen
Nr. 1.5



Einordnung	Schwerpunkt 1 - Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
Inhalt	Zur Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung innerhalb des Programmgebiets sollten Existenzgründungen gefördert und Unternehmensnachfolgen ermöglicht werden. Ziel war, durch diese Unterstützung und Stabilisierung von Existenzgründungen die lokale Wirtschaft im Programmgebiet zu beleben. Zur Förderung des Unternehmergeistes und der Schaffung von Arbeitsplätzen wurde eine Kombination von nachfrageseitigen Instrumenten (Gewährung von Zuschüssen) und angebotsseitigen Instrumenten (Förderung von Unternehmensgründungen) angestrebt.
Ziele	Schaffung von Investitionsanreizen, Verringerung von Leerständen, Belebung der lokalen Wirtschaft, Neuschaffung von Arbeitsplätzen
Zielgruppe	Existenzgründer/innen im Urban-Gebiet, potenzielle Investoren im Urban-Gebiet
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	552.113,95 €
Durchführungszeitraum	März 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	Das Programm startete 2002 zuerst mit Schwerpunkt auf innovativen bzw. technologieorientierten Existenzgründungen. Nach den ersten Erfahrungen wurde diese Zweckbindung allerdings aufgehoben und die Förderrichtlinie zugunsten allgemeiner Existenzgründungen geöffnet. Hierzu wurde die am 1.04.2002 in Kraft gesetzte Richtlinie zur Förderung von Existenzgründungen mit Beschluss des Stadtrates vom 11.10.2004 geändert. Die Fördervoraussetzungen wurden neu gefasst, um Existenzgründungen der verschiedensten Bereiche nachhaltig zu unterstützen und so den gewünschten Branchenmix in der Innenstadt anzuregen. Mit diesen Förderungen konnten insgesamt 77 Arbeits- und 8 Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Strukturhilfe Grün

Nr. 1.6



Einordnung	Schwerpunkt 1: Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
Inhalt	<p>Ziel war die Qualifizierung von Arbeitslosen und arbeitslosen Sozialhilfeempfängern innerhalb des Programmgebiets. Durch deren Einsatz entweder als Gruppenmaßnahmen mit Fachanleitung oder im Rahmen von Firmenaufträgen sollte die Neugestaltung von Grünanlagen, Schulhöfen, Spiel- und Freizeitplätzen im Gebiet unterstützt werden und gleichzeitig den Menschen der Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtert werden.</p> <p>In den für die Aktion vorgesehenen Finanzmitteln waren Lohn- und Sachkosten enthalten.</p>
Ziele	Ausbildung und Qualifikation der Teilnehmer mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt, Neuausstattung, Renaturierung und Erneuerung von öffentlichen Grünflächen und Spielflächen im Gebiet
Zielgruppe	Arbeitslose und arbeitslose Sozialhilfeempfänger
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	854.180,00 €
Durchführungszeitraum	September 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Bei der Aktion „Strukturhilfe Grün“ wurden im Rahmen der Beschäftigungsmaßnahmen verschiedene Grünanlagen und Spielplätze in besonderen Bereichen des Programmgebiets gepflegt und instand gesetzt. Zusätzlich wurden in Zusammenarbeit mit Fachfirmen Grünanlagen und Spielplätze neu angelegt.</p> <p>Die Integrationsquote der Teilnehmer, das heißt der Prozentsatz derer, die eine Arbeit aufgenommen oder eine Ausbildung begonnen haben, liegt für die Jahre 2003 bis 2007 zwischen 21,7 und 33,3 %, dies stellt einen sehr guten Wert dar.</p>

Beschäftigung für Frauen

Nr. 1.7



Einordnung	Schwerpunkt 1 - Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
Inhalt	Ziel war die Verbesserung der Lebens.- und Arbeitssituation der Frauen im URBAN-Gebiet. Das sollte durch Unterstützung mittels Beratung und Information beim Aufbau einer selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit von einzelnen Frauen oder Frauengruppen ebenso wie durch gezielte Organisation von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen verwirklicht werden. Dabei sollte die Förderung des regelmäßigen Erfahrungsaustauschs der Unternehmerinnen im Vordergrund stehen.
Ziele	Herstellung von Chancengleichheit für Frauen beim Zugang auf den Arbeitsmarkt und beim beruflichen Vorankommen durch Netzwerke und konkrete Unterstützung
Zielgruppe	Berufstätige oder arbeitssuchende Frauen
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	50.000,00 €
Durchführungszeitraum	August 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	Im Laufe der Aktion fand sich eine stabile Gruppe, die im Jahr 2006 einen gemeinnützigen Verein mit dem Namen UNA Ludwigshafen – die Unternehmerinnenassistenten gründete. Seither betreibt die Gruppe eine Website, die auch in einem geschützten Bereich Raum für den offenen Meinungsaustausch hat. Mit einem Infostand und dem selbst erarbeiteten Material wird auf Veranstaltungen geworben. Regelmäßige Monatstreffen und Seminare finden ebenso statt. Innerhalb der Metropolregion wird auch der Kontakt zu ähnlichen Gruppen gepflegt. Die Gruppe hat derzeit 11 Vereinsmitglieder und ein Fördermitglied, zum weiteren Umfeld gehören ca. 20 Frauen.

Gastronomieförderung

Nr. 1.8



Einordnung	Schwerpunkt 1 - Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schaffung und Sicherung dauerhafter, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze
Inhalt	Zur Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung innerhalb des Programmgebiets sollten in ausgewählten Bereichen des Programmgebiets höherwertige Gastronomiebetriebe durch finanzielle Zuwendungen für Investitionsvorhaben sowie durch die Unterstützung der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gestärkt werden.
Ziele	Attraktivierung, Unterstützung und Begleitung von gastronomischen Unternehmen, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im gastronomischen Bereich gezielte städtebauliche Aufwertung bestimmter Teile des Programmgebiets
Zielgruppe	Gastronomiebetriebe der Innenstadt, potenzielle Investoren
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	300.000,00 €
Durchführungszeitraum	Oktober 2004 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	Trotz der erfolgten Förderung von 9 Betrieben mit einem ausgelösten Investitionsvolumen von 1.070,964,76 Euro konnte nicht die gesamte Summe ausgeschöpft werden. Grund dafür, dass nicht alle Mittel abgerufen werden konnten, ist, dass es gerade im Bereich Gastronomieförderung bei den Auszahlungen zahlenmäßige Abweichungen zwischen dem bewilligten Betrag je Unternehmen und dem tatsächlich zur Auszahlung kommenden Betrag gab. Diese lagen hauptsächlich darin begründet, dass die Schätzungen des Investitionsbedarfs durch die Antragsteller zu hoch gegriffen waren. Zudem ließen die wirtschaftliche Lage, insbesondere die Liquidität, den Unternehmen oft nicht den Spielraum die geplanten Investitionen im Durchführungszeitraum zu realisieren. Es gab auch mehrere Unternehmen, die aufgrund sich verschlechternder Wirtschaftslage ihren Antrag wieder zurückgezogen haben. Trotzdem konnten die gesetzten Ziele nämlich Schaffung von Arbeitsplätzen und Ansiedlung attraktiver Gastronomiebetrieben im Innenstadtbereich erreicht werden.

Attraktivierung der Fußgängerzone
Nr. 2.1



Einordnung	Schwerpunkt 2 - Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, umweltverbessernde Maßnahmen, Verkehr
Inhalt	<p>Ziel war eine Aufwertung des Programmgebiets durch Neuschaffung und Umgestaltung öffentlicher Aufenthaltsflächen. Dies sollte unter anderem durch eine Erneuerung des Erscheinungsbilds des Innenstadtbereichs erfolgen</p> <p>Der Bereich der Fußgängerzone sollte umgestaltet bzw. neu geordnet werden. Vorgesehen war die Aufstellung von Spielelementen im Fußgängerzonenbereich, die Neuordnung und Gestaltung der Beleuchtung, der Austausch von Straßenbäumen, die Verbesserung der Baumstandorte sowie die Neuordnung der Möblierung, teils auch durch Rückbau</p>
Ziele	Erhöhung der Identifikation der Bewohner mit Ihrem Stadtteil, Erhöhung der Attraktivität der Fußgängerzone für Kunden und Investoren, Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Gebiet
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger des Urban-Gebiets, Besucher der Innenstadt, Geschäftsleute, potenzielle Investoren
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	250.000,00 €
Durchführungszeitraum	Juli 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Alle geplanten Maßnahmen wurden umgesetzt, die Fußgängerzone hat dadurch ein moderneres Erscheinungsbild erhalten.</p> <p>Hauptgründe hierfür waren der 2005 durchgeführte Abbau der maroden Schirmdächer, die so genannten „Pilze“ in der Fußgängerzone, um damit entsprechend den Gestaltungsvorschlägen der Planer eine optische Aufweitung der Fußgängerzone zu erzielen. 2006 folgte dann die Erstellung einer Beleuchtungskonzeption für die Innenstadt. Dabei wurden im Abschnitt der Fußgängerzone zwischen Rathaus und Bahnhofstraße die alten Lampen durch neue Leuchten ersetzt.</p> <p>Die geplante Aufstellung neuer Spielelemente wurde zwar zeitgleich umgesetzt, aber anderweitig finanziert.</p>

Rheinuferpark

Nr. 2.2



Einordnung	Schwerpunkt 2 - Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, umweltverbessernde Maßnahmen, Verkehr
Inhalt	<p>Ziel war, vorhandene Potentiale der Lage der Stadt am Wasser dauerhaft und umweltverträglich zu nutzen. Damit sollten positive Rahmenbedingungen für die Erhöhung der Standortqualität geschaffen werden.</p> <p>Geplant war die Herstellung bzw. Erneuerung der Flächen am Lichtenberger Ufer, Verbesserung des Durchgangs vom Rhein zum Berliner Platz, der Fußgängerübergang über die Rheinuferstraße sowie die Neugestaltung der Rheinuferspromeade (Zollhof bis Achse Berliner Platz) und die Herstellung der Kaimauer (vom Kunstobjekt bis zur Rheinbrücke).</p>
Ziele	Attraktivierung des Gebiets durch Schaffung von neuen Fuß- und Radwegen in Richtung Innenstadt, Erhöhung des Angebots an Freizeit- und Erholungsflächen, Erhöhung der Identifikation der Bewohner mit Ihrem Stadtteil, Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Gebiet
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger des Urban-Gebiets, Zukünftige Investoren im Bereich Rheinufer-Süd, Besucher der Innenstadt
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	1.950.000,00 €
Durchführungszeitraum	September 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Das Areal zwischen der Lichtenbergerstraße und der Rheinuferstraße wurde wie geplant in eine Grünanlage umgestaltet. Hier entstanden auf 7000 Quadratmetern neue Wege und Rasenflächen, in denen ein 1600 Quadratmeter großer Spielplatz für Kinder, eine Streetballanlage für Jugendliche und ein Beachvolleyballfeld eingebettet wurden. Des Weiteren wurde die Promenade am Lichtenbergerufer neu gestaltet und ein mit Leuchten versehenes Gehweg angelegt. Eine 150 Meter lange Kaimauer lädt seit 2005 mit Quadern und Sitzstufen, die direkt zum Wasser führen, zum Verweilen ein. In einem zweiten Bauabschnitt wurde das Geländedreieck zwischen Faktorgebäude, Walzmühle und Heny-Roos-Passage gepflastert. Zusätzlich wurde eine neue Ampelanlage installiert, die nun eine gefahrlose Querung der viel befahrenen Rheinuferstraße ermöglicht.</p> <p>Damit ist das Ziel, die Stadt besser an den Rhein zu bringen und als „Stadt am Fluss“ erlebbar zu machen, einen großen Schritt näher gekommen.</p>

Jugendförderung

Nr. 3.1



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement
Inhalt	Im Jugendtreff Westend sollte Jugendlichen aus dem Urban-Gebiet ein niederschwelliges Angebot für einen Treffpunkt gemacht werden. Dabei sollte den Kindern und Jugendlichen Hilfe zur Selbsthilfe durch verschiedene Projekte wie zum Beispiel Hausaufgabenhilfe oder gemeinsames Kochen gegeben werden.
Ziele	Hilfe zur Selbsthilfe für die Kinder und Jugendlichen, Kriminalitätsprävention, Hilfe bei der schulischen Weiterbildung
Zielgruppe	Ältere Kinder und Jugendliche im Urban-Gebiet
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	20.000,00 €
Durchführungszeitraum	September 2003 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Bis zu 15 Kinder und Jugendliche nahmen täglich das Angebot der Hausaufgabenhilfe wahr, sie kommen aus mehr als 10 verschiedenen Ländern, von Brasilien über Nordafrika bis Polen. Viele von ihnen besuchen die Hauptschule, aber auch Realschüler und Gymnasiasten waren dabei.</p> <p>Neben der Hausaufgabenbetreuung gab es noch weitere Angebote zur sinnvollen Freizeitnutzung, von gemeinsamen Brett- und Kartenspielen über Ausflüge in die Umgebung oder gemeinsames musizieren.</p>

Internetcafé für Senioren

Nr. 3.2



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement
Inhalt	<p>Die Nutzung elektronischer Medien ist mittlerweile für die jüngeren Generationen selbstverständlich. Diesbezüglich besteht jedoch gerade für Seniorinnen und Senioren die Gefahr einer potentiellen Ausgrenzung, da diese innerhalb ihres beruflichen Kontexts zumeist noch nicht mit den neuen Technologien konfrontiert waren.</p> <p>Das Internet-Café für Seniorinnen und Senioren sollte darauf abzielen, zur Aufrechterhaltung und Förderung von Kompetenz und Selbständigkeit bis ins hohe Alter beizutragen. Mit den Angeboten des Cafés sollte älteren Menschen bei der Nutzung des Internets Hilfestellung gegeben werden.</p>
Ziele	Hilfe zur Selbsthilfe für Senioren, den Nutzen des Mediums Internet erkennen und dieses sinnvoll einsetzen können (Förderung der Chancengleichheit)
Zielgruppe	Seniorinnen und Senioren im Urban-Gebiet
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	20.248,01 €
Durchführungszeitraum	Juni 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Das Internetcafé für Senioren „Café Click“ , angesiedelt in dem Seniorenwohnheim Heny-Roos in der Benckiserstraße hat seit seiner Eröffnung 2002 regen Zuspruch gefunden. Die zahlreichen themenbezogenen Angebote, wie zum Beispiel der Umgang mit Microsoft Office - Programmen, Bild- und Textverarbeitung und der Umgang mit verschiedenen Speichermedien sowie die Möglichkeiten der Nutzung des Internets, stoßen nach wie vor auf großes Interesse. Daneben gibt es weiterhin noch die Möglichkeit, in regelmäßig arbeitenden Gruppen, wie zum Beispiel der Fotogruppe mitzuwirken. Die Kurse und Vorträge werden zu einem großen Teil von ehrenamtlichen Helfern gehalten, so dass das Café Klick mittlerweile seit mehreren Jahren auch ohne weitere finanzielle Unterstützung aus URBAN zu einem Selbstläufer geworden ist.</p>

Sanierung Bürgermeister-Reichert-Haus
Nr. 3.3



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement
Inhalt	<p>Durch bauliche Maßnahmen am Bürgermeister-Reichert-Haus sollte die Einrichtung einer kleinen Kunsthalle, in der neben der Präsentation von künstlerischen Werken und deren Verkauf auch für die Umsetzung von Events und Gesprächsforen im künstlerischen Bereich vorgesehen war, als Kommunikationszentrum im Urban-Gebiet ermöglicht werden. Dabei sollte durch Einbindung des Kunstvereins das bürgerschaftliche Engagement gestärkt werden.</p> <p>Um die Bewirtschaftung des Gebäudeteils des Bgm-Reichert-Hauses durch den Kunstverein und die entsprechende Nutzung zu garantieren, sollten sowohl das Dach und die Fassade saniert als auch Arbeiten der technischen Gebäudeausrüstung und der zugehörigen Infrastruktureinrichtungen z.B. Toiletten durchgeführt werden.</p> <p>Durch die Revitalisierung des Bgm.-Reichert-Hauses sollte ein attraktiver Magnet des kulturellen Lebens im Urban Gebiet geschaffen werden.</p>
Ziele	Ergänzung des bestehenden kulturellen Angebots, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Vitalisierung des sozialen und kulturellen Lebens im Urban-Gebiet
Zielgruppe	Künstlerinnen und Künstler, Bürgerinnen und Bürger des Urban-Gebiets sowie Mitglieder des Kunstvereins
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	1.044.661,50 €
Durchführungszeitraum	Juli 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Als attraktiver Magnet des kulturellen Lebens konnte das Bürgermeister-Reichert-Haus nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im Februar 2004 wieder eröffnet werden. Es enthält jetzt insbesondere eine kleine Kunsthalle für Ausstellungen, Events und Gesprächsforen. Diese Kunsthalle wird hauptsächlich vom Kunstverein Ludwighafen für Ausstellungen genutzt. Die Aktivitäten des Kunstvereins bestehen in der Präsentation und Vermittlung junger zeitgenössischer Kunst.</p> <p>Die Sanierung des Bürgermeister-Reichert-Hauses umfasste Maßnahmen zum Brandschutz, Fenstersanierung und teilweise Fenstererneuerung, Elektroarbeiten, neue Klimatechnik für den Ausstellungsraum sowie die Sanierung der Toiletten ebenso wie den Einbau einer Verdunkelungsanlage in der Ausstellungshalle.</p>

Programmmanagement

Nr. 3.4



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement
Inhalt	<p>Die Einrichtung eines Programmmanagements im Urban-Gebiet sollte der Vernetzung zwischen Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschafts- und Sozialpartnern und anderen Gruppierungen im Urban-Gebiet dienen. Daneben sollte eine Infrastruktur zur Unterstützung des freiwilligen Engagements aufgebaut werden.</p> <p>Aufgabe des Programmmanagements sollte auch die Beteiligung an der konkreten Umsetzung der Ziele des operationellen Programms Urban ebenso wie die Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und die Moderation von Beteiligungsprozessen im Rahmen von Urban sein.</p>
Ziele	Bekanntmachung des Programms Urban in der Öffentlichkeit, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Vitalisierung des sozialen Lebens im Urban-Gebiet
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger des Urban-Gebiets Verbände, Vereine, Institutionen... des Urban-Gebiets
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	153.137,50 €
Durchführungszeitraum	Oktober 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	Im Rahmen des Programmmanagements wurden seit Programmbeginn mehrere Projekte unterschiedlicher Art mit dem Ziel, die Innenstadt attraktiver zu machen und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil zu stärken sowie das Programm URBAN II bekannter zu machen, durchgeführt. Dazu gehören kulturelle Projekte ebenso wie Projekte im grünpflegerischen Bereich. Durch diese öffentlichkeitswirksamen Projekte wurde das URBAN-Programm innerhalb des Gebietes aber auch über die Gebietsgrenzen hinaus bekannt gemacht.

Internetcafé im Internationalen Frauentreff
3.5



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement
Inhalt	<p>Im Rahmen dieser Aktion war die Einrichtung eines Internet-Cafés für Frauen geplant. Dieses sollte ein zusätzliches Angebot des Internationalen Frauentreffs werden, um den Besucherinnen des Frauentreffs den Zugang zu elektronischen Medien zu ermöglichen und damit ihre Bildungs- und Integrationschancen zu erhöhen. Auch innerhalb der bestehenden Kurse können dann den Teilnehmerinnen Internet-Kenntnisse vermittelt werden und diese sinnvoll in den Kursen eingesetzt werden. Neben gut ausgebildeten berufstätigen Frauen sollten auch Frauen mit geringen Zugangsmöglichkeiten zu Technik, Frauen in der Familienphase und Frauen mit geringen Arbeitsmarktchancen den Nutzen des Mediums Internet erkennen und dieses sinnvoll für ihre zukünftige Aus- und Weiterbildung einsetzen können.</p>
Ziele	<p>den Nutzen des Mediums Internet erkennen und dieses sinnvoll für Aus- und Weiterbildung einsetzen können (Förderung der Chancengleichheit)</p> <p>Bei Frauen das Interesse an technischen Berufen im IuK-Bereich wecken und fördern, dadurch Verbreiterung des Berufswahlspektrums von Frauen ermöglichen</p>
Zielgruppe	Besucherinnen des Internationalen Frauentreffs
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	91.000,00 €
Durchführungszeitraum	Januar 2003 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Mit der Eröffnung des Internet-Cafés Mona Lisa in den Räumen des Internationalen Frauentreff 2003 wurden Frauen die Kommunikationsmöglichkeiten und die beruflichen Chancen durch die Nutzung von Computer und Internet erschlossen. Mit Mitteln aus URBAN II wurde die erstmalige Einrichtung des Interncafés finanziert. Es wurde ein speziell auf die Bedürfnissen und Voraussetzungen von Migrantinnen ausgerichtetes Lernprogramm angeboten. Mit diesem Weiterbildungsangebot konnte die Teilhabe der jungen Frauen an den neuen Medien und deren Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen und zum regulären Arbeitsmarkt verbessert werden.</p>

Mama-Projekt

3.6



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement
Inhalt	<p>Bei diesem Projekt sollten ausländische Mütter in Kindergärten die deutsche Sprache lernen, während ihre Kinder im Kindergarten betreut werden. Dabei sollte das Lernen der Mütter auch die Motivation der Kinder beim Lernen der deutschen Sprache verstärken</p> <p>Geplant war, das Mama-Projekt durch die Volkshochschule, zusammen mit den Kindergärten und Kindertagesstätten im URBAN-Gebiet durchzuführen.</p>
Ziele	Integration der ausländischen Bevölkerung , Motivation zum Erlernen der deutschen Sprache nicht nur für die Kursteilnehmerinnen sondern auch für ihre Kinder
Zielgruppe	ausländische Frauen, deren Kinder die Betreuungseinrichtungen im URBAN-Gebiet besuchen
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	111.917,00 €
Durchführungszeitraum	April 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	Das Projekt fand in Zusammenarbeit mit 3 Kindergärten im URBAN-Gebiet statt, es wurden jeweils 3 Kurse im Sommer- und Wintersemester angeboten. Insgesamt haben 240 Mütter das Kursangebot angenommen.

Schulsanierung und -umstrukturierung
3.7 und 3.2.1



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement
Inhalt	<p>Mit einer attraktiven Schulraumversorgung sollte für Familien mit Kindern der Anreiz erhöht werden, im Programmgebiet zu wohnen.</p> <p>Dabei sollten zwei Schulen im Programmgebiet umfassend energetisch saniert und die Voraussetzungen zu einem Ausbau als Ganztagschule geschaffen werden.</p>
Ziele	Stärkung des Schulstandorts Energetische Sanierung der Schulen und damit Verringerung von CO ₂ -Ausstoß
Zielgruppe	Junge Familien mit Kindern, Schülerinnen und Schüler der betroffenen Schulen
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	4.408.650,00 €
Durchführungszeitraum	April 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Im Carl-Boschgymnasium wurden Brandschutzmaßnahmen und Sanierungsmaßnahmen (z.B. Einbau neuer Fenster) vorgenommen. Dabei konnten dank günstiger Submissionsergebnisse die Sanierungsarbeiten auf mehrere Gebäudeteile ausgeweitet werden.</p> <p>Im Zeitraum 2001 bis 2005 wurde das in der Westlichen Unterstadt gelegene Schulgebäude der Johannes-Kepler-Hauptschule zur Ganztagschule umgebaut. Die Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten beinhalteten auch den Einbau einer neuen Heizung. Dies führte zu einer erheblichen Verringerung des CO₂-Ausstosses. Bis Mitte 2008 erfolgten noch die Umgestaltung des Außenbereichs sowie eine Aufwertung der neu geschaffenen Aula.</p> <p>Zusätzlich zu den baulichen Maßnahmen wurden im Zusammenhang mit der Einführung des Ganztagsbetriebs auch vielfältige pädagogische Maßnahmen umgesetzt.</p>

Kriminalitätsverhütung

Nr. 3.8



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Aktivitäten, Integrationsmanagement
Inhalt	<p>Kriminalitätsverhütung ist für Ludwigshafen und Mannheim ein gemeinsames Anliegen, das im Rahmen des Programms Urban angegangen werden sollte. Es war vorgesehen, dass sich die Vertreter der Städte gemeinsam in den jeweiligen Arbeitsgremien über die Vorgehensweise informieren und abstimmen.</p> <p>Verschiedene Projekte wie z.B. Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Erarbeiten von Handlungsanweisungen zur Kriminalitätsverhütung in unterschiedlichen Facetten sollten durchgeführt werden</p>
Ziele	Vermeidung von Straftaten , Aufklärung der Bewohnerinnen und Bewohner, Stärkung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bewohnerinnen und Bewohner, Vermeidung interkommunaler Verdrängung von Kriminalität
Zielgruppe	Bewohnerinnen und Bewohner des URBAN-Gebiets
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	50.000,00 €
Durchführungszeitraum	Juli 2002 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Während der Programmlaufzeit wurden verschiedene Projekte zur Kriminalitätsverhütung durchgeführt, so zum Beispiel die Ausstellung „Tatort Stadion“, die Schulungsmaßnahmen „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ sowie die Untersuchungen zum Schulschwänzen und die daraus abgeleiteten Handlungsanweisungen. Gerade dieses Projekt hat eine große Wegbereiterfunktion. Es kommen regelmäßig Anfragen aus anderen Kommunen und anderen Bundesländern sowie aus dem deutschsprachigen Ausland, so dass ein vermehrter Austausch praktiziert werden kann.</p>

Maßnahmen zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Passage am Corso-Kino

Nr. 3.9



Einordnung	Schwerpunkt 3 - Soziokulturelle Infrastruktur, Integrationsmanagement
Inhalt	<p>Während des Umbaus des Pfalztheaters ab 2007 sollte der Spielbetrieb in der Innenstadt aufrecht erhalten bleiben. Deshalb sollte das Theater in das benachbarte Corso-Kino verlagert werden. Seitlich zum Corso-Kino befindet sich eine Passage, die als öffentliche Straße gewidmet ist. Aus Mitteln von URBAN II sollten als Unterstützung für die Schaffung des neuen Kulturhauses Maßnahmen ergriffen werden, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Passanten und der Besucher des Theaters im Reicherthaus (Aktion 3.3) und des Corso-Kinos in der Passage zu verbessern.</p> <p>Gleichzeitig und hauptsächlich sollte die Aktion aber der Aufwertung des kulturellen Lebens im URBAN-Gebiet dienen. Durch die Umgestaltung der Passage wird das Corso-Kino, das auch nach der zeitweisen Nutzung durch das Theater als kulturelles Zentrum erhalten bleiben soll, unterstützt.</p>
Ziele	<p>Stärkung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bewohnerinnen und Bewohner</p> <p>Aufwertung des kulturellen Lebens im Gebiet</p>
Zielgruppe	Bewohnerinnen und Bewohner des Urban-Gebiets, Besucher des Corso-Kinos und des Bürgermeister-Reichert-Hauses
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	15.000,00 €
Durchführungszeitraum	Juli 2007 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Um das subjektive Sicherheitsempfinden der Passanten zu verbessern wurde die Passage mit einem neuen Anstrich versehen und neue Beleuchtung installiert. Die Arbeiten konnten kostengünstig ausgeführt werden, so dass nicht alle Mittel ausgeschöpft wurden.</p> <p>Nach Rückkehr des Theaters blieb das Corso-Kino als Kulturzentrum erhalten.</p>

Organisation und Begleitung

Nr. 4.1



Einordnung	Schwerpunkt 4: Verwaltung, Begleitung und Durchführung
Inhalt	<p>Vorgesehen war der Aufbau einer Organisationsstruktur, die eine wirksame Realisierung der geplanten Aktionen gewährleistet. Zugleich sollte durch den Einsatz eines externen Projektmanagements, das die Städte Ludwigshafen und Mannheim beim Ausbau und der Organisation von Begleit-, Bewertungs- und Umsetzungssystemen unterstützt, die Koordinierung der Aktionen untereinander sowie mit komplementären Fördermaßnahmen anderer Interventions- bzw. Politikbereiche und Programmträger verbessert werden.</p> <p>Die Inhalte der Aktion sollten sich konzentrieren auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Vorbereitung, Abstimmung und Aufbereitung der Projektanträge, - <input type="checkbox"/> elektronische Erfassung der finanziellen und statistischen Projektdaten und die Kontrolle des Mittelabflusses, - <input type="checkbox"/> die Pflege und Moderation der relevanten Kontakte, - <input type="checkbox"/> Erstellung von Jahresberichten
Ziele	Steigerung der Wirksamkeit des URBAN Programms, Unterstützung der Akteure bei der Programmumsetzung, Koordination aller Aktionen
Zielgruppe	alle Akteure des Programms sowie übergeordnete Behörden
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	520.000,00 €
Durchführungszeitraum	Dezember 2001 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Im Rahmen dieser Aktion wurde ein externes Projektmanagement, welches die verwaltungsinterne Projektleitung ergänzt hat, beauftragt. Da Anfang 2005 die Firma Insolvenz angemeldet hat, nahmen die Städte seitdem die Aufgaben des externen Programmmanagements selbst wahr. Dabei wurde von 2005 bis 2008 ein zusätzlicher Mitarbeiter speziell für Aufgaben im Rahmen von URBAN II abgeordnet.</p> <p>Neben den Kosten für die Durchführung des Programmmanagements wurden die sonstigen Sachkosten, die im Zusammenhang mit URBAN II entstanden und nicht direkt einer Aktion zugeordnet werden können, so zum Beispiel der Druck der Durchführungsberichte, über diese Aktion abgewickelt. Auch die Mittel für die Durchführung und die Aktualisierung der Halbzeitevaluierung wurden hier zur Verfügung gestellt.</p>

Information und Publizität

4.2



Einordnung	Schwerpunkt 4 - Verwaltung, Begleitung und Durchführung
Inhalt	<p>Innerhalb dieser Aktion war es vorgesehen, den Dialog innerhalb des Programmgebiets die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Interessengruppen und der Verwaltung zu unterstützen und die Transparenz innerhalb des gesamten URBAN Prozesses zu steigern. Durch verschiedene Presse- und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen sollte dabei die Unterrichtung der Öffentlichkeit sichergestellt werden.</p> <p>Im Rahmen des angestrebten Erfahrungsaustausches sollten die Städte an dem vom Deutschen Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) initiierten URBAN-Netzwerk Deutschland aller URBAN Städte teilnehmen.</p>
Ziele	umfassende Öffentlichkeitsarbeit, hohe Akzeptanz der durchgeführten Maßnahmen bei allen Zielgruppen, möglichst hohe Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Programmgebiet, Engagement wecken.
Zielgruppe	Bewohnerinnen und Bewohner des URBAN-Gebiets, alle Akteure des Programms sowie übergeordnete Behörden
Kosten lt. letztem Zuwendungsbescheid	311.000,00 €
Durchführungszeitraum	Dezember 2001 bis Dezember 2008
Ergebnisse/Wirkungen	<p>Im Rahmen dieser Maßnahme wurden verschiedene öffentlichkeitswirksame Projekte wie z.B. Erstellen von Informationsbroschüren, Pressekonferenzen, Baubeginnsfeiern, Informationsveranstaltungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschafts- und Sozialpartner, Hinweisschilder, Berichte in Zeitschriften,... durchgeführt. Auch wurden mehrmals Gruppen von Interessenten z.B. Studenten, Vertreter von Verwaltungen und Politik durch das Programmgebiet geführt und dabei über die einzelnen Maßnahmen informiert. Auf diese Weise konnte das Programm und seine Aktionen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.</p>

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereiches Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden bei der Stadtbibliothek Ludwigshafen
oder beim Stadtarchiv Ludwigshafen -

Veröffentlichungen ab 2001 stehen kostenlos zum Download bereit unter
<http://www.ludwigshafen.de/standort/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

Nr.	K1/2003	Einzelhandelskonzeption 2003	5,00 €
Nr.	B1/2003	Schulentwicklungsbericht 2002/2003	5,00 €
Nr.	B2/2003	Kindertagesstättenbericht 2002/2003	5,00 €
Nr.	B3/2003	Statistischer Jahresbericht 2002 - Entwicklung von Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2002 -	5,00 €
ohne Nr.	2004	Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein 2003	5,00 €
Nr.	K1/2004	Dokumentation Zukunftsforum Ludwigshafen 2020	kostenlos
Nr.	B1/2004	Bürgerumfrage 2003	10,00 €
Nr.	B2/2004	Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 13.06.2004	kostenlos
Nr.	B3/2004	Kindertagesstättenbericht 2003/04	5,00 €
Nr.	B4/2004	Statistischer Jahresbericht 2003 Entwicklung von Bevölkerung, Bautätigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2003	5,00 €
Nr.	B5/2004	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen - Fortschreibung 2004	4,00 €
Nr.	B1/2005	Hilfe zum Lebensunterhalt in Ludwigshafen - Leistungsbezieherinnen und -bezieher 2000 - 2003	7,50 €
Nr.	B2/2005	Kindertagesstättenbericht 2004/2005 Grundlagendaten zur Ausbauplanung Tagesbetreuungsausbaugesetz sowie Landesprogramm „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“	5,00 €
Nr.	B3/2005	Bundestagswahlen am 18. September 2005	kostenlos
Nr.	B4/2005	Statistischer Jahresbericht 2004 Entwicklung von Bevölkerung, Bautätigkeit, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug im Jahr 2004	5,00 €
Nr.	K1/2006	Schulentwicklungsplanung 2006	5,00 €
Nr.	K2/2006	Entwicklungskonzept Innenstadt Ludwigshafen am Rhein - nur als CD erhältlich -	10,00 €
Nr.	B1/2006	Zukunftsforum Ludwigshafen 2020 - Dokumentation 1. Bilanztreffen November 2005	kostenlos
Nr.	B2/2006	Die Landtagswahl am 26. März 2006	kostenlos
Nr.	B3/2006	Statistischer Jahresbericht 2005 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2005	5,00 €
Nr.	B4/2006	Kindertagesstättenbericht 2005/06	5,00 €
Nr.	B5/2006	Zukunftsforum 2020 - Dokumentation 2. Bilanztreffen September 2006 -	kostenlos
Nr.	B6/2006	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2006	5,00 €

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereiches Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden bei der Stadtbibliothek Ludwigshafen
oder beim Stadtarchiv Ludwigshafen -

Veröffentlichungen ab 2001 stehen kostenlos zum Download bereit unter
<http://www.ludwigshafen.de/standort/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

Nr.	B1/2007	Arbeitslose und Leistungsberechtigte mit Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) im Jahr 2005	7,50 €
Nr.	B2/2007	Schulentwicklungsbericht 2006/07	5,00 €
Nr.	B3/2007	Statistischer Jahresbericht 2006 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2006/07	5,00 €
Nr.	B4/2007	Kindertagesstättenbericht 2006/07 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -	5,00 €
Nr.	B5/2007	Einwohnerprognose Ludwigshafen am Rhein 2020	5,00 €
Nr.	B1/2008	Schulentwicklungsbericht 2007/2008	5,00 €
Nr.	B2/2008	Passantenzählung 2007 in der Ludwigshafener City	5,00 €
Nr.	B3/2008	Statistischer Jahresbericht 2007 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2007	5,00 €
Nr.	B4/2008	Kindertagesstättenbericht 2007/08 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -	5,00 €
Nr.	B5/2008	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen - Fortschreibung 2008	5,00 €
Nr.	B6/2008	Zukunftsforum Ludwigshafen 2020 - Dokumentation 3. Bilanztreffen September 2008	5,00 €
ohne Nr.	2008	Schulbezirke in Ludwigshafen am Rhein - Fortschreibung 2008	5,00 €

Informationen zur Stadtentwicklung

Nr.	1/2009	Schulentwicklungsplan 2009 - Gesamtkonzept Realschule Plus, IGS, GTS -	5,00 €
Nr.	2/2009	Stadtumbau Ludwigshafen - Statusbericht 2007 Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt	5,00 €
Nr.	3/2009	Die Kommunalwahlen und die Europawahl am 07.Juni 2009	kostenlos
Nr.	4/2009	Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in Ludwigshafen 2000-2007	7,50 €
Nr.	5/2009	Kindertagesstättenbericht 2008/09 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern -	5,00 €
Nr.	6/2009	Schulentwicklungsbericht 2008/09	5,00 €
Nr.	7/2009	Die Bundestagswahl am 27.Sept. 2009	kostenlos
Nr.	8/2009	Statistischer Jahresbericht 2008 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2008	5,00 €

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereiches Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden bei der Stadtbibliothek Ludwigshafen
oder beim Stadtarchiv Ludwigshafen -

Veröffentlichungen ab 2001 stehen kostenlos zum Download bereit unter
<http://www.ludwigshafen.de/standort/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

Nr.	1/2010	Stadtumbau Ludwigshafen - Statusbericht 2008 - Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt	5,00 €
Nr.	2/2010	Passantenzählung 2009 - Passanten in der Ludwigshafener City -	5,00 €
Nr.	3/2010	Schulentwicklungsbericht 2009/10	5,00 €
Nr.	4/2010	Kindertagesstättenbericht 2009/10 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern	5,00 €
Nr.	5/2010	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2010	5,00 €
Nr.	6/2010	Statistischer Jahresbericht 2009 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2009	5,00 €
Nr.	7/2010	Stadtumbau Ludwigshafen Statusbericht 2009 Laufende Beobachtung des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt	5,00 €
Nr.	8/2010	Einwohnerprognose Ludwigshafen am Rhein 2025	5,00 €
Nr.	1/2011	Ludwigshafen und seine Stadtteile Förderprogramme, Städtebauliche Erneuerung, Quartiersentwicklung und Quartiersprojekte - Eine Bestandsaufnahme -	5,00 €
Nr.	2/2011	Schulentwicklungsbericht 2010/11	5,00 €
Nr.	3/2011	Die Landtagswahl am 27. März 2011	kostenlos
Nr.	4/2011	Kindertagesstättenbericht 2010/11 - Quantitative Aspekte der Tagesbetreuung von Kindern	5,00 €
Nr.	5/2011	Bewältigung des Strukturwandels - Ludwigshafen im Vergleich mit sieben industriell geprägten Großstädten	5,00 €
Nr.	6/2011	Stadtumbau Ludwigshafen Statusbericht 2010 Laufende Beobachtungen des Stadtumbauprozesses der Ludwigshafener Innenstadt	5,00 €
Nr.	7/2011	Statistischer Jahresbericht 2010 Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2010	5,00 €

Veröffentlichungsverzeichnis des Bereiches Stadtentwicklung

- Vergriffene Exemplare können eingesehen werden bei der Stadtbibliothek Ludwigshafen
oder beim Stadtarchiv Ludwigshafen -

Veröffentlichungen ab 2001 stehen kostenlos zum Download bereit unter
<http://www.ludwigshafen.de/standort/stadtentwicklung/veroeffentlichungen/>

Nr.	1/2012	Bürgerumfrage 2011	5,00 €
		„Leben in Ludwigshafen“ -Textteil-	
Nr.	1/2012	Bürgerumfrage 2011	5,00 €
		„Leben in Ludwigshafen“ -Tabellenteil-	
Nr.	2/2012	Einzelhandels- und Zentrenkonzept Ludwigshafen 2011	5,00 €
Nr.	3/2012	Schulentwicklungsbericht 2011/12	5,00 €
Nr.	4/2012	Stadtumbau Ludwigshafen Statusbericht 2011	
		Laufende Beobachtungen des Stadtumbauprozesses der	5,00 €
		Ludwigshafener Innenstadt	
Nr.	5/2012	Kindertagesstättenbericht 2011/12 - Quantitative Aspekte der	5,00 €
		Tagesbetreuung von Kindern	
Nr.	6/2012	Statistischer Jahresbericht 2011	5,00 €
		Entwicklung von Bevölkerung, Wohnungsbautätigkeit,	
		Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahr 2011	
Nr.	7/2012	Passantenaufkommen in der Ludwigshafener City 2011	5,00 €
Nr.	8/2012	Räumliche Gliederungen in Ludwigshafen am Rhein	5,00 €
		Aufbau und Erläuterungen	
Nr.	9/2012	Mietspiegel der Stadt Ludwigshafen 2012 -Fortschreibung-	5,00 €
Nr.	10/2012	Nahversorgung im Wandel	5,00 €
		Lebensmittelangebot und Drogerien in Ludwigshafen 2001 - 2011/12	

